

AUFTRAG



HEFT 265 – OSTERN 2007

47. JAHRGANG

- **Weltlage 2007**
 - * Proliferation
 - * Diskussionsforum Weißbuch 2006
 - * Entwicklungs- politik
- **Konfliktbeilegung**
- **Friedenssicherung**
- **Weltfriedenstag 2007**
- **Christliches Erbe in Ägypten**

Ethische Forderungen an den Beruf des Soldaten als Friedensdienst - auch im Einsatz

11. Seminar der GKS-Akademie
Oberst Helmut Korn
12. bis 16. November 2007
für: Offiziere und Offizieranwärter
Unteroffiziere und Unteroffizieranwärter

Weitere Information und **Anmeldung**
bei der Dienststelle des
Katholischen Standortpfarrers oder beim
Bundesgeschäftsführer GKS
Am Weidendamm 2
10117 Berlin
Tel. 0 30 | 20 6199 90
Fax 0 30 | 20 61 99 91
eMail gks.berlin@t-online.de

Bonifatiushaus Fulda

EDITORIAL 3

- Sicherheit und Friedensethik
Die Weltlage zum Jahresbeginn 2007 – Botschaft von Papst Benedikt XVI. an die Welt 4
Ächtung von Streubomben (ZENIT/KNA) 8
Menschenrechte sichern (KNA) 9
58 Staaten wollen mehr gegen Einsatz von Kindersoldaten tun (KNA) 9
Proliferationsproblematik: Atomprogramme Irans und Nordkoreas (Fortschreibung) von Werner Bös . . 10

DISKUSSIONSFORUM WEISSBUCH 2006

- Fortschritte im sicherheitspolitischen Denken von Klaus Liebetanz 15
Trotz Zustimmung, viele Wünsche bleiben offen von Helmut Jermer 18
Entwicklungsdienst für Abiturienten (KNA) . . 21

ENTWICKLUNGS- UND SICHERHEITSPOLITIK

- Nationale Interessen gemeinsam definieren und abgestimmt durchsetzen von Dr. Christian Ruck . . . 22
„Keine Sicherheit ohne Entwicklung – Entwicklungspolitik in der globalen Sicherheitsarchitektur“ BMVg Dr. Franz Josef Jung. 24
Bundeskanzlerin hält Entscheidung über Mahnmalstandort offen (KNA) 25
Konfliktbeilegung und Friedenssicherung:
Bürgerkrieg im Sudan: Darfur – Was kann man tun? von Generalleutnant Karl-Heinz Lather. 26
Internationaler Gerichtshof nennt erstmals Dafur-Verdächtige (KNA) 27
Indonesien: Ohne Tsunami kein Friedensprozess! Die Aceh Monitoring Mission der EU (AMM) von Günter Neuroth. 28
Außer Spesen nichts gewesen? Bundeswehr-Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo von Klaus Liebetanz 30

WELTFRIEDENSTAG 2007

- Die Feier des Weltfriedenstages in der Katholischen Militärseelsorge von Manfred Heinz. 34
Einführung in die Botschaft zum Weltfriedenstag 2007 (PS/KNA) 39
Botschaft: Der Mensch – Herz des Friedens von Benedikt XVI. 40
Internationaler Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln (BB) 44
Terminübersicht Weltfriedenstag in der Kirche unter Soldaten 45

RELIGION UND GESELLSCHAFT

- Das christliche Erbe Ägyptens von Dieter Kilian 46
Auf dem Weg der 3. Ökumenischen Versammlung 2006/2007 von Klaus Achmann 54
60 Jahre Kirche in Not von Bertram Bastian . . 56
Kirche in der Statistik (ZENIT) 57
Christen leichte Beute für Islamisten (KNA) . . 57

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Neue polnische „Erziehungs-offiziere“ in den Garnisonen von Joachim G. Görlich 58
Katholiken beharren auf Gottesbezug in der EU-Verfassung (KNA) 58
TV-Nutzung auch 2006 gestiegen (KNA) . . . 58
Die Welt des Islam
Erschreckender Vormarsch des Islams in der heutigen Welt von Prof. Dr. Rudolf Grulich . . . 59
Eine im EU Parlament eingereichte Deklaration zum Islamverständnis findet in Europa kaum Resonanz (Islaminstitut) 61
Deutsche Bischöfe besuchen Israel: Schwierige Perspektiven (KNA) 61

BLICK IN DIE GESCHICHTE

- 50 Jahre Bundeswehr: Roman Herzog, der siebte Bundespräsident und die Bundeswehr von Dieter Kilian 62
50 Jahre Zentralstelle für Kriegsdienstverweigerer von Antonia Gemein 69
Vor 400 Jahren: Paul Gerhardt geboren (KNA) . 69

KIRCHE UNTER SOLDATEN

- Militärbischof Dr. Walter Mixa im Gespräch mit katholisch.de 70
Einladung zur Lourdeswallfahrt 2007 (KMBA) 72
ZV: „Gewissen und Gehorsam“ Schwerpunktthema für katholische Soldaten von Stefan Graichen . . 73
Aufruf des Militärbischofs zur Nachbarschaftshilfe 2006/2007 74
Faltblatt zur Nachbarschaftshilfe „Brücken nach Osteuropa“ (ZV) 75
Militärseelsorge in den Standorten (KMBA) . . 76

AUS STANDORTEN UND GKS

- Aus dem Leben der GKS – Bericht des Bundesgeschäftsführers von Klaus Achmann 77
Spendenauftrag für die GKS 78
Einladung zum 11. Seminar der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“ (GKS) 79

Zum Umschlagbild: Mit diesem Plakat lädt die GKS interessierte Offiziere und Unteroffiziere zum 10. Seminar der »GKS-Akademie Oberst Helmut Korn« ein. Einzelheiten dazu sind im Einladungs-Faltblatt auf den Seiten 79 ff. zu finden. Das Faltblatt ist bei den Dienststellen der Katholischen Militärseelsorge und den Ansprechpartnern der GKS erhältlich.

Bereich KLMD Glücksburg/Kiel	82
GKS-Kreis Köln-Wahn	82
GKS-Kreis Bonn	84
GKS-Kreis Ingolstadt	85
GKS-Kreis Dornstadt	86
GKS-Kreis Feldkirchen	88
GKS-Faltblatt „Seminare 3. Lebensphase“	89
Internationale Jugendfreizeit in Kärnten/Österreich von Annika Preuss	90

PERSONALIA

Nachruf: Oberst a.D. Helmut Fettweis – Begründer und erster Chefredakteur AUFTRAG	92
Nachruf Oberstarzt a.D. DDr. Wigbert Werner	93
Kurzmeldungen	94

KURZ BERICHTET 8, 9, 25, 57 60, 81

BUCHBESPRECHUNGEN 94

AUTOREN UND BILDNACHWEIS 95

IMPRESSUM 96

editorial

Liebe Leserschaft!

Es ist erstaunlich, wie sich während der Arbeit an einer neuen Ausgabe des AUFTRAGs die Themenschwerpunkte ändern können. Zunächst war geplant in diesem Heft die Thematik „Ehe, Familie, Partnerschaft“ aufzugreifen. Dies erneut, weil im November 2003 so das Thema des 9. Seminars der »GKS-Akademie Oberst Helmut Korn« lautete und diese im Doppelheft AUFTRAG Nr. 252/253 Januar 2004 ausführlich dokumentiert worden war. Die Redaktion hat aber schließlich aus zwei Gründen davon Abstand genommen:

- (1) Die gegenwärtig in der Öffentlichkeit hierzu geführte Diskussion ist so vielfältig, darüber hinaus so verworren und widersprüchlich, dass es schon Fachleute in professioneller Großredaktionen sein müssen, die diesen Entscheidungs-/Vorschlags-/Meinungs- und Vorurteils-Komplex in der Spanne vom Bundesverfassungsgericht (Rechtsprechungsebene) über Parteiengedank (Vorschlagsebene bis hin zur Stammtischpolitik (Emotionsebene) einigermaßen klarstellend zu Papier bringen können.
- (2) Bezogen auf die Thematik »Sicherheit und Friedensethik« lag allein schon durch die Botschaft des Papstes zum Weltfriedenstag, durch die Einschätzung des Hl. Stuhls zur Weltlage und der weitere Diskurs zum Weißbuch 2006 so viel Stoff vor, dass sich hieraus Schwerpunkt und Fülle der Berichte ergeben mussten.

Damit entspricht die Redaktion auch ihrer Aufgabe, vor allem berufsethische Fragen aufzugreifen, Hintergrundwissen zu vermitteln und im Übrigen die Verbandsarbeit zu dokumentieren.

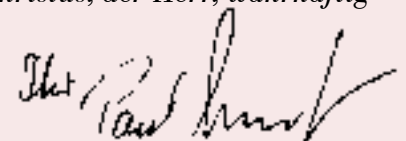
Seit einiger Zeit reißen in der GKS die Vorschläge nicht ab, wie und wo Einsparungen vorgenommen werden können. So wie in der gegenwärtigen Diskussion um »Klimakatastrophe« und »Umweltpolitik« werden

neben sinnvollen Vorschlägen auch unkoordinierte Schnellschüsse nach dem Motto »Kleinvieh macht auch Mist« angeboten. Bezüglich der Spar-Ideen für die GKS-Verbandszeitschrift AUFTRAG gibt die Redaktion zu bedenken, das seit 47 Jahren bewährte, in seiner Qualität anerkannte und für die Gemeinschaft Identifikation stiftende Publikationsorgan nicht im Grundsatz (einer an den Leitsätzen orientierten Mitglieder- und Interessentenzeitschrift katholischer Soldaten) zu demontieren. Wenn der GKS »dieser« AUFTRAG zu kostspielig ist – im Vergleich wozu? –, dann müssen entweder andere Finanzierungsquellen aufgetan oder ein anderes Verbandsorgan muss konzipiert werden. Beides aber kann nicht (allein) Aufgabe der Redaktion sein. Erinnert sei daran, dass der FGKS ursprünglich gegründet wurde, um die Publikationen der GKS (einschließlich des Versands) zu fördern und zu unterstützen sowie eine Ehemaligenarbeit zu ermöglichen.

Auch bei diesem Heft ergab sich wieder das Problem der Umfangsbegrenzung. Um nicht gleich weitere vier Seiten einfügen zu müssen, hat die Redaktion auf die »Terminübersicht« verzichtet (s. dazu AUFTRAG 264, S. 116).

Schließlich bleibt die traurige Pflicht zu melden, dass Helmut Fettweis, der Begründer und erste Chefredakteur (1986- 1990) dieser Zeitschrift verstorben ist (Nachruf s.S. 92).

*Nun wünscht die Redaktion ihrer Leserschaft ein
gesegnetes und froh machendes Osterfest in der
Gewissheit, dass Christus, der Herr, wahrhaftig
auferstanden ist.*



Die Weltlage zum Jahresbeginn 2007

Botschaft von Papst Benedikt XVI. an die Welt

Zum Kampf gegen »den Skandal des sich ausweitenden Hungers« hat Papst Benedikt XVI. die Staatengemeinschaft aufgerufen. Beim Empfang am 8. Januar 2007 für die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Diplomaten forderte er die Beseitigung ungerechter Wirtschaftsstrukturen, eine Korrektur ungenügender Wachstumsmodelle sowie Bemühungen um Frieden in den Krisenherden der Welt. Besorgt äußerte er sich über den Waffenhandel und den weltweiten Anstieg der Militärausgaben. Einen eindringlichen Friedensappell richtete der Papst an die Konfliktparteien im Nahen Osten. Zugleich ermutigte er den Iran, einen Beitrag zur Vertrauensbildung in der Region zu leisten. Dies könne besonders dadurch erfolgen, dass sich Teheran »zu einer befriedigenden Antwort auf die berechtigten Sorgen der internationalen Gemeinschaft« angesichts seines Nuklear-Programms entschließe.

Der Heilige Stuhl unterhält gegenwärtig zu 175 Staaten diplomatische Beziehungen. Darüber hinaus gibt es Verbindungen zur Europäischen Union und zum Malteserorden sowie zur Russischen Föderation und zur Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO.

Zu Beginn seiner Ansprache führte Benedikt XVI. aus, obwohl diese Zeremonie jedes Jahr wieder stattfindet, handle es sich dennoch nicht um eine einfache Formalität, sondern um eine Gelegenheit, die gemeinsame Hoffnung zu bekräftigen und sich immer mehr im Dienst des Friedens und der Entwicklung der Menschen und Völker zu engagieren. Weiter sagte der Papst:¹

Fehlfunktionen der Weltwirtschaft

Am Anfang des Jahres sind wir dazu eingeladen, einen Blick auf die internationale Situation zu werfen, um uns die Herausforderungen näher anzusehen, denen wir uns gemeinsam stellen müssen. Wie könnten wir unter den Hauptproblemen nicht an die Millionen von Menschen denken, besonders an die Frauen und Kinder, denen es an Wasser, Nahrung und Obdach fehlt? Der Skandal des Hungers, der sich weiter verschlimmert, ist inakzeptabel in einer Welt, die über Güter, Wissen und Mittel verfügt, um dem ein Ende zu setzen. Er treibt uns, unsere Lebensweisen zu ändern; er weist uns auf die Dringlichkeit hin, die strukturellen Ursachen der Fehlfunktionen

der Weltwirtschaft zu beseitigen und die Wachstumsmodelle zu korrigieren, die allem Anschein nach ungeeignet dafür sind, den Respekt vor der Umwelt und eine ganzheitliche menschliche Entwicklung für heute und vor allem für die Zukunft zu garantieren. Ich fordere erneut die Verantwortlichen der reichsten Nationen auf, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die armen Länder, die oft reich an Naturschätzen sind, in den Genuss der Früchte der Güter kommen können, die ihnen gehören. Von diesem Gesichtspunkt aus gibt auch die Verzögerung bei der Umsetzung der von der internationalen Gemeinschaft in den letzten Jahren übernommenen Verpflichtungen Anlass zur Sorge. Es ist notwendig, die Wiederaufnahme der Verhandlungen des »Doha Development Round« der Welthandelsorganisation ebenso zu wünschen wie die Fortsetzung und Beschleunigung des Prozesses der Streichung und der Senkung der Schulden der ärmsten Länder, ohne dass dies unter der Bedingung struktureller Anpassungsmaßnahmen geschieht, die für die schwächsten Völker verhängnisvoll sind.

Ebenso mehrten sich im Bereich der Abrüstung Symptome einer fortschreitenden Krise, die mit den

Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die konventionellen Waffen wie auch über die Massenvernichtungswaffen und andererseits mit dem weltweiten Anstieg der Militärausgaben zusammenhängt. Die durch den Terrorismus – der entschieden verurteilt werden muss – verschärften Fragen der Sicherheit müssen innerhalb eines globalen und weit blickenden Konzeptes angegangen werden.

Humanitäre Krisen

Was die humanitären Krisen betrifft, ist anzumerken, dass die Organisationen, die sich ihrer annehmen, stärkerer Unterstützung bedürfen, damit sie in der Lage sind, den Opfern Schutz und Hilfe zu leisten. Ein weiteres Problem, das immer mehr an Bedeutung gewinnt, stellt die Migration der Menschen dar: Millionen Männer und Frauen sind gezwungen, infolge von Gewalttätigkeiten oder auf der Suche nach würdigeren Lebensbedingungen ihre Häuser und ihre Heimat zu verlassen. Es ist illusorisch zu glauben, die Migrationsphänomene könnten einfach durch Einsatz von Gewalt blockiert oder kontrolliert werden. Die Migrationen und die damit entstehenden Probleme müssen mit Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Mitleid angegangen werden.

Aggression gegen das Leben

Wie könnte man nicht besorgt sein über die ständigen Angriffe auf das Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod? Solche Angriffe verschonen selbst jene Regionen nicht, wo die Kultur der Achtung vor dem Leben zur Tradition gehört, wie in Afrika, wo durch das Maputo-Protokoll sowie durch den von den Gesundheitsministern der Afrikanischen Union angenommenen Aktionsplan, der in Kürze dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs unterbreitet werden soll, unter vorsätzlichem Verschweigen der Versuch unternommen wird, die Abtreibung zu banalisieren. Ebenso entwickeln sich Bedrohungen gegen die natür-

¹ Redetext nach einer offiziellen deutschen Übersetzung der »Libreria Editrice Vaticana«. – Zwischenüberschriften Redaktion AUFTRAG.

liche Struktur der Familie, die auf der Ehe zwischen einem Mann und einer Frau gründet, sowie Versuche, sie dadurch zu relativieren, dass man ihr denselben Status verleiht wie anderen Formen der Verbindung, die radikal verschieden sind. Das alles beleidigt die Familie und trägt zu ihrer Destabilisierung bei, indem man ihre spezifische Eigenart und ihre einzigartige soziale Rolle verletzt. Andere Formen von Aggression gegen das Leben werden manchmal unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Forschung begangen. Es verbreitet sich die Überzeugung, dass die Forschung nur den Gesetzen unterworfen sei, die sie sich selbst geben will, und dass sie außer ihren eigenen Möglichkeiten keine andere Grenze habe. Das ist zum Beispiel der Fall bei den Versuchen, das menschliche Klonen zu hypothetischen therapeutischen Zwecken zu legitimieren.

Dialog unter den Kulturen und Religionen

Diese beunruhigende Lage hindert aber nicht daran, positive Elemente wahrzunehmen, die unsere Zeit kennzeichnen. Ich möchte an erster Stelle das wachsende Bewusstsein für die Bedeutung des Dialogs unter den Kulturen und Religionen erwähnen. Es handelt sich dabei um eine vitale Notwendigkeit, besonders angesichts der gemeinsamen Herausforderungen, die die Familie und die Gesellschaft betreffen. Anerkennend hervorheben möchte ich im Übrigen die zahlreichen diesbezüglichen Initiativen, die darauf abzielen, die gemeinsamen Grundlagen für ein Zusammenleben in Eintracht zu legen.

Grundrechte des Menschen

Anführen muss man auch das wachsende Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft angesichts der enormen Herausforderungen unserer Zeit sowie die Anstrengungen, dieses Bewusstsein in konkrete Taten umzusetzen. In der Organisation der Vereinten Nationen wurde im vergangenen Jahr der Menschenrechtsrat eingerichtet, von dem man hoffen darf, dass er seine Aktivität auf die Verteidigung und Förderung der Grundrechte des Menschen, insbesondere auf das Recht auf Leben und das Recht auf Religionsfreiheit, konzentrieren wird.

Bei Erwähnung der Vereinten Nationen empfinde ich es als meine Pflicht, Seine Exzellenz Herrn Kofi Annan zu grüßen, voll Dankbarkeit für die Arbeit, die er während seines Mandats als Generalsekretär geleistet hat. Ich spreche seinem Nachfolger, Herrn Ban Ki-moon, die besten Wünsche zu seiner Amtsübernahme aus.

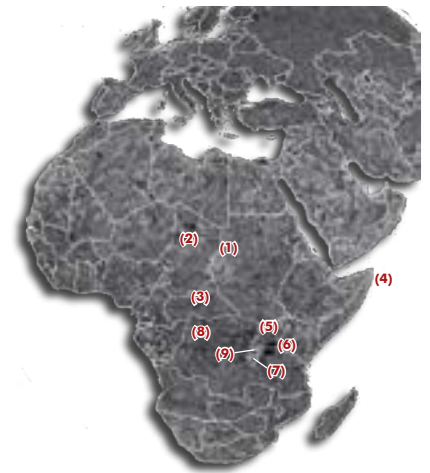
Entwicklungshilfe

Was den Bereich Entwicklung betrifft, wurden gleichfalls verschiedene Initiativen in Gang gebracht, die der Heilige Stuhl entschieden unterstützt hat, wobei er gleichzeitig daran erinnerte, dass diese Projekte nicht die Verpflichtung der entwickelten Länder ersetzen dürfen, 0,7% ihres Bruttoinlandsprodukts für die internationale Hilfe bereitzustellen. Ein anderes wichtiges Element in der gemeinsamen Anstrengung für die Beseitigung des Elends verlangt nicht nur Hilfe, deren Ausweitung man nur wünschen kann, sondern auch das zunehmende Bewusstsein für die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Korruption und die Förderung einer guten Regierung. Es gilt auch die Anstrengungen zu ermutigen und voranzubringen, die unternommen wurden, um die Anwendung des humanitären Rechts auf die Menschen und Völker für einen wirksameren Schutz der Zivilbevölkerung sicherzustellen.

Gefahren für den Frieden Afrika

Im Hinblick auf die politische Situation in den einzelnen Kontinenten finden wir gleichfalls Anlass zu Besorgnis und zu Hoffnung. Wir stellen vor allem fest, dass der Friede sehr oft zerbrechlich ist und sogar verhöhnt wird. Wir dürfen den afrikanischen Kontinent nicht vergessen. Das Drama von DARFUR (1) im SUDAN geht weiter und weitete sich auf die Grenzregionen zum TSCHAD² (2) und

2 dazu meldet am 23.02.2007 KNA unter der Überschrift »Menschenrechtler: Lage im Tschad spitzt sich zu«: Menschenrechtler warnen vor zunehmender Gewalt und Kämpfen im Grenzgebiet zwischen Tschad und Sudan. Mehr als 120.000 Zivilisten seien allein in den vergangenen sechs Monaten von Rebellen aus der Krisenregion vertrieben worden, erklärte Human Rights Watch (HRW) am 21.02.2007 in New York. Die Organisation fordert von den Vereinten Nationen, so schnell wie



zur ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK (3) aus. Die internationale Gemeinschaft erscheint seit fast vier Jahren ohnmächtig, trotz der Initiativen, die der bedrängten Bevölkerung Hilfe bringen und eine politische Lösung herbeiführen sollen. Nur durch eine aktive Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union, den betroffenen Regierungen und anderen Akteuren werden diese Mittel wirksam werden können. Ich fordere alle zu entschlossenem Handeln auf: Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass so viele Unschuldige weiter leiden und in der Folge sterben.

Die Lage am HORN VON AFRIKA (4) hat sich durch die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und die Internationalisierung des Konflikts in jüngster Zeit verschärft. Während ich alle Parteien zur Niederlegung der Waffen und zur Aufnahme von Verhandlungen aufrufe, sei es mir erlaubt, an Schwester Leonella Sgorbati zu erinnern, die ihr Leben im Dienst an den Ärmsten hingegeben hat, wobei sie um Vergeltung für ihre Mörder bat. Möge ihr Beispiel und ihr Zeugnis alle jene inspirieren, die wirklich das Wohl Somalias suchen.

möglich eine internationale Friedenstruppe in den Tschad zu entsenden. Diese solle auch die örtliche Polizei und Justiz unterstützen, um Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Laut HRW berät der Weltsicherheitsrat in der kommenden Woche über eine mögliche Entsendung von Blauhelmen in den Tschad. Wegen der anhaltenden Kämpfe ist auch eine Mission im angrenzenden sudanesischen Darfur geplant. Seit 2003 starben dort bei den Auseinandersetzungen zwischen schwarzafrikanischen Rebellengruppen und arabischen Reiterbanden mindestens 200.000 Menschen; mehr als zwei Millionen sind auf der Flucht.

In UGANDA (5) ist die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den Parteien zum Zweck der Beendigung eines grausamen Konflikts zu wünschen, der sogar den Einzug vieler Kinder sah, die gezwungen wurden, Soldaten zu werden. Das wird den zahllosen Flüchtlingen ermöglichen, in ihre Häuser zurückzukehren und zu einem würdigen Leben zurückzufinden. Der Beitrag der religiösen Führer und die kürzlich erfolgte Bestellung eines Vertreters des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sind ein gutes Vorzeichen. Ich wiederhole: Vergessen wir Afrika und seine zahlreichen Kriegs- und Spannungsherde nicht! Es gilt, daran zu erinnern, dass nur Verhandlungen zwischen den verschiedenen Akteuren den Weg zu einer gerechten Regelung von Konflikten zu eröffnen vermögen und Fortschritte hin zur Festigung des Friedens erkennen lassen können.

Die REGION DER GROSSEN SEEN (6) wurde seit Jahren von gnadenlosen, blutigen Kriegen heimgesucht. Es ist daher angebracht, mit Interesse und Hoffnung die positiven Entwicklungen der letzten Zeit aufzunehmen, besonders den Abschluss der Phase des politischen Übergangs in BURUNDI (7) und zuletzt in der DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO (8). Es ist dennoch dringend, dass sich die Länder um eine Rückkehr zu funktionierenden rechtsstaatlichen Institutionen bemühen, um alle Willkür einzudämmen und die soziale Entwicklung zu ermöglichen. In RUANDA (9) wünsche ich mir, dass der lange nationale Aussöhnungsprozess nach dem Völkermord in Gerechtigkeit, aber auch in der Wahrheit und Vergebung seinen

erfolgreichen Abschluss findet. Die internationale Konferenz über die REGION DER GROSSEN SEEN, an der auch eine Delegation des Heiligen Stuhls und Vertreter zahlreicher nationaler und regionaler Bischofskonferenzen Zentral- und Ostafrikas teilnehmen, lässt neue Hoffnungszeichen erahnen. Schließlich möchte ich die ELFENBEINKÜSTE erwähnen und die gegnerischen Parteien auffordern, ein Klima gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, das zur Niederlegung der Waffen und zur Befriedung führen könne, und andererseits SÜDAFRIKA: In diesen Ländern befinden sich Millionen von Menschen in einer Situation großer Verletzbarkeit, die von der internationalen Gemeinschaft Aufmerksamkeit und Hilfe verlangt.

Positive Signale für Afrika kommen von dem von der internationalen Gemeinschaft zum Ausdruck gebrachten Willen, diesen Kontinent im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit zu halten, und auch von der Stärkung der kontinentalen und regionalen Institutionen, die von der Absicht der betroffenen Länder zeugen, immer mehr Verantwortung für ihr eigenes Schicksal zu übernehmen. Lob gebührt ebenso der würdigen Haltung der Personen, die sich vor Ort jeden Tag entschlossen für die Förderung von Projekten einsetzen, die zur Entwicklung und Organisation des wirtschaftlichen und sozialen Lebens beitragen.

Lateinamerika

Meine apostolische Reise nach BRASILIEN (10) im kommenden Mai gibt mir Gelegenheit, meinen Blick auf dieses große Land, das mich mit Freude erwartet, und auf ganz LATEINAMERIKA und die KARIBIK zu richten. Die Verbesserung einiger Wirtschaftsindizes, das Engagement im Kampf gegen Drogenhandel und Korruption, die verschiedenen Integrationsprozesse, die Bemühungen für den verbesserten Zugang zu Bildung und Erziehung, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Verminderung der Ungleichheiten bei der Verteilung der Einkünfte sind Anzeichen, die mit Befriedigung hervorgehoben werden sollen. Sollten sich diese Entwicklungen weiter konsolidieren, so würden sie entscheidend

dazu beitragen können, die Armut, von der weite Kreise der Bevölkerung betroffen sind, zu besiegen und die Stabilität der Institutionen zu erhöhen. Was die Wahlen betrifft, die im vergangenen Jahr in mehreren Ländern stattgefunden haben, ist zu unterstreichen, dass die Demokratie dazu aufgerufen ist, die Bestrebungen der Gesamtheit der Bürger zu berücksichtigen und die Entwicklung mit Rücksicht auf alle Mitglieder der Gesellschaft nach den Prinzipien der Solidarität, der Subsidiarität und der Gerechtigkeit zu fördern. Es muss jedoch vor der Gefahr gewarnt werden, dass sich die Ausübung der Demokratie in eine Diktatur des Relativismus verwandelt und anthropologische Modelle vorschlägt, die mit der Natur und der Würde des Menschen unvereinbar sind.

Bestimmten Ländern wendet sich meine Aufmerksamkeit ganz besonders zu, vor allem KOLUMBIEN (11), wo der lange interne Konflikt eine humanitäre Krise ausgelöst hat, von der vor allem die Flüchtlinge betroffen sind. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um das Land zu befrieden, den Familien ihre entführten Angehörigen zurückzugeben, Millionen Menschen wieder Sicherheit und ein normales Leben zu gewähren. Solche Signale werden allen Vertrauen schenken, einschließlich denen, die in den bewaffneten Kampf verwickelt waren. Unsere Blicke richten sich sodann auf KUBA (12). Während ich jedem seiner Bewohner wünsche, dass er seine berechtigten Bestrebungen in der Sorge um das Gemeinwohl verwirklichen könne, lassen Sie mich den Appell meines verehrten Vorgängers wiederaufnehmen: »Kuba möge sich der Welt und die Welt Kuba öffnen«. Die gegenseitige Öffnung zu den anderen Ländern wird nur zum Nutzen aller sein. Nicht weit von dort lebt das Volk von HAITI (13) noch immer in großer Armut und unter der Gewalt. Ich hege den Wunsch, dass das Interesse der internationalen Gemeinschaft, das unter anderem durch die 2006 abgehaltenen Geberkonferenzen bekundet wurde, zur Festigung der Institutionen führe und es dem Volk ermögliche, in einem Klima der Versöhnung und Eintracht zum Bau-



meister seiner eigenen Entwicklung zu werden.

Asien

Asien weist vor allem Länder auf, die durch eine sehr zahlreiche Bevölkerung und ein starkes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet sind. Ich denke an CHINA (14) und INDIEN (15), Länder, die sich in voller Expansion befinden, und wünsche mir, dass ihre wachsende Präsenz auf der internationalen Szene Nutzen für diese Bevölkerungen selbst und für die anderen Nationen bringen möge. Dasselbe wünsche ich für VIETNAM (16) und erinnere an seinen kürzlich erfolgten Beitritt zur Welthandelsorganisation. Meine Gedanken gehen zu den christlichen Gemeinschaften. In den meisten Ländern Asiens handelt es sich oft um kleine, aber lebendige Gemeinschaften, die den berechtigten Wunsch haben, in einem Klima der Religionsfreiheit leben und handeln zu können. Das ist ein wesentliches Recht und eine Voraussetzung, die ihnen erlaubt, ihren Beitrag zum materiellen und geistig-geistlichen Fortschritt der Gesellschaft zu leisten und Stifter von Zusammenhalt und Eintracht zu sein.

In OSTTIMOR (17) will die katholische Kirche weiter ihren Beitrag vor allem in den Bereichen Erziehung, Gesundheit und nationale Aussöhnung anbieten. Die politische Krise, die dieser junge Staat durchmachte, wie übrigens auch andere Länder der Region, macht eine gewisse Brüchigkeit der Demokratisierungsprozesse offenkundig. Gefährliche Spannungsherde schwelen auf der Halbinsel KOREA (18). Das Ziel der Versöhnung des koreanischen Volkes und die Schaf-

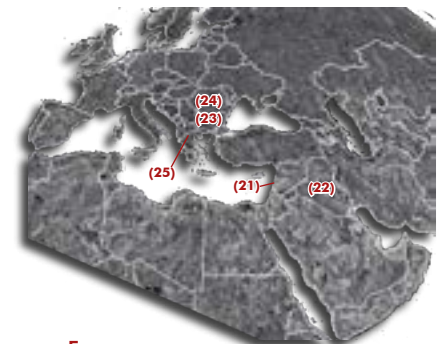
fung einer atomwaffenfreien Zone auf der Halbinsel, die nutzbringende Auswirkungen für die ganze Region hätten, müssen im Rahmen von Verhandlungen weiterverfolgt werden. Es gilt Gesten zu vermeiden, welche die Verhandlungsführung gefährden könnten, ohne jedoch die für die verletzlichsten Schichten der nordkoreanischen Bevölkerung bestimmten humanitären Hilfen von den Verhandlungsergebnissen abhängig zu machen.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf zwei weitere asiatische Länder lenken, die Anlass zur Sorge geben. In AFGHANISTAN (19) muss man leider in den letzten Monaten einen deutlichen Anstieg der Gewalt und der Terror-Angriffe beklagen, die den Weg zum Ausstieg aus der Krise behindern und schwer auf der lokalen Bevölkerung lasten. In SRI LANKA (20) hatte das Fehlschlagen der Genfer Verhandlungen zwischen der Regierung und der Tamilenbewegung eine Intensivierung des Konflikts zur Folge, die immense Leiden unter der Zivilbevölkerung hervorruft. Einzig und allein der Weg des Dialogs wird eine bessere und sicherere Zukunft für alle sicherstellen können.

Naher Osten

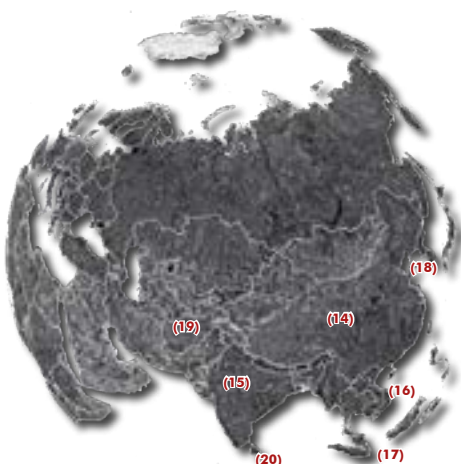
Quelle großer Beunruhigungen ist auch der NAHE OSTEN. Deshalb habe ich anlässlich des Weihnachtsfestes einen Brief an die Katholiken der Region gerichtet, um meine Solidarität und meine geistige Nähe mit allen auszudrücken und sie zu ermutigen, weiterhin in der Region zu bleiben, in der Gewissheit, dass ihr Zeugnis eine Hilfe und Stütze im Hinblick auf eine Zukunft in Frieden und Brüderlichkeit sein wird. Ich erneuere dringend meinen Appell an alle betroffenen Parteien auf dem komplexen politischen Schauplatz der Region, in der Hoffnung, dass sich die positiven Zeichen zwischen Israelis und Palästinensern, die im Laufe der letzten Wochen festzustellen waren, festigen werden. Der Heilige Stuhl wird nie aufhören zu wiederholen, dass militärische Lösungen zu gar nichts führen, wie man das im letzten Sommer im LIBANON (21) gesehen hat. Die Zukunft dieses Landes führt notwendigerweise über die Einheit aller seiner Angehörigen und über die

brüderlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen religiösen und gesellschaftlichen Gruppen. Das stellt eine Botschaft der Hoffnung für alle dar. Es ist nicht möglich, sich mit einseitigen Lösungen oder Teillösungen zufrieden zu geben. Um der Krise und den Leiden, die sie in den Bevölkerungen verursacht, ein Ende zu setzen, ist es wichtig, mittels einer globalen Annäherung voranzugehen, die niemanden von der Suche nach einer Verhandlungslösung ausschließt und den Wünschen und legitimen Interessen der verschiedenen betroffenen Völker Rechnung trägt; im besonderen haben die Libanesen ein Recht auf Respektierung der Integrität und Souveränität ihres Landes; die ISRAELIS haben das Recht, in Frieden in ihrem Staat zu leben; die PALÄSTINENSER haben das Recht auf ein freies und souveränes Vaterland. Wenn jedes der Völker der Region seine Erwartungen berücksichtigt sieht und sich weniger bedroht fühlt, wird es zu einer Stärkung des gegenseitigen Vertrauens kommen. Dieses selbe Vertrauen wird sich entwickeln, wenn ein Land wie der IRAN – vor allem, was sein Atomprogramm betrifft – einwilligt, auf die berechtigten Sorgen der internationalen Gemeinschaft eine befriedigende Antwort zu geben. In diese Richtung unternommene Schritte werden zweifellos eine positive Wirkung für die Stabilisierung der gesamten Region und insbesondere des IRAK (22) haben, wenn sie der furchtbaren Gewalt, die dieses Land in Blut taucht, ein Ende setzen und die Möglichkeit bieten, seinen Wiederaufbau und die Wiederversöhnung unter allen seinen Bewohnern voranzubringen.



Europa

Näher bei uns, in Europa, haben neue Länder, BULGARIEN (23) und RUMÄNIEN (24), Nationen mit langer christlicher Tradition, in die



EUROPÄISCHE UNION Einzug gehalten. Während man sich anschickt, den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge zu feiern, drängt es mich zum Nachdenken über den Verfassungsvertrag. Ich wünsche mir, dass die fundamentalen Werte, die die Grundlage der Menschenwürde bilden, voll und ganz geschützt werden, insbesondere die Religionsfreiheit in allen ihren Dimensionen und die institutionellen Rechte der Kirchen. Ebenso kann man nicht von dem unleugbaren christlichen Erbe dieses Kontinents absehen, das maßgeblich zur Gestaltung des Europas der Nationen und des Europas der Völker beigetragen hat. Der 50. Jahrestag des Budapester Aufstandes, der im vergangenen Oktober begangen wurde, hat uns an die dramatischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts erinnert, die alle Europäer dazu veranlassen, eine Zukunft frei von jeder Unterdrückung und jeder ideologischen Konditionierung aufzubauen, Bande der Freundschaft und Brüderlichkeit zu knüpfen und für die Ärmsten und Geringsten Sorge und Solidarität zu bekunden; ebenso wichtig ist es, die Spannungen der Vergangenheit zu bereinigen, indem man auf allen Ebenen die Versöhnung fördert, denn nur sie ermöglicht es, die Zukunft aufzubauen und sich auf die Hoffnung einzulassen. Ich appelliere auch an alle jene auf dem europäischen Kontinent, die der Versuchung des Terrorismus ausgesetzt sind, jede Aktivität dieser Art aufzugeben, denn solche Verhaltensweisen, die der Gewalt zum Durchbruch verhelfen und bei der Bevölkerung Angst auslösen, stellen eine Sackgasse dar. Ich denke auch an die verschiedenen »eingefrorenen Konflikte« und wünsche mir, dass sie rasch eine endgültige Lösung finden, und an die immer wiederkehrenden Spannungen, die heutzutage vor allem mit den Energiequellen zusammenhängen.

Ich wünsche mir, dass die BALKANREGION (25) zu der von allen erhofften Stabilität gelangt, vor allem dank der Integration der Nationen, aus denen sie sich zusammensetzt, in die kontinentalen Strukturen und dank der Unterstützung von Seiten der internationalen Gemeinschaft. Die Aufnahme diplomatischer Bezie-

hungen mit der REPUBLIK MONTENEGRO, die gerade erst friedlich in das Konzert der Nationen Einzug gehalten hat, und das mit BOSNIEN-HERZEGOWINA unterzeichnete Grundabkommen markieren die ständige Aufmerksamkeit des Heiligen Stuhls für die Balkanregion. Während der Augenblick näher rückt, wo das Statut des KOSOVO festgelegt werden soll, bittet der Heilige Stuhl alle Beteiligten, sich um weit blickende Weisheit, Flexibilität und Mäßigung zu bemühen, damit eine Lösung gefunden wird, die die Rechte und legitimen Erwartungen aller berücksichtigt.

Schlussappell

Die Situationen, die ich erwähnt habe, stellen eine Herausforderung dar, die uns alle betrifft; es handelt sich um eine Herausforderung, die darin besteht, alles Positive in der Welt zu fördern und zu festigen und alles, was den Menschen verletzt, entwertet und tötet, mit gutem Willen, Weisheit und Hartnäckigkeit zu überwinden. Nur wenn die menschliche Person geachtet wird, ist es möglich, den Frieden zu fördern, und nur, wenn der Frieden errichtet wird, werden die Grundlagen für einen authentischen ganzheitlichen Humanismus gelegt. Hier findet die Sorge so

vieler unserer Zeitgenossen gegenüber der Zukunft eine Antwort. Ja, die Zukunft wird dann friedlich sein können, wenn wir gemeinsam für den Menschen arbeiten. Der nach dem Ebenbild Gottes geschaffene Mensch besitzt eine unvergleichliche Würde; der Mensch, der in den Augen seines Schöpfers so sehr der Liebe würdig ist, dass Gott nicht gezögert hat, seinen eigenen Sohn für ihn hinzugeben. Das ist das große Geheimnis des Weihnachtsfestes, das wir gerade gefeiert haben und dessen fröhliche Atmosphäre sich bis zu unserer heutigen Begegnung fortsetzt. In ihrem Engagement im Dienst am Menschen und an der Errichtung des Friedens steht die Kirche an der Seite aller Menschen guten Willens und bietet eine uneigennützige Zusammenarbeit an. Mögen wir dazu imstande sein, miteinander, jeder an seinem Platz und mit den ihm eigenen Talenten, am Aufbau eines ganzheitlichen Humanismus zu arbeiten, der allein eine friedliche, gerechte und solidarische Welt sicherstellen kann. Dieser Wunsch geht einher mit meinem Gebet an Gott für Sie, für Ihre Familien, für Ihre Mitarbeiter und für die Völker, die Sie vertreten. Dank Ihnen allen. □

KURZ BERICHTET:

Ächtung von Streubomben

Der Heilige Stuhl ist mit dem Ergebnis der internationalen Konferenz über Streubomben zufrieden. 46 von 49 Staaten, deren Vertreter in Oslo (Norwegen) zusammengekommen waren, einigten sich am 23. Februar darauf, bis 2008 ein weltweites Verbot des Einsatzes, des Verkaufs und der Herstellung von Streubomben erwirken.

»Das Treffen war positiver als erwartet; jetzt ist die Tür weit geöffnet«, berichtete Erzbischof Silvano Tomasi, Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen in Genf. Er wies darauf hin, dass das Schlussdokument von entscheidender Bedeutung sei, da es die internationale Gemeinschaft dazu verpflichte, »sich mit einem juristischen Dokument auszustatten, das diese Waffenart verbietet«.

Russland, China und die USA waren der Begegnung in Oslo fern geblieben; die drei Staaten Japan, Polen und Rumänien verweigerten dem Schlussdokument ihre Unterstützung.

Trotz Bemühungen um eine internationale Ächtung von Streubomben übt die Bundeswehr weiter mit solcher Munition. Dies entspreche den völkerrechtlichen Vorgaben, sagte eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums am 23.02.2007 in Berlin. Zugleich begrüßte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) die Einigung. Deutschland will in Kürze einen Textentwurf für das angestrebte Abkommen einbringen. »Dabei ist es entscheidend, dass auch die Staaten mit besonders großen Arsenalen von Streumunition eingebunden werden«, so der Außenminister. (ZENIT/KNA)

Menschenrechte sichern

Adenauer-Stiftung verstärkt Engagement für Menschenrechte

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) nimmt das Thema Menschenrechte verstärkt in den Blick. Ende 2006 legte sie – zwölf Jahre nach dem vorangegangenen Bericht – dazu eine Broschüre unter dem Titel »Menschenrechte sichern. Globale Verantwortung und christlich-demokratischer Auftrag« vor, in der die spezifischen Akzente ihrer Arbeit verdeutlicht werden.

Bei der Präsentation des Berichts setzte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla den Akzent vor allem auf drei Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen zu beobachten seien. So werde in der Türkei nach wie vor die christliche Minderheit diskriminiert und in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt. Pofalla kündigte an, bei seinem nächsten Besuch in der Türkei – auch im Blick auf das Verhältnis des Beitrittskandidaten zur EU – das Thema bei Regierungsvertretern anzusprechen, ebenso wie die »Familienmorde« an Frauen und die Suizide, zu denen Frauen von ihren Angehörigen gedrängt würden. Weiter kritisierte er die Unterdrückung von Oppositionellen in WEISSRUSSLAND. Regime-Gegner würden willkürlich verhaftet und schikaniert. Auch die Lage der Menschenrechte in RUSSLAND gebe »Anlass zur Sorge«, meinte Pofalla.

Kein »Kulturimperialismus«

In der Broschüre wendet sich die KAS gegen den Einwand, das Konzept der Menschenrechte enthalte westliche »kulturimperialistische« Elemente. Hinter diesem Vorwurf verberge sich häufig nur das machtpolitische Interesse, die Ignorierung oder Verletzung von Menschenrechten zu rechtfertigen. Zugleich wird der Versuch zurückgewiesen, den Menschenrechten auch »Menschenpflichten« an die Seite zu stellen bzw. sie durch Familien- oder Gruppenrechte zu ergänzen. Dies, so die KAS, führe nur zu einer Schwächung des Menschenrechtsbegriffs. Auch als Individualrechte hätten sie eine soziale Komponente, die nicht durch die Forderung nach Erfüllung bestimmter gesellschaftspolitischer Pflichten ersetzt oder ergänzt zu werden brauche.

Einen eigenen Abschnitt widmet der Bericht der Auseinandersetzung mit dem islamischen Menschenrechtsverständnis. Sein Standard unterscheide sich »deutlich von dem des Westens«, etwa indem es eine solche Aufstellung von Pflichten neben den Katalog unveräußerlicher Menschenrechte stelle. Vor allem aber bereite die Negierung einiger Menschenrechte Schwierigkeiten. Als »Kernprobleme« in islamischen Staaten führt die KAS die fehlende Religionsfreiheit, die »Degradierung der Frauen« sowie den Bereich der grausamen Bestrafungen an. Hinzu trete

das grundsätzliche Problem, dass ein konservatives Islamverständnis autoritäre Staatsstrukturen begünstige. In Ländern ohne eine rechtliche und institutionelle Trennung von Staat und Religion nähmen theologische Lehren viel unmittelbarer Einfluss auf staatliche Praktiken, was automatisch Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation habe.

Im Blick auf Asien wendet sich die KAS gegen die Vorstellung, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung auch langfristig ohne Verbesserung der menschenrechtlichen Grundlagen möglich sei. In Lateinamerika tritt die Stiftung für die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktaturen in den 1970er und 80er Jahren ein. Weitere wichtige Betätigungsfelder seien dort die Überwindung von Armut, sozialer Ungerechtigkeit und mangelnder politischer Partizipation breiter Bevölkerungsschichten. (KNA)

(Hinweis: im Internet abrufbar unter www.kas.de)

KURZ BERICHTET:

58 Staaten wollen mehr gegen Einsatz von Kindersoldaten tun

Vertreter von 58 Staaten haben sich zu einem verstärkten Engagement gegen den Einsatz von Kindersoldaten verpflichtet. Sie bekundeten am Dienstag in Paris ihren Willen, international zu verhindern, dass Kinder in bewaffneten Gruppen oder Streitkräften eingesetzt werden. Die Selbstverpflichtung stand am Ende einer internationalen Konferenz, zu der Frankreich und das UN-Kinderhilfswerk UNESCO Regierungen und Nichtregierungsorganisationen zusammengebracht hatte. Zu den rechtlich nicht verbindlichen Beschlüssen gehört unter anderem, Kinder aus Streitkräften und bewaffneten Gruppen herauszuholen und wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Die Unterzeichner versprechen zudem, jene wirksam zu bestrafen, die Kinder illegal rekrutieren. Dafür solle es auch keine Amnestien geben dürfen.

Die Konferenzteilnehmer billigten zugleich die »Pariser Prinzipien«, die künftig das internationale Handeln gegen den Einsatz von Kindersoldaten bestimmen sollen. Dabei handelt es sich um eine Aktualisierung der »Prinzipien von Kapstadt« aus dem Jahr 1997, des ersten Programms zur Entwaffnung und Wiedereingliederung von Kindersoldaten auf internationaler Ebene. Das neue Dokument soll der UN-Vollversammlung zur Billigung vorgelegt werden. Nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen werden derzeit weltweit rund 250.000 Kinder als Soldaten eingesetzt. 40 Prozent davon seien Mädchen oder junge Frauen. Die meisten Kindersoldaten gebe es in Afrika, vor allem im Kongo, dem Sudan, Somalia, Uganda, Burundi und der Elfenbeinküste. Aber auch in den asiatischen Staaten Afghanistan, Indonesien, Birma, Nepal und den Philippinen würden Kinder zwangsverpflichtet. Mit Ausnahme von Birma und den Philippinen gehören die genannten Staaten zu den Unterzeichnern der Selbstverpflichtung. Die beiden asiatischen Länder nahmen an der Konferenz nicht teil. (KNA)

ZUR PROLIFERATIONSPROBLEMATIK:

Die Atomprogramme Irans und Nordkoreas

Entwicklung der Lage von November 2006 bis Februar 2007 und Hintergründe (Fortschreibung)

VON WERNER BÖS

Die in AUFTRAG 264 / Dezember 2006, Seite 26 ff. begonnene Chronologie des Konflikts um die Atomprogramme des Irans und Nordkoreas wird hier fortgesetzt. Immer deutlicher wird, dass der Nichtverbreitungsvertrag von 1968 heute schon Makulatur ist, weil die klassischen Nuklearstaaten ihrer Abrüstungsverpflichtung nicht nachgekommen sind und immer mehr Nichtnuklearstaaten einen Nuklearwaffenbesitz anstreben.

1. Atomstaaten Indien und Pakistan

- 18.11.06: Nach mehr als 30 Jahren Boykott hat der US-Senat den Weg für eine nukleare Zusammenarbeit der USA mit Indien geebnet. Das Abkommen erlaubt die Kooperation mit der südasiatischen Atommacht bei der zivilen Nutzung der Kernenergie, obwohl Indien den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat. Das Abkommen erlaubt Amerika, z.B. Nuklearbrennstoffe und Reaktortechnologie zu liefern.

Die indische Regierung begrüßte die breite Zustimmung des Senats zu diesem international umstrittenen Abkommen, mit dem die USA Indien de facto als legitime Atommacht anerkennen. Indien hat im Gegenzug zugesagt, einen Teil seiner Atomanlagen unter internationale Kontrolle der IAEA zu stellen.

- 25.11.06: China sichert Pakistan Hilfe auf dem Gebiet der zivilen Nuklearhilfe zu. Die Volksrepublik lieferte Pakistan in den vergangenen Jahren – in Umgehung der internationalen Sanktionen – bereits die Technologie für zwei Atomkraftwerke.

Der pakistanische Atomwissenschaftler Aq Khan soll in der Vergangenheit mit Wissen seiner Regierung militärische Nukleartechnologie an Iran und Nordkorea verkauft haben. Für die USA war dies ein Grund, Indien und nicht Pakistan eine Partnerschaft bei der zivilen Nuklearenergie anzubieten.

- 28.11.06: Indien testet seine Raketenabwehr und hat erstmals mit einer atomwaffenfähigen Mittelstreckenrakete erfolgreich eine andere Rakete abgefangen, wenige Tage nach einem Raketentest Pakistans.
- 10.12.06: Zum dritten Mal innerhalb von drei Wochen hat Pakistan eine atomwaffenfähige Rakete getestet. Pakistan und sein Erzrivale Indien testen seit ihren fast zeitgleichen Atomwaffenversuchen von 1998 regelmäßig Raketen.
- 26.01.07: Russland wird in Indien weitere Atomkraftwerke bauen. Ein entsprechendes Abkommen wurde von den Staatschefs unterzeichnet.

2. Iranproblematik

- 04.11.06: Der Iran hat nach eigenen Angaben im Rahmen des zehntägigen Manövers »Großer Prophet 2« erneut erfolgreiche Raketentests unternommen.

Frankreich, Großbritannien und Deutschland (EU-Troika) haben einen Entwurf einer für Iran-Resolution im VN-

Sicherheitsrat eingebracht. Er sieht ein Exportverbot für Raketen- und Nukleartechnologie vor. Für Personen, die am iranischen Atom- und Raketenprogramm mitwirken, soll ein Einreiseverbot verhängt werden. Vermögenswerte dieser Personen im Ausland sollen eingefroren werden. Während die USA entschiedene Schritte verlangen, sperrt sich Russland und auch China hat Widerspruch gegen den Entwurf signalisiert.

Die iranische Regierung zeigt sich von den Sanktions-erwägungen unbeeindruckt und rückt von ihrem Recht auf nukleare Anreicherung »kein Jota« ab. Sie scheint sich aber um ihr Ansehen in der Region Sorgen zu machen.

- 09.11.06: Bei den Gesprächen im VN-Sicherheitsrat über Iran sind Art und Umfang der Strafmaßnahmen zwischen USA und Russland heftig umstritten. Während Russland den europäischen Entwurf entschärfen will, fordert Washington erheblich härtere Sanktionen, z.B. weitgehende Finanzsanktionen und Einbeziehung des von Russland gebauten Atomreaktors Buscherr sowie eine Erklärung, das iranische Atomprogramm sei »eine Bedrohung für den internationalen Frieden«, was in der VN-Sprache auch zur Legitimierung von militärischen Maßnahmen gebraucht wird. Chinas Botschafter sagte, es gebe »bei einer Reihe schwieriger Punkte unüberbrückbare Meinungsunterschiede«.
- 11.11.06: Bei der Ankunft in Moskau erklärte der iranische Vertreter überraschend, dass der frühere russische Vorschlag zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Urananreicherung auf russischem Gebiet weiter aktuell bleibe. Weiter sagte er, eine VN-Resolution würde sich auf die Zusammenarbeit mit der IAEA negativ auswirken. Nach dem Treffen in Moskau verlautete, er gehe davon aus, dass die Verhandlungen über das Atomprogramm seines Landes fortgesetzt würden. Offensichtlich sucht Iran Beistand Russlands.
- 23.11.06: Die Entscheidung über den an die IAEA gerichteten Antrag des Iran auf technische Hilfe für den Bau des Schwerwasserreaktors Arak wurde auf Druck der EU und der USA in einem ungewöhnlichen Schritt auf unbestimmte Zeit vertagt. VN-SR und die IAEA hatten den Iran schon früher aufgefordert, das Projekt einzustellen. Beim Betrieb des 40-Megawatt-Schwerwasser-Reaktors sollen gemäß Iran radioaktive Isotope für medizinische Zwecke produziert werden. Allerdings

entstände auch Plutonium, das Material kann zum Bau von Nuklearwaffen verwendet werden. In der Diktion des Iran handelt es sich in Arak um einen »Forschungsreaktor«. Experten zufolge können die medizinisch nutzbaren Produkte auch in modernen Leichtwasser-Reaktoren produziert werden, ohne dass Plutonium als Nebenprodukt abfällt.

- 24.11.06: Israel bezeichnet die Tatsache, dass der Iran möglicherweise künftig über Atomwaffen verfügen wird, als größte existenzielle Bedrohung. Aber Israel steht nicht allein da, wenn es darum geht, sich gegen eine potenzielle Atommacht zu wehren und es bereitet sich auf einen Zweitschlag gegen den Iran vor. Um die Probleme mit Teheran zu entschärfen, bedarf es aber vor allem politischer Anstrengungen.
- 25.11.06: Russland hat gegen den Protest der USA begonnen, Flugabwehrsysteme an Iran zu liefern. Der Iran hatte im Dezember 2005 einen entsprechenden Vertrag mit Russland über den Bezug von 29 Tor-M1-Raketensysteme unterzeichnet.
- 29.11.06: Während sich der Westen im VN-Sicherheitsrat seit vier Wochen erfolglos darum bemüht, wenigstens die niedrigste Stufe von Sanktionen gegen Teheran zuwege zu bringen, lässt sich der Iran von Drohungen nicht beeindrucken. Da auch ein eindeutiger Beweis nicht aufzufinden ist, muss man auf Indizienbeweise zurückgreifen, wie
 - * der systematischen Täuschungs- und Versteckpolitik gegenüber der IAEA,
 - * von mysteriösen Spuren hoch angereicherten Urans und
 - * wegen einer Mittelstreckenrakete, die mit ihrer Nutzlast von nur einer Tonne eindeutig für Massenvernichtungswaffen ausgelegt ist.

Aber das sind eben nur Indizien für einen militärischen Missbrauch des Atomprogramms.

- 09.12.06: Der neue Generalsekretär der VN, Ban Ki-moon (ab 01.01.07), erklärt, dass der Sicherheitsrat den Iran betreffend eine gute Resolution angenommen habe. Der Iran sei nun gefordert, diese umzusetzen. Im Kern ging es beim Iran um Vertrauen. Die internationale Gemeinschaft glaube nicht, dass das iranische Atomprogramm nur friedlichen Zwecken diene.
- 11.12.06: Iran hat nach eigener Darstellung die Urananreicherung ausgeweitet und damit den ersten Schritt zur industriellen Produktion vom Atombrennstoff getan. Nach Ahmadinedschads Einschätzung ist der Widerstand gegen das Atomprogramm international geschwunden. Der Westen sei weiter zurückgewichen, weil der Iran so beharrlich auf seinem Recht zur zivilen Nutzung bestehe.
- 12.12.06: In einer bisher beispiellosen Aktion haben ca. 50-60 iranische Studenten eine Rede des Präsidenten des Iran, Ahmadinedschad, an der Teheraner Universität gestört. Sie zündeten Feuerwerkskörper, zündeten ein Bild des Prä-

sidenten an und lieferten sich Rangeleien mit Anhängern.

- 13.12.06: Israels Ministerpräsident Olmert hat in einem Interview aus Anlass seines Deutschlandbesuches gegenüber den Fernsehsender N24 und SAT 1 Israel in einer Reihe mit den Atommächten Amerika, Frankreich und Russland gestellt und Wirbel ausgelöst. So offen hatte sich noch nie ein israelischer Ministerpräsident in dieser Frage geäußert und ein Tabu gebrochen, auch wenn man allgemein Israel als Atommacht vermutete.
Wollte Olmert dem Iran drohen? An dem Tag, an dem in Teheran die Holocaust-Verleugungskonferenz begann?
Olmert hätte seine Gastgeber sehr in Verlegenheit bringen können. Denn die israelischen U-Boote, von denen aus Atom-Raketen abgeschossen werden könnten, sind nicht nur deutsche Produktion, sondern teilweise gar Geschenke Deutschlands.
- 14.12.06: Irans Präsident Ahmadinedschad lässt seine politischen Vorstellungen und Ambitionen verkündigen: »Wir haben zwei wichtige Missionen. Iran durch Gottesfurcht und Opferbereitschaft zu einem führenden islamischen Land zu machen, und dieses Modell dann der ganzen Welt vorzustellen«. Seine Devise lautet: »Zurück zu den islamischen Wurzeln, aber mit modernem technologischen Know-how«. Atomtechnologie gehört dazu. Aber auch in der Medizin und in der Wissenschaft will er das Land an die Spitze der islamischen Welt führen.
- 15.12.06: Bei den heutigen Wahlen der Expertenversammlung und der Kommunalparlamente im Iran zeichnet sich eine Stärkung der Reformkräfte ab. Damit würde sich die Stimmung zumindest tendenziell gegen Ahmadinedschad drehen.
- 19.12.06: Iran hat nach saudi-arabischen Berichten faktisch einen schiitischen Staat innerhalb des Irak aufgebaut. Der Iran finanziere schiitische Milizen und bilde Kämpfer aus. Außerdem unterstütze er aktiv iranische Politiker im Irak.
- 23.12.06: Der VN-SR verabschiedet schließlich nach 2 Monaten Beratung eine nach Russlands und Chinas Willen abgemilderte Resolution mit Sanktionen gegen



(Grafik: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Atomprogramm_des_Iran_2.png)

den Iran. Die 15 Ratsmitglieder nahmen die neunseitige Resolution einstimmig an. Die Resolution untersagt allen Mitgliedsländern die Lieferung von nuklearen Technologien an den Iran. Darüber hinaus verfügt sie, dass das Vermögen von 11 namentlich genannten Personen und 12 Unternehmen, die an dem iranischen Atom- und Raketenprogramm mitarbeiten, eingefroren wird. Das im Entwurf der EU-3 vorgesehene Reiseverbot für Mitarbeiter des Atomprogramms und für ranghohe Regierungsvertreter wurde gestrichen und in einen Aufruf zur Wachsamkeit solchen Reisen gegenüber umgewandelt.

- 30.12.06: Die gegen Iran verhängten Sanktionen des VN-SR haben im Lande erstmals öffentliche Kritik an der Atompolitik Ahmadinedschads hervorgerufen. Vertreter der von Reformern geprägten Vorgängerregierungen äußerten in der gemäßigten Tageszeitung »Kargozaran« Sorge über die Folgen der jüngsten VN-Resolution 1737. Um das Land nun vor einer Krise zu bewahren, müsse es Zuflucht zu »kompetenten und moderaten Leuten« nehmen.

Bei den Kommunalwahlen und den Wahlen zum Expertenrat Mitte Dezember hatten die Reformer gut abgeschnitten, was sie zu ihrer Kritik ermuntert haben könnte. Westliche Regierungen haben stets darauf gehofft, dass Sanktionen in der iranischen Elite zu einer Neubewertung der Atompolitik führen könnten.

- 03.01.07: Der Präsident des Iran hat vor Demonstranten in der südiranischen Stadt Ahwas im Atomstreit erneut den Ton verschärft und den USA mit einem »historischen Schlag ins Gesicht« gedroht. Der Iran werde seine atomaren Pläne ungeachtet der VN-Sanktionen weiter vorantreiben. »Die VN-Resolution hat für Iraner keine Gültigkeit«. Gleichzeitig drohte er den Ländern, die »den Iran schikanieren wollten«.
- 06.01.07: Während des Besuches der Bundeskanzlerin Merkel bei Präsident Bush soll es in der 90-minütigen Arbeitssitzung und später beim Abendessen vor allem um die Iran-Politik gegangen sein. Merkel plädierte leidenschaftlich für ein »langsames, aber geschlossenes« Vorgehen. Nur wenn es gelinge Indien, Russland und China einigermaßen bei der Stange zu halten, könne man den Iran beeindrucken.
- 13.01.07: Die USA verlegen weiteren Flugzeugträger in den Persischen Golf.

Präsident Bush führt dem Regime im Iran ein paar militärische Instrumente vor. Offenkundig hat er sich also gegen diplomatische Avancen entschieden und gegen die Empfehlung, das direkte Gespräch mit Teheran zu suchen. Das wäre auch einem weiten Sprung über den eigenen Schatten gleichgekommen. Ob die konfrontative Haltung, die Irans wilder Entschlossenheit entspricht, sein Atomprogramm ohne Rücksicht auf VN-Beschlüsse voranzutreiben, vernünftig und gar Erfolg versprechend ist, steht dahin. Vielleicht kommt die neue Konfrontation einem Teil der iranischen Führung sogar gelegen, weil auch sie nicht mehr über Gesten des Entgegenkommens nachdenken muss. Die USA behaupten, Iran schüre den Glaubenskampf zwischen Schiiten und Sunniten und liefere Waffen an die »Feinde« Amerikas. Tatsächlich

gibt es Anzeichen, dass der Iran sein großes Destabilisierungspotenzial auch einsetzt, z.B. im Irak und Libanon.

- 18.01.07: Die US-Außenministerin wiederholt die zuletzt sehr scharfe Kritik am Iran. Teheran verletze »Tag für Tag« die VN-Resolution, die das Land zur Aufgabe der Uran-Anreicherung auffordert. »Dies sei nicht die Zeit, um bilaterale Gespräche zu beginnen«, kritisierte sie die Entsendung eines französischen Diplomaten nach Teheran. Die internationale Gemeinschaft müsse geschlossen gegenüber Iran auftreten. Washington drängt die Europäer, härtere Sanktionen gegen Iran zu verhängen, als sie zurzeit die VN-Resolution vorsieht.
- 20.01.07: In Missachtung der VN-Resolution hat Iran sein Atomprogramm bedeutend erweitert. In seiner Urananreicherungsanlage in Natans sind nach Berichten der IAEA-Inspektoren die unterirdischen infrastrukturellen Voraussetzungen für den Aufbau von 3.000 Zentrifugen geschaffen worden. Bislang hatte das Land nur 300 dieser Geräte im Betrieb, mit denen auch Sprengstoff für Atomwaffen gewonnen werden kann. Ahmadinedschad will die Geräte am 28. März 2007 im Rahmen eines »nationalen Atomfests« in Betrieb nehmen, behauptet aber, damit nur schwach angereichertes Uran herstellen zu wollen, wie es in Kernkraftwerken benötigt wird. Diese Zahl gilt als kritische Schwelle, da damit genug hoch angereichertes Uran für den Bau von zwei Atombomben jährlich gewonnen werden kann.
- 22.01.07: Iran hat gestern ein dreitägiges Manöver der Revolutionsgarden mit neuen Raketen angekündigt.
- 27.01.07: Die Fachzeitschrift »Aviation Week and Space Technology« berichtet, Iran plane, mittels einer umgebauten Langstreckenrakete des Typs »Schahab 3« einen Satelliten in eine erdnahe Umlaufbahn zu bringen. Dabei erhoffe sich das Regime auch Aufschlüsse darüber, ob aus der Rakete von bisher 1.600 km Reichweite eine Interkontinentalrakete bis fast 4.000 km entwickelt werden kann.

Die IAEA fordert Iran auf, das vor wenigen Tagen von Teheran aus Verärgerung über die VN-Sanktionen verhängte Arbeitsverbot gegen 38 internationale Inspektoren vor allem aus USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und Deutschland aufzuheben. Diese Länder gelten in Teheran als Hauptgegner im Atomstreit. Russische und chinesische Inspektoren durften dagegen einreisen.

Der IAEA-Generaldirektor El Baradei sagte beim Weltwirtschaftsforum in Davos, der Iran sei noch 5 bis 10 Jahre von der Herstellung einer Atomwaffe entfernt.

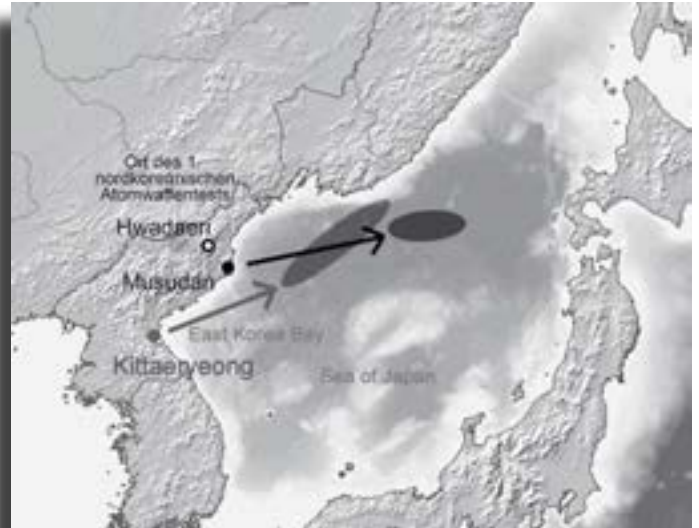
- 28.01.07: In Teheran rief Irans Ex-Präsident Haschemi-Rafsandschani die Politiker seines Landes zu einer »klügeren Wortwahl« im Atomstreit auf. Mit den VN-Sanktionen von Ende Februar an sei die Lage alles andere als normal.
- 01.02.07: Nach Ansicht des Sicherheitsinstituts IISS in London kann der Westen nicht mehr verhindern, dass Iran in zwei bis drei Jahren über eine Nuklearwaffe verfügt. Die begrenzten verhängten VN-Sanktionen könnten allenfalls den Ausbau des Atomprogramms bremsen.

- 02.02.07: Der Iran gestattet der IAEA – nach bisheriger Weigerung – im unterirdischen Teil der Urananreicherungsanlage von Natans Überwachungskameras aufzustellen. Das Institut sieht Anzeichen dafür, dass die interne Kritik an Präsident Ahmadinedschad angesichts des finanziellen und politischen Drucks auf Iran wächst. Auf diese Entwicklung setzten die USA.
- 03.02.07: Die USA haben Spekulationen über Kriegspläne gegen Iran zurückgewiesen. »Wir planen keinen Krieg gegen den Iran. Wir werden aber unsere Truppen im Irak gegen vom Iran unterstützte Terroristen schützen« erklärte Präsident Bush. Die USA haben einen zweiten Flugzeugträger in die Golfregion entsandt und Patriot-Abwehrraketen in den Irak verlegt, was Beobachter als Vorbereitung für einen Militärangriff auf den Iran interpretierten. Der afghanische Außenminister Spanta warnte davor, mit einem US-Angriff auf Iran eine weitere Front im Anti-Terror-Kampf zu eröffnen.
- 04.02.07: Der Iran hat Journalisten und IAEA-Vertretern aus Kuba, Malaysia und Ägypten einen einstündigen Besuch der militärisch schwer bewachten Uranumwandlungsanlage in Isfahan erlaubt. Erklärtes Ziel ist es, die friedlichen Absichten des Atomprogramms zu zeigen.
- 22.02.07: Iran hat das an diesem Tag abgelaufene Ultimatum der Resolution 1737 des UN-SR, die Urananreicherung bis zu diesem Tag einzustellen, nicht erfüllt, im Gegenteil seine Urananreicherungsversuche noch verstärkt. Das geht wie erwartet aus einem vertraulichen Bericht der IAEA hervor, der den VN am 22.02.07 übermittelt wurde. Demnach haben iranische Techniker in der Anreicherungsanlage Natans etwa 66 kg des Gases Uranhexafluorid zu reaktortauglichem Uran 235 verarbeitet. Die Zahl der einsatzfähigen Gaszentrifugen wurde auf 328 verdoppelt. Nach Außenminister Steinmeier ist durch die Weigerung Irans nun eine »Phase erreicht, die eine neue Bewertung abverlangt«. Die EU, USA, Russland und China wollen zunächst den Bericht der IAEA prüfen und gemeinsam »weitere Schritte festlegen«. Am zweiseitigen Gesprächsansatz wird wohl festgehalten. Dazu zählen einerseits die Forderung, Iran müsse durch eindeutige Haltungen das internationale Vertrauen zurückgewinnen, andererseits das Angebot, Iran für diesen Fall weitreichende Kooperation anzubieten. Nach US-Auffassung beginnt Iran die Wirkung der verhängten Wirtschaftssanktionen zu spüren, insbesondere bei den Einschränkungen europäischer Exportkredite. Steinmeier: »Wir hoffen auf genug Vernunft bei den Verantwortlichen«, um zu erkennen, »dass ein noch so ehrgeiziges Atomprogramm die Bevölkerung nicht satt macht.

Bewertung der Iranproblematik:

Sollte Teheran der Bau der Atombombe tatsächlich gelingen, hat das dramatische Auswirkungen auf die Region. Die Konfrontation zwischen Schiiten (die in Iran dominieren) und Sunniten tritt im Nahen Osten zunehmend an die Stelle des Konflikts zwischen Israel und den Arabern.

In der gesamten Region haben sich die Regeln zu nuklearen Themen bereits geändert. Ägypten und mehrere



Nordkoreanische Raketenschüsse am 5. Juli und Ort des Atomwaffentests vom 9. Oktober 2006.

(Quelle: Japan Defence Agency)

Golfstaaten haben schon Interesse an einem Atomprogramm »zu friedlichen Zwecken« bekundet. Nun folgt auch der jordanische König Abdullah II. mit dem Wunsch, über die Atomkraft zu verfügen. Nach seiner Ansicht haben sich die nuklearen Spielregeln in der Region geändert.

3. Entwicklung in Nord-Korea

- 02.12.06: Die Vorverhandlungen zur Wiederbelebung der Sechsländer-Gespräche zu Nord-Korea sind ohne klares Ergebnis zu Ende gegangen. Mehr als ein Funke Hoffnung für die fünfte Runde der Gespräche in diesem Jahr mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel zu schaffen, besteht nicht. Laut Berichten aus Seoul haben die VN-Sanktionen keine Auswirkungen z.B. auf Infrastrukturprojekte, wo mit russischer und chinesischer Hilfe repariert und gebaut wird. Auch Südkorea will seine über Jahre gewachsenen innerkoreanischen Projekte nicht wirklich gefährden. Nur die USA und Japan sind sich einig, einen harten Kurs zu fahren.
- 09.12.06: Hinsichtlich Nordkorea erwartet der designierte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, dass die Sechser-Atomgespräche demnächst aufgenommen werden und will beobachten, wie die Parteien die Beschlüsse vom September 2005 umsetzen. Damals hatte sich Nordkorea verpflichtet alle Atomwaffenprogramme aufzugeben, um im Gegenzug wirtschaftliche Hilfen und politische Zusagen zu erhalten.
Der Südkoreaner Ban Ki-moon will selber einen Beitrag leisten, damit die Atomwaffen so schnell wie möglich von der koreanischen Halbinsel verschwinden. So plant er, einen Sondergesandten für Nordkorea zu ernennen.
- 12.12.06: Nach wochenlangem Tauziehen und mehr als zwei Monate nach dem Atomwaffentest Nordkoreas verkündet China als Vermittler die Fortsetzung der seit einem Jahr festgefahrenen Verhandlungen in Peking.
- 18.12.06: Nordkoreas Generale fühlen sich mit der Bom-

be stärker als zuvor. Mit dieser Haltung geht Nordkorea heute nach 15 Monaten Unterbrechung in die neuen Verhandlungen der Sechserrunde über eine Lösung des Atomstreits. Peking ist traditionell Gastgeber der Gespräche, an denen neben Nord- und Südkorea die USA, Japan und Russland teilnehmen.

In der Region herrscht Skepsis, ob die fünfte Runde der Peking Atomgespräche, die 2003 begonnen hatten, die tiefe Kluft zwischen Nordkorea und den USA überwinden kann.

Die Nordkoreaner dürsten zwar nach internationaler Anerkennung, werden ihre Atombombe aber trotzdem nicht mehr hergeben.

- 22.12.06: Die ersten Sechs-Länder-Gespräche über Nordkoreas Atomprogramm seit 15 Monaten sind in Peking ohne greifbare Ergebnisse beendet worden. In einer Abschlusserklärung vereinbarten die Beteiligten, sich »zur frühest möglichen Gelegenheit« wieder zu treffen, ein Termin wurde aber nicht genannt. Die USA wollen nicht auf die nordkoreanischen Forderungen eingehen, als Voraussetzung für ernsthafte Verhandlungen die gegen Pjöngjang verhängten Finanzsanktionen aufzuheben. Sie hatten schon in 2005 dafür gesorgt, dass 24 Millionen US-Dollar nordkoreanischen Geldes bei der Banco Delta Asia eingefroren worden waren. Sie werfen Nordkorea zudem vor, es betreibe eine Hinhaltetaktik: Einen Tag gehe es um die Finanzsanktionen, am nächsten verlange Nordkorea etwas, von dem es wisse, dass es nicht zu erfüllen sei, dann wieder beschwere es sich darüber, dass seine Gefühle durch bestimmte Formulierungen verletzt würden. Südkorea kritisiert die Haltung der USA und könnte in einem Nachgeben nichts Schlimmes sehen.

Auf Nachfrage sagte der nordkoreanische Delegierte, dass sein Land den Ausbau der atomaren Fähigkeiten weiter betreiben werde.

Bei aller Enttäuschung über den Abbruch, vielleicht kann ja der Weg das Ziel sein und die Sechserrunde ein reiner Selbstzweck sein, um der Friedenssicherung in der Region ein Forum zu bieten.

- 20.01.07: Sowohl die USA als auch Nordkorea haben sich zuversichtlich gezeigt, dass die Sechsergespräche über Pjöngjangs Atomwaffenprogramm/Denuklearisierung noch im Februar in Peking wieder aufgenommen werden könnten. Die Zuversicht entstammt bilateralen Gesprächen, in denen sich die USA offen zeigten, einen Teil des eingefrorenen nordkoreanische Guthabens von 24 Mio Dollar freizugeben. Zudem wollen die USA über den Abbau von Handelssanktionen nachdenken. Im Gegenzug scheint Nordkorea bereit, die Wiederaufbereitung von Brennstäben im Nuklearreaktor Yongbyon zu stoppen und gegebenenfalls wieder Inspektoren ins Land zu lassen. Mit einem Durchbruch rechnet niemand. Nordkorea hofft auf einen Regierungswechsel bei der US-Präsidentschaftswahl 2008.

- 05.02.07: Nordkorea stellt Bedingungen für einen Verzicht auf den Bau von zwei Leichtwasser-Atomreaktoren. Dies sind einmal Lieferungszusagen über 500.000 t Rohöl im Jahr sowie die Streichung des Landes von der US-Liste der den Terrorismus unterstützenden Staaten.

4. Allgemeine Bewertung

Die Bewertung von Irans und Nordkoreas Nuklearpläne schüren weltweit die Angst vor militärischer Überlegenheit. Zahlreiche Staaten liebäugeln damit, eigene Atomprogramme aufzunehmen – darunter sogar Japan (11.12.06); Nationalisten stellen lautstark die Forderung, die in Japan bislang verpönt war: Tokio soll sich jetzt endlich selbst Atomwaffen zulegen, die Sicherheit des Inselreichs stehe auf dem Spiel. Der Besitz von Atomwaffen verringere die Wahrscheinlichkeit, angegriffen zu werden, weil man dann zurückschlagen könne. Damit ist ein Tabu gebrochen. Sechs Jahrzehnte lang war die Ablehnung von Atomwaffen politischer Grundkonsens in Japan.

Ähnliche Töne sind in immer mehr Ländern rund um den Globus zu hören. In Fernost erwägen auch Südkorea und Taiwan, ihre eingemotteten Atompläne hervorzuholen. In mehreren arabischen Staaten und in der Türkei werden Rufe nach der Bombe laut. Es droht eine neue Ära des Wettrüstens.

Die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen sind völkerrechtswidrig. Das hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag (Gerichtshof der Vereinten Nationen) in seinem beratenden Gutachten auf Anforderung der Generalversammlung vom 8. Juli 1996 festgestellt. Er hat die Verpflichtung der Atomwaffenstaaten aus Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrages bekräftigt, wonach diese verpflichtet seien, in gutem Glauben, Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, die Atomwaffen endgültig abzuschaffen. Zwar haben sich Staaten, wie z.B. Israel, Indien, Pakistan, Nordkorea, dieser Verpflichtung entzogen, indem sie dem Vertragssystem einfach nicht beitraten. Jedoch gilt selbstverständlich auch für diese Staaten, dass in jedem Einsatz von Atomwaffen eine Verletzung des humanitären Völkerrechts zu sehen ist. In diesem Zusammenhang bricht der politisch begründete Vertrag der USA mit Indien das Völkerrecht. Bislang galt, was im Nichtverbreitungsvertrag von 1968 festgeschrieben wurde, dass es auf der Welt fünf anerkannte Atommächte gibt (USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich), die sich zur Abrüstung verpflichten, und dass sich im Gegenzug die anderen 183 Unterzeichnerstaaten keine Nuklearwaffen beschaffen. Das Streben nach Atomwaffen ist jedoch ungebrochen; das Völkerrecht wird mit Füßen getreten. □

DISKUSSIONSFORUM WEISSBUCH 2006:

Mit der Erklärung des Bundesvorsitzenden »GKS-Position zum Weißbuch 2006« vom 6. Dezember 2006¹ ist die Meinungsbildung zum »Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr« in unserer Gemeinschaft nicht abgeschlossen, sondern geradezu eröffnet worden. Vor allem in den Sachausschüssen »Sicherheit und Frieden« sowie »Innere Führung« werden die Aussagen und Inhalte des Weißbuchs weiter und intensiv erörtert. Dies zeigen die beiden folgenden Aufsätze, in denen Klaus Liebetanz (S. 15-18) und Helmut Jermer (S. 18-21) ihre Meinungen äußern. Es folgen dann zwei weitere Beiträge: Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Christian Ruck, plädiert für eine gemeinsame Strategie und bessere Verzahnung der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik (S. 22-24); schließlich folgt die Punktation einer Rede, die BMVg Dr. Franz Josef Jung vor dem entwicklungspolitischen Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 31.01.2007 gehalten hat (S. 24 f.).

¹ siehe AUFTRAG Nr. 265/Dezember 2006, Seite 8.



Fortschritte im sicherheitspolitischen Denken

VON KLAUS LIEBETANZ

Das neue »Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr« ist ohne Zweifel ein wesentlicher Fortschritt im offiziellen sicherheitspolitischen Denken. Dieser Fortschritt macht sich u.a. an folgenden im Weißbuch 2006 verwendeten Begriffe fest: »umfassender« Sicherheitsbegriff, Werteorientierung deutscher Sicherheitspolitik, Beseitigung struktureller Krisenursachen und »Responsibility to protect«. Allerdings wird in den angefügten Kommentaren zu den o.a. vier Begriffen erläutert, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit noch eine erhebliche Lücke klafft. Es besteht jedoch die berechtigte Hoffnung, dass in den nächsten 10-20 Jahren durch weiteren Abbau von Ressortegoismen, der Graben zwischen Wunsch und Wirklichkeit aufgefüllt wird.

1. Der umfassende Sicherheitsbegriff

»Die in der Vergangenheit bewährten Strategien zur Abwehr äußerer Gefahren – wie Abschreckung und Einhegung – reichen gegen die neuen asymmetrischen, häufig auch durch nichtstaatliche Akteure verursachten Bedrohungen nicht aus.« (WB S. 21)

»Deutsche Sicherheitspolitik beruht auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Risiken und Bedrohungen muss mit einem abgestimmten Instrumentarium begegnet werden. Dazu gehören diplomatische, wirtschaftliche, entwicklungspolitische, polizeiliche und militärische Mittel, wenn geboten, auch bewaffnete Einsätze.« (WB S. 29)

»Allerdings kann diesen neuartigen Risiken weder allein noch vorrangig mit militärischen Mitteln begegnet werden« (WB S. 23)

»Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle

Bedingungen, die nur in multinationalem Zusammenwirken beeinflusst werden können, bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung. Sicherheit kann daher weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist.« (WB S. 29)

Kommentar: Der Denkansatz des »UMFASSENDEN SICHERHEITSBEGRIFFES« als Abkehr vom rein militärischen Denken ist zweifellos ein großer Fortschritt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass zwischen dem Anspruch des neuen Weißbuches und der Wirklichkeit eine erhebliche Lücke klafft. Die militärischen und zivilen Instrumente liegen bei der Friedenskonsolidierung

in der Konfliktfolgephase finanziell noch weit auseinander. Das trifft auch für die Situation in Afghanistan, besonders für den Aufbau einer lokalen rechtstaatlichen Polizei wie auch für die nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit zu Gunsten der betroffenen Bevölkerung, zu. Beides sind Schlüsselfunktionen für eine erfolgreiche Friedenskonsolidierung und eine Exitstrategie für die eingesetzten Streitkräfte. Es war unverständlich, warum der Innenausschuss des Deutschen Bundestages an der Debatte über die Verlängerung des deutschen Einsatzes in Afghanistan am 21. und 26. September 2006 nicht beteiligt war. Darüber hinaus muss das BMI ein Attraktivitätsprogramm für befähigte Polizisten auflegen, welches verhindert, dass vom fordernden internationalen Polizeieinsatz zurückkehrende Polizisten obendrein noch Karriere Nachteile haben. Ferner muss den Abgeordneten des Deutschen Bundestages bewusst werden, dass bei Friedenseinsätzen deutscher Kräfte in »failing states« dem Aufbau einer effektiven rechtstaatlichen Polizei die gleiche Bedeutung zukommt wie der militärischen Absicherung (Hans H. Dube, Regionaldirektor der GTZ in Afghanistan). Derzeit gibt Deutschland in Afghanistan jedoch 26 mal mehr für Militär als für den Polizeiaufbau aus. Das muss sich ändern. Das Innenministerium sollte zusätzliche Mittel für einen eigenen

Haushaltstitel »Internationale Polizeieinsätze« erhalten und nicht auf die »Almosen« des BMZ und AA angewiesen sein.

Voraussetzung für eine sinnvolle Exitstrategie ist eine funktionierende rechtstaatliche Polizei wie auch die nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit zu Gunsten der betroffenen Bevölkerung. Nur so kann das Ziel der Friedenskonsolidierung, nämlich ein sich selbst tragender Friedensprozess, erreicht werden. Die eingesetzten Soldaten werden sich zu dem immer bewusster, dass ihr Einsatz in den Krisenregionen nur in einem gewissen Zeitfenster für Sicherheit sorgen kann. Wenn in dieser Zeit die zivilen Ressorts nicht in ausreichenden Maße ihrer Verantwortung nachkommen, scheitert der gesamte Friedenseinsatz. Es ist doppelt bitter, u.U. seine Gesundheit oder sein junges Leben für einen dann sinnlos gewordenen Auftrag einsetzen zu müssen.

2. Werteorientierung deutscher Sicherheitspolitik

»Das Grundgesetz setzt mit dem Auftrag zur Wahrung des Friedens, zur Einigung Europas, zur Beachtung und Stärkung des Völkerrechts, zur friedlichen Streitbeilegung und zur Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit unverändert gültige Orientierungspunkte.« (WB S. 28)

»Die Sicherheitspolitik Deutschlands wird von den Werten des Grundgesetzes und dem Ziel geleitet, die Interessen unseres Landes zu wahren, insbesondere (u.a., Anm. d. Verf.):

- zur Achtung der Menschenrechte und Stärkung der internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts beizutragen,
- den freien und ungehinderten Welt-handel als Grundlage unseres Wohlstandes zu fördern und dabei die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen zu überwinden helfen.« (WB S. 28)

Kommentar: Im Weißbuch 2006 geht es richtigerweise nicht nur um die Sicherung unseres westlichen Wohlstandes – gleichsam als einer »Insel der Seligen« – sondern auch um die Sicherheit und das menschenwürdige Überleben der Bevölkerung in den Krisengebieten. Wenn es nicht ge-

lingt, den Menschen in den Krisengebieten ein erträgliches Auskommen zu ermöglichen, wird Deutschland und Europa ein wachsendes Problem durch unkontrollierte Migration und ideologisch bedingten Terrorismus bekommen.

Hier liegt auch der Schlüssel zur langfristigen Problemlösung in Afghanistan. Hier sind Schwierigkeiten bei der Friedenskonsolidierung und einen sich selbst tragenden Friedensprozess besonders groß. Afghanistan besteht aus einer ariden (trockenen), braunen Mondlandschaft ohne nennenswerte Bodenschätze, einem rekordverdächtigen Drogenanbau und einer archaischen, islamischen Clangesellschaft mit unterschiedlichen, verfeindeten Stämmen. Hinzu kommt noch ein nahezu unbegrenztes Rückzugsgebiet für islamistische Gruppierungen in der Grenzregion zu Pakistan. Eine Befriedung wird noch Jahrzehnte dauern und Unsummen verschlingen. Zur langfristigen Verbesserung der Lebenssituation für die einfache Bevölkerung gibt es keine sinnvolle Alternative.

Trotz all dieser Probleme sollte nicht vergessen werden, dass der Sicherungsauftrag der Bundeswehr im Nordteil von Afghanistan zahlreichen humanitären und entwicklungspolitischen Organisationen eine nahezu ungestörte Arbeit ermöglicht.¹ Damit leisten die deutschen Streitkräfte schon jetzt indirekt einen nicht unerheblichen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Senkung der Sterblichkeitsrate in Afghanistan. Bei einem raschen Rückzug der deutschen Streitkräfte würde das System von Gesundheitsversorgung, sauberem Trinkwasser und ausreichender Ernährung wegen des unvermeidlich wieder aufflammenden Bürgerkriegs zusammenbrechen und unabsehbaren Schaden für die Zivilbevölkerung nach sich ziehen. Der Teufelskreis aus Kälte bis zu 30 Grad minus, Unterernährung und kontaminiertem Trinkwasser würde wieder dazu führen, dass zehntausenden Menschen, besonders Kindern, Frauen und älteren Men-

schen sterben. Die Ankündigung der Bundesregierung auf der NATO-Konferenz am 26. Januar 2007 in Brüssel, ihr integriertes Aufbausystem (PRT) im deutschen Verantwortungsbereich auszudehnen, ist konsequent und geht in die richtige Richtung.

3. Beseitigung struktureller Krisenursachen

»Armut, Unterentwicklung, Bildungsdefizite, Ressourcenknappheit, Naturkatastrophen, Umweltzerstörung, Krankheiten, Ungleichheiten und Menschenrechtsverletzungen bilden neben anderen Faktoren den Nährboden für illegale Migration und säkularen wie religiösen Extremismus. Sie können damit zur Ursache für Instabilität und in ihrer radikalsten Form Wegbereiter des internationalen Terrorismus werden. In einer zunehmend interdependenten Welt wirken sich diese Risiken nicht nur auf ihre unmittelbare Umgebung aus, sondern berühren in vielfältiger Weise die Sicherheit der gesamten internationalen Gemeinschaft.« (WB S. 23)

»Entwicklungshemmnisse und fragile Staatlichkeit. ... In Teilen Afrikas und Asiens wird die politische und gesellschaftliche Stabilität neben den durch Globalisierung hervorgerufenen Faktoren immer wieder durch Versorgungs- wie auch Verteilungsproblemen beeinträchtigt. Die Auswirkungen von Klimaveränderungen können die Effekte noch verstärken. Wirtschaftliche und ökologische Faktoren – häufig gesteigert durch Ineffizienz und Korruption bis auf Regierungsebene – bilden Ursachen für politische Spannungen. Staatsversagen sowie eine unkontrollierte Migration können zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen und die internationale Sicherheit nachhaltig beeinträchtigen. Neben der moralischen Verpflichtung ist es, auch aus Verantwortung für die Sicherheit unsres Landes, geboten zu helfen.« (WB S. 26)

»Der Begriff »Zivile Krisenprävention« ist nicht als Abgrenzung zu militärischer Krisenprävention zu verstehen, sondern schließt diese ein. Er umfasst sowohl die Bearbeitung von Konflikten vor dem Ausbruch von Gewalt, das Krisenmanagement wie auch die Konflikt-Nachsorge (Staatsaufbau). Nur die nachhaltige Konsolidierung von Frieden und Stabilität und die Schaffung von Eigenverant-

¹ Davon hat sich im Jahr 2006 der Autor dieses Beitrages bei einer Überprüfung von Projekten der deutschen humanitären Hilfe im Auftrag des Auswärtigen Amtes überzeugen können.

wortung der Betroffenen («ownership») können verhindern, dass Konflikte erneut ausbrechen.« (WB S. 30)

Kommentar: Der Begriff »ownership« (Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen) ist für Entwicklungspolitiker und Entwicklungsfachleute eine wesentliche Grundlage ihres Denkens und Arbeitens. Das war nicht immer so. Die weltweite Entwicklungshilfe hat in den 60er und 70er Jahre hunderte von Milliarden US-Dollar buchstäblich in den Sand gesetzt (sog »weiße Elefanten«), weil das Prinzip der »ownership« nicht beachtet wurde. Statt dessen standen einseitige und eigene Wirtschaftsinteressen im Vordergrund.

Dem hierarchisch aufgebauten und auf schnelle Erfolge ausgerichteten militärischen System ist das Prinzip der »ownership« wesensfremd. Hier hat die Bundeswehr bei Einsätzen in der Friedenskonsolidierung noch einen Nachholbedarf. Es ist nicht einzusehen, warum deutsche Soldaten im Ausland hauptsächlich Checkpoints betreiben und Patrouillen durchführen sollen. Wenn man richtigerweise davon ausgeht, mindestens 10-15 Jahre in den Krisenregionen militärisch präsent zu bleiben, müssen Bundeswehr und NATO in viel stärkerem Maße als bislang einheimische Verbände ausbilden. Es kommt darauf an, die Fähigkeiten des Partners zu stärken und nicht alles allein machen zu wollen. Auch militärische Hilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe in den Mittelpunkt der Bemühungen stellen, andernfalls wird die Bundeswehr zur Besatzungsarmee. Die Stärkung der lokalen Streitkräfte ist auch preiswerter und nachhaltiger, wie die Erfahrungen deutscher Hilfsorganisationen zeigen. Wenn man den einheimischen Kräften jedoch grundsätzlich misstraut, kann man den Friedensprozess ohnehin vergessen. Auf jeden Fall könnte man so die Anzahl deutscher Soldaten im Auslandseinsatz reduzieren und ihrer ohnehin zunehmenden Entwurzelung (hohe Scheidungsraten durch häufige Abwesenheit von der Familie) entgegenwirken. US-Außenministerin Condoleezza Rice hat auf der o.a. NATO-Außenministerkonferenz im Januar 2007 angekündigt, dass die neue US-Finanzhilfe für Af-

ghanistan 10,6 Milliarden US-Dollar betragen werde. Davon sollen mehr als drei Viertel in Ausbildung und Ausrüstung von afghanischer Polizei und Armee fließen. Die Vereinten Staaten scheinen aus der Irak-Katastrope gelernt zu haben.

4. Responsibility to protect

»Die Vereinten Nationen sind die einzige internationale Organisation mit universellem Charakter. Ihre Charta bildet den grundlegenden völkerrechtlichen Rahmen für die internationalen Beziehungen.« (WB S. 57)

»Nach den Rückschlägen Mitte der 90er Jahre (Somalia, Ruanda, Srebrenica) wurden die Friedensmissionen der Vereinten Nationen einem intensiven Reformprozess unterzogen. Seit der Vorlage des »Brahimi-Berichts« im Jahr 2000 besteht Einigkeit, dass Blauhelm-Missionen materiell und personell angemessen ausgestattet und in den meisten Fällen mit einem »robusten« Mandat versehen werden müssen, das ihnen die Anwendung von Gewalt nicht nur zur Selbstverteidigung, sondern auch zur Erfüllung ihres Auftrags und zum Schutz der gefährdeten Zivilbevölkerung erlaubt.« (WB S. 57)

»In den vergangenen Jahren ist das Bewusstsein für die Bedeutung einer gerechteren Weltordnung gewachsen, in der Menschenrechte geschützt und das humanitäre Völkerrecht gestärkt werden müssen. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen im Kosovo gewinnt auch im Völkerrecht der Gedanke zunehmend Anerkennung, dass die Abwendung von humanitären Katastrophen, die Bekämpfung terroristischer Bedrohungen und der Schutz der Menschenrechte den Einsatz von Zwangsmaßnahmen erfordern können. Als Reaktion auf die Intervention im Kosovo 1999 ist die völkerrechtliche Lehre von der »Responsibility to Protect« entstanden. Auch wenn die Staaten, die sich diese Lehre zu Eigen gemacht haben, wahrscheinlich noch nicht die Mehrheit sind, prägt die Debatte um die »Responsibility to Protect« doch zunehmend das Denken westlicher Länder. Dies wird langfristig Auswirkungen auf die Mandatierung internationaler Friedensmissionen durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben. Denn gerade wenn es zum Ein-

satz militärischer Mittel kommt, ist die völkerrechtliche Legitimation entscheidend.« (WB S. 57-58)

Kommentar: Spätestens beim Abschnitt »Responsibility to Protect« wird klar, dass die Hauptaufgabe des Bundeswehrsoldaten darin besteht, potenzieller Kämpfer zu sein. Gelegentlich entsteht in der veröffentlichten Meinung der Eindruck, die Bundeswehr sei eine »bewaffnete humanitäre Hilfsorganisation«. Das ist sachlich und faktisch falsch. Auf einem friedensethischen Seminar von Pax Christi und GKS »Frieden braucht Fachleute – Zur Frage der Qualifizierung von Fachkräften im Auslandseinsatz« im April 2006 wurde anhand der Curricula der Bundeswehr nachgewiesen, dass sich die Ausbildung der Soldaten, Feldwebel und Offiziere zu 95 % auf den originären Auftrag der Bundeswehr bezieht, nämlich Kämpfer zu sein. Das schließt natürlich nicht aus, dass die eingesetzten Soldaten klare Kenntnisse über die Fähigkeiten und Aufgaben der anderen am Friedensprozess beteiligten Akteure, wie Polizisten, Entwicklungshelfer, humanitäre Helfer, Friedensfachkräfte und Spezialisten im Staatsaufbau haben sollten. Hier besteht noch Nachholbedarf – im Übrigen bei allen beteiligten Friedensakteuren, wie das o.a. Seminar der Friedensakteure gezeigt hat.²

Abschließende Bemerkungen:

1. Mit dem Ende des ideologisch geprägten Ost-West-Konfliktes befindet sich die Bundesrepublik Deutschland und die übrige westliche Welt in einem tief greifenden Paradigmenwechsel der Sicherheitspolitik. Dieser Systemwechsel hat sich bereits in der »Agenda for Peace« der Vereinten Nationen vom 31.12.2002 im Kapitel »Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit« (Post-Conflict Peace-Building) angekündigt. Bereits im Weißbuch 1994 steht: »Die »Agenda für den Frieden« könnte zu einem Kompass für die Weiterentwicklung der Vereinten Nationen werden. Auch in der Zukunft haben politische,

² vgl. dazu AUFTRAG Heft 262, S. 8 ff.

Trotz Zustimmung, viele Wünsche bleiben offen

VON HELMUT JERMER

Eine sicherheitspolitische Zusammenschau

Das »Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr« wurde Ende Oktober 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt. Endlich – nach zwölf Jahren geistiger Windstille – erscheint ein Weißbuch (WB), mit dem die Bundesregierung versucht, wieder eine umfassende Plattform für die sicherheitspolitische Diskussion zu bieten. Erfreulich ist, dass es überhaupt wieder ein Weißbuch gibt, erschienen diese Bände als sicherheitspolitische Zusammenschau (mit perspektivischem Anteil) in den 70er und 80er Jahren doch im Zwei-Jahres-Rhythmus.

Eigentlich steht die Regierung in einer Bringschuld; sie hat eine Informations- und Rechenschaftspflicht. Schließlich soll der Bürger in einer Demokratie informiert sein, wenn er sich bei Wahlen und Umfragen qualifiziert verhalten soll. Diese Kultur schien über ein Jahrzehnt in (Pflicht-)

Vergessenheit geraten zu sein. Kein Wunder also, wenn in der Bundesrepublik Deutschland Sicherheitspolitik im öffentlichen Bewusstsein nur eine unbedeutende Rolle spielt und die Bevölkerung an der Bundeswehr nur »freundliches Desinteresse« zeigt.¹ Nach dem Neustart nun sollten die politisch Verantwortlichen »dran« bleiben, auch zur Selbstkontrolle, denn eine mitunter sprunghafte Politik der Veränderungen und Zumutungen, die von »Eckwerten« zu »Eckpfeilern« springt und dabei unnötige Kosten durch beispielsweise rückständig definierte Rüstungsprojekte verursacht, mehr den Nutzen des Volkes nicht, im Gegenteil!

Aus friedensethischer Sicht ist es erfreulich, dass die Regierung Werte, Interessen und Ziele formuliert und ihre Sicherheitspolitik expressis verbis an dem grundgesetzlichen Koordinatensystem aus christlich-

1 Bundespräsident Horst Köhler am 10. Oktober 2005.

Fortsetzung von S. 17

wirtschaftliche und humanitäre Maßnahmen klaren Vorrang für die Sicherung und Stärkung des Friedens. Militärische Zwangsmaßnahmen sind stets das äußerste Mittel« (NR. 463; vgl. dazu auch den Artikel im AUFTRAG, Heft 246 Jahrgang 2002 »Paradigmenwechsel in der Bundeswehrausbildung – Vom Gefecht der verbundenen Waffen zur Kooperation mit verschiedenen Friedensakteuren«).

2. Ressortegoismus, ideologische Verblendung, Arroganz und schlichtes Nichtwissen verhindern jedoch bis heute eine erfolgreiche und Ergebnis orientierte Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure in der Friedenskonsolidierung, obwohl in der Öffentlichkeit wiederholt beschönigend das Gegenteil behauptet wird. Bis zu einer gedeihlichen und vom gegenseitigen Verständnis geprägten Zusammenarbeit werden wohl noch weitere Jahrzehnte vergehen bis die Zeit reif ist.

3. Abschließend soll folgender Vergleich herangezogen werden, der auf einer wahren Begebenheit beruht: In einer in Deutschland lebenden Familie ist die Mutter Polin und der Vater Italiener. Ihre beiden Söhne sprechen mit der Mutter polnisch, mit dem Vater italienisch und untereinander deutsch. In diese Familie wird ein Mädchen geboren. Mit drei Jahren spricht die Kleine immer noch kein einziges Wort. Die Eltern sind beunruhigt und konsultieren verschiedene Logopäden und Psychologen, jedoch ohne Erfolg. Das Mädchen ist bereits fünf Jahre alt. Eines Tages beim Frühstück spricht die Kleine mit der Mutter polnisch, mit dem Vater italienisch und mit den Brüdern deutsch.

Es wird spannend sein zu beobachten, wann bei den Akteuren der Friedenskonsolidierung der geistige Knoten platzt! □

abendländischen Werten und Normen misst: »mit dem Auftrag zur Wahrung des Friedens, zur Einigung Europas, zur Beachtung und Stärkung des Völkerrechts ...« legt die Bundesregierung (Seite 28) offen, welche Motive ihr Handeln bestimmen. – Sie wird daran gemessen werden, ob ihre Entscheidungen ethisch fundiert sind. Von dieser Vorgabe hat sie die (nationalen) Interessen und Ziele ihrer (Sicherheits-)Politik abgeleitet. Darauf nun können sich alle Soldaten der Bundeswehr beziehen, wenn sie nach der Legitimität ihres Auftrags und nach dem Sinn ihres Dienstes fragen. Der politische Auftraggeber sollte auch in Zukunft darauf achten, dass die Motive seines Handelns glaubwürdig bleiben.²

In diesem Zusammenhang sei auf folgende frühere Erklärungen der GKS hingewiesen: »Kampfeinsätze der Bundeswehr zum Schutz fundamentaler Menschenrechte – politisch sinnvoll, militärisch notwendig, ethisch gerechtfertigt« (Mai 2000). »Der Friede ist möglich! – Erklärung der GKS zu Friedenseinsätzen deutscher Kräfte« (November 2004) und »Soldaten – Diener des Friedens. Ethische Imperative für den soldatischen Dienst« (Juli 2006). Die GKS empfiehlt seit Jahren die von der katholischen Sozialethik vorgelegten ethischen Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt als »geistigen Wetzstein« für politische Entscheidungen. Soldaten (Ausführende) wollen die Motive nachvollziehen und akzeptieren können (s.o.), welche die politisch Verantwortlichen (Auftraggeber) ihren Entscheidungen zugrundegelegt haben. In diesem Zusammenhang sind auch die noch druckfrischen »Leitlinien für Auslandseinsätze der Bundeswehr« der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag vom Januar 2007 zu sehen: »Wir wollen diesen Risiken dort begegnen, wo sie entstehen, bevor sie für uns gefährlich werden können.« Dies deckt sich erfreulicherweise mit der Einsicht des BMVg: »Wir wollen Risiken und Bedrohungen für unsere Sicherheit vorbeugen und ihnen rechtzeitig dort begegnen, wo sie entstehen.«³

2 Viele Soldaten fragen sich z.B., ob es der geschundenen Bevölkerung Afghanistans nachhaltig(?) hilft, wenn sie – ungewollt – auch Schlaf-Mohn-Felder bewachen ...

3 BM Jung am 31.01.2007.

– Oder wartet man doch lieber, bis die »Probleme« die eigene Haustüre eindrücken, wie das im Mittelmeer-Raum und auf den kanarischen Inseln (z.B. Wirtschaftsflüchtlinge) bereits der Fall ist?

Im Weißbuch wird von einem **umfassenden Sicherheitsbegriff** ausgegangen, der diplomatische, wirtschaftliche, entwicklungspolitische, polizeiliche und äußerstenfalls auch militärische Mittel umfasst. – Die Regierung sollte Prioritäten setzen und Abläufe sinnvoll steuern; denn es ist nur schwer nachvollziehbar, wenn beispielsweise für ISAF (2006) das vierfache an finanziellen Mitteln eingesetzt wird wie für die wirtschaftliche Entwicklung und ca. 25 mal mehr als für den polizeilichen Aufbau? Richtigerweise stellt das WB fest, dass den neuen Bedrohungen und Risiken »weder allein noch vorrangig mit militärischen Mitteln begegnet werden kann.« (Seite 23) BM Jung sagte hierzu⁴: »Wir müssen darüber nachdenken, wie wir Sicherheits- und Entwicklungspolitik für unseren Erfolg in Afghanistan noch enger verzahnen können. Wir brauchen einen Politikansatz aus einem Guss. Dabei müssen Polizei und Justiz noch stärker einbezogen werden. Ich begrüße daher, dass der »Ressortkreis Zivile Krisenprävention« an der Verbesserung des zivil-militärischen Schnittstellen-Managements arbeitet. ... Mit der im Geschäftsbereich des BMVg eingerichteten Bundesakademie für Sicherheitspolitik besitzen wir eine Bildungseinrichtung, die den Blick über den eigenen Tellerrand ermöglicht.«

Es bleibt zu hoffen, dass den Worten Taten folgen und die angekündigte im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs zu bildende Netzwerkstruktur durch verbesserte Koordination zwischen den beteiligten Ressorts implementiert wird. Diese Bemühungen sollten aber auch durch eine hinreichende finanzielle Ausstattung unterlegt werden. Wie es aussieht, setzen Bundesregierung und EU leider nur halbherzig an. So hat die Fraktion »Bündnis 90/Die Grünen« am 20.02.07 eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in

der unter anderem Folgendes kritisch beleuchtet wird: »... haben die USA angekündigt, weitere 8,6 Mrd. \$ für den Aufbau der afghanischen Armee und Polizeikräfte, und 2 Mrd. \$ für den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Demgegenüber sind von deutscher und europäischer Seite im zivilen und polizeilichen Bereich, bei der Korruptions- und Drogenbekämpfung nur marginale zusätzliche Anstrengungen erkennbar. Die geplante ESVP-Mission im Polizeibereich ist vergleichsweise bescheiden und die EU-Kommission wird ihr Engagement im Vergleich zu den Vorjahren sogar zurückfahren.«

Erfreulich ist die – bereits unter BM Struck erfolgte – Abkehr vom pseudoreformerischen Ansatz à la Echternacher Springprozeßion früherer Eckpfeiler- und Eckwertemodelle hin zur **Transformation**, einem Prozess (permanenter Anpassung), nach dem die Streitkräftenstrukturen Maß an der sich wandelnden Bedrohungslage nehmen.

Mit dieser klugen und weitsichtigen Lösung ist – hoffentlich – die strukturelle Verkrampfung endlich aufgelöst. Allerdings wird es interessant sein zu beobachten, wie konsequent die Regierung die Mittel an die sich verändernden Aufgaben anpasst. Bereits die Weizsäcker-Kommission (Mai 2000) sah die Probleme, die sich durch das »Kohl & Rühe'sche Kaputtsparen« aufgestaut haben und forderte eine »Anschubfinanzierung« zur Modernisierung der Bundeswehr. In diesem Zusammenhang wäre zu klären: Brauchen wir so viele (schwere und teure) Waffensysteme, die zu Zeiten des Kalten Krieges »bestellt« wurden (und die ja später auch gewartet werden wollen), wo doch mehr oder weniger in allen sogenannten »Fähigkeitskategorien« (Seite 112) deutliche Defizite vorherrschen? Muss nicht die Standardisierung viel nachhaltiger vorangetrieben werden? (Nutzung von Synergien und Dual-Use-Produkten im WB richtig erkannt). Und müssen nicht die Entwicklungsphasen (von der Definition bis zur Produktion) von Wehrtechnik wesentlich verkürzt und flexibler werden? Ein Beispiel: Die Mitte der 80er Jahre herbeigeführte Entscheidung, ein europäisches Jagdflugzeug zu entwickeln, wurde

immer wieder in Frage gestellt. Heute heißt der »Jäger 90« von damals »Eurofighter« und befindet sich in der Phase der Einführung. Dieser rüstungspolitische Eiertanz wird im WB schöngeschrieben und kommt den Steuerzahler sehr teuer zu stehen. Und ob dieses »neue« Flugzeug – die Luftwaffe soll insgesamt 180 Stück erhalten – die richtige Antwort auf die Bedrohungsformen von heute gibt, darf hinterfragt werden. Für Auslandseinsätze fehlt die Infrastruktur (Flugzeugträger, Flugplätze, Logistik vor Ort. Auch die Fähigkeit zur Luftbetankung löst das Problem nicht grundsätzlich). Die Finanzierung dieses gewaltigen Rüstungsprojektes bindet auf viele Jahre Haushaltsmittel und lähmt die so dringend notwendigen Beschaffungen von Ausrüstung für Auslandseinsätze. Diese oder eine ähnliche Selbstkritik fehlt im WB.

Transformation ist nicht nur ein Synonym für den Anpassungsprozess der Bundeswehr. Auch die übernationalen Institutionen und Organisationen wie NATO, EU und UNO bedürfen der dauernden Anpassung.

Die NATO als erfolgreichstes Bündnis der Geschichte hat großes Verdienst am Ende des Kalten Krieges (vom politisch angesetzten Harmel-Report (1967 bis zum militärisch angewandten Doppelbeschluss von 1979) am deutschen und europäischen Einigungsprozess und darüber hinaus. Aber sie darf sich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Stillstand wäre Rückschritt. So sucht das Atlantische Bündnis nach einer tragfähigen und zukunftssträchtigen »Policy and Strategy«. Konfliktgeladene Regionen im nahen Süd-Osten (Balkan), vom Maghreb über den gesamten Mittleren Osten bis hin nach Afghanistan berühren zusammen mit den Krisenherden Iran und Nordkorea – direkt oder indirekt – die Sicherheit der Nato-Staaten. Zutreffend stellt das WB (Seite 37) fest: »Bedrohungen, Konflikte und Krisen im globalen Umfeld wirken sich auf die Sicherheitsbedürfnisse der NATO-Mitgliedstaaten aus.« In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob das, was die Bundesregierung als Beitrag zur Modernisierung der Bundeswehr unternimmt, auch und gerade im Hinblick auf ihre

⁴ anlässlich des entwicklungspolitischen Kongresses der CDU/CSU Bundestagsfraktion am 31. Januar 2007

Bündnisverpflichtungen (Burdensharing) ausreicht?

Dem strategischen Konzept der NATO aus dem Jahre 1999 fehlt (inzwischen) der weitblickende und ganzheitliche Ansatz, wie er seinerzeit im Harmel-Report »... über die künftigen Aufgaben der Allianz« gewählt wurde. Auf der Grundlage des NATO-Vertrages sollte eine Strategie für freie Nationen formuliert werden, die miteinander und füreinander Frieden, Stabilität und Sicherheit gewährleisten, ohne irgendjemanden zu bedrohen oder Gebietsansprüche zu erheben, und die dabei nicht nur militärische, sondern vor allem politische Mittel nutzen, um eine wirkungsvolle Vernetzung von NATO und EU zu erreichen (General a.D. Naumann).

Das in Riga im Herbst 2006 verabschiedete Dokument »Comprehensive Political Guidance« (CPG) ist zu sehr Kompromisspapier, zu vage und zu wenig verbindlich, um als verbindliche Grundlage für die Planung in den Bündnisstaaten akzeptiert zu werden. Ziel sollte vielmehr eine Strategie der friedenspolitischen Weitsicht, der sicherheitspolitischen Klugheit und schließlich der Glaubwürdigkeit sein, die wahrscheinlich eintretende Entwicklungen in den Blick nimmt, Antworten (Responses) vorausdenkt und – konsequenterweise – die dazu notwendigen Kapazitäten zur Verfügung stellt. Das Bündnis könnte auf der Grundlage einer Gesamtstrategie seine Streitkräfteplanung und seine eventuelle künftige Erweiterung entwickeln. Das schüfe Transparenz, Berechenbarkeit und Vertrauen – und letztlich das, worum es eigentlich geht: Sicherheit.

Zu Recht wird die Europäische Union mit ihrer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (EVSP) erst an zweiter Stelle (NATO first) genannt, hat sie es doch bitter nötig, sich selbst auch außen- und sicherheitspolitisch in Stellung zu bringen. Zu viele nationale Eigeninteressen (Frankreich lässt grüßen) und finanzielle Impotenz lassen das, was die »Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) verheißt, bis heute als Papiertiger erscheinen. (Die »Kongo-Mission« hat bestenfalls eine Feigenblatt-Funktion.)

Bisher zeigte sich die EU uneinig und unentschlossen wie seinerzeit in der Balkankrise oder beim Irak-Krieg, wie im letzten Jahr während des Konfliktes zwischen Israel und dem Libanon. Und immer sind Soldaten die Leidtragenden politischer Kurzsichtigkeit bzw. Inkompetenz, wenn sie z.B. »Zeit schinden« sollen für immer wieder vertagte politische Entscheidungen (end-state/exit KFOR etc.) Die EU muss, will sie ernstgenommen werden, endlich Global Player werden; sie muss sich entsprechend profilieren und entschlossen handeln, wenn Russland, China, Indien und Brasilien weltpolitisch Einfluss nehmen. Wo bleibt die EU-Verfassung, wo der EU-Außenminister, der (nach eben dieser fehlenden Verfassung) die EU in allen Fragen der Außenbeziehungen vertreten würde? Die Außenpolitik bekäme endlich ein Gesicht und damit Profil; Europa würde als ein einiger und einziger Akteur wahrgenommen werden. Ist es wahr, dass sich nach Aussage von BM Jung (31.01.2007) die EU bei der Ausbildung der Afghanischen Polizei (s.o.) umfangreich(?) engagieren will?

»Die Vereinten Nationen sind die einzige internationale Organisation mit universellem Charakter. Ihre Charta bildet den grundlegenden völkerrechtlichen Rahmen für die internationalen Beziehungen.« (Seite 57) Weiter stellt das WB fest, dass der UN-Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und die internationale Sicherheit trage. – Dieser Verantwortung wird er jedoch nur unzureichend gerecht. Die UNO scheint gegenwärtig reformunfähig. Strukturen aus der Nachkriegs-Ära sind zu Beton erstarrt. Eine Generalreform wäre vor dem Hintergrund der Weltlage dringend notwendig – im Sinne des Wortes. Mit Nuklearwaffen überrüstete Staaten haben sich das Vetorecht angemaßt und spielen damit im »machtpolitischen Sandhaufen«. Den ohnmächtigen nuklearen Habenichtsen bleibt nichts anderes übrig, als beim Ausspielen nationaler Impertinenz und Arroganz der Vetomächte zuzusehen. So lässt sich der Globus nicht befrieden. Kein Wunder, wenn der UN-Sicherheitsrat mit seiner Feuerpatschen-Politik mitunter

zum UN-Sicherheitsrat missrät. Das Völkerrecht scheint nebensächlich, die Menschenrechte stehen vor dem Hintergrund der national-egoistischen Machtpolitiken nur im Wege. Da wird mal weggesehen, wenn ein Genozid (Ruanda, Sudan) passiert und ein seniler Greis in Simbabwe für sein eigenes Volk eine Hungersnot organisiert oder wenn es um Rohstoffe (Sudan/Darfur) geht. Ein totalitäres Regime wie China, ein autoritäres wie Russland und naive (Irak-Krieg) Vereinigte Staaten nutzen ihre – im Grunde genommen – illegitime Macht aus und spielen sich als »Akteure« auf, die vor allem durch Unterlassen glänzen. Warum Frankreich und Großbritannien in dieser Runde sitzen, lässt sich heute genauso wenig rechtfertigen wie das »Vetorecht« überhaupt.

Innere Angelegenheiten – neu ausrichten und neu gewichten!

Die Allgemeine Wehrpflicht sorgt dafür, dass »der Bürger eines Staates (...) der geborene Verteidiger desselben« (Scharnhorst) ist; sie bringt es – neben anderen sekundären Effekten – mit sich, dass die Bundeswehr in den demokratischen Rechtsstaat eingeordnet und die Soldaten mit der Zivilgesellschaft verbunden bleiben – ein hoher Wert! (Seite 82 f) Allerdings ist zu fragen, wie glaubwürdig das Beharren der beiden »Volks«parteien auf dieser Wehrform ist. Die erleichterte Kriegsdienstverweigerung per Postkarte (seit 1977) hat bis heute dazu geführt, dass mehr junge Männer Zivil-(oder gar keinen) Dienst leisten, als Stellen mit Grundwehrdienstleistenden besetzt sind. Der »Massenverschleiß des Gewissens« (Theodor Heuss hat bereits 1948 davor gewarnt!) ist längst Wirklichkeit. Unter solchen Umständen von einer Allgemeinen Wehrpflicht zu sprechen, verbietet sich für denkende und rechtschaffene Menschen. Und wie die inzwischen längst ausgehöhlte Dienstgerechtigkeit (immer wieder geänderte Tauglichkeitskriterien, Ausschluss der Frauen, kein europäischer oder bündnisweiter Standard im Sinne einer Gleichbehandlung) hergestellt werden soll, verschweigt das WB. Die (manipulierten) Zahlenschiebereien der einschlägigen Statistiken leisten

der Glaubwürdigkeit einen Bären-dienst! Allerdings könnte durch den Ausbau der Heimatschutz-Komponente (Bundeswehr im Sinne des Begriffs!) und/oder durch die Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht mit Wahlfreiheit (einschließlich Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Zivil- und Katastrophen-, Umweltschutz etc.) Abhilfe geschaffen werden. Dieser gemeinwohl-orientierte Ansatz dürfte aber – noch bevor er laut gedacht wird – am Kompetenzgerangel zwischen den Ressorts einerseits und den Ländern andererseits scheitern.

Innere Führung wird als leitendes Prinzip für die Bundeswehr betrachtet, das bewirken soll, dass die »Soldaten (Vorgesetzte zumal) über eine enge und bewusste Bindung an die in der Verfassung verankerten Werte und Normen verfügen«.

Erfreulich sind die Passagen, welche die »Zukunftsfähigkeit« der Führungskonzeption beschreiben; sie geht von einem Soldatentypus aus, der sich nicht mehr nur als Kämpfer, sondern auch als Helfer, Schützer und Vermittler begreifen muss – wahrlich vornehme Aufgaben. Die herausragende Bedeutung der politischen, historischen und (inter-)kulturellen Bildung ist inzwischen unstrittig und allgemein anerkannt: »Intensive ethisch-moralische Bildung (besser: ethische Bildung und sittliche Bin-

dung, der Verf.) trägt nicht nur dazu bei, ein reflektiertes berufliches Selbstverständnis zu entwickeln, sondern fördert auch die Fähigkeit des Einzelnen, in moralisch schwierigen Situationen eigenverantwortlich zu handeln« (Seite 81): diese Aussage deckt sich voll mit dem Anliegen der GKS und bestätigt die Tiefgründigkeit ihrer Leitsätze. Allerdings darf gefragt werden, ob es – nach über 50 Jahren Bundeswehr – nicht hilfreich wäre, diese überall so gelobte Führungsphilosophie der Bun-

deswehr zu definieren, verbindlich zu machen und damit zu standardisieren (Vorschlag des Verfassers dazu im Kasten).

Wenn Innere Führung als »Ausgangspunkt eines Dialogs mit unseren Partnern« (Seite 81) verstanden wird, sollte auch dazu gesagt werden, dass dieses Markenzeichen deutscher Streitkräfte substantiell und grundsätzlich nicht zur Disposition steht. □

INNERE FÜHRUNG

ist eine dynamische Führungskonzeption, welche, ausgehend vom Menschenbild des Grundgesetzes, die Unternehmenskultur der Bundeswehr entscheidend prägt, das Miteinander der Soldaten konstruktiv regelt und zu gewissenhaftem Dienen motiviert.

Aus der Wechselbeziehung Armee / Staat definiert sie das Rollenverständnis von »Streitkräften in der Demokratie«, und aus dem Verhältnis Gesellschaft / Soldat heraus stützt und gestaltet sie das Leitbild vom »Staatsbürger in Uniform«.

Ihre Prinzipien bewirken – richtig angewendet und umgesetzt – auf vielfältige Weise die Integration der Armee in den Staat, konkret: des Bürgers in die Bundeswehr, des Soldaten in die Gesellschaft und – schließlich – der Bundeswehr in die Demokratie.

Entwicklungsdienst für Abiturienten

Ab 2008 soll es einen neuen Freiwilligen-Dienst für junge Menschen in der Entwicklungshilfe geben. Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) kündigte an, mittelfristig sollten bis zu 10.000 Plätze bei Nichtregierungsorganisationen geschaffen werden. Zunächst kommt eine dreijährige Pilotphase. Der Dienst ist für junge Erwachsene zwischen 18 und 28 Jahren mit Abitur gedacht und soll eine flexible Laufzeit zwischen 3 und 24 Monaten haben. Das Ministerium will dafür bis zu 70 Millionen Euro im Jahr bereit stellen, wobei die Teilnehmer monatlich 580 Euro sowie eine Krankenversicherung

erhalten sollen. Zudem sollen sie fachlich und pädagogisch begleitet werden.

Entwicklungsorganisationen begrüßen das Vorhaben. Junge Menschen könnten auf diese Weise Erfahrungen sammeln, die sie ein Leben lang prägen und sie zu wichtigen Multiplikatoren für die Armuts- und Hungerbekämpfung sowie Völkerverständigung machten, so der Generalsekretär der Welthungerhilfe, Hans-Joachim Preuß. Auch das katholische Hilfswerk Misereor reagierte positiv, mahnte jedoch zugleich angemessene Rahmenbedingungen an. Die Teilnehmer könnten keine »billigen Entwick-

lungshelfer« sein, sagte der Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik, Bernd Bornhorst. Auch er verspricht sich von der Initiative mehr Verständnis für entwicklungspolitische Fragen in der Gesellschaft.

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) wies darauf hin, dass beim Freiwilligen Sozialen Jahr die Nachfrage die Zahl der Plätze übersteige. Der neue Dienst sei ein guter Schritt, um junge Menschen in ihrem Engagement für Gerechtigkeit zu stärken. Zudem könnten Auslandsdienste eine hohe bildungs- und gesellschafts-politische Bedeutung bekommen. (KNA)

ENTWICKLUNGS- UND SICHERHEITSPOLITIK:

Nationale Interessen gemeinsam definieren und abgestimmt durchsetzen

Für eine gemeinsame Strategie und
bessere Verzahnung der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik

VON DR. CHRISTIAN RUCK

Armutsbekämpfung und die Beilegung von Konflikten weltweit gehen Hand in Hand. Deshalb müssen auch Entwicklungs- und Sicherheitspolitik eng aufeinander abgestimmt werden. Die Formulierung des Weißbuches und die praktischen Erfahrungen aus dem Kongo und aus Afghanistan belegen, dass Deutschland auf dem richtigen Weg ist. Die praktische Zusammenarbeit kann jedoch noch verbessert werden. Dazu unterbreitet Dr. Christian Ruck, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, folgende Vorschläge:

Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit zunehmender wirtschaftlich-technologischer Globalisierung hat sich das internationale Bedrohungsszenario grundlegend verändert. Notwendige Konsequenz daraus ist auf der einen Seite die Erweiterung unseres Sicherheitsverständnisses in Richtung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs. Dieser erste Schritt wurde durch die Formulierung des Weißbuches der Bundesregierung vollzogen. Aufgrund der verstärkten internationalen Interdependenz und der raschen Zunahme globaler Herausforderungen (Bevölkerungsentwicklung, Migration, Armut, Umweltzerstörung, technologische Revolution, Verschuldung) muss die Definition von Sicherheit der neuen Realität Rechnung tragen und auch die ökonomische, finanzielle, soziale und ökologische Dimension einschließen und zu einer besseren praktischen Zusammenarbeit der Akteure aus den verschiedenen Bereichen führen.

Auf der anderen Seite sind große militärische Angriffe auf Europa und Deutschland unwahrscheinlich geworden. Dafür sind wir mit sicherheitspolitischen Risiken konfrontiert, die vielschichtiger sowie weniger vorhersehbar sind. Wie eng sich heutzutage äußere und innere Sicherheitsaspekte miteinander verbinden, zeigen diese Beispiele:

- Der internationale Terrorismus ist eine neuartige strategische Be-

drohung. Er ist über Länder- und Kontinentgrenzen hinweg vernetzt und verfügt über reichliche finanzielle und personelle Ressourcen. Für Terroristen ist Europa sowohl Ziel als auch Stützpunkt. Ursprung und Anhängerschaft der meisten internationalen Terroristengruppen finden sich hingegen in Entwicklungsländern. Dortige Massenarmut und Perspektivlosigkeit bergen das Risiko in sich, Millionen anfällig zu machen für radikales Gedankengut.

- Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist die mit Abstand größte Bedrohung für den Frieden. Auch Entwicklungsländer sind bereits Nuklearmächte (z.B. Indien, Pakistan) oder streben womöglich danach (z.B. Iran). Die Verbreitung von Raketentechnologie sorgt für zusätzliche Instabilität und setzt auch Europa wachsender Gefahr aus. Entwicklungsländer stellen inzwischen die Mehrheit der Länder, die Raketen mit Reichweiten über 1500 Kilometer besitzen.
- »Gescheiterte Staaten« (failed states) bewirken ein breites Spektrum sicherheitspolitischer Risiken. Bürgerkriege, ethnisch-religiös motivierte Gewalt und schlechte Regierungsführung haben zur Schwächung bzw. zum Verfall staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen geführt.

Warlords, Terroristen, Drogenbarone und organisierte Kriminelle übernehmen vielerorts die Herrschaft. Folge hiervon sind u.a. eine Zunahme des Drogenhandels sowie umfangreiche Migrationsbewegungen Richtung Europa.

- Die Destabilisierung bestimmter Entwicklungs- und Schwellenländer kann das internationale Wirtschafts- und Finanzgeschehen und unsere Interessen als Exportnation negativ tangieren. Als Beispiel sind die Krisen auf dem Balkan, in Zentralasien, Zentralafrika und Argentinien anzuführen.

Diese Risiken müssen klar identifiziert und ihre Eindämmung als eigenes, deutsches Interesse definiert werden. Entwicklungszusammenarbeit dient dann der Prävention von Krisen und Konflikten – gewissermaßen als Vorab-Verteidigung – im wohlverstandenen gegenseitigen Interesse.

In den letzten Jahren hat sich die Distanz zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, zwischen militärischen und entwicklungspolitischen Akteuren merklich verringert. Dies liegt vor allem an der Erkenntnis, dass Entwicklung ohne Sicherheit nicht möglich ist. Die meisten gegenwärtigen Kriege und Bürgerkriege finden in Entwicklungsländern statt. In diesen Ländern verhindern Sicherheitsrisiken sinnvolle Entwicklungsarbeit oder das Kriegsgeschehen macht bereits erreichte Entwicklungserfolge nachträglich zunichte.

Umgekehrt stehen sicherheitspolitische und friedenssichernde Maßnahmen in Entwicklungsländern ohne nachhaltige Entwicklung auf tönernen Füßen. Die Konfliktbeendigung und militärische Sicherung eines vormaligen Kriegs- oder Bürgerkriegslandes ist nur der Anfangspunkt für dessen langfristige Stabilisierung und nachhaltigen Aufbau. Die Entwicklungspolitik ist im Rahmen des »Peace-Building« ein wichtiger Akteur. Sie befördert zusammen mit anderen Akteuren, wie zum Beispiel der Polizei, den Aufbau der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktu-

ren, die für einen soliden Staats- und Gesellschaftsaufbau notwendig sind. Richtig konzipiert, kann sie laut einer Weltbank-Analyse von 2003 Risiken in Post-Konflikt-Situationen in einem Umfang mindern helfen, der eine Verringerung der Militärpräsenz erlaubt. Der Wiederaufbau durch die Entwicklungszusammenarbeit ist der zivile Beitrag zur Sicherheitspolitik, aber auch ganz konkret die Exit-Strategie für unsere Soldaten, deren Einsatz nicht ewig dauern kann.

Stärkeres Engagement und bessere Abstimmung

Die aus hergebrachten Traditionen und Sektorbegrenzungen herauswachsende deutsche Politik wird den Herausforderungen aber noch nicht vollends gerecht, die sich aus der Notwendigkeit einer immer engeren Verknüpfung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik ergeben:

- a. Ressortegoismen dominieren immer noch über problembewusste und zukunftsorientierte Kooperation und bremsen einen kohärenten Politikansatz. Die Rolle des Bundessicherheitsrat muss verbessert werden. Ein Beitrag dazu wäre ein permanentes Sekretariat des Bundessicherheitsrates zur Überwachung von Krisengebieten und Krisenreaktionen, um eine bessere Verzahnung der verschiedenen Politikfelder und -akteure zu erreichen.
- b. Die bestehenden Konzepte, Instrumente und Institutionen der traditionellen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik können nicht einfach auf die neuen Herausforderungen übertragen werden. Eine grundlegende konzeptionelle, instrumentelle und institutionelle Überarbeitung ist notwendig und muss von der Bundesregierung in enger Abstimmung mit dem Bundestag angestrebt werden. Hierbei müssen Auswärtiges Amt, Bundesministerium des Inneren wegen der Rolle der Polizei ebenso zentrale Akteure sein, wie das Bundesministerium für Verteidigung und das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Erste konzeptionelle Ansätze sind im Weißbuch verankert und finden beispiels-



Der Autor: Dr. Christian Ruck, Jg. 1954, ist entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender der CSU Landesgruppe im Dt. Bundestag. Der Diplomökonom arbeitete als Regierungsrat im Grundsatzreferat »Verkehrspolitik« im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr. Mitglied der CSU ist er seit 1974; seit 1990 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages.

- c. In grundlegende politische Entscheidungen zu Fragen auswärtiger Politik sollten stets unsere nationalen Interessen einfließen. Dies gilt nicht nur für militärische Einsätze, sondern sollte auch auf unser entwicklungspolitisches Engagement ausgedehnt werden. Die Bundesregierung muss Deutschlands politischen und wirtschaftlichen Stellenwert in der Welt, den Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundwerte sowie den Zugang zu Rohstoffen als Fragen nationalen Interesses klar definieren, gegenüber dem Bürger erklären und in der praktischen Politikgestaltung berücksichtigen. Die explizite Formulierung der Interessen und Gesamtstrategie sollte Antworten darauf finden, welche Krisengebiete
 - für die Abwehr von Gefahren für unsere äußere und innere Sicherheit eine zentrale Rolle spielen;
 - der Ausgangspunkt eines besonders hohen Bedrohungspotenzials sind;
 - der Ursprung von Angriffen auf unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte sind;
 - für die Steigerung von Deutschlands politischem und wirtschaftlichem Stellenwert in der Welt von besonderer Bedeutung sind;
- d. Die bisherigen CIMIC-Ansätze (zivil-militärische Zusammenarbeit) sind begrüßenswert, aber bisher unzureichend konzipiert. Es ist nicht primäre Aufgabe des Militärs, Wiederaufbauhilfe und die Entwicklung tragfähiger und stabiler staatlicher Strukturen zu betreiben. Dies ist vielmehr eine Aufgabe der Polizeikräfte hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Bekämpfung organisierter Kriminalität einerseits und entwicklungspolitischen und zivilen Organisationen hinsichtlich der Aufbauhilfe andererseits. Das deutsche Modell der CIMIC-Einsätze hat jedoch schon Vorbildcharakter für andere Partner der internationalen Zusammenarbeit. Der Export dieses Konzeptes an die Partner – beispielsweise an die Kanadier, unsere »Nachbarn« in Afghanistan – wäre ein wichtiger Beitrag für den Erfolg der gemeinsamen Mission.
- e. Die Bundesregierung muss stärker auf die Vereinten Nationen (VN) und mit der Ausführung beauftragte Bündnisse und Organisationen einwirken – konzeptionell und personell, Defizite in den Befehlsstrukturen der gegenwärtigen VN-Friedensmissionen sind zielgerichteter als bisher auszu-

- räumen. Der eigene personelle Beitrag dazu muss erhöht und besser platziert werden. Durch unseren Einfluss muss mit raschen und flexiblen Maßnahmen des »Peace-Building« muss der Übergang von der militärischen Sicherung der Post-Konflikt-Situation zur entwicklungspolitischen Unterstützung des Wiederaufbaus und zur nachhaltigen politischen Stabilisierung eingeleitet werden.
- f. Deutschland muss sich verbindlich zu seiner Verantwortung hinsichtlich der Mitwirkung am internationalen Konfliktmanagement im Rahmen von Nato und EU bekennen, das auf eine engere Verzahnung der europäischen Verteidigungsstrukturen ausgerichtet ist und aus dem heraus aufeinander abgestimmte Ressortkonzepte vorgelegt werden. Ein wichtiger Teil hiervon könnten gemeinsame Länder- und Regionalstrategien deutscher Sicherheits- und Entwicklungspolitik sein. Auf diesem Wege müssen wir zu einem Politikansatz aus einem Guss auf deutscher wie auf europäischer Ebene kommen. Sie muss sich zudem gegenüber der EU einsetzen für

- eine intensivere Nutzung der EU-Peace-Facility zugunsten internationaler nichtzivilier Friedensmissionen vor allem in Afrika.
- g. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Bundeswehr einen den Interessen und der Bedeutung unseres Landes im Bündnis angemessenen nachhaltigen Beitrag hinsichtlich Personalstärke und -Struktur und der Ausrüstungserfordernisse für die Aufgaben internationaler Krisenbewältigung und der Verteidigung für Nato, EU und VN bereitstellt.
- h. Deutschland muss auf internationaler Ebene seine gute Reputation und die unserem Land in vielen Entwicklungsländern entgegengebrachten Sympathien öfter und besser dazu nutzen, eine Vermittlerrolle in Krisen- und Konfliktfällen anzubieten und zu erfüllen.
- i. Wir müssen den Aufbau und die Erweiterung regionaler Ordnungs- und Krisenbewältigungsstrukturen der Entwicklungsländer (z.B. die Afrikanische Union) effizienter unterstützen und deren Führungs-, Ausbildungs-, Kommunikations- und Logistikdefizite beseitigen helfen.

- j. Das BMZ muss die Organisationsstruktur, die Abläufe und die Schwerpunktsetzung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit reformieren, um auch dadurch eine rasche, flexible und effektive Reaktionsfähigkeit in Post-Konflikt-Situationen und sonstigen internationalen Krisen- und Konfliktfällen sicherzustellen.
- k. Deutschland muss erkennen, dass für den Übergang von Friedenssicherung zur Friedenserhaltung vor allem auch dem Aufbau der Polizei und ihrer Verwaltung vor Ort eine zentrale Rolle zukommt. Die Bedeutung dieser strategischen Schnittstelle zwischen Militäreinsatz und zivilem Wiederaufbau muss bei der Erstellung ressortübergreifender Konzepte berücksichtigt und in der Operationsplanung von Beginn an bedacht werden.

Die bessere Verzahnung der Sicherheitspolitik und der Entwicklungspolitik ist schon im vollen Gange. Wenn wir sie nun gemeinsam weitertreiben werden wir alle unserem Auftrag gerecht. □



»Keine Sicherheit ohne Entwicklung – Entwicklungspolitik in der globalen Sicherheitsarchitektur«

Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung,
beim entwicklungspolitischen Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
am 31. Januar 2007

Auslandseinsätze werden immer mehr zu einer Kernaufgabe der Bundeswehr. Die Erfahrung zeigt aber: Militärische Einsätze allein können nicht für eine sich selbst tragende Stabilität in den Einsatzgebieten sorgen. Sie schaffen nur das Fundament, auf dem zivile Akteure das Haus bauen müssen. Dies haben wir in Afghanistan aufs Neue erfahren!

Es gibt keine Sicherheit ohne Entwicklung. Umgekehrt gibt es aber

auch keine Entwicklung ohne Sicherheit. Deshalb müssen Sicherheits- und Entwicklungspolitik eng verzahnt werden.

These 1: Grundlage für die ressort-übergreifende Zusammenarbeit sind gemeinsame Ziele und eine gemeinsame Strategie.

Die Bundesregierung hat im Weißbuch 2006 ihre sicherheitspo-

litischen Ziele definiert. Und sie hat Kriterien für unser militärisches und entwicklungspolitisches Engagement festgelegt. Das sind unsere Werte, Interessen und internationalen Verpflichtungen. Für die Umsetzung unserer Ziele haben wir eine gemeinsame Strategie definiert: Wir wollen Risiken und Bedrohungen für unsere Sicherheit vorbeugen und ihnen rechtzeitig dort begegnen, wo sie entstehen.

Der Beitrag der Entwicklungs-

zusammenarbeit zur Gestaltung der Globalisierung und zu Wohlstand und Sicherheit in den Krisenregionen ist auch im Interesse der Bundeswehr. Denn hierin liegt eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung und Beendigung militärischer Einsätze.

Entwicklungspolitische Maßnahmen müssen schnellstmöglich greifen und wirksam sein, damit die Menschen unsere Soldaten nicht als Besatzer empfinden und sie die Vorteile des Friedens erleben können. Und so wird eine frühestmögliche Verringerung der Militärpräsenz ermöglicht.

These 2: Weitere Verbesserungen bei der ressortübergreifenden Zusammenarbeit sind erforderlich.

AA, BMZ und BMVg arbeiten als eigenständige Ressorts eng zusammen. Beispiele dafür sind der G8 Afrika Aktionsplan, der Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« und die Erarbeitung der Mandate für die Einsätze der Bundeswehr.

Im Vordergrund steht die ressortübergreifende Stabilisierungsoperation in Afghanistan. Dazu führen die Ministerien regelmäßige Abstimmungsgespräche durch. Personal wird untereinander ausgetauscht; und Kontingentführer der Bundeswehr werden gemeinsam durch BMVg, AA und BMZ auf ihre Aufgaben vorbereitet.

Unsere Regionalen Aufbauteams (PRT) in Afghanistan sind ein Beispiel für die effiziente ressortübergreifende Koordination vor Ort in den Einsatzgebieten. Wie schnell wir dort auf neue Lagen reagieren, zeigen unsere Quick-Impact-Projekte im Nordosten Afghanistans. Diese Projekte werden gemeinsam von Soldaten und Entwicklungsexperten mit Haushaltsmitteln der Einzelpläne 14 und 23 durchgeführt.

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir Sicherheits- und Entwicklungspolitik für unseren Erfolg in Afghanistan noch enger verzahnen können. Wir brauchen einen Politikansatz aus einem Guss. Dabei müssen Polizei und Justiz noch stärker einbezogen werden. Ich begrüße daher, dass der »Ressortkreis Zivile Krisenprävention« an der Verbesserung des zivil-mi-

litärischen Schnittstellenmanagements arbeitet.

Vor allem die Führungskräfte benötigen ein klares Verständnis des Konzepts der Vernetzten Sicherheit. Mit der im Geschäftsbereich des BMVg eingerichteten Bundesakademie für Sicherheitspolitik besitzen wir eine Bildungseinrichtung, die den Blick über den eigenen Tellerrand ermöglicht.

These 3: Die Vernetzung sicherheitspolitisch relevanter Instrumente muss auch auf internationaler Ebene verbessert werden.

Auch auf internationaler Ebene brauchen wir einen vernetzten Ansatz. Nicht zuletzt die schnelle Reaktionsfähigkeit von NATO Response Force und EU Battle Groups erfordert effiziente und flexible Strukturen.

Die NATO hat mit der Comprehensive Political Guidance dafür einen konzeptionellen Rahmen geschaffen. Es geht ihr nicht um eigene zivile Fähigkeiten, sondern um eine

verbesserte Kooperation mit zivilen Akteuren.

Die EU unternimmt vielfältige Anstrengungen, um die Koordination ihres breitgefächerten zivilen und zivil-militärischen Instrumentariums zu verbessern. Dass es zurzeit zehn zivile und eine militärische, aber keine zivil-militärische Operation der EU gibt, zeigt den weiteren Koordinierungsbedarf.

In diesem Zusammenhang begrüße ich die Absicht der EU, sich bei der Ausbildung der afghanischen Polizei umfangreich zu engagieren. Dies unterstreicht sowohl die Bedeutung einer engen Verzahnung der zivil-militärischen Zusammenarbeit als auch einer pragmatischen Kooperation von NATO und EU auch in den Einsatzgebieten.

Wir müssen handeln, wenn wir mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute und morgen fertig werden wollen. Und handeln heißt: So rasch und wirksam wir irgend möglich handeln! Denn Krisen und Konflikte folgen ihren eigenen Gesetzen. □

KURZ BERICHTET:

Bundeskanzlerin hält Entscheidung über Mahnmalstandort offen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die Entscheidung über den Standort des geplanten Berliner Mahnmals für im Dienst gestorbene Bundeswehrsoldaten offen. Bislang seien noch nicht alle Argumente ausgetauscht. Deshalb habe sie sich noch kein abschließendes Urteil gebildet, schrieb Merkel nach einem Bericht der Illustrierten »stern« in einem Brief an den CDU-Politiker Nikolaus Graf Adelman. Merkel schloss sich damit nicht ausdrücklich der Haltung von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) an, das Mahnmal auf dem Gelände des BMVg zu errichten. Die Bundeskanzlerin verwies stattdessen auch auf Vorschläge, das Ehrenmal in der Nähe des Parlaments anzusiedeln, »um damit die Verantwortung der Abgeordneten bei der Entscheidung über Auslandseinsätze zu dokumentieren«.

Eine Forsa-Umfrage für den »stern« ergab, dass das geplante Mahnmal in der Bevölkerung mehrheitlich auf Zustimmung stößt. 69 Prozent begrüßten die Anregung des Verteidigungsministers, 27 Prozent lehnten ein Ehrenmal ab. Eine Mehrheit von 56 Prozent sprach sich für einen Standort beim Reichstag aus. Den von Jung favorisierten Platz auf dem Gelände seines Ministeriums halten dagegen nur 28 Prozent für geeignet. Befragt wurden 1.000 Personen.

Die Gedenkstätte sollte ursprünglich bereits im Vorjahr errichtet werden. Nun rechnen die Verantwortlichen mit einer Fertigstellung bis Ende 2007. Jüngst hatten die drei früheren Verteidigungsminister Georg Leber, Hans Apel (beide SPD) und Rupert Scholz (CDU) eine Errichtung des Denkmals angemahnt. Nach Angaben des Ministeriums starben seit Gründung der Bundeswehr rund 2.600 Armeeangehörige im Dienst, etwa bei Starfighter-Abstürzen oder Unfällen im Manöver. Den ersten Todesfall bei einem Auslandseinsatz gab es im Oktober 1993 in Kambodscha. (KNA)

KONFLIKTBEILEGUNG UND FRIEDENSSICHERUNG:

Bürgerkrieg im Sudan: DARFUR – Was kann man tun?

Interessengelenkte Blockadepolitik aufbrechen

VON GENERALLEUTNANT KARL-HEINZ LATHER

Die Situation in Darfur ist in erster Linie eine Katastrophe für die davon betroffenen Menschen im Sudan selbst und in den Regionen Sub-Sahara und Zentralafrika. Rund 300.000 Menschen verloren bislang ihr Leben. Mehr als zwei Millionen sind innerhalb des Sudans vertrieben oder haben sich in die Nachbarländer geflüchtet. Die internationale humanitäre Hilfe kommt nur mit Schwierigkeiten an, weil die sudanesisische Zentralregierung schlecht oder nicht kooperiert und ständig verzögert. Janjaweed-Rebellen und sudanesisische Armee sind eine ständige Bedrohung für die Menschen des Darfur. Die Blauhelme der Afrikanischen Union (AU), im Rahmen der Peace Keeping Operation AMIS (African Union Mission in Sudan) eingesetzt, wirken wenig effektiv und sind mit einem nur schwachen Mandat ausgestattet.

Wo liegen die Ursachen des Konflikts?

- Es gibt keine wirklich wirksame Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Sie wird durch das Veto der Volksrepublik China verhindert; dies trotz diplomatischer Offensive der USA sowie häufiger Appelle des UN-Generalsekretärs.
- Das gegenwärtige AMIS-Mandat ist sehr schwach. Die Afrikanische Union zeichnet sich durch organisatorische und finanzielle Schwäche aus. Die logistische und organisatorische Hilfe durch EU und NATO ist begrenzt. Afrika tut sich schwer, diese unvoreingenommen zu akzeptieren.
- Die sudanesisische Regierung blockiert ein weitergehendes Mandat. Sie ist weder politisch noch praktisch kooperativ. Eine über AMIS hinausgehende Friedenstruppe will sie faktisch nicht dulden.
- Die Bürgerkriegsparteien verfolgen widerstrebende, oft konkurrierende Interessen. Sie sind daher kaum an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bekommen.
- Viele Hilfsorganisationen sehen sich zur Handlungsunfähigkeit verurteilt, weil kein sicheres Umfeld besteht.
- China als nahezu alleiniger Hauptbezieher des im Sudan geförderten Rohöls hat kein Interesse an einer schnellen Stabilisierung der Lage. Zudem profitiert die Zentralregierung in Khartum von den chinesischen Zahlungen.
- Ein Wirtschafts- und/oder Waffenembargo findet bisher keine Zustimmung. Seine Wirksamkeit wäre auch zweifelhaft, würden davon doch vor allem die Menschen getroffen, die zurzeit schon Opfer sind.

Deutsche Perspektiven

In der Bundesrepublik zeigt man sich erstaunt, dass die Außenministerin und der UN-Botschafter der USA mit kräftigen Worten ein erweitertes internationales Engagement fordern. Einige deutsche Politiker, auch Regierungsmitglieder, schließen eine Beteiligung mit militärischen Kräften der Bundeswehr nach Vorliegen einer konkreten UN-Anfrage nicht aus, ja fordern sie geradezu. Für andere steht diese Frage zur Zeit nicht auf der Agenda, da die Bundeswehr ohnehin schon an zu vielen Orten dieser Welt, auch in Afrika eingesetzt sei. Der schnelle Ruf nach einem Militäreinsatz macht wieder einmal deutlich,

dass die internationale Diplomatie mit ihrem präventiven Ansatz gescheitert zu sein scheint.

Schwäche internationaler Organisationen

Überhaupt bleibt zu fragen, wie die Vereinten Nationen als supranationale, mandatsstiftende und -gebende Organisation internationalen Konflikten à la Darfur/Sudan begegnen können. Besitzen sie noch hinreichend politische Stärke und Gestaltungsmacht, um auf die Krisen und Konflikte der Gegenwart und Zukunft angemessen reagieren zu können? Und - wenn nicht die UN, wer dann? Die EU und die NATO mögen für manchen aus europäischer Sicht Alternativen darstellen, benötigen aber zum entschiedenen Handeln regelmäßig ein völkerrechtliches Mandat der UN. Es ist leider festzustellen, dass präventive Politik und aktive Diplomatie sich immer dann schwer tun, wenn die Akteure von Krisen und Bürgerkriegen sich den angestrebten Verhandlungslösungen versagen und entziehen. Die Beispiele Ruanda, früheres Jugoslawien, Nordkorea, Iran, erweiterter Mittlerer Osten und andere mehr mögen deutlich machen, dass ethnische Säuberungen bis hin zum Völkermord, das Streben nach



Atomwaffenbesitz und ethnisch-religiöser Fanatismus politisch-diplomatisches Handeln sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich machen.

Nichtstaatliche Agressoren

Treten zudem, wie es seit einigen Jahren häufig der Fall ist, nichtstaatliche Agressoren in die Konflikte ein, so lässt sich deren Verlauf noch weniger beeinflussen. Al-Quaida, Taliban, Janjaweed und andere entziehen sich staatlicher Kontrolle. Sie sind asymmetrische Konfliktteilnehmer. Kennzeichen derartiger Konflikte ist also eine zunehmende Entstaatlichung und damit eine Situation, wie wir in Europa sie aus der Zeit vor dem Westfälischen Frieden von 1648 kennen. Der klassische zwischenstaatliche Konflikt, der, so schlimm er auch sein mag, sich nach vereinbarten Regeln des Kriegsvölkerrechts regeln lässt und die Chance zur Verhandlungslösung in sich birgt, scheint zunehmend die Ausnahme zu werden.

Öffentlicher Druck

Im Fall des Darfur haben wir es mit einem innerstaatlichen (Bürger) Krieg zu tun, der nicht nur asymmetrische Elemente, sondern vor allem eine nicht kooperative sudanesishe Zentralregierung aufweist und der in die Region ausstrahlt. Gefördert durch die politisch-wirtschaftliche Unterstützung eines ständigen Mitgliedes des UN-Sicherheitsrates zeigt sich die Weltgemeinschaft der Staaten (noch) nicht in der Lage, diesen Konflikt mit politischen Mitteln zu lösen; denn jede durchgreifende Lösung hängt zum einen von einem Mandat der VN und zum anderen von der Zustimmung der Regierung des Sudan ab. Trotz des oben geschilderten Engagements von Kofi Annan, der USA und anderer bleibt festzustellen, dass eine Lösung der Darfur-Krise zur Zeit nur schwer vorstellbar ist. Bleibt das Prinzip Hoffnung, also das nimmer müde Streben nach politisch-diplomatischen Ergebnissen, die den Menschen in der Region eine friedlichere Zukunft bescheren. Die zur Zeit laufenden Verhandlungen sind noch inkonklusiv.

In jedem Fall gilt es, den Konflikt in der öffentlichen Debatte, in den Medien zu halten. Er darf nicht

in Vergessenheit geraten. Deutschland kann hier bei seiner EU-Ratspräsidentschaft und durch den G 8-Vorsitz im Jahr 2007 eine führende, treibende Rolle bei der Suche nach Lösungen übernehmen.

Kompromisslosigkeit überwinden

Humanitäre Hilfe vor Ort, so unerlässlich sie als Soforthilfe für die vertriebenen Menschen ist, allein reicht nicht aus. Ebenso wenig genügt es, sich auf einen friedensethisch-moralischen Diskurs zu beschränken. Eine militärische Intervention zu humanitären Zwecken bzw. eine humanitäre Intervention mit militärischen Mitteln, die über das derzeitige AMIS-Mandat hinausginge, scheint politisch (noch) nicht erreichbar. EU und NATO können nur mit erheblichen Schwierigkeiten logistisch, organisatorisch und mit einigen unbewaffneten Militärbeobachtern unterstützen; denn mehr lässt der Sudan nicht zu. Gefragt ist aber vor allem ein politischer Gesamtansatz zur Lösung der Problematik. Die Forderung nach einem verstärktem Einsatz militärischer Kräfte und Mittel allein reicht nicht aus. Sie zeigt vielmehr, dass Politiker, Diplomaten, Hilfsorganisationen und die Akteure

vor Ort handlungs-, lösungs- und kompromissunfähig geworden sind.

Allerdings könnte ein Militäreinsatz mit entsprechend robustem Mandat wohl dazu beitragen, eine Ausbreitung des Bürgerkrieges zu verhindern und den Völkermord zu beenden. Die derzeitige Beobachtermission, an der auch deutsche Soldaten teilnehmen, ist sehr begrenzt ausgelegt. Eine stärkere militärische Mission, etwa so wie von Kofi Annan vorgeschlagen, ließe die Hoffnung auf eine politische Gesamtlösung stärker werden. Europa, die USA, die AU und auch Deutschland werden ihren Anteil daran haben müssen.

Den Vereinten Nationen und den Menschen in Darfur und im Sudan bleibt zu wünschen, dass sehr bald eine Lösung gefunden werden kann, die den Bürgerkrieg beendet. In dem Maße, in dem dies nicht oder nicht schnell gelingt, werden das Vertrauen in die politische Wirksamkeit und den Wert der UN weiter ausgehöhlt, werden sich Sterben und Vertreibung im Darfur fortsetzen. Halten wir also den Druck auf UN, EU, die Volksrepublik China und die Bundesregierung aufrecht. □

Internationaler Gerichtshof nennt erstmals Darfur-Verdächtige

Ein Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen im Darfur-Konflikt rückt näher. Chefankläger Luis Moreno-Ocampo nannte am 27.02.2007 in Den Haag die ersten Namen von Verdächtigen, die für schwere Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in der sudanesischen Krisenregion verantwortlich sein sollen. Er legte dabei Ermittlungsergebnisse gegen den früheren Innenminister des Sudan, Ahmad Muhammad Harun, sowie gegen Ali Kushayb, einen Anführer der berüchtigten Reiterbanden Dschandschawid vor. Die Richter prüfen nun die Stichhaltigkeit der Vorwürfe und entscheiden dann, ob Anklage erhoben wird.

Nach den bisherigen Ermittlungen soll der frühere Minister im Auftrag der sudanesischen Regierung seit Anfang 2003 Zehntausende von Bewaffneten für Aktionen gegen Aufständische in Darfur rekrutiert haben. Er soll auch selbst an Morden und anderen Verbrechen gegen Zivilisten mitgewirkt haben. Die Übergriffe hätten sich bewusst nicht gegen Bewaffnete gerichtet, die gegen die Zentralregierung rebellierten, erklärten die Ermittler des Gerichtshofs. Vielmehr sei gezielt die Zivilbevölkerung als angebliche Unterstützer der oppositionellen Kräfte verfolgt worden. Der Ex-Minister habe die Reitertrupps der Dschandschawid immer wieder zu neuen Attacken auf die Unbewaffneten aufgerufen. Kushayb soll die Einsatzbefehle zur Verfolgung der Bevölkerung gegeben haben. Zu Tausenden hätten die Bewaffneten unter seinem Kommando dabei Zivilisten getötet, in großem Umfang misshandelt, vergewaltigt, vertrieben und ausgeplündert.

Mit den Ermittlungen folgt Moreno-Ocampo einem Auftrag des Weltsicherheitsrats vom März 2005, die Krise in Darfur zu untersuchen. Da Khartum den Strafgerichtshof nicht anerkennt und keine Ermittler ins Land ließ, konnten Zeugen nur im Ausland angehört werden. Der vor allem ethnisch begründete Konflikt in Darfur hat nach UN-Schätzungen bisher mehr als 200.000 Menschen das Leben gekostet, mehr als 2 Millionen wurden vertrieben. (KNA)

Indonesien: Ohne Tsunami kein Friedensprozess!

Die Aceh Monitoring Mission der EU (AMM) – wenig beachtet, aber erfolgreich
Ein ehemaliger Soldat berichtet von seinem Einsatz als AMM-Berater

VON GÜNTER NEUROTH

Vorgeschichte des Bürgerkrieges

Seit 1971 beginnend hatte sich in Aceh, der nördlichsten Provinz Sumatras, mehr und mehr Widerstand gegen die Zentralregierung in Jakarta geregt. Dies hatte neben prinzipiellen Gründen (Opposition gegen die als Besatzer betrachteten Javanesen) auch wirtschaftliche und religiöse Ursachen.

Die Einwohner von Aceh wollten an dem Gewinn der Bodenschätze ihrer Provinz – unter anderem Öl und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Drogen – beteiligt sein, strebten aber auch die Verankerung der islamischen Rechtsordnung Sharia in der Gesetzgebung an.

Es bildete sich die militante GAM (»Geraka Aceh Merdeka« – Bewegung für ein freies Aceh) die sich auch mehr und mehr als einzige politische Gegenkraft zur Zentralregierung in Jakarta verstand. GAM fand trotz hoher Verluste immer wieder Zulauf durch jüngere Kämpfer.

Die Zahl der Todesopfer in dem seit 1976 andauernden Bürgerkrieg

Abkommen vom 15.08.2005 zur Beendigung des seit 1976 anhaltenden Bürgerkrieges in der Provinz Aceh

Die militante Separatistenorganisation GAM verpflichtet sich, bis Ende 2005 schrittweise ihre etwa 3.500 Kämpfer zu entwaffnen, die im Gegenzug von der Regierung eine bedingungslose Amnestie, Land und Hilfen für ein ziviles Leben erhalten.

Parallel reduziert die Regierung ihre 53.000 Sicherheitskräfte so, dass ab Anfang 2006 noch rund 14.000 Soldaten und 9.000 Polizisten in der Provinz stationiert sind. Die bisher umkämpfte Provinz bleibt Teil des indonesischen Bundesstaates bei weitgehender Autonomie. Die Provinzverwaltung erhält 70 % der Staatseinkünfte aus Erdöl- und Erdgasexporten (gegenüber nur etwa 5 % in der Vergangenheit).

Der Friedensprozess wurde von einer Aceh Monitoring Mission (AMM) überwacht, zu der die EU-Staaten sowie Norwegen und die Schweiz 231 und fünf Staaten des Verbands Südostasiatischer Staaten (ASEAN) 93 zivile Beobachter entsandt hatten.

Erste Regionalwahlen zur Bestimmung der neuen Spitzen der Verwaltung sollten Mitte 2006 stattfinden.

wird auf 15.000 Menschen geschätzt. Die Provinz befand sich im Ausnahmezustand. Es wurden über 30.000 zusätzliche Militär- und Polizeiangehörige nach Aceh verlegt, die das Land mit einem System von Terror und Unrecht überzogen. Eine so genann-

te Exilregierung hatte sich nach Schweden in Sicherheit gebracht. Diese nahm im Jahr 2005 maßgeblich an den Verhandlungen über einen friedlichen Ausgleich teil, die zum Abkommen von Helsinki führte.

Tsunami-Schock hilft Krieg beenden

Als am 26.12.2004 ein Tsunami die Region verwüstete und mehr als 150.000 Todesopfer forderte, war dies nach mehreren gescheiterten Friedensinitiativen im Januar 2005 der Start für erneute und ernsthafte Verhandlungen, die am 15.08.2005 zum Helsinki-Agreement führten. Vermittler war der ehemalige finnische Ministerpräsident Martti Ahtisaari. Offiziell wurde über 3.000 Kämpfer verhandelt; nur diese und ihre Angehörigen wurden nachträglich entschädigt, wenn auch mit für hiesige Verhältnisse geringen Summen.

Überwachung zur Konfliktbeilegung

Schon am 01.08.2005 hatte mit der IMP (Initial Mission Presence) mit den Vorbereitungen für die bisher größte Monitormission der EU begonnen. Die eigentliche Mission begann am 15.09.2005 mit der ersten Waffenrücknahme und Zerstörung in Banda Aceh, die ein hohes Medieninteresse mit weltweiter Berichterstattung hervorrief (Bild S. 29). Das europäische Personal kam aus Finnland, Schweden, Dänemark, Belgien, Niederlande, Frankreich, UK, Irland, Spanien, Litauen, Österreich; dazu kamen einzelne Monitore aus den nicht EU-Staaten Schweiz und Norwegen. Europa wurde hier viel stärker als Ganzes betrachtet, als es in Europa selbst der Fall ist. Trotz der durch die deutsche Tsunami-Hilfe (besonders durch das deutsche Feldhospital) gewonnenen Sympathien wurde man als Europäer angesehen.

Ein Schlüssel zum Erfolg war die Beteiligung der ASEAN-Staaten Sin-



Die Bevölkerung der Provinz Aceh begrüßte den Friedensprozess und nahm interessiert Anteil an den AMM-Aktionen. Die Bilder zeigen das Einsammeln und Zerstören von Handfeuerwaffen.



gapur, Thailand, Philippinen, Malaysia und Brunei, die knapp die Hälfte der Monitore stellten. Sie brachten den Vorteil der besseren Kenntnis der Mentalität, viele sprachen Bahasa und waren als Muslime den Acehnesen vertrauter. Die Teams waren immer anteilig besetzt; die Schlüsselpositionen waren weitgehend paritätisch besetzt. Auch einer der drei Stellvertreter des HoM (Head of mission) Pieter Feith aus den Niederlanden war ein General aus Thailand, dem später einer aus Malaysia nachfolgte.

DepHoM Operations war ein General aus Finnland. Insgesamt waren die skandinavischen Länder stark vertreten und besetzten dadurch auch etliche Führungspositionen. Die Monitore waren häufig aktive oder ehemalige Offiziere, es gab aber auch Experten für Verwaltung, Justiz, Menschenrechte und Administration.

Die deutsche Beteiligung bestand aus fünf Monitoren aus dem Bereich des AA, die durch das Zentrum Innere Führung rekrutiert wurden sowie vier Offiziere aus dem Bereich des BMVg, entsandt vom Dezernat Beobachtermissionen des Einsatzführungskommandos. Alle waren ausgebildete UN-Militärbeobachter und hatten Erfahrungen aus andern Friedensmissionen. Drei weitere Deutsche waren

direkt durch die EU angestellt und hatten entsprechende Verwaltungspositionen im Hauptquartier in Banda Aceh. Alle drei Gruppen hatten unterschiedliche Verträge und Vergütung. Gemeinsam war ihnen der diplomatische Status.

Die Aufteilung des Personales erfolgte auf 11 Distriktoffices, die über die ganze Provinz verteilt waren und sehr schnell als Ansprechstelle für die Meldung von Vorkommnissen wie Menschenrechtsverletzungen angenommen wurde. Alle bekannt gewordenen Vorfälle wurden auf einer wöchentlich in Banda Aceh stattfindenden Konferenz diskutiert; nach kurzer Zeit waren die Übergriffe rückläufig und der Waffenstillstand stabilisierte sich mehr und mehr. Schon zu Beginn der Mission war eine Amnestie für mehrere hundert politische Häftlinge, überwiegend GAM-Angehörige, erfolgt. Weitere Häftlinge wurden nach und nach freigelassen.

Sicherheit durch Abrüstung

In den ersten drei Monaten lag der Schwerpunkt der Mission im Bereich Decommissioning; das bedeutete die Rücknahme, Registrierung und Zerstörung der Waffen der Rebellen durch AMM. Dazu waren 55 Monitore auf vier mobile DECOMMS-Teams und ein Steuerungs- und Kontrollelement

im HQ aufgeteilt; dieses bestand aus vier Finnen, einem Deputy aus Singapur und dem Verfasser. Chef war der pensionierte finnische Oberst Kalle Liesinen. Über einen Zeitraum von drei Monaten, beginnend schon am 15.09.2006, dem ersten Tag des Einsatzes unter hohem Medieninteresse, wurden die vertraglich vereinbarten Waffen, überwiegend Gewehre, Pistolen und Revolver sowie Granatwerfer im ganzen Einsatzgebiet zerstört (Bilder o.). Im Gegenzug verlegte die Regierung Teile der zusätzlich stationierten Truppen und Polizeieinheiten, insgesamt über 30.000 Mann, zurück nach Java und in andere Landesteile. Dies führte mehr und mehr zu einer Verbesserung der Sicherheitslage der Bevölkerung, die sich nun auch wieder nachts angstfrei bewegen konnte. Die letzte Waffenabgabe fand am 21.12.2006 in Banda Aceh im Fußballstadion statt. In diesem hatten schon vorher wieder mehrere Fußballspiele stattgefunden, in denen die Mannschaft von AMM zuerst gegen GAM und TNI, danach aber auch diese gegeneinander gespielt hatten.

Nach Ende der DECOMMS-Phase verstärkten die DO's mehr und mehr ihre Rolle als Vermittler zwischen den Parteien und verbesserten durch intensive Patrouillentätigkeit das Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung auch in abgelegenen Gebie-



Der Verfasser des Beitrags, Hauptmann a.D. Günter Neuroth, mit einem selbstbewussten, zuverlässigen, beim AMM angestellten einheimischen Fahrer.

(Fotos: G. Neuroth)

die Betreuung und Begleitung deutscher Radio- und Fernseherteams sowie Reporter von Printmedien.

Nach Beendigung der Entwaffnungen erfolgte der Einsatz im HQ als Coordination Officer für den COS.

Risiken:

Ein wesentliches Risiko lag im auftragsbedingten Umgangs mit Waffen und Munition, deren Zustand von gewohnten Standards abwichen. Daneben ergaben sich weitere Hauptrisiken durch den ungewohnten Straßenverkehr, durch Malaria, das Dengue-Fieber, sowie in Aceh aufgetretene Fälle von Vogelgrippe. Nicht zu unterschätzen war die Gefährdung

durch Formaldehyd, das dort zur Konservierung von Lebensmitteln, vor allem von Fisch verwendet wird. Hinzu kamen Umweltrisiken.

Communications:

Hauptführungsmittel waren durch die EM bereitgestellte Mobilephones, soweit ein Netz vorhanden war; darüber hinaus kamen Satphones zum Einsatz. Im HQ erfolgte eine Vernetzung der PC; allen Benutzern stand die unbegrenzte Nutzung des Internets zur Verfügung.

Die EU hat durch diesen Einsatz ihre Fähigkeiten auch als Vermittler bei Friedensprozessen erfolgreich unter Beweis gestellt. Die Aufgabe wurde mit einem relativ geringen Budget und zeitlich begrenzt gelöst. Europa hat in dieser hier zu wenig beachteten Region einen enormen politischen Erfolg errungen. Es hat sicher auch bei den ASEAN-Staaten, die sich inzwischen für eine Freihandelszone nach europäischem Vorbild zusammengeschlossen haben, hohes Ansehen gewonnen. □

ten im Dschungel und in den Bergen. Nachdem die Mission ab 15.03.2006 zahlenmäßig stark reduziert wurde, blieb diese Rolle als Ansprechpartner von Bedeutung. Das Mandat wurde mehrfach verlängert und endete am 15.12.2006.

Politischer Neubeginn

In der Vorwoche hatten Wahlen stattgefunden, die durch eine von AMM unabhängige Wahlbeobachterkommission begleitet wurden. In Aceh ist nun als einziger Provinz Indonesiens die Sharia Bestandteil der Gesetzgebung. Dies zu verhindern, konnte nicht Aufgabe der unabhängigen EU-Mission AMM sein.

Bei den Wahlen setzte sich einer der ehemaligen GAM-Führer Yussuf Irwandi durch und wird wohl noch im Februar 2007 neuer Provinzgouverneur. Ob sich der politische Nachfolger der GAM dauerhaft halten wird, bleibt abzuwarten.

Aufgabe:

Im DECOMMS-Team wurde vom Verfasser die Position des Plans Officers wahrgenommen. Dies beinhaltete die zeitliche und räumliche Planung der Waffenrückgaben und Zerstörungen in Zusammenarbeit mit den Konfliktparteien sowie die graphische Darstellung der Räume und Orte mit Hilfe des PC-Map-Systems und die zeitgerechte Bereitstellung der Unterlagen an die beauftragten Mobildteams. Zusätzlich wurde die Position des DDO's wahrgenommen, die eine Zusammenarbeit mit dem Einsatzführungskommando, Dezernat Beobachtermissionen, und dem dortigen Lagezentrum u.a. durch Routinemeldungen bedingte.

Diese Tätigkeit erforderte auch

Außer Spesen nichts gewesen?

Bundeswehr-Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo

VON KLAUS LIEBETANZ

Bei einer Pressekonferenz im November 2006 hat der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberst Bernhard Gertz, eine gemischte Bilanz des Kongo-Einsatzes der Bundeswehr gezogen. Gertz sagte u.a., dass man den Kongo trotz der ersten Wahlen seit mehr als 40 Jahren »in die Hände der gleichen Leute gibt, die es hemmungslos ausgeplündert haben«. Im folgenden Beitrag wird untersucht, ob diese wenig differenzierte und deutsche Soldaten und deren Familien demotivierende Auffassung des Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes zutrifft.

Der Afrikanische Weltkrieg

Der afrikanische Weltkrieg von 1996-2001 hat den Kongo in einem desolaten Zustand hinterlassen. An diesem Krieg zur Ablösung des Mobuto-Regimes haben sich neben den afrikanischen Staaten, wie u.a. Ruanda, Uganda, Angola und Simbabwe auch die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland beteiligt. Die USA haben Ruanda und Uganda aufgerüstet und bei ihrem Vormarsch auf Kinshasa logistisch unterstützt, um den anglophonen Einfluss im

Kongo zu stärken und sich wertvolle Ressourcen, wie Coltan und andere seltene Mineralien für die Weltraumforschung zu sichern. Russland hatte mit seinen militärischen Großraumflugzeugen schweres Militärgerät von Simbabwe nach Kinshasa geflogen, damit die anglophonen Ugander und Ruander (anglophone Tutsi), einstige Verbündete des neuen Usurpators im Kongo Laurant-Désire Kabila, mit Hilfe der Angolaner und der Elitesoldaten aus Simbabwe aus dem Kongo vertrieben werden konnten. Nach der

Vertreibung unterstützten Ruanda und Uganda befreundete Rebellenbewegungen im Ostkongo, um diese Region zu destabilisieren und auszuplündern (Gold, Diamanten und Coltan). Die Ursache für den Afrikanischen Weltkrieg liegt u.a. in der unersättlichen Gier der Industrienationen nach den wertvollen Bodenschätzen des Kongo. Zurückgeblieben war die geschundene Bevölkerung des Kongo, die über 80 % Christen sind, davon über die Hälfte Angehörige der Katholischen Kirche.

Folgen des Krieges

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen haben während des Krieges und als Kriegfolgen ca. 3,8 Mio. Menschen ihr Leben verloren. Die meisten Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie die wirtschaftlichen Grundlagen wurden zerstört. Vertreibungen verschärften zusätzlich die Ernährungssituation. Es gab zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, u.a. »kriegsstrategische« Vergewaltigungen, die häufig Erkrankungen und HIV Infektionen mit sich brachten. Ermordung durch Milizionäre, aber auch durch Angehörige der regulären Streitkräfte waren an der Tagesordnung. Ein Zustand wie in Deutschland zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Noch heute hungern 16 Mio. Menschen von insgesamt 50 Mio. Einwohner im Kongo. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen dürfte es beim gegenwärtigen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum 41 Jahre dauern bis das reale Bruttosozialprodukt von 1990 wieder erreicht wird.

Der Frieden von Pretoria (Sun City)

Seit Juli 2003 gibt es eine Übergangsregierung im Kongo auf der Grundlage des in Pretoria am 17.12.2002 unterzeichneten Abkommens, bei dem sich die südafrikanische Regierung mit ihrem Friedensengagement besondere Verdienste erworben hat. Mit Unterstützung der Vereinten Nationen und der Europäischen Union wurden dann landesweit die ersten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt, die überwiegend friedlich und weitgehend unmanipuliert verlaufen sind.

Am 29. Oktober 2006 wurde Joseph Kabila, der Sohn des 2001er-

mordeten Laurant Désire Kabila, in einer Stichwahl zum Präsidenten gewählt. Anfang Februar 2007 wurde die neue Regierung der Demokratischen Republik Kongo vorgestellt. Sie wird vom gemäßigten, bei der Wahl drittplatzierten Gizenga (81 Jahre) angeführt. Erklärtes Ziel von Gizenga war es, in seine Regierung keine früheren Politiker aufzunehmen, die wegen Korruption, Plünderung der Reichtümer des Landes und Vetternwirtschaft bekannt sind. Mittlerweile sind die Regierungsglieder bekannt.¹ Was seine Ankündigung betrifft, hat er Wort gehalten, aber die Regierungspraxis steht noch aus. Neben dem Gesamtparlament und einem Senat wurden auch Provinzparlamente gewählt, die gleich unseren Länderparlamenten für eine gewisse Dezentralisierung sorgen werden.

Die neue, durch ein Referendum beschlossene Verfassung sieht vor, dass mindestens ein Drittel der Erlöse aus den Bodenschätzen in der jeweiligen Provinz verbleibt, um öffentliche Ausgaben für Gesundheit und Bildung und Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung zu finanzieren. Hier wird es sicher noch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem organisierten Verbrechen, den profitierenden westlichen Firmen und mutigen Parlamentariern und Journalisten kommen. Nach der

¹ Meldung von afp am 16.02.2007: »Die am 5. Februar ernannte neue Regierung wurde heute dem Staatspräsidenten, J. Kabila, vorgestellt. Bis auf den seit seiner Ernennung unauffindbaren Minister für Außenhandel, Kasongo Ilunga, waren alle 59 Minister bei der Zeremonie anwesend.«



Unabhängigkeit hat sich eine aktive nicht zu unterschätzende Zivilgesellschaft gebildet, die jetzt ihr in der Verfassung festgelegtes Recht einfordern wird.

Erfolgreiche VN-Mission MONUC im Ostkongo

Seit 2003 haben die Vereinten Nationen die Friedenstruppe MONUC mit einem robusten Mandat ausgestattet. Diese Truppe ist überwiegend im Ostkongo an der Grenze zu Uganda und Ruanda stationiert. Sie hat eine Stärke von 18.000 Mann, ist überwiegend gepanzert und verfügt über Kampfhubschrauber. Sie wird aus 22 Nationen gebildet, darunter u.a. Staaten wie Pakistan, Indien, Bangladesch, Süd-Afrika und Guatemala. Der Autor dieses Beitrages hat im Mai 2005 den gesamten Ostkongo (einschließlich Ituri) bereist, um im Auftrag des Auswärtigen Amtes Projekte der deutschen humanitären Hilfe zu überprüfen. Er konnte sich vom segensreichen Wirken der MONUC überzeugen: Kühe weideten auf den Bergen und junge Frauen bewegten sich zwischen Ortschaften, ein untrügliches Zeichen für eine gewisse Sicherheit.

Unruheprovinz Ituri bald »feindfrei«

Im Jahr 2003 hat die EU-Mission ARTEMIS, die überwiegend aus französischen Soldaten gebildet wur-



*Flagge der DR Kongo:
gelber, fünfzackiger Stern
und gelb-gerahmter,
roter Streifen auf
blauem Untergrund.*

de, die Hauptstadt von Ituri, von Rebellen und Kindersoldaten gesäubert. Die Rebellen haben sich dann in das Hinterland zurückgezogen und die dort lebende Zivilbevölkerung drangsaliert und teilweise vertrieben. Insgesamt gab es sieben größere von einander unabhängige Rebellenbewegungen. Nach Abzug der europäischen Truppe wurde eine MONUC-Brigade in Bunia stationiert, deren Kern von pakistanischen Elitesoldaten gebildet wurde. Zusammen mit den zentral-kongolesischen Streitkräften FARDC wurde dann ein Landstrich nach dem anderen befreit. Die aufgebenden Rebellen Gruppen wurden teilweise in die offiziellen Streitkräfte aufgenommen oder durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, z.B. einfacher Straßenbau in die Zivilgesellschaft integriert. Im Mai 2005 war bereits die Hälfte von Ituri unter VN-Kontrolle. Im Januar 2007 gab es nur noch eine sich widersetzende Rebellenbewegung unter Führung von Peter Karim im Unterbezirk Djugo, ca. 90 km nordostwärts von Bunia. Dieser hätte bereits am Ende des letzten Jahres aufgegeben, wenn er nicht erfahren hätte, dass Thomas Lubanga, ein ehemaliger Rebellenführer und späterer kongolesischer General, an das Kriegsverbrechertribunal nach Den Haag ausgeliefert wurde. Menschenrechte und Konfliktbearbeitung lassen sich eben nicht immer vereinen!

Bisherige Maßnahmen des BMZ

Deutschland hat seine bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit der DR Kongo auch während der Bürgerkriege der 1990er Jahre nicht völlig ausgesetzt. Zu dieser Zeit und bis 2001 konzentrierten sich die deutschen Aktivitäten auf humanitäre Maßnahmen mit dem Ziel, die Basisversorgung der Menschen herzustellen und auf die Förderung der wirtschaftlichen Selbsthilfekräfte der Zivilgesellschaft. Die offizielle Wiederaufnahme der EZ erfolgte mit dem Besuch von Bundesministerin Heide-

marie Wieczorek-Zeul bei Staatspräsident Kabila im Herbst 2004. Damals wurden die bis dahin »eingefrorenen« Mittel für die finanzielle Zusammenarbeit

in Höhe von ca. 65 Mio. Euro freigegeben. Zusätzlich wurden in den Jahren 2004 und 2005 ca. 30 Mio. Euro für Maßnahmen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit neu zugesagt. Außerdem wurden in diesen beiden Jahren über 12 Mio. Euro für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Nothilfe bereitgestellt.²

Unterstützung der kirchlichen Arbeit

Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt auch die Arbeit der deutschen Kirchen im Kongo. Die lokalen Kirchen im Kongo – hier besonders die Katholische Kirche – sind häufig die einzigen Institutionen, die nach dem Ausfall der staatlichen Einrichtungen für Gesundheit und Bildung sorgen. So wurden 69 Vorhaben der Kirchen mit einem Gesamtvolumen von ca. 26,7 Mio. Euro vom BMZ gefördert. Die Schwerpunkte der Aktivitäten liegen in den Bereichen Verbesserung von Gesundheit, beruflicher Bildung, ländlicher Entwicklung, Trinkwasserversorgung, Förderung der Zivilgesellschaft und Grundbildung.

Stabilisierung und Überbrückung

Ferner unterstützt Deutschland das umfassende Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm der Weltbank in der Region der Großen Seen. Damit werden Frieden schaffende Maßnahmen durch einen überregionalen Programmansatz mit dem Ziel unterstützt, die Entwaffnung und Demobilisierung von Exkombattanten und deren Wiedereingliederung in die Zivilgesellschaft zu gewährleisten.

Darüber hinaus werden insbesondere im Osten des Kongo Frauen immer wieder Opfer furchterlicher Gewalttaten. In Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen werden Mikroprojekte sowie medizinisch-psychologische Betreuungsmaßnahmen für vergewaltigte Frauen durchgeführt. Dabei geht es um die Opfer der

² vgl. Interview mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Kortmann (SPD) in AUFTRAG 263, S. 20 ff.

Gewalt, aber auch um Unterstützung für diese Personen aufnehmende Gemeinden.

Perspektiven deutscher Entwicklungszusammenarbeit

Die deutsche bilaterale Entwicklungspolitik ist derzeit in folgenden Schwerpunkten tätig:

1. Wasserver- und -entsorgung
2. Schutz und nachhaltige Nutzung der Natürlichen Ressourcen
3. Förderung der Wirtschaft und Mikrofinanzwesen
4. Gesundheit
5. Die Maßnahmen zur Stabilisierung des Landes werden mittelfristig fortgeführt (Reintegration von Exkombattanten sowie Betreuung von Kriegsopfern).

Über Beibehaltung oder Umstrukturierung dieser Schwerpunkte werden im Laufe dieses Jahres Gespräche mit der neuen kongolesischen Regierung geführt werden. Dabei wird auch eine enge Koordination mit anderen Gebern im Kongo notwendig sein.

Schwerpunkte der Europäischen Union

Die EU hat bereits deutliche Schwerpunkte für die nächsten Jahre gesetzt. Das Schwerkgewicht wird auf der Reform des Sicherheitssektors, der Justiz und der Rechtsstaatlichkeit sowie auf einer verantwortungsvollen Staatsführung gelegt. Zudem werden in unmittelbarer Zukunft Maßnahmen im Bereich der Polizeireform (sowohl Ausbildung als auch Umstrukturierung), für eine Justizreform im Osten des Landes, für die Demobilisierung und Wiedereingliederung der ehemaligen Kombattanten, für kombinierte Maßnahmen der humanitären Hilfe und längerfristigen Entwicklung im Osten der DR Kongo unterstützt. Ferner sind begleitende Hilfen für ein verantwortungsvolles öffentliches Finanzgebaren und Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen.

Die Rolle Deutschlands bei der EU-Präsidentschaft

Deutschland wird seine Rolle bei der EU-Präsidentschaft dazu nutzen, um folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Erstens die Frage der nachhaltigen und armutsorientierten Nutzung der natürlichen minera-

lischen und fossilen Ressourcen in die Gebergemeinschaft und bei der kongolesischen Partnerseite einzubringen. Hierzu wird die Bundesrepublik auf das Protokoll gegen illegale Rohstoffausbeutung Bezug nehmen, das von den Staatschefs des Friedensprozesses Große Seen im Dezember 2006 in Nairobi verabschiedet wurde.

- Zweitens die Stärkung der Führung der kongolesischen Regierung bei der nationalen Armutsstrategie als Grundlage für die Geberinterventionen. Dies kann mittels Koordinierungsrolle im Rahmen der EU-Präsidentschaft und mit der Regierungsberatung beim Planungsministerium erfolgen.

Zusammenfassung und Ausblick

1. Die DR Kongo hat aufgrund ihrer enormen natürlichen Ressourcen (Bodenschätze, wie Wolfram, Mangan, Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Beryllium, Industriediamanten, 30% der Weltkupfervorkommen und ca. 80% der Welt-Coltan-Vorkommen, ohne das kein Mobiltelefon funktioniert, und wertvolle Baumbestände im Kongobecken) sowie der beginnenden demokratischen Kontrolle durch einer aktive Zivilgesellschaft die reale Chance, zu einem sich selbst tragenden Friedensprozess zu kommen, zumal die EU entschlossen ist, sie dabei zu unterstützen.
2. Die Ausgangslage bei der Friedenskonsolidierung

Begegnung von deutschen Soldaten auf Patrouille mit einer friedlich und freundlich gestimmten Menschenmenge in den Straßen von Kinshasa.

des Kongo ist ungleich besser als die Situation in Afghanistan mit seiner trockenen Mondlandschaft ohne nennenswerte Bodenschätze, seiner archaischen, islamischen Clangesellschaft mit rivalisierenden Stämmen und einer islamistischen Guerilla, die über ein Rückzugsgebiet in Pakistan verfügt. Außerdem kann nach Auffassung des BMZ davon ausgegangen werden, dass die internationale Gebergemeinschaft – im Gegensatz zu Afghanistan – erheblich mehr Mittel in den zivilen Aufbau des Kongo geben wird als in militärische Maßnahmen.

3. Natürlich kann nicht über Nacht der Kongo und seine Elite verändert werden, die letztlich das Ergebnis auch der Politik der Industriestaaten der vergangenen 100 Jahre sind. Aber es gibt heute ungleich bessere Möglichkeiten, dass der Kongo zu sich selbst findet – und es gibt noch immer genügend Gefahren für das Land. Auch deshalb sollten alle Kommentare unterbleiben, die alte Vorurteile wiederholen und den Kongo als das »Finstere

Herz Afrikas« stigmatisieren. Dies haben die frisch gewählten kongolesischen Abgeordneten, aber auch die deutschen Soldaten der die Wahl sichernden EUFOR und der ARTEMIS-Operation in Bunia und deren Familien nicht verdient. Das Gleiche gilt auch für die zahlreichen deutschen Entwicklungshelfer, Wahlbeobachter und Friedensfachkräfte.

4. Es ist beabsichtigt, im AUFTRAG über die weitere Entwicklung in der DR Kongo zu berichten, nicht zuletzt um die These »Außer Spesen nichts gewesen« zu widerlegen und die »Afrikanische Totenklage« des ansonsten sehr geschätzten Peter Scholl-Latour zu relativieren. Dabei wird sich der Autor auf die Erfahrungen des BMZ und seine in der DR Kongo arbeitenden Freunde verlassen. □

Hinweis:

Informationen zur DR Kongo: Geographie, Bevölkerung, Politik, Wirtschaft, Geschichte, Fotos, Musik, Glossar, Aktuelles, Kommentare, ...
www.kongo-kinshasa.de



Die Feier des Weltfriedenstages in der Katholischen Militärseelsorge

Eine Betrachtung zur Entstehung und Entwicklung des Gedenktages

VON MANFRED HEINZ



1. Entstehung und Entwicklung eines Bedenktages¹

»Wir wenden Uns an alle Menschen guten Willens und rufen sie auf, in aller Welt den ‚Tag des Friedens‘ am ersten Tag des Kalenderjahres, dem 1. Januar 1968, zu begehen. Wir würden es begrüßen, wenn sich dann jedes Jahr diese Feier wiederholen könnte als Wunsch und Gelöbnis, an den Anfang des Jahres, das die Zeit unseres menschlichen Daseins misst und beschreibt, den Frieden zu stellen, um in seiner gerechten und wohltuenden Ausgeglichenheit die geschichtliche Entwicklung der Zukunft zu bestimmen.«²

Als Papst Paul VI. mit diesen Worten den ersten Aufruf zu einem »Welttag des Friedens« einleitet, steht er mit dieser pastoralen Initiative in der Tradition seiner unmittelbaren Vorgänger im Petrusamt. Die Päpste des 20. Jhs. von Benedikt XV. bis Johannes XXIII. hatten immer wieder mahnend ihre Stimme für den

Frieden erhoben. Letzterer prägte im Jahre 1963 in seinem päpstlichen Rundschreiben »Pacem in terris« die moderne theologisch-kirchliche wie sozialetische Antwort auf die Frage nach der Verhältnisbestimmung von Krieg und Frieden³.

Das Jahr 1967 war gekennzeichnet gewesen durch verschiedene Krisen und Kriegsgebiete. Im Nahen Osten hatte der 6-Tage-Krieg zwischen dem Staat Israel und seinen arabischen Nachbarn stattgefunden, der Vietnamkrieg dauerte an, auf dem afrikanischen Kontinent loderten verschiedene regionale und lokale Auseinandersetzungen und im sogenannten Kalten Krieg baute sich das atomare Bedrohungspotential der Großmächte stetig auf.

So nahm auch Paul VI. »die Schatten über seiner Weltstunde wahr und appellierte leidenschaftlichen Herzens und in klarer Einsicht in die realisierbaren Möglichkeiten an die Menschheit, Frieden zu schaffen.«⁴

Auf diesem Hintergrund ist sein Aufruf zu sehen, zu Beginn eines jeden Jahres, erstmals am 01.01.1968 einen Welttag des Friedens zu begehen. Der Papst glaubte die Bestrebungen der Völker und ihrer Staatsmänner, der internationalen Vereinigungen, der religiösen Gemeinschaften und kulturellen, politischen und sozialen Bewegungen zu treffen, die sich um die Aufrechterhaltung des Friedens bemühen und die wussten wie sehr der Friede heute notwendig und zugleich bedroht sei.⁵

Auffallend war, dass der Papst als

Oberhaupt der Katholischen Kirche sich in seiner Botschaft an erster Stelle an »alle Menschen guten Willens« wandte: *»Der Vorschlag, den ersten Tag des Jahres dem Frieden zu weihen, soll nicht allein von uns, d.h. von religiöser, katholischer Seite kommen. Er sucht vielmehr die Beteiligung aller, die den Frieden wahrhaft lieben, geradeso als käme dieser Vorschlag aus ihren Reihen ... Die Katholische Kirche möchte ganz einfach, in der Absicht zu dienen und Beispiel zu geben, diese Idee vor Augen stellen, damit sie nicht nur weltweiten Beifall, sondern auch überall vielfache Unterstützung finde.«⁶*

Im zweiten Teil seiner Botschaft sprach der Papst dann direkt die eigene Kirche an: *»An euch, geliebte Brüder im Bischofsamte, an euch geliebte Söhne und Gläubige unserer heiligen katholischen Kirche richten Wir die Einladung, die Wir eben verkündet haben: eine besondere Feierlichkeit dem Gedanken und Willen zum Frieden einzuräumen am ersten Tag des bürgerlichen Jahres, am ersten Januar des kommenden Jahres. Diese Feierlichkeiten soll den liturgischen Kalender nicht abändern, der den »Neujahrstag« der Verehrung der göttlichen Mutterschaft Mariens und dem heiligsten Namen Jesu vorbehält. Im Gegenteil, diese heiligen und schönen Gedenktage sollen vielmehr mit ihrem Lichte aufleuchten lassen, was sie an Güte, an Weisheit und Hoffnung in sich schließen für unser Beten, unsere Betrachtung und unser Ringen um das große und ersehnte Gut des Friedens, dessen die Welt so sehr bedarf.«⁷*

Eindrücklich erläuterte der Papst den Hintergrund seines Anliegen: *»Man muss immer vom Frieden sprechen. Man muss die Welt dazu erziehen, den Frieden zu lieben, den Frieden aufzubauen, den Frieden zu ver-*

1 Für einen Weltfriedenstag oder auch Antikriegstag kennt der Jahreskalender drei Daten:

1. In Deutschland wird alljährlich der 01.09. als Antikriegstag begangen. Es wird damit an den Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Überfall auf Polen erinnert. Die Initiative ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund aus, der erstmals am 01.09.1957 unter dem Motto »Nie wieder Krieg« zu Aktionen aufrief. Ebenfalls wurde der 01.09. in der DDR als Weltfriedenstag gefeiert.
2. Der 21. September gilt weltweit als UNO-Weltfriedenstag (International Day of Peace), um die Idee des Friedens sowohl innerhalb der Länder und Völker als auch zwischen ihnen zu beobachten und zu stärken. Festgelegt wurde dieser Tag von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1981.
3. Der 1. Januar, ist weltweit in der katholischen Kirche, erstmals seit 1968 ein besonderer Bedenktag.
2 Botschaft seiner Heiligkeit Papst Paul VI zur Feier eines »Tages des Friedens« am 1. Januar 1968, Einleitungssatz. In Folge zitiert im Weiteren als »Botschaft zum Weltfriedenstag 1968«

3 vgl. Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer »Pacem in terris«, Vortrag zum Weltfriedenstag 16.1.2003 in Wilhelmshaven (Manuskript).

4 Erzbischof DDr. Donato Squicciarini, »Die Weltfriedensbotschaften Papst Johannes Paul II.«: Beiträge zur Katholischen Soziallehre, zitiert auf der Internetseite der Katholischen Militärdiözese Österreichs. Im Folgenden zitiert als Squicciarini.

5 vgl. Botschaft zum Weltfriedenstag 1968

6 ebd.

7 ebd.

teidigen. Und gegen die auflebenden Vorboten des Krieges (nationalistische Bestrebungen, Rüstungen, Herausforderungen zum Umsturz, Rassenhass, Rachsucht usw.) und gegen die Bedrohung eines taktischen Pazifismus, der den zu vernichtenden Gegner einzuschläfern sucht oder aber in den Geistern den Sinn für Gerechtigkeit, für Pflicht und Opfer abtötet, muss man bei den Menschen unserer Zeit und bei den kommenden Geschlechtern den Sinn und die Liebe für einen Frieden wecken, der in der Wahrheit begründet ist, in der Gerechtigkeit, in der Freiheit und in der Liebe.⁸

Der Aufruf des Papstes wurde im Osservatore Romano veröffentlicht. Gleichzeitig trug der Vatikan dafür Sorge, dass er auf diplomatischen Wege den internationalen Organisationen und Regierungschefs, mit deren Ländern der Vatikan freundschaftliche Beziehungen unterhält übermittelt wurde. Man trat an die Bischofskonferenzen heran mit dem Wunsch, regionale und lokale Vereinbarungen zur Feier des Friedentages auch mit den nichtkatholischen Konfessionen und Religionen zu treffen.⁹

In Folge kamen zahlreiche zustimmende Appelle von Kirchenführern, so auch vom Weltrat der Kirchen in Genf, dem ökumenische Patriarch von Konstantinopel, dem Patriarchen von Moskau und ganz Russland.¹⁰

Von Beginn an stellten Papst Paul VI. und ebenso Papst Johannes Paul II. ihre Botschaften zum Weltfriedenstag jeweils unter ein bestimmtes Leitthema. Die Vorbereitung wurde dem Päpstlichen Rat »Justitia et Pax« anvertraut. Bis heute legt dieser nach langen Beratungen, auch innerhalb der Römischen Kurie, jedes Jahr einige Themen fest und unterbreitet diese dem Heiligen Vater, der eines davon auswählt.¹¹

In seiner Botschaft zum Weltfriede-

enstag des Jahres 2004 erinnerte Johannes Paul II. an die vorausgegangenen Leitthemen: »Die elf Botschaften, die Papst Paul VI. an die Welt gerichtet hat, haben allmählich die Koordinaten des Weges abgesteckt, der beschritten werden muss, um zum Ideal des Friedens zu gelangen. Nach und nach hat dieser große Papst die verschiedenen Kapitel einer wahren und eigentlichen ‚Wissenschaft des Friedens‘ beleuchtet. Es kann hilfreich sein, sich die Themen der Botschaften wieder ins Gedächtnis zu rufen, die uns der Montini-Papst zu diesem Anlass hinterlassen hat. Jede von ihnen besitzt noch heute große Aktualität. ...

Im Laufe dieser 25 Jahre meines Pontifikates habe ich meinerseits versucht, auf dem von meinem verehrten Vorgänger eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Zu Beginn eines jeden neuen Jahres habe ich die Menschen guten Willens aufgerufen, über die verschiedenen Aspekte eines geordneten Zusammenlebens im Lichte der Vernunft und des Glaubens nachzudenken. Auf diese Weise ist eine Zusammenfassung der Lehre über den Frieden entstanden, die gleichsam eine Fibel zu diesem wichtigen Thema darstellt: eine Fibel, die für jeden recht gesinnten Menschen einfach zu verstehen ist, die sich aber zugleich mit ihrem äußerst anspruchsvollen Gehalt an alle wendet, denen das Los der Menschheit ein echtes Anliegen ist. ...«¹² (s.a. Anhang 1, S. 32)

Der Päpstliche Rat »Justitia et Pax« bewertet die Feier der Weltfriedenstag aus gesamtkirchlicher Sicht:

»Die Informationen, die wir zum Ablauf des Tages in den einzelnen Kirchen erhalten, zeigen, dass es sich um eine seelsorglich sehr erfolgreiche Initiative handelt, da sie Gelegenheit bietet zu bezeugen, wie stark sich die Kirche für den Frieden einsetzt.«¹³

2. Die Feiern in der Katholischen Militärseelsorge

Die Initiative Papst Paul VI. zur Feier des Weltfriedentages war auch in der Katholischen Militärseelsorge sofort aufgegriffen worden. Der da-

malige Katholische Militärbischof, Dr. Franz Hengsbach, schreibt am 27. Dezember 1967 an seine Militärgeistlichen:

»Bitte, liebe Mitbrüder, machen Sie sich die Gedanken der Friedensbotschaft unseres Heiligen Vaters zu Eigen. Wir dürfen den lebendigen Träger des Petrusamtes nicht allein lassen. Im einzelnen bitte ich Sie um folgendes:

1. Machen Sie den Inhalt der päpstlichen Botschaft zum Gegenstand ihrer Predigt am 1. Januar und rufen Sie die Menschen dazu auf, diesen 1. Januar 1968 im Gebet und tätigem Bemühen als ‚Tag des Friedens‘ zu begehen.
2. Fügen Sie beim monatlichen Standortgottesdienst im Januar besondere ‚Fürbitten für den Frieden‘ ein, wofür Ihnen eine Anregung beigelegt und überreicht wird.
3. Um auch alle Soldaten mit dem Friedensgottesdienst unseres Heiligen Vaters vertraut zu machen, bitte ich Sie, bei allen Standortgottesdiensten während des Monats Januar über diesen Aufruf zur Feier eines ‚Tages des Friedens‘ zu predigen; dabei können Sie sicherlich auch manche Gedanken aus dem Kapitel V über die ‚Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft‘ aus der Pastoralkonstitution Die Kirche in der Welt von Heute verwenden und in Erinnerung rufen.
4. Überlegen Sie bei den monatlichen Dienstbesprechungen im Januar, wie künftig in den Familien am ersten Tage jedes neuen Jahres besonders um den Frieden gebetet werden kann, diese Überlegungen sollen vom einzelnen Militärgeistlichen auch mit seinem Pfarrausschuss fortgesetzt werden.«¹⁴

Im Jahre 1975 wuchs dem Weltfriedenstag in der »KIRCHE UNTER SOLDATEN« eine weitere besondere Bedeutung zu. Die Katholische Militärseelsorge hatte sich an der Internationalen Soldatenwallfahrt nach Rom beteiligt, die aus Anlass des Heiligen Jahres stattfand. Fast zeitgleich war auf der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland der Beschluss »Entwicklung und Frieden«

8 ebd.

9 vgl. »Was können die Kirchen für den Frieden tun?«: Herder Korrespondenz Nr. 2 vom 02.02.1968, S. 57

10 vgl. KNA-Meldung »Aktueller Vatikan-dienst« Nr. 1 vom 02.01.1968

11 vgl. Interview mit Giampaolo Crepaldi (Sekretär des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden): Arbeitshilfen Nr. 165, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz zum Welttag des Friedens 2003, S. 9. Im Folgenden zitiert als Crepaldi

12 Botschaft seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. zur Feier des Weltfriedentages 01.01.2004

13 Crepaldi, a.a.O., S. 9

14 AKMB, AR 116 (Az 36-01-06-56): Weltfriedenstag 1967-1977

mit dem Kapitel »Die Friedensarbeit der Kirche« verabschiedet worden.

In einem Grundsatzreferat zur kirchlichen Friedensarbeit führte der damalige Militärgeneralvikar Dr. Martin Gritz bei der Jahreskonferenz des Apostolat Militaire International (AMI) aus:

»Es könnte eine gute Frucht des Heiligen Jahres 1975 sein, wenn wir dem Weltfriedenstag erneut unsere Aufmerksamkeit schenken und prüfen wollten, wie weit katholische Soldaten den Weltfriedenstag im Sinne einer kirchlichen Friedensarbeit mitfeiern oder mittragen können.

Ein Weltfriedenstag im Sinne kirchlicher Friedensarbeit würde für uns zunächst eine Gelegenheit darstellen, in der Kirche und vor der Welt ein Zeugnis dafür abzulegen, dass Soldaten für die Friedensförderung umso ansprechbarer sind, weil sie in der Erfüllung ihres soldatischen Dienstes der Friedenssicherung dienen.

Es würde auch und gerade katholischen Soldaten gut anstehen, sich jährlich von neuem auf den vom Heiligen Vater so dringend gewünschten Weltfriedenstag geistig und geistlich vorzubereiten.

Es wäre ein beachtlicher Beitrag zur Förderung des Friedens, wenn sich jährlich einmal im Zusammenhang mit dem Weltfriedenstag katholische Soldaten in den einzelnen Teilkirchen die keineswegs gleiche, jedoch allen gemeinsame Aufgabe stellten, in der ihnen möglichen und gemäßen Weise den Weltfriedenstag unserer Kirche mitzutragen.«¹⁵

Katholische Soldaten, insbesondere in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) verbandlich engagierte, nahmen diese Anregung dankbar auf und machten von nun an die Feier des Weltfriedenstages zu ihrem besonderen Anliegen. Sie traten an die örtlichen Bischöfe heran und baten sie, die in ihrem Bereich stationierten Soldaten verbündeter Streitkräfte mit Soldaten der Bundeswehr aus Anlass des Weltfriedenstages zu einem gemeinsamen Gottesdienst einzuladen.¹⁶

15 Martin Gritz »Was heißt und bedeutet kirchliche Friedensarbeit? (pacem facientes in novitate vitae): Zeitschrift »Militärseelsorge«, 18. Jg. 1976, S. 14

16 So stellt der »auftrag« Nr. 84/Juni 1977, S. 80-82 unter der Überschrift

Auch seitens der Zentralen Versammlung (ZV) der katholischen Soldaten wurde das Anliegen unterstützt. Ihr damaliger Vorsitzender, Oberst Dr. Helmut Korn, schrieb in seinem Rundbrief 3/1976 an alle Mitglieder der Pfarrgemeinderäte und die Sprecher der GKS-Kreise:

»Der WELTFRIEDENSTAG 1977 wird nach dem Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz in unserem Land am 6. Februar begangen werden. ... Die GKS hat sich – gemäß einer Anregung des A.M.I. vorgenommen, den WELTFRIEDENSTAG zu einem geeigneten Termin in der Nähe des 6. Februar 1977 in besonderer Weise auf regionaler oder Wehrbereichsebene zu begehen, und zwar in Gottesdiensten und Begegnungen mit katholischen Soldaten der befreundeten Stationierungstreitkräfte oder mit Soldaten benachbarter Länder. Es sollen schon jetzt im Herbst entsprechende Ausschüsse gebildet und die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden. Der Vorstand ZV bittet darum, dass alle Gremien der Mitverantwortung die Gestaltung und Durchführung des WELTFRIEDENSTAGES 1977 mittragen und durch Mitarbeit in den vorbereitenden Ausschüssen sicherstellen.«¹⁷

Den ersten großen internationalen Gottesdienst dieser Art feierte am 13. Januar 1977 der damalige Erzbischof von Köln, Josef Kardinal Höffner, mit 700 Soldaten der im Erzbistum Köln stationierten Angehörigen von Streitkräften der Belgischen Armee und der Bundeswehr in der Kölner St. Aposteln Kirche.¹⁸ Schon im Folgejahr musste der Gottesdienst wegen der großen Teilnehmerzahl in den Kölner Dom verlegt werden und findet seit dieser Zeit dort statt.

Auch in anderen (Erz-)Bistümern

»Soldaten bekennen sich zum Thema des Weltfriedenstages« Meldungen aus dem Jahre 1977 zusammen über eine Festveranstaltung der GKS in Bonn, den deutsch-belgischen Gottesdienst mit 700 deutschen und belgischen Soldaten in Köln, über eine GKS Veranstaltung in München und über einen Gottesdienst mit amerikanischen, französischen und deutschen Soldaten in der Mainzer St. Alban-Kirche.

17 AKMB, AR 116 (Az 36-01-806-56): Weltfriedenstag 1967-1977

18 vgl. KNA-Meldung: Westdeutscher Dienst Nr. 8 vom 14.01.1977

entwickelte sich die gemeinsame Feier der Weltfriedenstage zu einem festen Datum im Kalender der zuständigen Ortsbischöfe. Besonders erwähnenswert ist, dass auch nach Ausweitung der Katholischen Militärseelsorge in den Bereich der neuen Bundesländer hier diese Tradition aufgenommen werden konnte. Am 10.03.1993 fand der erste Gottesdienst dieser Art in der Kathedrale zu Dresden statt.¹⁹ In der Einleitung seiner Predigt führte der Bischof von Dresden-Meißen, Joachim Reinelt, aus: *»Soldaten im Gottesdienst – damit hatten wir früher Probleme. Volksarmee – Friedensarmee, das haben wir nicht geglaubt. Hier hat sich mit Männern und Frauen, die glaubwürdig und persönlich Menschen des Friedens sein wollen und diesen Frieden aus eigenem Antrieb, nicht nur auf Befehl, schützen wollen, vieles geändert. Es ist freilich bedauerlich, dass die Menschen so feindelig sein können, dass man das kostbare Gut des Friedens durch Soldaten schützen muss. Aber es wäre Träumerei zu meinen, ohne Armeen wäre der Frieden von selbst gegeben.«²⁰*

3. Die Feier der Weltfriedenstage heute

Von allen bisherigen Militärbischöfen, ob Franz Kardinal Hengsbach, Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof Dr. Johannes Dyba oder Bischof Dr. Walter Mixa, wurde und wird die Feier des Weltfriedenstages durch die Soldaten begrüßt und wertgeschätzt.

Von den Anfängen bis heute hat der Welttag des Friedens für die Katholische Militärseelsorge seinen hohen Stellenwert behalten.²¹ Er wird sowohl an den einzelnen Standorten von den Militärseelsorgern zusammen mit ihren Seelsorgebezirksräten und GKS-Kreisen initiiert als auch im regionalen Rahmen zusammen mit den Ortsbischöfen begangen. Die Vorbereitung und Durchführung letzterer Feiern liegt dann in der Zustan-

19 vgl. Ute Baubkus »Friedensgottesdienst in Dresden«: KOMPASS Nr. 8 vom 02.04.1993, S. 2 f.

20 Bischof Joachim Reinelt, Predigtmanuskript

21 Teilnehmerzahlen 2004 an Weltfriedenstagsgottesdiensten (soweit genannt) sind entnommen Berichten: KOMPASS Nr. 3, 4 und 5/2004: Köln 1.500, Münster 500, Trier 900, Augsburg 700, Würzburg 600, Hildesheim 600, Biberach 400

digkeit des jeweiligen Katholischen Leitenden Militärdekans. Die Einbindung in die Gesamtkirche zeigen eindrucksvoll die für das Jahr 2005 geplanten Gottesdienste mit Diözesanbischöfen in 13 (Erz-)Bistümern in 14 deutschen Städten.²²

Aufgrund der besonderen Gegebenheiten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs kann der Weltfriedenstag nicht an einem zentralen Termin begangen werden. Soweit dies möglich ist, finden die Feiern jedoch zu Beginn des Jahres statt. So feiern die Militärgeistlichen oftmals den ersten Standortgottesdienst zum Jahresanfang in der Intension des Weltfriedenstages.

Bei der Feier mit dem jeweiligen Ortsbistum steht ein festlicher Gottesdienst im Mittelpunkt. Die Teilnahme der Soldaten erfolgt freiwillig. Familienangehörige werden eingeladen. Hinzu kommen in verschiedenen Standorten katholische Soldaten ausländischer Streitkräfte. An den Gottesdienst schließt sich, oftmals unterstützt durch die Bundeswehrstellen vor Ort, ein Empfang, eine Stunde der Begegnung oder eine Vortragsveranstaltung an. In Grußwor-

ten von Repräsentanten aus Kirche, Politik und Öffentlichkeit wird auch der besondere Dienst der Soldaten und ihre damit verbundene Lebenssituation angesprochen. Regionale Print-Medien, die jeweilige Bistumszeitung oder auch regionale Radio und TV-Medien berichten über den in ihrem Einzugsbereich stattfindenden Weltfriedenstag.

Eine weitere Form den Weltfriedenstag zu begehen, ist die Durchführung einer Akademieveranstaltung zum jeweiligen Leitthema. Besondere Bedeutung hat die Festveranstaltung, die der GKS-Kreis Bonn (d.h. dort, wo der Bundesminister der Verteidigung seinen ersten Dienstsitz hat) gestaltet. Meist wird hierzu ein hochrangiger Referent im Rahmen einer Feierstunde eingeladen.

Seitens von Befehlshabern und Kommandeuren finden die Veranstaltungen zum Weltfriedenstag Wohlwollen und Unterstützung. Sie nehmen häufig selbst persönlich an ihnen teil.

Zur Vorbereitung und Durchführung des Weltfriedenstages erhalten alle Dienststellen der Katholischen Militärseelsorge und die Katholischen Standortpfarrer im Nebenamt die vom Vatikan veröffentlichte Botschaft zum Weltfriedenstag (zur Botschaft 2007 s.S. 39 ff.) sowie die dazu erschienene Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz. Ebenfalls erhalten die Dienststellen die Arbeitshilfe zur Gestaltung der »Gemeinsamen Gebetsstunde zum Weltfriedenstag«, einer Initiative des BDKJ und der Katholischen Frauengemeinschaft, mitgetragen von weiteren katholischen Verbänden.²³

Diese Materialien finden auch

23 »Die gemeinsame Gebetsstunde zum Weltfriedenstag« ist eine Initiative des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend und der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands, mitgetragen vom Sportverband Deutsche Jugendkraft, vom Katholischen Deutschen Frauenbund, von der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschland und der Internationalen Friedensbewegung Pax Christi. Jährlich ergeht hierzu ein entsprechender Aufruf zum Weltfriedenstag und in Anlehnung an das Motto des Weltfriedenstages ein thematischer Vorschlag für die Gestaltung der Gebetsstunde. Materialien können über den BDKJ Bundesvorstand, Postfach 320520, 40420 Düsseldorf bezogen werden.

Verwendung im Lebenskundlichen Unterricht und in den Lebenskundlichen Offizier- und Unteroffizier-Arbeitsgemeinschaften. Im Veranstaltungskatalog der Katholischen Militärseelsorge sind die jährlichen Gottesdienste und Feierstunden anlässlich des Weltfriedenstages als eigens förderungswürdig ausgewiesen²⁴.

4. Nach-Denkliches zum Weltfriedenstag

»Weltfriedenstag bieten Anlass zur gemeinschaftlichen Besinnung im liturgischen, im akademischen, im internationalen Raume. Sie entbehren nicht eines gewissen deklamatorischen Charakters, der unverzichtbar bleibt, zugleich sollen sie als Imperative an die Ohren und zu den Herzen aller Menschen ... dringen.«²⁵

Weltfriedenstag »bedeuten nach dem Willen Papst Paul VI. und seiner Nachfolger im Petrusamt eine Herausforderung zur ‚Metanoia‘ zum Umdenken, zu einer Änderung der Grundgesinnung und des praktischen Verhaltens. Ja, man könnte sagen, die päpstlichen Weltfriedenstag sind ein Provokation im Namen des Evangeliums. Sie wollen den Routinier, der einen neuen Jahresempfang mit gewohnten Ritualen feiert, herausreißen aus der Gleichgültigkeit gegenüber dem Hass und den vielen Spielarten feindseliger Konfliktaustragung.«²⁶

Am Ende seiner ersten Botschaft zum Weltfriedenstag ermutigte Papst Paul VI.: »Wir können aus der Vorschrift des Evangeliums zu verzeihen und Barmherzigkeit zu üben, belebende Ansatzpunkte für das Gesellschaftsleben knüpfen. Wir vor allem, ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne, haben eine einzigartige Waffe für den Frieden zu unserer Verfügung: das Gebet mit seinen wunderbaren Kraftquellen auf moralischer Ebene und der Einwirkung übernatürlicher Faktoren geistlicher und politischer Erneuerung. Das Gebet bietet jedem die Möglichkeit, sich persönlich und aufrichtig nach den tiefsten Gründen des Verletztseins und der Gewalttätigkeit zu fragen, die sich im Herzen eines jeden eventuell finden können.«²⁷ (s.a. Anhang 2, S. 38)

24 vgl. Vergleiche: 1.

25 Squicciarini

26 ebd.

27 Botschaft zum Weltfriedenstag 1968

22 Termine der Weltfriedenstagsgottesdienste in den (Erz-)Diözesen 2005:

20.01. im Dom zu Köln mit Erzbischof Joachim Kardinal Meisner

20.01. in Wilhelmshaven mit Weihbischof Heinrich Timmermans

27.01. in Ettlingen mit Weihbischof Dr. Paul Wehrle

27.01. im Dom Würzburg mit Bischof Dr. Friedhelm Hoffmann

03.02. in Rendsburg mit Erzbischof Dr. Werner Thissen

03.02. im Dom zu Hildesheim mit Diözesanadministrator Weihbischof Hans-Georg Koitz

10.02. in Schwerin mit Erzbischof Dr. Werner Thissen

03.03. im Dom zu Münster mit Bischof Dr. Reinhard Lettmann

10.03. in der Berliner St. Hedwigs-kathedrale mit Georg Kardinal Sterzinsky

14.04. im Dom zu Trier mit Bischof Dr. Reinhard Marx

27.04. im Dom zu Aachen mit Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff (Soldatengottesdienst)

27.04. in Dresden mit Bischof Joachim Reinelt (Soldatengottesdienst)

10.05. in Sondershausen mit Bischof Dr. Joachim Wanke

11.05. im Dom zu Augsburg mit Weihbischof Josef Grünwald

ANHANG 1:

Die Welttage des Friedens 1968-2006

Botschaften von Papst Paul VI.

- 1) 1968: 1. Januar: Weltfriedenstag
- 2) 1969: Menschenrechte, der Weg zum Frieden
- 3) 1970: Erziehung zum Frieden durch Versöhnung
- 4) 1971: Jeder Mensch ist mein Bruder
- 5) 1972: Willst du den Frieden,
so arbeite für die Gerechtigkeit
- 6) 1973: Der Friede ist möglich
- 7) 1974: Der Friede hängt auch von dir ab!
- 8) 1975: Versöhnung, der Weg zum Frieden
- 9) 1976: Die echten Waffen des Friedens
- 10) 1977: Wenn du den Frieden willst,
verteidige das Leben
- 11) 1978: Nein zur Gewalt – Ja zum Frieden

Botschaften von Papst Johannes Paul II.:

- 1) 1979: Zum Frieden erziehen,
um zum Frieden zu gelangen
- 2) 1980: Die Wahrheit, Stärke des Friedens
- 3) 1981: Schütze die Freiheit,
dann dienst du dem Frieden
- 4) 1982: Der Friede, Gottes Geschenk,
dem Menschen anvertraut
- 5) 1983: Der Dialog für den Frieden:
Eine Forderung an unsere Zeit
- 6) 1984: Der Friede entspringt einem neuen Herzen
- 7) 1985: Frieden und Jugend zusammen unterwegs
- 8) 1986: Der Friede, Wert ohne Grenzen.
Nord-Süd, Ost-West: Ein einziger Friede
- 9) 1987: Entwicklung und Solidarität:
Zwei Schlüssel zum Frieden
- 10) 1988: Religionsfreiheit, Bedingung für
friedliches Zusammenleben

- 11) 1989: Um Frieden zu schaffen,
Minderheiten achten
- 12) 1990: Friede mit Gott, dem Schöpfer,
Friede mit der ganzen Schöpfung
- 13) 1991: Wenn du den Frieden willst,
achte das Gewissen jedes Menschen
- 14) 1992: Die Gläubigen vereint im Aufbau
des Friedens
- 15) 1993: Willst du den Frieden,
komm den Armen entgegen
- 16) 1994: Aus der Familie erwächst der Friede
für die Menschheitsfamilie
- 17) 1995: Die Frau: Erzieherin zum Frieden
- 18) 1996: Bereiten wir den Kindern eine friedliche
Zukunft
- 19) 1997: Biete die Vergebung an,
empfangen den Frieden
- 20) 1998: Aus der Gerechtigkeit des einzelnen
erwächst der Frieden für alle
- 21) 1999: In der Achtung der Menschenrechte liegt
das Geheimnis des wahren Friedens
- 22) 2000: »Friede auf Erden den Menschen,
die Gott liebt«
- 23) 2001: Dialog zwischen den Kulturen für eine
Zivilisation der Liebe und des Friedens
- 24) 2002: Kein Friede ohne Gerechtigkeit,
keine Gerechtigkeit ohne Vergebung
- 25) 2003: »Pacem in terris« : Eine bleibende Aufgabe
- 26) 2004: Das Völkerrecht, ein Weg zum Frieden
- 27) 2005: Lass dich nicht vom Bösen besiegen,
sondern besiege das Böse durch das Gute!
(Röm 12,21)

Botschaft von Papst Benedikt XVI.

- 1) 2006: »Der Friede liegt in der Wahrheit«
- 2) 2007: Der Mensch – Herz des Friedens

ANHANG 2: Anlässlich des ersten von ihm ausgerufenen Tages des Friedens, verfasste Papst Paul VI. folgendes Gebet, das er am 01.01.1968 erstmals von der äußeren Loggia des Petersdomes aus sprach:

Herr, Gott des Friedens

Du hast die Menschen geschaffen, sie sind das Werk Deiner Güte, bestimmt zur Teilnahme an Deiner Herrlichkeit.

Wir preisen Dich und sagen Dir Dank! Du hast uns Jesus gesandt, Deinen vielgeliebten Sohn. Im Geheimnis des Osterfestes hast Du ihn bestellt zum Vollbringer des Heiles, zur Quelle allen Friedens, zum Band, das alle in Brüderlichkeit verbindet.

Wir sagen Dir auch Dank für alle Sehnsucht, alles Bemühen, alles Tun, das Dein Geist des Friedens in unserer Zeit entflammt, um den Hass durch die Liebe zu überwinden, das Misstrauen durch das Verstehen, die Gleichgültigkeit durch die brüderliche Verbundenheit.

Öffne noch mehr unseren Geist und unser Herz für alle unsere Brüder, die jetzt die Liebe brauchen, auf dass wir immer mehr zu Vollbringern des Friedens werden.

Gedenke, Vater der Barmherzigkeit, in der Geburtsstunde einer Welt wachsender Brüderlichkeit all derer, die in Not sind, die leiden und sterben, damit auf alle Menschen aller Rassen und Sprachen Dein Reich der Gerechtigkeit, des Friedens und der Liebe herabkomme! Auf dass die Erde erfüllt sei von Deiner Herrlichkeit! Amen

(zit. aus KNA Dokumentation Nr. 1 vom 02.01.1968)

WELTFRIEDENSTAG 2007:

Einführung zur Botschaft des Papstes zum Weltfriedenstag 2007

Die menschliche Person und verkürzte Menschenbilder

Im vorstehenden Beitrag »Die Feier des Weltfriedenstages in der Katholischen Militärseelsorge« (S. 35-38 in diesem AUFTRAG) schildert der wissenschaftliche Referent im Referat »Seelsorge« des KMBA, Dipl.-theol. Manfred Heinz, das Entstehen und die Entwicklung der Feier der Weltfriedenstag in der Kirche unter Soldaten. Auf Anregung des Apostolat Militaire International (A.M.I.) aus dem Jahr 1975, die von der GKS aufgegriffen wurde und die sich die Katholische Militärseelsorge gerne zu Eigen gemacht hatte, begehen die deutschen Bischöfe seit 1977 alljährlich diesen Weltfriedenstag in feierlichen Gottesdiensten mit den in ihren Diözesen stationierten Soldaten.

Die zentrale Aussage Benedikts XVI. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2007 lautet: Wenn weitere Fortschritte bei der Reduzierung von bewaffneten Konflikten erzielt werden sollen, muss der Würde der menschlichen Person mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Bezeichnenderweise trägt sein Dokument den Titel, »DER MENSCH — HERZ DES FRIEDENS.« Nachstehend eine kurze Einführung in die Papstbotschaft (Wortlaut s.S. 40-44), die wegen ihrer grundsätzlichen Aussagen gerade von allen (katholischen) Soldaten und nicht nur in den Sachausschüssen der GKS studiert und erörtert werden sollte.

»Ich bin überzeugt, dass durch die Achtung der Person der Friede gefördert wird und mit der Herstellung des Friedens die Voraussetzungen für einen authentischen ‚ganzheitlichen Humanismus‘ geschaffen werden«, schreibt der Papst in Abschnitt 1.

Da der Mensch nach dem Bild Gottes geschaffen ist, sei er mit der Würde ausgestattet, Person zu sein. Und zugleich sei er zu einem Bund mit seinem Schöpfer berufen; konkret dazu, ihm eine Antwort des Glaubens und der Liebe zu geben und einen persönlichen Beitrag zum Fortschritt der Welt zu leisten.

Das Recht auf Leben und Religionsfreiheit

Der Friede ist nach Benedikt XVI. »Gabe und Aufgabe zugleich« (3). Er sei Ausdruck des göttlichen Wirkens, das in der Erschaffung eines geordneten und harmonischen Universums und in unserer Erlösung zum Ausdruck komme. Der Friede sei zugleich aber auch eine Aufgabe, die jeden von uns zu einer persönlichen Antwort verpflichte. Wenn wir uns auf der Grundlage der Achtung vor der Würde jedes Menschen für den Frieden einsetzen, dann bedeute dies, dass wir die Rechte eines jeden anerkennen; und das setze voraus, dass wir das Recht des Menschen auf

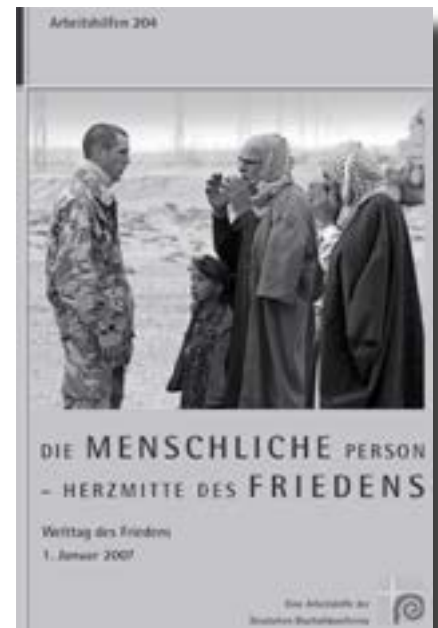
Leben in jeder Phase seines Lebens verteidigen und schützen.

Ein weiteres elementares Recht sei das der Religionsfreiheit. »Das Recht auf Leben und auf die freie Äußerung des eigenen Glaubens an Gott ist nicht der Macht des Menschen unterworfen« (4).

Zu den weiteren Aspekten der Botschaft gehört die Überwindung der sozialen Ungerechtigkeiten, damit alle Menschen die grundlegenden materiellen Güter und die fundamentalen Menschenrechte erlangen können. Außerdem ruft der Papst nachdrücklich dazu auf, die Lebensbedingungen für Frauen zu verbessern und die Achtung vor ihrer Würde zu garantieren.

In diesem Zusammenhang warnt der Papst auch vor anthropologischen Vorstellungen, die in sich selbst den Keim zu Feindseligkeit und Gewalt tragen. Als weitere Gefahr nennt er fundamentalistische Gottesvorstellungen, die zu Gewalt und Feindseligkeit anstacheln. Wörtlich schreibt er: »Wenn eine gewisse Auffassung von Gott den Ursprung verbrecherischer Handlungen bildet, ist das ein Zeichen dafür, dass diese Auffassung bereits zu einer Ideologie geworden ist« (10).

Sodann wendet sich Benedikt XVI. einem Thema zu, auf das er besonders beharrlich immer wieder zu-



Titelblatt der Arbeitshilfe 204 der Deutschen Bischofskonferenz zur Feier des Weltfriedenstages 2007

rückkommt: Er warnt vor den Gefahren des Relativismus. Eine »schwache« Sicht des Menschen (das heißt eine Sicht, die jeder auch exzentrischen Vorstellung Raum gibt, vgl. Abschnitt 11), führe zu schwachen Menschenrechten. Wenn sich diese Rechte auf ein schwaches Menschenbild gründeten – wie sollten sie dann nicht auch selber geschwächt sein?, fragt der Heilige Vater. Die Rechte würden zwar als absolut hingestellt, aber das Fundament, das man für sie anführe, sei nur relativ.

Wenn die Menschenrechte nicht in objektiven Ansprüchen der dem Menschen von Gott gegebenen Natur verwurzelt seien, dann unterlägen sie der Laune der sich wandelnden Prioritäten und gesellschaftlichen Zwänge. Der Papst ruft die Vereinten Nationen deshalb dazu auf, das Fundament der Menschenrechte nicht aus dem Blick zu verlieren. Wörtlich schreibt Benedikt XVI. diesbezüglich: »Das bewahrt sie (die internationalen Organe) vor der leider immer latent vorhandenen Gefahr, in eine nur positivistische Interpretation dieser Rechte abzugleiten« (13).

Eine berechtigte Hoffnung auf Frieden hängt also von einer größeren Achtung vor den fundamentalen, unveränderlichen Prinzipien ab, die in der Natur des Menschen verankert sind. (PS/KNA)



DER MENSCH – HERZ DES FRIEDENS

Botschaft Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. zur Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 2007

1. Zu Beginn des neuen Jahres möchte ich den Regierenden und den Verantwortlichen der Nationen sowie allen Menschen guten Willens meinen Friedenswunsch übermitteln. Ich richte ihn besonders an alle, die sich in Schmerz und Leid befinden, die unter der Bedrohung durch Gewalt und bewaffnete Auseinandersetzungen leben oder deren Würde mit Füßen getreten wird und die auf ihre menschliche und gesellschaftliche Befreiung warten. Ich richte ihn an die Kinder, die mit ihrer Unschuld die Menschheit reicher an Güte und Hoffnung werden lassen und durch ihren Schmerz uns alle anregen, uns zu Wegbereitern der Gerechtigkeit und des Friedens zu machen. Gerade im Gedanken an die Kinder, besonders an diejenigen, deren Zukunft gefährdet ist durch die Ausbeutung und Schlechtigkeit skrupelloser Erwachsener, wollte ich, dass sich anlässlich des Weltfriedenstages die allgemeine Aufmerksamkeit auf das Thema »Der Mensch – Herz des Friedens« konzentrierte. Ich bin nämlich überzeugt, dass durch die Achtung der Person der Friede gefördert wird und dass mit der Herstellung des Friedens die Voraussetzungen geschaffen werden für einen authentischen »ganzheitlichen Humanismus«. Auf diese Weise wird eine unbeschwerte Zukunft für die folgenden Generationen vorbereitet.

Der Mensch und der Friede: Gabe und Aufgabe

2. Die Heilige Schrift sagt: »*Gott schuf den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie*« (Gen 1,27). Da er nach dem Bilde Gottes geschaffen ist, hat der Mensch die Würde, Person zu sein; er ist nicht bloß etwas, sondern jemand, der imstande ist, sich zu erkennen, über sich Herr zu sein, sich in Freiheit hinzugeben und in Gemeinschaft mit anderen Personen zu treten. Zugleich

ist er aus Gnade zu einem Bund mit seinem Schöpfer berufen, um diesem eine Antwort des Glaubens und der Liebe zu geben, die niemand anderer an seiner Stelle geben kann.¹ Aus dieser wunderbaren Perspektive versteht man die dem Menschen anvertraute Aufgabe, in der Liebefähigkeit selbst zu reifen und der Welt zum Fortschritt zu verhelfen, indem er sie in der Gerechtigkeit und im Frieden erneuert. In einer eindrucksvollen Synthese lehrt der hl. Augustinus: »*Gott, der uns ohne uns erschaffen hat, wollte uns nicht ohne uns erlösen.*«² Darum ist es eine Pflicht aller Menschen, das Bewusstsein des Doppelaspekts der Gabe und der Aufgabe zu pflegen.

3. Auch der Friede ist Gabe und Aufgabe zugleich. Wenn es wahr ist, dass der Friede zwischen den Einzelnen und den Völkern – die Fähigkeit, nebeneinander zu leben und Beziehungen der Gerechtigkeit und der Solidarität zu knüpfen – eine Verpflichtung darstellt, die keine Unterbrechung kennt, trifft es auch und sogar noch mehr zu, dass der Friede ein Geschenk Gottes ist. Der Friede ist nämlich ein Merkmal des göttlichen Handelns, das sowohl in der Erschaffung eines geordneten und harmonischen Universums zum Ausdruck kommt, als auch in der Erlösung der Menschheit, die es nötig hat, aus der Unordnung der Sünde zurück gewonnen zu werden. Schöpfung und Erlösung bieten also den Schlüssel zum Verständnis des Sinnes unseres Daseins auf der Erde. Mein verehrter Vorgänger Johannes Paul II. sagte in seiner Ansprache vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 5. Oktober 1995: »*Wir leben nicht in einer irrationalen, sinnlosen Welt [...], es gibt eine moralische Logik, die das menschliche Dasein erleuchtet und den Dialog zwischen den Menschen*

und den Völkern ermöglicht.«³ Die transzendente »Grammatik«, d.h. die Gesamtheit von Regeln des individuellen Handelns und des Sich-aufeinander-Beziehens der Menschen nach Gerechtigkeit und Solidarität ist in die Gewissen eingeschrieben, in denen sich der weise Plan Gottes widerspiegelt. Ich habe es erst kürzlich bekräftigt: »*Wir glauben, dass das ewige Wort, die Vernunft am Anfang steht und nicht die Unvernunft.*«⁴ Der Friede ist also auch eine Aufgabe, die jeden zu einer persönlichen, mit dem göttlichen Plan übereinstimmenden Antwort verpflichtet. Das Kriterium, nach dem sich diese Antwort ausrichten muss, kann nur die Achtung der von seinem Schöpfer ins Herz des Menschen eingeschriebenen »Grammatik« sein.

Aus dieser Sicht sind die Normen des natürlichen Rechtes nicht als Vorschriften zu betrachten, die von außen auferlegt werden, als stellten sie die menschliche Freiheit unter Zwang. Sie müssen im Gegenteil als eine Berufung angenommen werden, den universalen göttlichen Plan, der in die Natur des Menschen eingeschrieben ist, treu zu verwirklichen. Geleitet von diesen Normen, können die Völker – innerhalb der jeweiligen Kulturen – dem größten Geheimnis näher kommen, dem Mysterium Gottes. Die Anerkennung und die Achtung des natürlichen Rechtes bilden daher auch heute die große Basis für den Dialog zwischen den Gläubigen der verschiedenen Religionen und zwischen Gläubigen und Glaubenslosen. Das ist ein großer Konvergenzpunkt und somit eine fundamentale Voraussetzung für einen authentischen Frieden.

Das Recht auf Leben und Religionsfreiheit

4. Die Pflicht zur Achtung der Würde jedes Menschen, in dessen Wesen sich das Bild des Schöpfers widerspiegelt, beinhaltet consequen-

¹ vgl. Katechismus der Katholischen Kirche, 357.

² Sermo 169, 11, 13: PL 38, 923.

³ Nr. 3.

⁴ Homilie auf dem Islinger Feld in Regensburg (12. September 2006).

terweise, dass man über die menschliche Person nicht nach Belieben verfügen darf. Wer sich der größeren politischen, technologischen und ökonomischen Macht erfreut, darf sich ihrer nicht bedienen, um die Rechte der Anderen, weniger Erfolgreichen zu verletzen. Der Friede gründet sich nämlich auf die Berücksichtigung der Rechte aller. In diesem Bewusstsein macht sich die Kirche zur Verfechterin der Grundrechte jedes Menschen. Im Besonderen fordert sie die Achtung des Lebens und der Religionsfreiheit ein. Die Achtung des Rechtes auf Leben in jeder Lebensphase setzt einen Fixpunkt von entscheidender Bedeutung: Das Leben ist ein Geschenk, über das das Individuum kein vollständiges Verfügungsrecht besitzt. In gleicher Weise stellt die Behauptung des Rechtes auf Religionsfreiheit den Menschen in Beziehung zu einem transzendenten Prinzip, das ihn der menschlichen Willkür entzieht. Das Recht auf Leben und auf die freie Äußerung des eigenen Glaubens an Gott ist nicht der Macht des Menschen unterworfen. Der Friede bedarf der Festsetzung einer klaren Grenzlinie zwischen dem, was verfügbar, und dem, was nicht verfügbar ist: So werden unannehmbar Eingriffe in den Bestand jener Werte vermieden, die dem Menschen als solchem eigen sind.

5. Was das Recht auf Leben betrifft, so ist es geboten, die Marter anzuprangern, die ihm in unserer Gesellschaft zugefügt wird: Neben den Opfern der bewaffneten Konflikte, des Terrorismus und der verschiedenen Formen von Gewalt gibt es das lautlose Sterben durch Hunger, Abtreibung, Experimente an Embryonen und durch Euthanasie. Muss man nicht in alldem einen Angriff auf den Frieden sehen? Abtreibung und Experimente an Embryonen sind das direkte Gegenteil einer Grundhaltung der Annahme des Anderen, die zur Herstellung dauerhafter Friedensbeziehungen unentbehrlich ist. Ein weiteres besorgniserregendes Symptom für den Mangel an Frieden in der Welt stellen – in Bezug auf die freie Äußerung des eigen-

Der Friede gründet sich nämlich auf die Berücksichtigung der Rechte aller.

nen Glaubens – die Schwierigkeiten dar, denen sowohl die Christen als auch die Anhänger anderer Religionen häufig begegnen, wenn es sich darum handelt, die eigenen religiösen Überzeugungen öffentlich und frei zu bekennen. Speziell auf die Christen bezogen, muss ich schmerzlich feststellen, dass sie manchmal nicht nur behindert werden; in einigen Staaten werden sie sogar verfolgt, und selbst in jüngster Zeit mussten tragische Fälle grausamer Gewalt verzeichnet werden. Es gibt Regime, die allen eine Einheitsreligion aufzwingen, während religiös indifferente Regierungen nicht eine gewaltsame Verfolgung schüren, wohl aber eine systematische kulturelle Verhöhnung religiöser Überzeugungen begünstigen. In jedem Fall wird ein menschliches Grundrecht missachtet, was schwere Auswirkungen auf das friedliche Zusammenleben nach sich zieht. Das fördert unweigerlich eine Mentalität und eine Kultur, die dem Frieden abträglich sind.

Die naturgegebene Gleichheit aller Menschen

6. An der Wurzel nicht weniger Spannungen, die den Frieden bedrohen, liegen sicherlich die vielen ungerechten Ungleichheiten, die tragischerweise noch in der Welt vorhanden sind. Besonders bedrohlich sind darunter einerseits die Unterschiede in der Möglichkeit, die wesentlichen Güter wie Nahrung, Wasser, ein Zuhause und die Gesundheit zu erlangen, und andererseits die fortdauernde Ungleichheit von Mann und Frau in der Ausübung der fundamentalen Menschenrechte.

Ein Element von größter Wichtigkeit für die Herstellung des Friedens ist die Anerkennung der wesentlichen Gleichheit unter den Menschen, die aus ihrer gemeinsamen transzendenten Würde hervorgeht. Die

Gleichheit auf dieser Ebene ist also ein zu jener natürlichen »Grammatik« gehörendes Gut

aller, das aus dem göttlichen Schöpfungsplan ableitbar ist – ein Gut, das nicht missachtet oder gering geschätzt werden kann, ohne schwerwiegende Auswirkungen zu verursachen, die den Frieden gefährden. Die äußerst schwere Not, unter der viele Völker vor allem des afrikanischen Kontinents leiden, ist der Ursprung gewaltsamer Einforderungen der Ansprüche und stellt deshalb eine schreckliche Verletzung des Friedens dar.

7. Auch die unzureichende Beachtung der Lage der Frau bringt in das soziale Gleichgewicht Faktoren der Unbeständigkeit hinein. Ich denke an die Ausbeutung von Frauen, die wie Objekte behandelt werden, und an die vielen Formen mangelnder Achtung vor ihrer Würde; ich denke auch – in anderem Zusammenhang – an die in einigen Kulturen fortdauernden anthropologischen Vorstellungen, die der Frau eine Stellung zuweisen, die sie in starkem Maße der Willkür des Mannes unterwirft, mit Konsequenzen, die die Würde ihrer Person verletzen und die Inanspruchnahme ihrer grundlegenden Freiheiten beschneiden. Man darf sich nicht der Illusion hingeben, dass der Friede gesichert sei, solange nicht auch diese Formen der Diskriminierung überwunden sind, welche die jedem Menschen vom Schöpfer verliehene persönliche Würde verletzen.⁵

Die »Ökologie des Friedens«

8. Johannes Paul II. schreibt in der Enzyklika *Centesimus annus*: »Nicht allein die Erde ist dem Menschen von Gott gegeben worden, damit er unter Beachtung ihrer ursprünglichen Zielsetzung zum Guten von ihr Gebrauch machen soll, sondern der Mensch selbst ist sich von Gott geschenkt worden und muss darum die natürliche und moralische Struktur, mit der er ausgestattet wur-

Das Recht auf Leben und auf die freie Äußerung des eigenen Glaubens an Gott ist nicht der Macht des Menschen unterworfen. Der Friede bedarf der Festsetzung einer klaren Grenzlinie zwischen dem, was verfügbar, und dem, was nicht verfügbar ist.

⁵ Vgl. Kongregation für die Glaubenslehre: Schreiben an die Bischöfe der Katholischen Kirche über die Zusammenarbeit von Männern und Frauen in der Kirche und in der Welt, 31. Mai 2004, Nr. 15–16.

de, respektieren.«⁶ Wenn der Mensch sich dieser, ihm vom Schöpfer anvertrauten Aufgabe entsprechend verhält, kann er gemeinsam mit seinen Mitmenschen eine Welt des Friedens erstehen lassen. Neben der Ökologie der Natur gibt es also auch eine – wie man es ausdrücken könnte – »Humanökologie«, die ihrerseits eine »Sozialökologie« erfordert. Und das bedeutet, dass sich die Menschheit, wenn ihr der Frieden am Herzen liegt, die bestehenden Verbindungen zwischen der Natur-Ökologie – also der Rücksicht auf die Natur – und der auf den Menschen bezogenen Ökologie immer mehr vor Augen halten muss. Die Erfahrung zeigt, dass jede Rücksichtslosigkeit gegenüber der Umwelt dem menschlichen Zusammenleben Schaden zufügt und umgekehrt. Immer deutlicher tritt der untrennbare Zusammenhang zwischen dem Frieden mit der Schöpfung und dem Frieden unter den Menschen in Erscheinung. Der eine wie der andere setzt den Frieden mit Gott voraus. Das als »Sonngesang« bekannte poetische Gebet des heiligen Franziskus ist ein wunderbares, stets aktuelles Beispiel für diese mannigfaltige Ökologie des Friedens.

9. Wie eng dieser Zusammenhang zwischen der einen und der anderen Ökologie ist, können wir anhand des täglich wachsenden Problems der Energieversorgung verstehen. In diesen Jahren sind neue Nationen mit Elan in die industrielle Produktion eingestiegen und haben dadurch den Energiebedarf erhöht. Das verursacht einen Wettlauf zu den verfügbaren Ressourcen, der mit früheren Situationen nicht zu vergleichen ist. Gleichzeitig lebt man in einigen Teilen der Erde noch in Verhältnissen eines großen Rückstandes, in denen die Entwicklung – auch aufgrund der Erhöhung des Energiepreises praktisch verhindert wird. Was soll aus diesen Völkern werden? Welche Art der Entwicklung oder Nicht-Entwicklung wird ihnen durch die Energieknappheit aufgezwungen werden? Welche Ungerechtigkeiten und Antagonismen wird der Wettlauf zu den Energiequellen auslösen? Und wie werden diejenigen reagieren, die von diesem

Ein Krieg im Namen Gottes ist niemals gutzuheißen!

Wettlauf ausgeschlossen bleiben? Das sind Fragen, die deutlich werden lassen, wie eng die Rücksicht auf die Natur mit der Notwendigkeit verbunden ist, zwischen den Menschen und den Nationen Beziehungen zu knüpfen, die auf die Würde der Person achten und fähig sind, ihre wirklichen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Zerstörung der Umwelt, ein unangemessener und egoistischer Umgang mit ihr und der gewaltsame Aufkauf ihrer Ressourcen erzeugen Verletzungen, Konflikte und Kriege, eben weil sie die Frucht eines unmenschlichen Entwicklungs-Konzepts sind. Eine Entwicklung, die sich nur auf den technisch-wirtschaftlichen Aspekt beschränken würde und die ethisch-religiöse Dimension vernachlässigte, wäre nämlich keine ganzheitliche menschliche Entwicklung und würde schließlich wegen ihrer Einseitigkeit die zerstörerischen Fähigkeiten des Menschen antreiben.

Verkürzte Menschenbilder

10. Darum eilt es – wenn auch im Rahmen der aktuellen Schwierigkeiten und internationalen Spannungen –, sich darum zu bemühen, eine Humanökologie ins Leben zu rufen, die dem »Baum des Friedens« zum Wachstum verhilft. Um eine solche Unternehmung anzugehen, ist es notwendig, sich von einem Menschenbild leiten zu lassen, das nicht durch ideologische und kulturelle Vorurteile oder durch politische und wirtschaftliche Interessen verdorben ist, die zu Hass und Gewalt verführen. Es ist verständlich, dass das Menschenbild in den verschiedenen Kulturen unterschiedlich ist. Unannehmbar ist dagegen, wenn anthropologische Vorstellungen gehegt werden, die in sich selbst den Keim des Kontrastes und der Gewalt tragen. Ebenso inakzeptabel sind Gottesvorstellungen, die Unduldsamkeit gegenüber den

Inakzeptabel sind Gottesvorstellungen, die Unduldsamkeit gegenüber den Mitmenschen erregen und zur Anwendung von Gewalt ihnen gegenüber anspornen.

Mitmenschen erregen und zur Anwendung von Gewalt ihnen gegenüber anspornen. Das ist ein Punkt, der in aller Klarheit bekräftigt werden muss: **Ein Krieg im Namen Gottes ist niemals gutzuheißen!** Wenn eine gewisse Auffassung von Gott den Ursprung verbrecherischer Handlungen bildet, ist das ein Zeichen dafür, dass diese Auffassung sich bereits in eine Ideologie verwandelt hat.

11. Heute ist jedoch der Friede nicht nur in Frage gestellt durch den Konflikt zwischen den verschiedenen verkürzten Menschenbildern, bzw. zwischen den Ideologien. Er ist es auch durch die Gleichgültigkeit gegenüber dem, was die wahre Natur des Menschen ausmacht. Viele Zeitgenossen leugnen nämlich die Existenz einer spezifischen menschlichen Natur und ermöglichen so die verschrobensten Interpretationen dessen, was wesentlich zum Menschen gehört. Auch hier bedarf es der Klarheit: eine »schwache« Sicht des Menschen, die jeder auch exzentrischen Vorstellung Raum gibt, begünstigt nur augenscheinlich den Frieden. In Wirklichkeit behindert sie den echten Dialog und öffnet dem Dazwischentreten autoritärer Zwänge den Weg. So lässt sie schließlich den Menschen selbst schutzlos dastehen, und er wird zur einfachen Beute von Unterdrückung und Gewalt.

Menschenrechte und internationale Organisationen

12. Ein echter und haltbarer Friede setzt die Achtung der Menschenrechte voraus. Wenn diese Rechte sich jedoch auf ein schwaches Menschenbild gründen, wie sollten dann nicht auch sie selber geschwächt sein? Hier wird das tiefe Ungenügen einer relativistischen Auffassung vom Menschen offenbar, wenn es sich darum handelt, seine Ansprüche zu rechtfertigen und seine Rechte zu verteidigen. Die Aporie ist in diesem Fall offenkundig: Die Rechte werden als absolut hingestellt, aber das Fundament, das man für sie anführt, ist nur relativ. Ist es dann verwunderlich, wenn angesichts der »unbequemen« Forderungen des einen oder anderen Rechtes jemand aufsteht, um es anzufechten oder sei-

ne Marginalisierung zu beschließen? Nur wenn sie in objektiven Ansprüchen der dem Menschen von Gott gegebenen Natur verwurzelt sind, können die ihm zuerkannten Rechte durchgesetzt werden, ohne dass ihre Widerrufung zu befürchten ist. Im Übrigen ist es offensichtlich, dass die Rechte des Menschen für ihn auch Pflichten beinhalten. Mahatma Gandhi hat seine Meinung dazu in den schönen Worten zum Ausdruck gebracht: »Der Ganges der Rechte fließt vom Himalaja der Pflichten herab.« Nur wenn über diese Grundvoraussetzung Klarheit geschaffen wird, können die Menschenrechte, die heute ständigen Angriffen ausgesetzt sind, in angemessener Weise verteidigt werden. Ohne eine solche Klarheit verwendet man schließlich denselben Ausdruck – eben den Begriff »Menschenrechte« – und verbindet damit sehr unterschiedliche Vorstellungen von seinem Subjekt: Für einige ist es die menschliche Person, die durch eine ständige Würde und durch Rechte ausgezeichnet ist, die stets, überall und jedem gegenüber gültig sind; für andere ist es der Mensch mit veränderlicher Würde und mit Rechten, die immer neu ausgehandelt werden können: in ihren Inhalten, ihrer zeitlichen Dauer und ihrem Geltungsbereich.

13. Auf den Schutz der Menschenrechte beziehen sich beständig die internationalen Organe und besonders die Organisation der Vereinten Nationen, die sich mit der Allgemeinen Erklärung von 1948 die Förderung dieser Rechte als fundamentale Aufgabe vorgenommen hat. Diese Erklärung wird wie eine Art von der gesamten Menschheit übernommene moralische Verpflichtung angesehen. Darin liegt eine tiefe Wahrheit, vor allem, wenn als das Fundament der in der Erklärung beschriebenen Rechte nicht nur einfach der Beschluss der Versammlung angesehen wird, die sie approbiert hat, sondern die Natur des Menschen selbst und seine unveräußerliche Würde als einer von Gott erschaffenen Person. Darum ist es wichtig, dass die internationalen Organe das natürliche

Fundament der Menschenrechte nicht aus den Augen verlieren. Das bewahrt sie vor der leider immer latent vorhandenen Gefahr, in eine nur positivistische Interpretation dieser Rechte abzugleiten. Sollte dies geschehen, würde sich herausstellen, dass die internationalen Organe nicht über das nötige Ansehen verfügen, um ihre Rolle als Verteidiger der Grundrechte der Person und der Völker zu entfalten – eine Aufgabe, in der aber die grundsätzliche Rechtfertigung ihres Daseins und ihres Handelns besteht.

Humanitäres Völkerrecht und innerstaatliches Recht

14. Ausgehend von dem Bewusstsein, dass es unveräußerliche Menschenrechte gibt, die mit der gemeinsamen Natur der Menschen zusammenhängen, ist ein humanitäres Völkerrecht ausgearbeitet worden, zu dessen Beachtung die Staaten auch im Kriegsfall verpflichtet sind. Das

Wenn es zu einem Krieg kommt, müssen zumindest die wesentlichen Prinzipien der Menschlichkeit und die grundlegenden Werte jeglichen zivilen Zusammenlebens gewahrt werden durch die Aufstellung von Verhaltensnormen, die die Schäden so weit wie möglich begrenzen und darauf ausgerichtet sind, die Leiden der Zivilbevölkerung und aller Opfer der Konflikte zu erleichtern.

ist leider – abgesehen von der Vergangenheit – in einigen Situationen kriegerischer Auseinandersetzungen in jüngster Zeit nicht entsprechend zur Anwendung gekommen. So ist es z.B. in dem Konflikt geschehen, dessen Schauplatz vor einigen Monaten der Süd-Libanon war, wo die Pflicht, unschuldige Opfer zu schützen und ihnen zu helfen und die Zivilbevölkerung nicht einzubeziehen, zum großen Teil nicht beachtet wurde. Das schmerzliche Schicksal des Libanon und die neue Beschaffenheit der Konflikte, besonders seit die terroristische Bedrohung ungekannte Formen der Gewalt in Gang gesetzt hat, erfordern, dass die internationale Gemeinschaft das humanitäre Völkerrecht bekräftigt und es auf alle heutigen Situationen bewaffneter Konflikte – einschließlich der vom geltenden Völkerrecht nicht vorausgesehenen – bezieht. Außerdem verlangt das Übel des Terrorismus ein vertieftes Nachdenken

über die ethischen Grenzen, die den Einsatz heutiger Mittel zum Schutz der nationalen Sicherheit betreffen. Immer häufiger werden nämlich die Kriege nicht erklärt, vor allem, wenn terroristische Gruppen sie auslösen, die entschieden sind, ihre Ziele mit jedwedem Mittel zu erreichen. Angesichts der erschütternden Szenarien dieser letzten Jahre können die Staaten unmöglich die Notwendigkeit verkennen, sich klarere Regeln zu geben, die fähig sind, dem dramatischen Abdriften, das wir erleben, wirksam entgegenzutreten. Der Krieg stellt immer einen Misserfolg für die internationale Gemeinschaft dar und einen schweren Verlust an Menschlichkeit. Wenn es trotz allem dazu kommt, müssen zumindest die wesentlichen Prinzipien der Menschlichkeit und die grundlegenden Werte jeglichen zivilen Zusammenlebens gewahrt werden durch die Aufstellung von Verhaltensnormen, die die Schäden so weit wie möglich begrenzen und darauf ausgerichtet sind, die Leiden der Zivilbevölkerung und aller Opfer der Konflikte zu erleichtern.⁷

15. Ein anderes Element, das große Beunruhigung hervorruft, ist der jüngst von einigen Staaten geäußerte Wille, sich mit Nuklearwaffen auszurüsten. Dadurch hat sich das verbreitete Klima der Unsicherheit und der Angst vor einer möglichen atomaren Katastrophe weiter verschärft. Das wirft die Menschen zurück in die zermürbenden Ängste der Epoche des sogenannten »Kalten Kriegs«. Danach hoffte man, die atomare Gefahr sei definitiv gebannt und die Menschheit könne endlich einen dauerhaften Seufzer der Erleichterung tun. Wie aktuell erscheint in diesem Zusammenhang die Mahnung des Zweiten Vatikanischen Konzils: »Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiterer Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und

⁷ Diesbezüglich hat der Katechismus der Katholischen Kirche sehr ernste und genaue Kriterien vorgelegt: vgl. Nr. 2307–2317.

entschieden zu verwerfen ist.«⁸ Leider verdichten sich weiterhin bedrohliche Schatten am Horizont der Menschheit. Der Weg, um eine Zukunft des Friedens für alle zu sichern, besteht nicht nur in internationalen Übereinkünften über die Nicht-Verbreitung von Nuklearwaffen, sondern auch in dem Bemühen, mit Entschiedenheit ihre Verminderung und ihren endgültigen Abbau zu verfolgen. Man lasse nichts unversucht, um auf dem Verhandlungsweg diese Ziele zu erreichen! Das Schicksal der gesamten Menschheitsfamilie steht auf dem Spiel!

Die Kirche zum Schutz der Transzendenz der menschlichen Person

16. Schließlich möchte ich einen dringenden Aufruf an das Volk Gottes richten, dass jeder Christ sich verpflichtet fühlen möge, unermüdlicher Friedensstifter und mutiger Verteidiger der Würde des Menschen

8 Pastoralkonstitution Gaudium et spes, 80.

und seiner unveräußerlichen Rechte zu sein. Dankbar gegenüber dem Herrn, dass er ihn berufen hat, zu seiner Kirche zu gehören, die in der Welt »Zeichen und Schutz der Transzendenz der menschlichen Person«⁹ ist, soll der Christ nie müde werden, das grundlegende Gut des Friedens von ihm zu erbitten, das im Leben jedes Einzelnen von solcher Bedeutung ist. Außerdem wird er stolz darauf sein, mit großherziger Hingabe der Sache des Friedens zu dienen, indem er den Mitmenschen entgegenkommt, besonders denen, die nicht allein unter Armut und Elend leiden, sondern dazu auch dieses kostbare Gut entbehren müssen. Jesus hat uns offenbart, dass »Gott Liebe ist« (vgl. Joh 4,8) und dass die größte Berufung jedes Menschen die Liebe ist. In Christus können wir die höchsten Gründe finden, uns zu beharrlichen Verfechtern der Menschenwürde und zu mutigen Erbauern des Friedens zu machen.

9 ebd., 76.

17. Möge also der Beitrag jedes Gläubigen zur Förderung eines echten »ganzheitlichen Humanismus« nach den Lehren der Enzykliken *Populorum progressio* und *Sollicitudo rei socialis*, deren 40. und 20. Jahrestag wir gerade in diesem Jahr feiern werden, nicht nachlassen. Zu Beginn des Jahres 2007, auf das wir – wenn auch unter Gefahren und Problemen – mit hoffnungsvollem Herzen blicken, vertraue ich der Königin des Friedens und Mutter Jesu Christi, »unseres Friedens« (vgl. Eph 2,14), mein inständiges Gebet für die gesamte Menschheit an. Möge Maria uns in ihrem Sohn den Weg des Friedens zeigen und unsere Augen erleuchten, damit wir sein Angesicht im Gesicht jedes Menschen erkennen – im Menschen als dem Herz des Friedens!

Aus dem Vatikan, am 08.12.2006.

© LIBRERIA EDITRICE VATICANA

– VATICANSTADT

Internationaler Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln

Unter dem Leitwort »Die menschliche Person – Herzmitte des Friedens« feierte Joachim Kardinal Meisner am 11. Januar 2007 mit Soldaten verschiedener Länder (1) und Angehörigen der Bundespolizei den 40. Internationalen Soldatengottesdienst aus Anlass des Weltfriedenstages. Unter den Teilnehmern befanden sich Bundesminister der Verteidigung Dr. Franz Josef Jung (3), der Generalinspekteur der Bundeswehr General Wolfgang Schneiderhan, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe (3), der Kölner Oberbürgermeister Fritz Schramma und andere hochrangige Repräsentanten aus Bundeswehr und Politik.

Trotz eisiger Kälte war der Hohe Dom zu KÖLN mit über 1.500 Gottesdienstteilnehmern gut besucht. Als Zeichen der internationalen Beteiligung wurden die Lesungen zweisprachig, die Fürbitten in den verschie-

denen Sprachen der anwesenden Nationen (Ungarn, Großbritannien, USA, Spanien, Frankreich, Korea) vorgetragen (2). In der Predigt führte Kardinal Meisner (Bild 4 mit Militärgeneralvikar Walter Wakenhut und

dem Leitenden Katholischen Militärdékan Köln-Wahn Rainer Schnettker) aus, dass der Weg zum Frieden nur über die Herzen der Menschen zu gewinnen sei. Die große Gefahr habe schon der heilige Augustinus in einem »in sich selbst verkürzten Herz« (cor incurvatum in se) gesehen. Das Herz könne sowohl die berühmte Mördergrube, aber auch eine Goldgrube sein.

Der Mensch sei als Ebenbild Gottes erschaffen. Das begründe seine unantastbare Würde und befähige ihn, Gott anzubeten. Doch drängten sich, so der Kardinal, in unserer Welt moderne Götter wie Erfolg, Image,



soziale Würde, politischer Einfluss in den Mittelpunkt und die Anbetung Gottes werde in den Hintergrund gedrückt. Diese allein aber könne den Menschen vor einer Diktatur der Zwecke und Zwänge schützen. »Es gibt die Würde des Rechts über alle Zwecke, es gibt den unantastbaren Wert des irdisch Wertlosen, z.B. den Wert des ungeborenen Kindes, den Wert des unheilbaren Kranken«, sagte der Prediger und er forderte die Soldaten auf: »Seid Spezialisten in Sachen Menschenwürde! Das ist das Ziel aller Friedensbemühungen, denn es geht nicht so sehr um die Umstände, sondern in erster Linie um die Menschen«.

GKS-Vorsitzender fordert »Einmischen«

Beim anschließenden Empfang im Maternushaus betonte der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Paul Brochhagen (5), dass es wohl gut sei, wenn wir gemeinsam für den Frieden beteten und auf die Gnade Gottes hofften. Aber Hoffen

allein genüge nicht, wir müssten als Christen auch erkennbar unseren Dienst tun. Wir müssten an der politischen Debatte teilnehmen, wie es sich für einen mündigen Bürger in Uniform gehöre. So wie der Minister im Vorwort zum Weißbuch die Debatte angemahnt hat. Wenn die Soldaten wegen der notwendigen Priorisierung der Einsätze und vor lauter Transformation keine Zeit mehr hätten, sich mit den existenziellen Fragen ihres Berufes zu beschäftigen, dann sei es mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform schlecht bestellt, meinte Brochhagen. Er versprach, die GKS werde ihren Beitrag zur friedens- und berufsethischen Diskussion leisten und sich mit der notwendigen Zivilcourage auch einmischen. Zum Abschluss zitierte er in Kölscher Mundart einen deftigen Ausspruch der Kölner Rockband BAP »Arsch huh, Zäng ussenander« und forderte die Gäste auf, beim anschließenden Kölsch sich dieses Zitat übersetzen zu lassen. (BB)



Die Feier des Weltfriedenstages 2007 in der Kirche unter Soldaten — Terminübersicht —

Januar	11.01.2007	Internationaler Soldatengottesdienst in Köln mit Joachim Kardinal Meisner
	25.01.2007	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in Würzburg mit Bischof Dr. Friedhelm Hofmann
	25.01.2007	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in Wilhelmshaven mit Weihbischof Heinrich Timmerevers
Februar	01.02.2007 09:30 Uhr	23. Friedensgottesdienst mit Bischof Norbert Trelle um 9.30 Uhr im Dom zu Hildesheim
	13.02.2007 10:00 Uhr	Pontifikalamt in Dresden mit Bischof Joachim Reinelt in der Garnisonskirche St. Martin (Der 13 Februar ist auch der Jahrestag der Bombennacht 1945)
März	15.03.2007	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in Schwerin mit Weihbischof Norbert Werbs
	29.03.2007	Internationaler Soldatengottesdienst mit Bischof Dr. Reinhard Lettmann im Hohen Dom zu Münster
April	26.04.2007	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag mit Georg Kardinal Sterzinsky in der Berliner Hedwigskathedrale
	26.04.2007	Internationaler Soldatentag mit Festgottesdienst im Hohen Dom zu Trier (traditionsgemäß während der Heilig-Rock-Tage in Trier)
Mai	08.05.2007	Friedensgottesdienst mit Bischof Dr. Joachim Wanke in Hüpstedt für die Standorte Mühlhausen, Bad Frankenhausen und Sondershausen (Bereich Erfurt)
Oktober		Feier des GKS-Kreises Bonn zum Weltfriedenstag 2007

Über die durchgeführten Feiern des Weltfriedenstages wird im »kompass« und im Internet auf der Website des Katholischen Militärbischofsamtes »www.kmba.de« oder »www.militaerseeelsorge.bundeswehr.de/portal/a/kmba« berichtet.

Koptisches Kreuz



1. Einleitung

Wer nach Ägypten reist, möchte vor allem die Fülle grandioser Zeugnisse aus pharaonischer Zeit besuchen. Da bleibt für andere Sehenswürdigkeiten keine Zeit. Dabei ist Ägypten die zweite Wiege der Christenheit und kann auf eine zweitausendjährige christliche Tradition zurückblicken, die bis heute lebendig geblieben ist. Die Bindung des Christentums an das Land am Nil beginnt im Neuen Testament mit der Flucht der Heiligen Familie nach Ägypten. Im Matthäusevangelium (2,14–15) heißt es:

»Da stand Josef in der Nacht auf und floh mit dem Kind und dessen Mutter nach Ägypten. Dort blieb er

Das christliche Erbe Ägyptens

Teil 1: Die koptisch-orthodoxe Kirche

VON DIETER KILIAN

bis zum Tod des Herodes. Denn es sollte sich erfüllen, was der Herr durch den Propheten gesagt hat: Aus Ägypten habe ich meinen Sohn gerufen.«

Die vielschichtigen Beziehungen zwischen den Religionsgemeinschaften eines Landes im Rahmen einer kurzen Darstellung zu beschreiben, kann nicht mehr sein als eine subjektive, zeitlich und örtlich begrenzte Aufnahme. Fährt man offenen Auges durch die Millionenstadt, fallen die vielen Kirchen auf, deren Türme stolz das Kreuz – oft direkt neben dem Halbmond eines Minarets – zum Himmel erheben. Allein im engeren Stadtgebiet von Kairo zählt man über 80, nimmt man die Vorstädte wie Heliopolis und Gizeh hinzu, steigt ihre Zahl auf über 130, vor allem koptischer Gotteshäuser, aber auch anderer christlicher Glaubensrichtungen. Sie führen keineswegs ein Dasein im Verborgenen. Die meist ockerfarbenen Gebäude stehen an viel befahrenen Straßen und Kreisverkehren. Zwar sind die Grundstücke oft von hohen Mauern umgeben, doch dies ist auch

bei Moscheen der Fall. Heute wird das vielschichtige, wechselvolle christliche Erbe – zumindest optisch – durch die Polizei geschützt; selbst das Fotografieren von Kirchen ist grotesker Weise untersagt. Neben der Beruhigung der Touristen ist solcher Aktivismus aber auch Ausdruck des nicht spannungsfreien Verhältnisses der Religionen. Am Himmel stehen Kreuz und Halbmond einträchtig nebeneinander, doch in der Realität am Boden ist dies nicht der Fall. Nirgendwo auf der Welt, auch nicht in Ägypten, leben die Menschen verschiedener Glaubensrichtungen in völliger Harmonie. Nur wenige Kirchen verdienen das Prädikat »alt« – auch dies ist ein Zeichen des oft schweren Existenzkampfes einer religiösen Minderheit. Die Bevölkerungszahl Ägyptens schwankt. Lag sie im Jahre 2004 noch bei etwa 76 Millionen, so dürfte sie sich 2007 der 80 Millionen-Grenze nähern. Die Kopten¹ stellen davon etwa 7 bis 8 %, d. h. zwischen 6 und 9 Millionen; die meisten gehören der koptisch-orthodoxen Kirche an.²

2. Die ägyptische Verfassung und die Religion

Artikel 2 der ägyptischen Verfassung³ von 1971 bestimmt, dass der Islam Staatsreligion ist. Gleichwohl ist »Soziale Solidarität« gem. Art. 7 die Grundlage der ägypt-

1 Das Wort »Kopte« ist vom griechischen Wort für Ägypter – »Aigypptos« – abgeleitet.

2 Nach einer Aufstellung des Italienischen Sekretariats des kirchlichen Hilfswerkes »Kirche in Not« wurden für das Jahr 1998 folgende Zahlen genannt: koptisch-orthodoxe Christen 3,7 Mio. und 216.506 Katholiken; zudem gibt es eine kleine koptisch-protestantische Gemeinde. Die kopt.-orthodoxe Kirche beziffert ihren Anteil mit 12 % bis 20 % und gibt die Zahl ihrer Gläubigen mit mehr als 10 Millionen zuzüglich mehr als einer Million im Ausland an.

3 Durch Volksentscheid vom 22. Mai 1980 geändert.

Kirche und Moschee – Kreuz und Halbmond vereint am Himmel



tischen Gesellschaft und nicht etwa die Religion. Überdies garantieren die Art. 40 und 46 allen Bürgern Religionsfreiheit, deren freie Ausübung und ihre Gleichheit vor dem Gesetz.⁴ So ist selbst das Amt des Staatpräsidenten nach Art. 75 der Verfassung nicht an eine bestimmte Religion gebunden; damit könnte – allerdings nur in der Theorie – auch ein Nicht-Muslim an die Staatsspitze treten: Das Mindestalter und die Amtsdauer des Präsidenten sind nach gregorianischen Jahren und nicht etwa nach den Mondjahren des islamischen Kalenders festgelegt. Doch diese neutralen Auflagen der Verfassung stoßen sich im Alltag mit der Tatsache, dass etwa 90 % der Ägypter Muslime sind, und diese das tägliche Leben, d.h. die Verfassungswirklichkeit, bestimmen. Gleichwohl ist die koptische Kirche weder eine Kirche des Schweigens – wie vormals jene im Ostblock – noch eine im Untergrund. Die Kopten verstecken ihre Religion nicht. Im Gegenteil: In zahlreichen kleinen Läden und Geschäften hängen Heiligenbilder an den Wänden, in manchen Pkw baumelt ein Rosenkranz am Rückspiegel und beim koptischen Metzger, der – das Muslimen verbotene – Schweinefleisch verkauft, steht eine Madonna auf dem Tresen. Es sind Zeichen des Glaubens. Jedoch sind die Kopten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – trotz ihres hohen Bildungs-, Wirtschafts- und Finanzpotenzials vom politischen Leben, von hohen Ämtern in Regierung, Polizei und Armee, sowie bedeutenden akademischen Positionen weitgehend ausgeschlossen. Dies hat in den letzten Jahrzehnten viele hochqualifizierte Kopten bewogen, das Land zu verlassen.

Zu den Ausnahmen zählen u.a. die beiden Politiker Boutros Boutros-Ghali (* 1922) und Dr. Youssef Boutros-Ghali (* 1952). Ersterer wurde 1977 unter Sadat⁵ Staatsmini-



Heiligenbilder beim koptischen Gemüsehändler

ster im Außenministerium und 1991 stellvertretender Außenminister. Von 1992 bis 1996 war er Generalsekretär der UNO. Sein Neffe, Dr. Youssef Boutros-Ghali, ist – nach mehreren hohen Ämtern – seit 1997 Mitglied im ägyptischen Kabinett.⁶ Im Jahre 2006 wurde der Kopte Tamer Remon Iskandar als Richter an den Obersten Gerichtshof berufen.

Bedingt durch die Auswanderung entstanden in den letzten Jahrzehnten in Australien, Europa und Nordamerika zahlreiche koptisch-orthodoxe Exil-Gemeinden. Bereits 1980 wurde

in Waldsolms-Kröffelsbach im Taunus das erste koptische Kloster in Europa eingeweiht.⁷

Im Verhältnis zur muslimischen Mehrheit und der Tatsache, dass der Islam in Ägypten seit 1980 Staatsreligion ist, heißt die Devise der koptischen Kirche: *»Wir verstecken uns nicht, fordern aber die muslimische Mehrheit auch nicht heraus«*. In den ersten Jahren seiner Amtszeit erhob Papst Shenouda III. wiederholt seine Stimme, wenn Christen in Not gerieten. Im Juni 1981 wüteten fanatische Islamisten in Zawya-el-Hamra, einem Stadtviertel von Kairo, wo Christen und Muslime seit langem beisammen wohnten, zwei Tage lang ungehindert, bevor die Polizei einschritt; etwa 20 Menschen kamen ums Leben. Shenouda forderte Aufklärung. Doch Präsident Sadat erklärte ihn für abgesetzt und stellte ihn – ebenso wie den obersten Führer der Muslimbruderschaft

tekten des Abkommens von Camp David, das zur Aussöhnung zwischen Ägypten und Israel führte. Sein Großvater (1846-1910), ein vormaliger ägyptischer Ministerpräsident, hatte die Kirche St. Boutros in Kairo-Abbasiya erbauen lassen, in der er später beigesetzt wurde.

6 Von 1981 bis 1986 arbeitete er im Internationalen Währungsfond (IMF) und von 1986 bis 1993 als Wirtschaftsberater von Präsident Mubarak. Von 1997 bis 1999 war er Wirtschaftsminister im ägyptischen Kabinett, danach bis Ende 2004 Minister für Außenhandel. 2004 übernahm er das Finanzressort.

7 In Deutschland leben ca. 6.000 Kopten in acht Gemeinden (Hamburg, Hannover, Berlin, Bitburg, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München).

4 So wurde 2004 in einer Reihe von Fällen durch ägyptische Gerichte – unter Berufung auf die Verfassung – der Rückkehr zum christlichen Glauben nach vorherigem Übertritt zum Islam stattgegeben und damit gegen Shari'a-Recht entschieden.

5 Er nahm 1977 als Staatsminister im ägyptischen Außenministerium an der historischen Reise Sadats nach Jerusalem teil und gilt auch einer der Archi-

– unter Hausarrest. 1985 hob Sadats Nachfolger Hosni Mubarak den Arrest auf. Seitdem meidet Shenouda nicht nur öffentliche Kritik, sondern stellt sich bisweilen auch auf die Seite der Muslime. Dies ist nicht unumstritten. Vor allem jüngere Kopten werfen ihrem religiösen Oberhaupt vor, mit solchem Taktieren die Lage der Kopten zu schwächen. Statt selbstbewusst die in der Verfassung verbrieften Rechte einzufordern, beuge er sich dem Druck radikaler Muslime. Jedoch wird Shenoudas Konzept von der Mehrheit der Gläubigen getragen, und damit haben sich die Christen – trotz einer Vielzahl von gewalttätigen Übergriffen vor allem in ländlichen Gebieten – behauptet. Geholfen haben ihr darüber hinaus auch der innere Zusammenhalt, ihre wirtschaftliche und bildungsmäßige Stärke, sowie ihr soziales Engagement. Die überwiegende Mehrheit der Muslime lebt in Eintracht mit den christlichen Nachbarn. Doch soziale Kontakte untereinander gibt es kaum. Zudem werden solche durch das Familienrecht – beider Seiten übrigens – erschwert. Muslimischen Frauen z.B. ist die Ehe mit einem Christen untersagt; daher muss er zum Islam konvertieren. Die koptische Kirche ihrerseits exkommuniziert Koptinnen, die muslimische Männer heiraten, und koptischen Männern ist es per Kirchenrecht verboten, eine Muslimin zu heiraten. Selbst nicht-koptische Christen, die einen Kopten heiraten möchten, müssen zum koptischen Ritus wechseln. Das Zusammenleben ist daher eher als desinteressiertes Nebeneinander, gepaart mit Misstrauen zu beschreiben, nur sehr selten aber mit Feindseligkeit. Wenn solche entsteht, dann nicht aus religiösen, sondern aus wirtschaftlichen Motiven. In der Mega-Stadt am Nil bemüht sich jeder, über die vielfältigen Hürden des Alltags zu kommen. Da bleiben für religiöse Dispute weder Zeit noch Kraft. Die Kopten haben durch ein hervorragendes Bildungssystem Wohlstand geschaffen und stellen heute das Bildungsbürgertum. Obwohl sie nur einen geringen Prozentsatz der ägyptischen Bevölkerung ausmachen, liegt ihr Anteil bei akademischen Berufen bei etwa 25 % und bei Führungspositionen in Wirtschaft und in Finanz-

wesen noch darüber.⁸ Das weckt oft Neid, der in Aggression mündet. Und so nutzen militante Islamisten Angriffe auf koptische Einrichtungen auch, um die Regierung zu treffen, wissen sie doch, dass jeder Anschlag die sensible Pflanze des für Ägypten lebenswichtigen Tourismus zumindest geraume Zeit an den Rand des Verdorrens und damit die Herrschenden in Bedrängnis bringen kann. Als Präsident Mubarak Anfang April 2001 – kurze Zeit nach gewalttätigen Übergriffen, bei denen in Oberägypten 20 Christen und ein Muslim starben – in die USA reiste und dort Demonstrationen gegen ihn erwartet wurden, appellierte Shenouda in einem bisher einmaligen Schritt an seine koptischen Glaubensbrüder in den USA, »sich zu keinerlei Handlungen hinreißen zu lassen, die geeignet wären, das Ansehen Ägyptens oder die Interessen der Kirche zu verletzen«.

Beinahe spiegelbildlich vermeidet die offizielle Politik der ägyptischen Regierung nicht nur jede Form offener Konfrontation mit den Christen, sondern bemüht sich entsprechend der Verfassung um gute Zusammenarbeit. Der koptisch-orthodoxe Bischof für Deutschland, Anba Damian, sagte dazu jüngst:⁹ »Unser Präsident Mubarak hilft uns. Wir beten, dass er uns noch jahrelang erhalten bleibt, so dass

wir weiterhin in Ägypten existieren können«.

Am feierlichen Gottesdienst von Papst Shenouda zum koptischen Weihnachtsfest nehmen regelmäßig neben Gamal Mubarak, dem Sohn des Präsidenten, einige muslimische Kabinettsmitglieder und der einzige koptische Minister Dr. Youssef Boutros-Ghali teil. Die Messe wird in voller Länge live im ägyptischen Fernsehen übertragen. Dann brechen auch die kleinen, nicht sonderlich stimmungswichtigen Kirchenglocken ihr Schweigen, die tagsüber nur selten zum Gebet rufen. Als Papst Shenouda in seine Kathedrale einzieht, unterbricht ihr nächtliches Läuten die Stille, und als er – lange nach Mitternacht – seinen Schlusssegen erteilt, ertönen sie wieder – eine kleine »Rache« für das fünfmalige tägliche, lautsprecherverstärkte Rufen der Muezzins. Shenouda schließt – wie alle christlichen Würdenträger – das Staatsoberhaupt in seine Fürbitten mit ein.

Bei offiziellen Anlässen und an hohen religiösen Feiertagen demonstrieren Regierung und koptisch-orthodoxe Amtskirche Einigkeit. So nahm Shenouda an den Trauerfeierlichkeiten für Jassir Arafat in Kairo im November 2004 teil. Auf offizieller Ebene tauscht man Festtagsgrüße aus – Groß-Sheikh Tantawi an Papst Shenouda zum Weihnachts- und Osterfest und umgekehrt letzterer an den obersten sunnitischen Würdenträger zu den beiden muslimischen Eid-Festen (am Ende des Ramadans und dem Opferfest im Pilgermonat Hadsch). Zunehmend bemüht man sich, auch das christliche Erbe des Landes in Erinnerung zurückzurufen. Im ärmlichen Kairoer Stadtteil Al-Matariya wurde im Juni 2000 im Beisein von Staatspräsident Mubarak ein kleiner Park durch Papst Shenouda III. eingeweiht. Unter dem Namen »St. Mary's Tree« (»Shagarat Mariam«) wird an jene Stelle erinnert, an der die Heilige Familie während ihres ägyptischen Asyls verweilt haben soll. Da auch die Muslime Maria – wenngleich nur als »Mutter des Propheten Jesus« – verehren, liegt ein solches Zeichen um Verständigung noch innerhalb der Toleranzgrenze, ohne den Konflikt mit strenggläubigen Muslimen herauszufordern. Verkehrsschilder weisen auf

8 Allerdings sind sie auch am unteren Ende der sozialen Skala – bei den Müllmännern (»Zabbalin«) – vertreten.

9 Interview vom 22. Januar 2007 mit dem katholischen Hilfswerk »Kirche in Not« in der Radio-Sendung »Weltkirche aktuell«.



diese christliche Stätte hin. (s. *Foto S. 51 mit dem Hinweis auf den »Baum der Jungfrau Maria«*) 2002 wurde das koptische Weihnachtsfest am 7. Januar zum ägyptischen Nationalfeiertag erklärt. Als Papst Shenouda im Juni 2006 in einer Münchner Klinik behandelt wurde, musste der ägyptische Botschafter in Deutschland Mohammed Orabi auf Weisung Mubaraks einen Krankenbesuch abstatten, und bei seinen Auslandsreisen wird Shenouda durch die ägyptischen Diplomaten vor Ort stets hochrangig wahrgenommen.

Im Alltag der Menschen gleich welcher Religion wirkt sich das Verfassungsgebot auf den ersten Blick nur marginal aus. Das Land ist umgeben und durchdrungen von vielgestaltigen westlichen Einflüssen; der »christliche« Kalender ist nur einer davon. Selbst auf vielen Gräbern strenggläubiger Muslime stehen die Lebensdaten in beiden Kalendern. Der technologische Fortschritt mit Internet und Satellitenschüsseln, Handys und MP3-Player ist allgegenwärtig und gefährdet durch sein breites, unkontrolliertes Informationsangebot den alleinigen Deutungsanspruch muslimischer Fundamentalisten. Sicher, fünfmal am Tag legt sich der aus tausend Lautsprechern schallende Ruf der Muezzine zum Gebet – bisweilen quäkend, manchmal auch melodisch – wie ein Tuch über die Stadt. Die Hektik Kairo bleibt dadurch – anders als in Saudi Arabien – zumindest wochentags völlig unberührt. Nur am Freitag zum Gemeinschaftsgebet sind die Moscheen gut gefüllt, und auch abseits beten die Männer auf provisorisch ausgebreiteten Decken. Doch diese vielen Gläubigen sind nichts im Vergleich zum gleichzeitigen gewaltigen Besucheransturm auf den Kairoer Zoo.

Hin und wieder sieht man in öffentlichen Verkehrsmitteln einen Aufkleber mit der Aufschrift »Erinnere Dich an Allah!« Manchmal stellt ein besonders Frommer seinen Glauben in der U-Bahn demonstrativ heraus, in dem er aus dem Koran rezitiert oder auf seinem Kassettenrekorder eine Predigt so laut gestellt hat, dass die anderen Fahrgäste mithören können. Die ägyptische Toleranz lässt jedem seinen Spielraum, wobei in diesem Falle mancher, den es stören mag, ru-

hig bleibt, um nicht als Kritiker der Religion angeprangert zu werden. Am auffälligsten künden die Sicherheitsvorkehrungen der großen Hotels von der Furcht vor religiösen Fanatikern. Die Auffahrt zum eleganten »Four Seasons-Hotel« am Nilufer ist durch je fünf versenkbare, massive Edelstahlrohre mit 20 cm Durchmesser gesichert. Die Gäste werden durch Sicherheitsschleusen gebeten. Die-se Maßnahmen sind aber zugleich auch Warnsignale an jene, denen die-se Hotels mit ihrem westlich orientierten Eigenleben ein Dorn im Auge sind: Wir lassen uns von euch nicht unterkriegen! Nicht, dass es unter den Gästen, dem Hotel- und dem Sicherheitspersonal keine tiefgläubigen Muslime gäbe – bisweilen sieht man einen Kellner in einer Ecke beten –, aber sie tragen den Glauben nicht wie eine Standarte vor sich her.

Obwohl vielerorts Kirche und Moschee nur durch eine schmale Straße von einander getrennt sind, gibt es keine »Ökumene« zwischen Kopten und Muslimen z.B. in Form gemeinsamer Projekte oder einer Zusammenarbeit auf Gemeindeebene. Dazu fehlt auf muslimischer Seite die organisatorische Struktur. Der Muslim kennt keine persönliche Bindung an »seine« Moschee oder »seinen« Vorbeter, den Imam.

Das Risiko für das Zusammenleben liegt in der ägyptischen Unterschicht. Arm, arbeitslos und ungebildet ist sie eine leichte Beute für religiöse Scharfmacher. Eine kleine Minderheit radikaler Muslime nimmt das Postulat »Staatsreligion« als Freibrief für Gewalt gegen Nicht-Muslime. Und so kommt es immer wieder zu Gewaltakten. Nach Angaben des damaligen Bischofs von Minja, Naguib, dem heutigen koptisch-katholischen Patriarchen, kamen zwischen 1992 und 1997 etwa 220 Christen durch islamische Extremisten ums Leben. In den letzten zehn Jahren ist – nach inoffiziellen Schätzungen – die Zahl der Todesopfer allerdings rückläufig und auf unter 70 gesunken.

Kaum zu erkennen ist die schleichende Diskriminierung von Kopten, z.B. beim beruflichen Aufstieg oder in Form des Ausübens sozialer und wirtschaftlicher Repressalien. Über Zahlen zum Islam konvertierter Kop-

ten schweigen beide Seiten. Oft ist hier allerdings Familienrecht der Auslöser und nicht religiöse Überzeugung.¹⁰ Der Bau neuer Kirchen ist langwierig. Noch immer bestimmt ein Erlass des Osmanischen Reiches von 1856, dass Nicht-Muslime für den Bau einer Gebetsstätte eine Genehmigung des Präsidenten benötigen. Ende 2005 ist dies – bezogen auf Umbauten und Renovierung – zwar an die 26 Provinzgouverneure delegiert worden, was aber nicht per se eine Verkürzung der Genehmigungszeit bedeutet muss.

3. Skizzen zur koptisch-orthodoxen Kirche – Geschichte

Die koptische (auch: alexandrinische) Kirche gehört zu den Orientalisch-Orthodoxen Kirchen. Sie führt ihren Ursprung auf das Wirken des ältesten der Evangelisten Johannes Markus zurück. Nach der Überlieferung soll er in Ägypten gelebt haben und 68 n.Chr. in Alexandria als Märtyrer gestorben sein. Die traditionsreiche Stadt am Mittelmeer war – neben Antiochia, Jerusalem, Konstantinopel und Rom – der Sitz eines der fünf Patriarchate der Urkirche. Große Teile der ägyptischen Bevölkerung traten zum Christentum über. Erst mit der Ausbreitung des Islams im 7. Jh. gerieten die Christen in die Minderheit. Auf dem *Konzil von Chalcedon*¹¹ im Jahre 451 kam es wegen des Disputes über die Frage nach der *Natur Christi* – Gott oder Mensch – zur Spaltung. Den Vertretern der alt-orientalischen Kirchen (u.a. den *Armeniern* und *Kopten*) wurde vorgeworfen, sie glaubten nur an die göttliche Natur Christi, leugneten hingegen dessen menschliches Wesen. Der Vorwurf des Monophysitismus wird heute von den Kopten strikt zurückgewiesen. Nach koptischer Lehre hat Jesus eine gott-menschliche Natur, die wie Feuer und Eisen in einem glühenden Eisenstück vereinigt ist

10 Nach dem Shari'a-Recht muss sich eine vormals christliche Ehefrau, die zum Islam konvertiert ist, von ihrem christlichen Ehemann scheiden lassen. Will er dies jedoch vermeiden, um z.B. die Kinder nicht zu verlieren, muss er ebenfalls zum Islam übertreten.

11 Es fand vom 8. Oktober bis 1. November 451 im kleinasiatischen Bitynien (heute nordwestliche Türkei) statt.



Seine Heiligkeit Papst Shenouda III., Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche am Fest der Geburt Jesu (kopt. Weihnachtsfest) am 7. Januar 2007.

– Jesus ist daher auch für sie wahrer Mensch und wahrer Gott.

»Wir glauben, dass unser Herr, Gott und Erlöser Jesus Christus, das fleischgewordene Wort, vollkommen in Seiner Gottheit und vollkommen ist in Seinem Menschsein. Er machte Sein Menschsein eins mit Seiner Gottheit.«¹²

Heute sind die Gründe der Spaltung geklärt und überwunden und die Unterschiede der Lehre zwischen der koptisch-orthodoxen und den

Zahl koptisch-katholischer Christen von der koptisch-orthodoxen Gemeinde. Die negativen Auswirkungen blieben jedoch begrenzt. Mit etwa 6 bis 9 Millionen Gläubigen ist die koptisch-orthodoxe Kirche heute die dominierende christliche Nationalkirche Ägyptens. Die mit Rom unierte koptische (koptisch-katholische) Kirche mit etwa 260.000 Gläubigen spielt in der Wahrnehmung durch Regierung und Öffentlichkeit eine nachgeordnete Rolle. 1950 trennte sich die äthiopisch-orthodoxe Kirche von der koptischen. Als Eritrea 1993 unabhängig wurde, inthronisierte Papst

¹² Gemeinsame Christologie-Formel zwischen der römischen und der koptischen Kirche vom 12. Februar 1988.

Shenouda den geisen Abuna Filipos (1901-2003) in Asmara zum ersten eritreischen Patriarchen und weihte fünf Bischöfe. Damit wurden auch die Kopten in Eritrea von Alexandria unabhängig.

– Struktur

Die Struktur der koptisch-orthodoxen Kirche ist hierarchisch. Oberhaupt ist der »Papst von Alexandria und Patriarch des Stuhles des hl. Markus in ganz Afrika und dem Orient«. In der altkirchlichen Rangordnung war er – nach dem römischen Papst und noch vor dem ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, sowie den Patriarchen von Antiochia und Jerusalem – der zweithöchste Bischof der Christenheit. Innerhalb der koptischen Hierarchie besitzt er jedoch »nur« den Rang eines »primus inter pares« – eines Ersten unter Gleichen –, nicht aber die absolute Vorrangstellung des »primus inter omnes«. Er besitzt auch keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit in Glaubens- und Sittenfragen.

Im Jahre 1971 trat Seine Heiligkeit Papst Shenouda III.¹³ das Amt als 116. Nachfolger des Heiligen Markus und damit als 117. Papst auf dem Patriarchenstuhl von Alexandria an. Zusammen mit der Heiligen Synode, d.h. der Gemeinschaft aller Bischöfe, obliegt ihm die Kirchenleitung. Zwei Stellvertreter – einer in Kairo und einer in Alexandria – stehen ihm zur Seite. 2006 beging Shenouda sein 35-jähriges Amtsjubiläum.

Die koptischen Päpste residieren seit dem 11. Jh. im Kloster »Deir el Anba Rueiss« in Kairo. Auf dem weitläufigen Komplex – von einer acht Meter hohen Mauer umgeben und von ägyptischer Polizei streng bewacht – befinden sich neben der spartanischen Residenz des Papstes und mehreren

¹³ Papst Shenouda III. wurde als Nazir Gayid Rafail am 3. August 1923 in Ägypten geboren. Nach Studium und Ausbildung zum Reserveoffizier trat er 1954 – mit 31 Jahren – in ein Wüstenkloster ein und wurde 1955 zum Priester geweiht. Bis 1962 war er Sekretär von Papst Kyrillos VI. (1959-1971) und diente danach als Bischof. Nach Kyrillos Tod wurde er am 31. Oktober 1971 zu dessen Nachfolger gewählt. 1990 verlieh ihm die Rheinische Friedrich-Wilhelm Universität in Bonn die Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät.

Koptische Kathedrale Kirche St. Markus in Kairo-Abbasiya



gepflegten, kleineren Gärten ein theologisches Seminar, eine Bibliothek und zahlreiche Wirtschaftsgebäude. Überragt wird alles durch die – im Juni 1968 im Beisein von Staatspräsident Nasser und dem äthiopischen Kaiser Haile Selassie durch Papst Kyrillos VI. eingeweihte – Kathedrale St. Markus (**Foto S. 50**). Die insgesamt 53 Diözesen (Eparchien) in Ägypten und im Ausland werden von 11 Metropolitane und 53 Diözesanbischöfen geleitet. Daneben gibt es eine Reihe weiterer Bischöfe in der Verwaltung des Patriarchats. Etwa 2.000 Priester stehen – oft unterstützt von Diakonen – den Gemeinden vor. Nach eigener Darstellung wird die Aufgabe des Priesters mit den Begriffen Vaterschaft, Liebe und Dienst an und in der Gemeinschaft, nicht aber mit Verwaltung und Autorität umschrieben. Und so sieht man den Priester nach dem Gottesdienst mitten unter seinen Gläubigen. Bischöfe und Mönche unterliegen dem Zölibat, Priester und Diakone hingegen dürfen heiraten. Jegliche Einnischung in die Politik ist ihnen untersagt. Frauen haben keine priesterlichen Funktionen, sind aber in die soziale Arbeit eingebunden. Es gibt eine wachsende Zahl von Koptinnen, die sich zwar zur Ehelosigkeit verpflichten, jedoch nicht im Kloster leben, sondern der Gemeinschaft dienen möchten. Diese Auffassung stieß in der koptischen Amtskirche anfangs auf Widerstand, da deren Mönchs- und Nonnentradi-tion ausschließlich auf das Klosterleben, nicht aber den Dienst für die Gemeinschaft ausgerichtet ist. Als aber viele dieser Frauen zur koptisch-katholischen Kirche wechselten, beugte sich die Kirchenführung diesem Trend; seitdem ist die Zahl geweihter Diakonissinnen sprunghaft gestiegen.

Die beiden letzten koptischen Päpste Kyrillos VI. und Shenouda III. leiteten eine große Erweckungsbewegung ein und verliehen der geschwächten Kirche neue Kraft. Marienerscheinungen im Stadtteil Zeitun im Nordosten Kairo, verstärkten diesen Trend. Vom 2. April 1968 bis 1971 und 1988 schwebte in unregelmäßigen Abständen des Nachts über der Kuppel des Marien-Doms in Zeitun (**Foto o.**) eine Lichtgestalt, die der Gottesmutter

Marien-Dom und Wallfahrtskirche der Heiligen Jungfrau in Kairo-Zeitun mit der Lichtgestalt der Jungfrau Maria am Turm



ähnlich sah. Teilweise drängten sich mehr als zweihunderttausend Menschen in den engen Straßen um den Dom, um die Erscheinung zu sehen. Auch Heilungen oftmals aussichtsloser Krankheiten ereigneten sich dort in jener Zeit. Der Jahrestag ihres Erscheinens wird stets festlich begangen. Die kleine, schneeweiße Wallfahrtskirche gegenüber dem massiven Betondom wird täglich von einem unablässigen Strom junger und alter, gesunder und kranker Menschen besucht.

Eine der wichtigsten Kraftquellen der koptischen Kirche war und ist das Mönchtum,¹⁴ dessen Tradition bislang allerdings ausschließlich auf das kontemplative Leben, nicht aber auf soziale Aktivitäten ausgerichtet ist. Eine Reihe von Klöstern setzt bis heute diese Überlieferung fort.

– Lehre

Die Kopten pflegen die sieben Sakramente¹⁵, durch die den Gläubigen reale Gnaden zuteil werden. Es würde die Darstellung sprengen, in die Tiefe der koptischen Liturgie vordringen zu wollen, daher sollen nur einige Grundzüge der Eucharistiefeier¹⁶ charak-

terisiert werden. Die koptische Kirche kennt drei Liturgien. Die Ursprünge gehen auf die griechische Liturgie des hl. Markus zurück; später wurden sie in die koptische Sprache übersetzt. Und so ist die altägyptische – koptische – Sprache bis heute Liturgiesprache. Da diese aber nur noch von wenigen Familien als Muttersprache gesprochen wird, erfolgen Lesungen und Predigt auch auf Arabisch. Überdies lernen die Kleinsten nach jedem Gottesdienst eine halbe Stunde die koptischen Gebete und Gesänge aus-

sich u.a. auf Taufen, Eheschließungen und die Weihe von Bischöfen, Priestern, Diakonen sowie die von Kirchen.

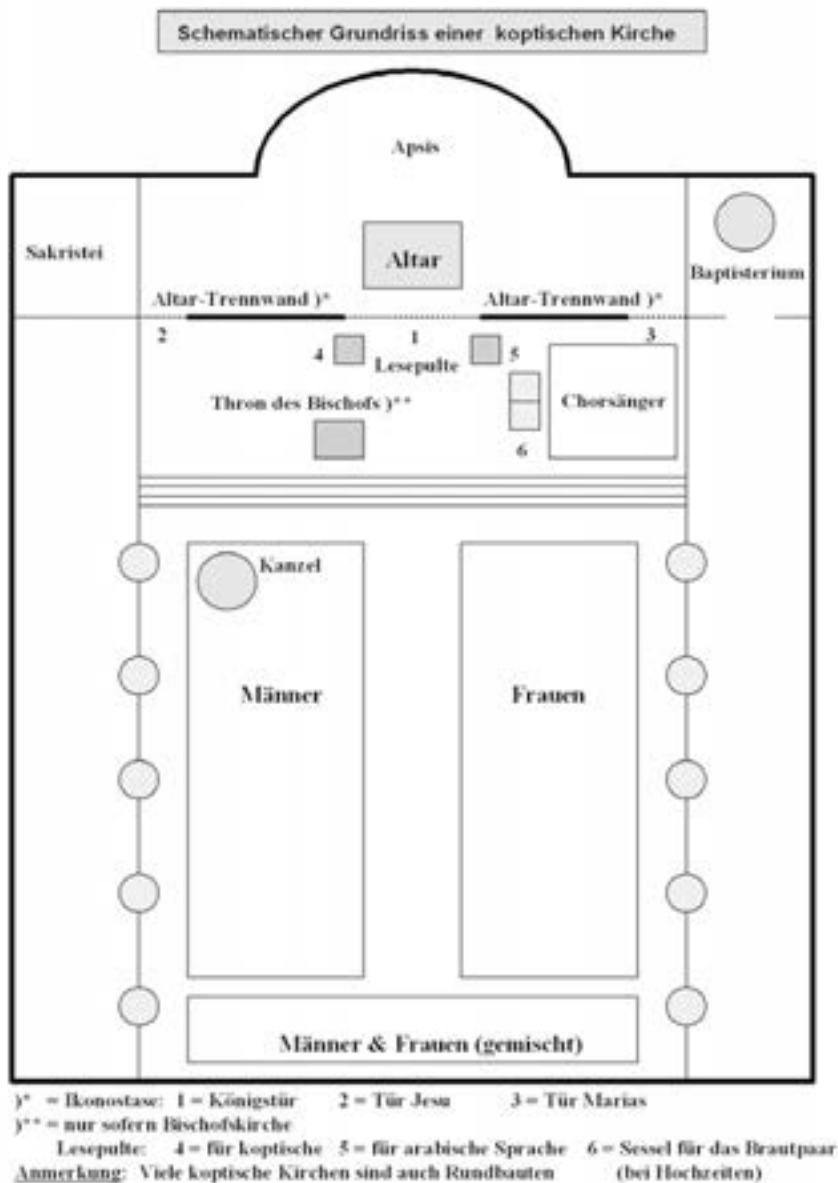
Koptische Bibel



14 Heute gibt es in Ägypten noch 18 koptische Klöster (12 Männer u. 6 Frauenklöster) mit etwa 1.000 Mönchen und 500 Nonnen.

15 Taufe, Firmung, Eucharistie, Bußsakrament, Priester-/Bischofsweihe, Ehe und Krankensalbung

16 Andere liturgische Feiern erstrecken



wendig.

Der Altarraum ist durch die Ikonostase vom Hauptschiff getrennt (*Schematische Darstellung einer koptischen Kirche s. Abb. o.*), jedoch von drei Türen (Vorhänge) durchbrochen. Die Gläubigen erleben die Messfeier durch die geöffnete, breite Haupttür (»Königstür«). Die koptische Eucharistiefeier wird vor allem durch den Kirchengesang geprägt. Dieser wird »a capella« – von Solisten und einem Chor – vorgetragen. Die Gemeinde wird in die Gesänge einbezogen. Die Liturgie ist aufgeteilt in eine Vormesse (u.a. mit der Bereitung der Gaben), den Wortgottesdienst (u.a. mit Lesung des Evangeliums und Predigt) und der eigentlichen Eucharistiefeier (u.a. mit Glaubensbekenntnis, den

Hochgebeten –Anaphoren – und der Kommunion). Dadurch dauert die Liturgie der Heiligen Messe zwischen zwei und drei Stunden, an Festtagen auch länger. Obwohl der Sonntag in Ägypten kein offizieller Feiertag ist, sind die Kirchen bis auf den letzten Platz gefüllt.

Die koptische Kirche nutzt für ihre Feste noch den altägyptischen Kalender, der als ältester Kalender überhaupt gilt. Dieser ist in zwölf Monate mit 30 Tagen eingeteilt. Hinzu kommt ein so genannter »kleiner Monat« mit nur 5 oder 6 Tagen. Im Jahre 284 n.Chr.¹⁷ stellten sie ihn um, und

17 Zum Ende des 3. Jhs. erreichten die Verfolgungen der Kopten unter Kaiser Diokletian einen Höhepunkt. Etwa 800.000 Menschen sollen für ihren

seitdem heißt er »Märtyrerkalender«. Die koptische Kirche begeht sieben Haupt- und sieben kleinere Feste. Erstere sind: Mariä Verkündigung (7. April), Geburt Jesu (Weihnachten – 7. Januar), Taufe Jesu (19. Januar), Palmsonntag, Ostersonntag, Himmelfahrt und Pfingsten (bewegliche Feste). Zu den »7 »kleinen« Festen zählen: Beschneidung des Herrn (14. Januar), Tag des ersten Wunders Jesu (auf der Hochzeit von Kanaa – 12. Januar), Mariä Lichtmess (auch: Mariä Reinigung – 15. Februar), Gründonnerstag, Sonntag des Heiligen Thomas (Weißer Sonntag), Flucht der Heiligen Familie nach Ägypten (1. Juni) und die Verklärung Jesu (19. August). Daneben enthält der koptische Kalender eine lange Liste von Heiligen und Märtyrern, deren Andenken gefeiert und deren Reliquien verehrt werden. Besonders herausgehoben sind die Feste zu Ehren der Gottesmutter (u.a. Geburt und Tod Marias). An mehr als 200 Tagen pro Jahr (u.a. in der 55-tägigen Fastenzeit vor Ostern und in der Adventszeit) enthält sich der Kopte aller tierischer Produkte (Milch, Butter, Eier, Fleisch und z.T. auch Fisch). Zwischen Sonnenaufgang und -untergang ist – wie im muslimischen Ramadan – auch jegliche Flüssigkeitsaufnahme untersagt. Die Kopten fasten darüber hinaus auch mittwochs und freitags. Vor Einnahme der Kommunion gilt ein neunstündiges Fastengebot.

Ungewohnt und erfrischend ist die spielerische, enge Einbindung der Kinder in das kirchliche Leben. Kaum war der Schlusssegen nach dem Weihnachtsgottesdienst am 7. Januar 2007 in der St. Georgskirche der Kairoer Vorstadt Nasr City erteilt, hallten Explosionen durch die hohe Vorhalle der Kirche. In den Duft des Weihrauches mischte sich der von Schwarzpulver. Doch es war kein Angriff militanter Muslime. Die Kinder – Jungen und Mädchen – begingen das Fest auf ihre Weise: mit hunderten von Feuerwerkskörpern. Die hohen Mauern verstärkten die akustische Wirkung der Böller. Doch niemand hob warnend und pikiert den Finger oder verbot gar die wilde Knallerei – im Gegenteil. Priester, Diakone und Eltern schauten

Glauben gestorben sein. Die koptische Kirche spricht von etwa einer Million Märtyrern allein seit dem 7. Jh.

Papst Johannes Paul II. und Papst Shenouda III. im Februar 2000
(Fotos: D. Kilian)

lächelnd dem Treiben zu. Spiel- und Fußballplatz findet man auf nahezu jedem größeren Kirchengelände. Die koptische Kirche ist nicht nur Ort des Gebets und der Andacht, sowie der Ruhe in der hektischen Großstadt, sondern – ähnlich einer Moschee – auch der soziale und gesellschaftliche Mittelpunkt der Gemeinde. Das stärkt den Gemeinsinn der Gläubigen und lässt vergessen, dass die meisten modernen Kirchenbauten auch in Ägypten in ihrer erdrückenden und eintönigen Betonarchitektur keinen Preis der Kategorie »Schöner beten« gewinnen.

4. Die koptisch-orthodoxe Kirche und Rom

Die orthodoxe Kirche Ägyptens versteht sich mit Rom als gleichberechtigt, und so war der Dialog zwischen beiden anfangs eher zähflüssig. Mehr als 1.500 Jahre der Trennung können nicht von heute auf morgen überwunden werden. Doch in den letzten Jahrzehnten hat sich die Zusammenarbeit verstärkt. Der Druck von außen mag dazu beigetragen haben.¹⁸ Der Wiener Erzbischof Franz Kardinal König (1905-2004) übernahm 1964 mit seiner Stiftung »Pro Oriente« eine Vorreiterrolle, nachdem das 2. Vatikanische Konzil mit dem Dekret »Unitatis Redintegratio« zum Dialog mit anderen christlichen Konfessionen aufgefordert hatte. Im Mai 1973 stattete Papst Shenouda III. als erstes koptisches Oberhaupt dem Vatikan einen offiziellen Besuch ab. Der Dialog fand danach in der »Internationalen gemischten Kommission der römisch-katholischen und der koptisch-orthodoxen Kirche« zwischen 1974 und 1992 statt. Am 12. Februar 1988 wurde im nordägyptischen Kloster Anba Bishoy im Wadi Natroun eine »Gemeinsame Christologie-Formel« zwischen der römischen und der kop-



tischen Kirche unterzeichnet. Am 24. Februar 2000 reiste Papst Johannes Paul II. als erster römischer Papst in das Land am Nil, traf – neben Präsident Mubarak und dem Groß-Sheikh der Al-Azhar-Universität Tantawi – auch mit Papst Shenouda zusammen (Foto o.) und besuchte das griechisch-orthodoxe St. Katherinenkloster auf

dem Sinai. Zu Recht verstehen sich die koptischen Christen als »Front-Kirche« zum Islam. Und so wies Papst Johannes Paul II. auf diese – im Westen kaum beachtete – Rolle hin:

»Um dieses Erbe treu zu wahren und zu lehren, brachte und bringt die Kirche in Ägypten große Opfer.« □

GEFUNDEN: Kopten nach Brandanschlag auf ihre Häuser inhaftiert und von der Polizei zu Selbstbezüglichungen gezwungen

Die ägyptische Polizei hat im oberägyptischen Armant zwei koptisch-orthodoxe Familien festgenommen, nachdem diese zur Polizeistation gekommen waren, um Brandanschläge auf ihre Häuser anzuzeigen, berichtet die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Die Polizeibeamten weigerten sich, den Fall zu untersuchen. Zur Begründung wurde angegeben, dass es keine Beweise gäbe und der Schaden nur minimal sei. Die Kopten wurden statt dessen von der Polizei gezwungen, ein Protokoll zu unterschreiben, wonach sie ihre Häuser selbst angezündet hätten, um die Tat Muslimen anzulasten und Polizeischutz einzufordern. Wie die IGFM weiter berichtet, wurden die Familien zuvor 36 Stunden lang festgehalten.

Den Angriffen auf die koptischen Häuser gingen am 13. Februar Anschläge auf vier, von Christen geführte Geschäfte voraus, berichtet die IGFM weiter.

Obwohl laut einer koptischen Zeitung das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Armant, im Gegensatz zu anderen Landesteilen, als harmonisch anzusehen sei, gibt es doch Berichte, nach denen sich oft ägyptische Sicherheitskräfte an den anti-christlichen Gewalttaten beteiligen. Im Jahr 2006 sind allein bei Angriffen auf Kirchen in el-Udaysaat und Alexandria zwei Kopten getötet und mehr als zwanzig verletzt worden. Die IGFM fordert die ägyptische Regierung daher auf, Maßnahmen zu ergreifen, um religiös motivierte Gewalttaten, besonders in den Reihen des Polizeiapparates, einzudämmen. (nach www.menschenrechte.de)

¹⁸ Dies schließt auch den innerkirchlichen Dialog z.B. im »Middle East Council of Churches« (MECC) ein. Ihm gehören neben der katholischen und den protestantischen auch die orientalisch-orthodoxen Kirchen sowie die orthodoxen Ostkirchen im Nahen Osten an.



VON KLAUS ACHMANN

Auf dem Weg nach Sibiu/Hermannstadt

Der »konziliare Prozess« für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung war 1983 in Vancouver als gemeinsamer Weg der Kirchen beschlossen worden. Nach den beiden großen Versammlungen in Basel 1989 und Graz 1997 soll nun vom 4. bis 9. September 2007 in Sibiu/Hermannstadt (Rumänien) die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung (EÖV 3) stattfinden. Sie soll ein »ökumenischer Pilgerweg« durch ganz Europa sein, der seinen Höhepunkt und Abschluss in Sibiu finden wird. Dort werden sich etwa 2.000 Delegierte aus den Kirchen und den kirchlichen Gemeinschaften treffen.

Die EÖV 3 wird gemeinsam vom Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (Consilium Conferentiarum Episcoporum Europae – CCEE) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) getragen. Bereits 2002 hatte das gemeinsame Komitee beider Konferenzen die ersten Überlegungen für ein neues ökumenisches Treffen begonnen. Dabei stand der Gedanke im Mittelpunkt, dass Europa heute dringend das gemeinsame Zeugnis der Christen braucht.

Die Hauptveranstaltung in Sibiu/Hermannstadt wird in einer ganzen Reihe von vorangehenden Treffen vorbereitet. Im römisch-katholisch geprägten Rom fand im Januar 2006 die Auftaktveranstaltung mit 150 Delegierten aus Kirchen Bischofskonferenzen, ökumenischen Organisationen, Gemeinschaften und kirchlichen Bewegungen statt, gefolgt von einer weiteren Begegnung in der Lutherstadt Wittenberg im Februar 2007 (s.o.). Die Deutsche Bischofskonferenz war bei beiden Veranstaltungen durch den Magdeburger Bischof Dr. Feige vertre-

Auf dem Weg der Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung 2006/2007

– Auch GKS eingeladen –

Leitwort: »Das Licht Christi scheint auf alle.

Hoffnungen auf Erneuerung und Einheit in Europa«

ten. Als Veranstaltung auf regionaler Ebene wurde im Dezember 2006 eine Vorbereitungstagung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) in der Evangelischen Akademie Loccum durchgeführt. Die dort vertretenen Kirchenleitungen, Basisgruppen, ökumenischen Gemeinschaften, Gemeinden und Verbände verständigten sich auf Themen und Handlungsempfehlungen, die in allen Bereichen diskutiert und weiter verfolgt werden sollen. So werden die Kirchen und Gemeinden gebeten, auf die Einheit der Kirchen und das gemeinsame Beten und das gemeinsame Zeugnis hinzuwirken. Ferner sollen die Kirchen u.a. einen Beitrag zum Aufbau Europas leisten, die Religionsfreiheit aktiv durch Gespräche mit unseren jüdischen Geschwistern und den Muslimen stärken sowie Versöhnungsprozesse und gewaltfreie Konfliktlösungen unterstützen.

Die über 80 von der Deutschen Bischofskonferenz benannten deutschen katholischen Teilnehmer an dem Treffen in Sibiu/Hermannstadt – darunter auch ein Vertreter der GKS – werden sich am 27. April 2007 in Fulda zu einem vorbereitenden Treffen zusammenfinden. Nach der EÖV 3 sollen sich dann im November in Kassel die deutschen Vertreter der Kirchen, Basisgruppen, ökumenischen Initiativen und Gemeinschaften treffen, um die Erfahrungen aus Sibiu aufzuarbeiten und Perspektiven für die Weiterentwicklung der dort behandelten Themen für die Ökumene in Deutschland zu erarbeiten.

Ökumene und Europa

Thematische Grundlage der EÖV 3 ist die von der KEK und dem CCEE gemeinsam vorgelegte »Charta Oecumenica« von 2001, die bereits zu wachsender ökumenischer Gemein-

schaft an vielen Orten und europaweit geführt hat. Die Charta Oecumenica ist das erste gemeinsame Dokument der europäischen Kirchen seit mehr als 1000 Jahren. Sie fasst zusammen, was in den ersten beiden ökumenischen Versammlungen in Basel und Graz an Gemeinsamkeiten erreicht wurde. Der Text dieser Charta enthält eine Selbstverpflichtung der beteiligten Kirchen. Er hat sowohl eine theologische wie auch eine politische und eine interreligiöse Dimension. Die Charta beschreibt die gemeinsamen Aufgaben der Kirchen im sich vereinigenden Europa und benennt Inhalte und Ziele der ökumenischen Arbeit.

Zu dem Themen der EÖV 3 gehören insbesondere

- Fragen, die unmittelbar das kirchliche Leben und die Ökumene betreffen, vor allem das Ringen um die sichtbare Einheit der Kirchen;
- der europäische Einigungsprozess, Migrationsbewegungen und die Globalisierung;
- die Begegnung mit anderen Religionen;
- schließlich die »traditionellen« Themen der ökumenischen Versammlungen: Die Bewahrung der Schöpfung und die Förderung von Gerechtigkeit und Frieden.

Im Einladungsschreiben der Deutschen Bischofskonferenz an die deutschen katholischen Teilnehmer wird hervorgehoben, dass die geistig-kulturelle Situation Europas besondere Aufmerksamkeit erfahren soll:

»Es geht um das missionarische Zeugnis in einem säkularer werdenden Europa, das zugleich durch religiöse Pluralisierung und eine wachsende Suche nach Sinn und spiritueller Erfahrung bestimmt wird. Die Versammlung will nach Antworten suchen, die



Stadtansicht von Sibiu (ehem. Hermannstadt) in Siebenbürgen/Rumänien vor dem schneebedeckten Gebirgszug der Südkarpaten. In dieser Kulturhauptstadt Europas des Jahres 2007 findet im September der Abschluss der 3. Ökumenischen Versammlung statt, zu der sich Vertreter der Kirchen und christlichen Gemeinschaften aus ganz Europas treffen.

das Christentum auf die Herausforderungen Europas geben kann, und den Beitrag des Glaubens und der Gläubigen für eine Erneuerung der Grundausrichtungen der kulturell – geistigen Dimension Europas erörtern.»

Das Leitthema der EÖV 3 »DAS LICHT CHRISTI SCHEINT AUF ALLE« nimmt Bezug auf das christologische Symbol des Lichts als Leitfaden der Schöpfungs- und Heilsgeschichte. Der Untertitel »HOFFNUNG FÜR ERNEUERUNG UND EINHEIT IN EUROPA« unterstreicht die Rolle des Evangeliums im heutigen Europa, so der Präsident des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen, Bischof Amédée Grab, in einem Geleitwort zum einem Materialheft für die Gemeinden und ökumenischen Initiativen, die den Weg nach Sibiu gedanklich und im Gebet begleiten wollen. Durch diese Christen in ganz Europa soll es möglich werden, dass die EÖV 3 mehr wird als nur eine große zentrale Veranstaltung: »Im Hören und Beten, Arbeiten und Feiern entsteht eine Ökumenische Versammlung mit vielen Stationen«, heißt es in der Einführung zu diesem Materialheft.

Die Beratungen in Sibiu/Hermannstadt werden – anders als bei früheren ökumenischen Versammlungen – nicht auf die Erstellung eines großen Abschlussdokuments ausgerichtet sein. Schwerpunkt soll vielmehr die Begegnung der verschiedenen Kirchen und christlichen Gemeinschaften sein. Besonders die geplanten vielfältigen liturgischen Feiern werden zentrale

Ereignisse sein. Einen besonderen Stellenwert wird in dem mehrheitlich orthodoxen Gastland Rumänien die Begegnung mit der Orthodoxie sein.

Die Reise nach Sibiu wird zu einem auch für uns Deutsche geschichtlich bedeutsamen Ort führen. Hermannstadt wurde 1150 durch deutsche Siedler gegründet. Es war eine der wichtigsten deutschen Städte in Siebenbürgen. Im 14. Jh. entwickelte sich Hermannstadt zu einem bedeutenden Handelszentrum. Heute noch weitgehend erhaltene starke Befestigungen erinnern an die Türkenkriege. Nach dem 1. Weltkrieg kam das damals immer noch hauptsächlich von Deutschen bewohnte Hermannstadt, das politisch jahrhundertlang zu Ungarn gehört hatte, zu Rumänien. 2007 ist Sibiu/Hermannstadt zusammen mit Luxemburg Kulturhauptstadt Europas. Die Stadt ist offiziell zweisprachig. So sind die Ortstafeln rumänisch und deutsch beschriftet. Wöchentlich erscheint eine deutschsprachige Zeitung. Sibiu/Hermannstadt hat einen alten Stadtkern und viele Sehenswürdigkeiten. Als Universitätsstadt ist Sibiu/Hermannstadt auch der Sitz der Theologischen Fakultäten sowohl lutherischer als auch orthodoxer Konfession.

Was bedeutet die EÖV 3 für die GKS?

Wie schon früher bei Versammlungen im Rahmen des konziliaren Prozesses wird die GKS bei der EÖV 3 vertreten sein. Dies legt nahe, dass sich die GKS-Kreise und -Bereiche, aber auch die Sachausschüsse bei ihren Veranstaltungen auf die the-

matischen Schwerpunkte der ökumenischen Versammlung beziehen: Zusammenarbeit der Kirchen, Christentum in Europa.

Schon in der Vergangenheit hat sich die GKS mit mehreren thematischen Aspekten auseinandergesetzt, die jetzt in der Vorbereitung auf das ökumenische Treffen wieder von Bedeutung sind: So haben wir uns mit dem Thema Islam auseinandergesetzt; Europa war Gegenstand des letzten Seminars der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn; zahlreiche Aspekte der Friedenthematik haben wir gemeinsam mit Vertretern von pax christi diskutiert. Auch in den Sachausschüssen wurde manches behandelt, was uns jetzt in den Vorbereitungstexten der verschiedenen Organisationen wieder entgegentritt.

Kritisch bleibt anzumerken, dass der Verzicht auf ein Abschlussdokument die Verbreitung der Ergebnisse von Arbeitsgruppen und Diskussionen behindern wird. Auch eine stärkere politische Wirkung wird dadurch erschwert.

Dennoch wird unser Vertreter in Sibiu/Hermannstadt die Grundgedanken der katholischen Friedenslehre in die entsprechenden Arbeitsgruppen einbringen können und müssen. Und letztendlich können alle Angehörigen der GKS die Anliegen der ökumenischen Versammlung in Gedanken und im Gebet begleiten, denn es ist der Wunsch der Deutschen Bischofskonferenz, dass die Katholiken in Deutschland durch »Hören und Beten, Arbeiten und Feiern« einbezogen werden. □

60 Jahre Kirche in Not

VON BERTRAM BASTIAN

Was 1947 von Pater Werenfried mit »kein Platz in der Herberge« begonnen wurde, feierte am 4. Februar 2007 als weltweites Hilfswerk päpstlichen Rechtes mit einem Pontifikalamt im Hohen Dom zu Köln sein Jubiläum.

Kurz nach dem zweiten Weltkrieg sah Pater Werenfried van Straaten das Elend der Vertriebenen in Nachkriegsdeutschland und sammelte für den Gegner von gestern Geld- und Sachspenden bei unseren westlichen Nachbarn Holland und Belgien. Der Erfolg gab ihm Recht, die Leute spendeten. Da es in Deutschland zu dieser Zeit nichts zu kaufen gab, bat er um Nahrungsmittel wie Speck, was ihm den Namen »Speckpater« einbrachte. Über den Hass und das Misstrauen hinweg wurde so den Notleitenden geholfen. Danach organisierte er Hilfe für die Rucksackpriester, die zu Fuß ihre weit auseinander liegenden Gemeinden betreuten, bis hin zu den sogenannten »Kapellenwagen«, umgebauten Autobussen und Lastkraftwagen, die als Kirche umgebaut, dort hinfuhren, wo keine katholische Kirche zur Verfügung stand, um die heilige Messe zu feiern.

Später wurde die Hilfeleistung ausgedehnt und der Name »KIRCHE IN NOT – OSTPRIESTERHILFE« war geboren. Heute hilft Kirche in Not in mehr als 130 Ländern dieser Erde durch Aus- und Weiterbildung von Seminaristen und Priestern, Lebensunterhalt von Priestern und Ordensleuten, Bau und Renovierung von Kirchen und Ausbildungsstätten, Druck und Verbreitung der Bibel und anderer religiöser Literatur, Ausstrahlung christlicher Fernseh- und Radioprogramme, Fahrzeuge für die Seelsorge. Der Sitz der internationalen Zentrale ist Königsstein/Taunus, in weiteren 16 Ländern hat Kirche in Not nationale Zentralen.

Während der Predigt zum Festgottesdienst im Kölner Dom ermahnte Joachim Kardinal Meisner die Mitarbeiter des Hilfswerkes, nicht zu einer Behörde zu werden, sondern eine Bewegung zu bleiben, welche die Nähe der Menschen suche. Am Anfang habe

die Liebe gestanden, der Ruf nach Versöhnung nach dem Krieg und das totale Vertrauen in Gott. Er wünschte dem Hilfswerk, dass dieser Geist des Anfanges nicht nachlassen möge. »So wie Gott Petrus die Netze füllte, so hat auch dieser Gott den Millionenhut des Paters gefüllt und wird ihn weiter füllen.«

Bevor dies am Ende der Festveranstaltung im Maternushaus dann Wirklichkeit wurde, erfolgte ein bewegendes Gespräch mit dem Erzbischof von Galiläa Dr. Elias Chacour, der von den Schwierigkeiten der mit Rom unierten, melkitisch-katholischen Kirche sprach. In aller Eindringlichkeit schilderte der Erzbischof, wie wichtig es sei, dass Christen im heiligen Land bleiben, damit an den Stätten des Evangeliums nicht nur tote Steine von den Geschehnissen zeugen, sondern lebendige Gemeinden, die den katholischen Glauben leben. Er warb um Freundschaft, aber nicht um den Preis, den anderen zu hassen. Nur gemeinsam könnten wir leben und überleben, führte der Erzbischof aus. Für diese Gemeinden zu beten, sei eine gute Sache, aber noch schöner und wichtiger sei es, diese Gemeinden zu besuchen und so den anderen Religionen zu zeigen, dass sie Teil einer Weltkirche seien. Sein Traum sei eine Schule, in der Juden, Muslime und Katholiken in einer Klasse sitzen und unterrichtet werden. Er bat um Hilfe zur Selbsthilfe, dass im eigenen Land eigene Schulen, eigene Kirchen usw. gebaut werden könnten. In Galiläa lebten rund 147.000 Christen, die sich in ca. 74.000 melkitische Christen, in ca. 12.000 römisch-katholische und 40.000 griechisch-orthodoxe Christen unterteilen. Diese müssten mit den anderen Religionen im Einklang dort leben, so Dr. Chacour. Es gelte, ihre Identität zu wahren und den christlichen Glauben zu leben sowie zu zeigen, dass die heiligen Stätten nicht nur von den anderen Religionen »bewohnt« würden. Als ein Zeichen für die Solidarität mit den dortigen Christen bezeichnete er die Reise des Ständigen Rates der Deutschen

Bischofskonferenz ins Heilige Land. Auch hier bat der Erzbischof um den Besuch in den dortigen Gemeinden. Eindringlich sein Hinweis an alle, dass die Fernsehbilder von den Ausschreitungen – wo auch immer – nie einen repräsentativen Einblick in die dortigen Glaubensgemeinschaften vermitteln würden.

Nach einer Gesangseinlage wurden bei einem Podiumsgespräch persönliche Eindrücke vom Wirken des Hilfswerkes geschildert. Unter anderem auch von Denis Möller, einem Preisträger von »Jugend forscht«, der sein Preisgeld dem Hilfswerk für die Unterstützung der katholischen Kirche in der Mongolei zur Verfügung stellte. Die langjährige Generalsekretärin des internationalen Gesamtwerkes und jetzige Präsidentin der deutschen Sektion, Frau Antonia Willemsen, berichtete über die Anfangszeiten des Hilfswerkes und wie bereitwillig Pater Werenfried sich immer in den Dienst der Kirche stellte. Ob Papst Johannes XXIII. ihn bat, Südamerika zu unterstützen und dort seine »Netze auszuwerfen«, ob Paul VI. ihn ansprach, sich um Afrika zu kümmern oder Johannes Paul II. ihn zur Mithilfe bei der Versöhnung mit der russischen Kirche einlud, stets ging Pater Werenfried mit ganzem Schwung an die Sache heran und trieb sie vorwärts.

Die Laudatio zu diesem Festakt hielt Kardinal Castrillo Hoyos, der lange Jahre als Präfekt im Vatikan auch für das Hilfswerk »Hilfe in Not« zuständig war. Aus Kolumbien stammend hob er seine positiven Erfahrungen mit dieser wirklich unbürokratischen Organisation hervor. »Ein Hilfswerk lebt von Charismen, von Personen und von der Fähigkeit, sich schöpferisch immer neuen Aufgaben zu stellen« führte der Kardinal aus und wünschte Kirche in Not, dass dies auch in Zukunft das Leitmotiv des Handelns bliebe, denn das Hilfswerk stellt echte Nächstenliebe dar. □

Das Hilfswerk und seine Projekte im Internet: <www.kirche-in-not.de>

KURZ BERICHTET AUS RELIGION UND GESELLSCHAFT:

Die Kirche in der Statistik:

Der »Annuario Pontificio« 2007
Papst Benedikt XVI. vorgestellt

Das aktuelle Jahrbuch der katholischen Kirche wurde am 12. Februar im Vatikan vorgestellt. Der »Annuario Pontificio« erscheint auf Italienisch. Neben der aktuellen Liste der Päpste und der Zusammensetzung des Kardinalskollegiums beziehungsweise der Römischen Kurie umfasst das Jahrbuch ein vollständiges Verzeichnis aller Diözesen und Kirchenterritorien, ein Verzeichnis der Ordensgemeinschaften sowie ein Register aller Personen, die in den genannten Kapiteln angeführt werden. Darüber hinaus scheinen alle kirchlichen Würdenträger auf, die einen päpstlichen Ehrentitel (Apostolischer Protonotar, Prälat, Kaplan Seiner Heiligkeit/Monsignore) erhalten haben.

Nach dem aktuellen Jahrbuch ernannte Benedikt XVI. im Lauf des vergangenen Jahres zwölf neue Bischofssitze. Außerdem wurden neun Metropolitansitze sowie eine Apostolische Administration eingerichtet. Insgesamt wurden 180 neue Bischöfe ernannt.

Die statistischen Daten erlauben es, die hauptsächlichen Aspekte der pastoralen Präsenz und Aktivität der katholischen Kirche in den 2.915 Kirchenbezirken der ganzen Welt zusammenzufassen.

Von 2004 bis 2005 stieg die Zahl der Katholiken weltweit von 1.098 auf 1.115 Millionen. Dies bedeutet einen Zuwachs von 1,5 %. Dieses Wachstum entspricht beinahe dem Wachstum der Weltbevölkerung (1,2 %), was bedeutet, dass der Katholikanteil an der Weltbevölkerung mit 17,2 % stabil geblieben ist.

Eine geographische Analyse der Entwicklungen der letzten zwei Jahre zeigt auf, dass die Zahl der Katholiken in Afrika um 3,1 % gestiegen ist, während das Wachstum der afrikanischen Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum etwas weniger als 2,5 % beträgt.

Auch auf dem asiatischen und amerikanischen Kontinent ist festzustellen, dass sich die Katholiken stärker vermehrt haben als die Bevölkerung dieser Kontinente. Die Zuwachs-

rate beträgt 2,71 % in Asien (Bevölkerungswachstum 1,18 %) und 1,2 % in Amerika (Bevölkerungswachstum 0,9 %). In Europa ist bei nahezu gleich bleibender Gesamtbevölkerung ein leichter Zuwachs bei der Anzahl der Katholiken auszumachen.

Die Zahl der Diözesan- und Ordenspriester stieg im Biennium 2004-2006 von 405.891 auf 406.411 (Zuwachsrate: 0,13 % weltweit). Neben beachtlichen Zuwachsraten in Asien (3,8 %) und Afrika (3,55 %) ist ein Rückgang in Europa (0,5 %), in Amerika (0,5 %) und in Ozeanien (1,8 %) zu verzeichnen.

Die prozentuale Verteilung der Priester pro Kontinent weist im Biennium 2004-2006 leichte Veränderungen auf: Auf Afrika und Asien entfielen im Jahr 2004 19,58 % aller Priester, im Jahr 2005 waren es 20,38 %.

Christen leichte Beute für Islamisten

Aus religiösen Gründen verfolgte Menschen sind nach Einschätzung des Direktors des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, Thomas Schirmacher, zu 75 % Christen. Bei den aus religiösen Gründen ermordeten Menschen seien es sogar mehr als 80 %, sagte der Bonner Theologe und Menschenrechtler der in Berlin erscheinenden »Welt am Sonntag«. Die Verfolger kommen nach Einschätzung Schirmachers keineswegs nur aus islamischen Gottesstaaten. Unterdrückt würden Christen auch im kommunistischen Machtbereich, etwa in China, Nordkorea und Vietnam. Der Institutsdirektor zeigte sich beunruhigt darüber, dass bisher religiös neutrale Staaten wie Indien, Malaysia oder Algerien die Religionsfreiheit ihrer Minderheiten massiv einschränkten.

Als einen Grund für die weltweite Christenverfolgung sieht Schirmacher den Pazifismus vieler Gemeinden. In Indonesien beispielsweise, wo im Schnitt täglich eine Kirche niedergebrannt werde, hätten sich viele Gemeinden entschieden, auf Gegengewalt zu verzichten. Damit würden sie zur »leichten Beute für Islamisten«. Nicht unerheblich für die Gewalt sei auch das »phänomenale Wachstum des Christentums außerhalb Europas«.

In Amerika änderte sich diese Kennzahl praktisch nicht (29,8 %), ebenso wenig wie in Ozeanien (1 %).

Europa ist der einzige Kontinent, in dem die Zahl der Priester abnimmt. Im Jahr 2004 stellten die 199.978 europäischen Priester 49,3 % der Priester in aller Welt, ein Jahr später 48,8 %.

Die Zahl der Studenten in den Diözesan- oder Ordensseminaren stieg von 113.044 im Jahr 2004 auf 114.439 im Jahr 2005 an. Insgesamt ist im Biennium eine Wachstumsrate von 1,23 % zu registrieren: Afrika (+3,46 %); Asien (+2,9 %); Amerika (0,6 %). In Europa ist ein Rückgang um 1,9 % festzustellen. Unter 100 Anwärtern auf das Priestertum befanden sich im Jahr 2005 statistisch betrachtet 32 Amerikaner, 26 Asiaten, 21 Afrikaner, 20 Europäer und 1 Ozeanier. (ZENIT)

Seit 1970 habe sich die Christenheit in Asien und Afrika verdreifacht. Das »Voranpreschen der christlichen Religion«, insbesondere durch freikirchliche Missionare in Afrika und Asien, führe dort zu Spannungen. Andersgläubige Bevölkerungsmehrheiten fürchteten Überfremdung und den Verlust kultureller Identität.

Nach Einschätzung Schirmachers wird das Thema Christenverfolgung inzwischen »ernster genommen denn je«. Selbst die UNO beschäufte sich mit dem Schutz der religiösen Gruppen. Am Montag erschien das neue »Jahrbuch der Christenverfolgung«, das von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und vom Arbeitskreis für Religionsfreiheit der Evangelischen Allianz herausgegeben wurde.

Überschätzte Dialogbereitschaft

Bei einem Expertengespräch äußerte der Freiburger Religionsgeschichtler Bernhard Uhde die Ansicht, Christen überschätzten die Dialogbereitschaft anderer Religionen. Der Islam verstehe sich als Korrektur der Christologie. Er sehe sich als Reformbewegung gegen Judentum und Christentum und damit durchaus in einer aufklärerischen Rolle. So sei die christliche Dreieinigkeitslehre für Muslime mit Vernunft unvereinbar. (KNA).

Neue polnische »Erziehungsoffiziere« in den Garnisonen

VON JOACHIM G. GÖRLICH

Mit dem Beginn des Jahres 2007 haben in Polens Garnisonen etwa 600 »Erziehungsoffiziere« ihren Dienst angetreten. »Sie sollen die Soldaten lehren, was Patriotismus ist und wie man die Drogensucht bekämpft«, schreibt die halbamtliche »Rzeczpospolita« (Die Republik) in Warschau. Das letztere Thema ist besonders wichtig, da es bereits das Offizierkorps erreicht hat.

Zwei Parolen seien daher wichtig: der »Bürger in Uniform« und »Unser Platz in der EU«, ergänzt das Ministerium für nationale Verteidigung. Aus dem Ukas wird ein Weiteres noch sichtbar: Diese Offiziere sollen eben auch die Drogen- und Alkoholsucht innerhalb des Offizierkorps bekämpfen und helfen, den Zugang dieser Drogen in die Kasernen zu unterbinden.

Aus den Untersuchungen des Militärinstituts für soziologische Forschungen geht nämlich hervor, dass drei Prozent der Berufssoldaten, d.h. jeder zehnte Offizier und Unteroffizier, jeder sechste »einfache« Soldat, also mehr als 2.000 Soldaten drogenabhängig sind.

Im Gegensatz zu den kommunistischen Vorgängern sollen die neuen Erziehungsoffiziere apolitisch, d.h. parteilos sein. Verteidigungsminister Radoslaw Sikorski¹ sagt, er könne sich

¹ Am 07.02.2007 war Radoslaw Sikorski wegen Spannungen innerhalb der Regierung aus seinem Amt als Verteidigungsminister Polens entlassen worden. Gleichzeitig berief Staatspräsident Lech Kaczynski dem bisherigen Chef seiner Kanzlei Aleksander Szczyglo in das Amt des Verteidigungsministers. Szczyglo gilt als enger Vertrauter des Präsidenten.

noch gut an die Ära der Politoffiziere erinnern, und diese Zeit sei nun vorbei. Die neuen Erziehungsoffiziere sind allesamt Absolventen der Psychologie und Soziologie. Ihre Einführung kostet das Verteidigungsministerium ca. zwei Millionen Euro.

Die Einrichtung der »Politoffiziere«, die bei den Offizieren sogar die Partnerinnen-Auswahl vor der Eheschließung mitbestimmen, die künftigen Ehefrauen auf »Herz und Niere« nach ihrem ideologischen Zustand erforschten, ist eigentlich bereits seit der »Wende« 1989 vorbei. Allzu eifrige Politruks mussten ihren Hut nehmen und die Armee verlassen. Es gab aber nicht wenige, die umgehend die Nähe der Kirchen suchten und sich rasch versetzen und zu »Erziehungsoffizieren« umschulen ließen. □

Katholiken beharren auf Gottesbezug in der EU-Verfassung

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) beharrt auf einem Gottesbezug in der EU-Verfassung. Ein Schweigen des Textes zu den christlichen Wurzeln würde deutlich in die Richtung eines laizistischen Europas weisen, erklärte ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer Anfang Januar in Bonn. Er dankte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), dass sie sich während der deutschen EU-Präsidentschaft für einen Gottesbezug einsetzen wolle.

Meyer forderte zudem eine Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells. Andernfalls könne die Europaskepsis vieler Bürger nicht abgebaut werden. Die soziale Dimension sei in einem künftigen Verfassungsvertrag »erkennbar festzuschreiben«. Weiter plädiert das ZdK dafür, die Grundrechtecharta der EU-Verfassung möglichst umgehend rechtsverbindlich in Kraft zu setzen. In der Charta seien wesentliche Rechte verankert, die über die Regelungen der Europäischen Menschenrechtskonvention hinausgingen. Dazu gehörten das Recht auf bezahlten Mutterschaftsurlaub, auf unentgeltliche Arbeitsvermittlung und Streik. (KNA)

TV-Nutzung auch 2006 gestiegen

Die Deutschen haben im WM-Jahr 2006 so viel Fernsehen geschaut wie nie zuvor. Jeder Bürger ab 14 Jahren sah 227 Minuten pro Tag, wie der Werbezeiten-Vermarkter der RTL-Gruppe, IP Deutschland, im Januar in Köln mitteilte. Trotz massenhafter »Public Viewings« sei der Rekordwert des Vorjahrs um eine Minute übertroffen worden. Im internationalen Vergleich belegt Deutschland demnach einen Mittelplatz hinter den USA (299 Minuten), Italien (249) und Großbritannien (235). Die Spanier sind den Deutschen in punkto TV-Konsum ebenbürtig; weniger gesehen wird in Frankreich (219) und Japan (214).

Auch die Bildschirmmedien Teletext und Internet legten den Angaben zufolge 2006 zu. 17,07 Millionen Menschen informierten sich im Schnitt täglich im Teletext. Das waren gut 0,75 Millionen mehr als 2005. Darüber hinaus gingen 37,2 Millionen Menschen und damit mehr als die Hälfte der Bevölkerung online.

Die Zahlen widerlegten die Annahme, dass das Internet mit zunehmender Verbreitung das Fernsehen verdränge, so IP Deutschland. Auch bei der Internetnutzung belegt die Bundesrepublik einen Mittelplatz zwischen den USA (73 Prozent der Bevölkerung), Großbritannien (66,6) den Niederlanden (66,3) und Japan (62,3) sowie Frankreich (50,5), Italien (36,1) und Spanien (35,0). (KNA)

Erschreckender Vormarsch des Islams in der heutigen Welt

Der Islam hat sich in christlichen Ländern weit stärker ausgebreitet als umgekehrt

VON PROF. DR. RUDOLF GRULICH

Ogleich man im Westen wegen der arabischen Sprache des Korans oft das Arabertum mit dem Islam gleichsetzt, sind es doch heute nichtarabische Staaten, in denen die meisten Muslime leben. An der Spitze steht Indonesien mit über 180 Millionen Muslimen. Es folgen Pakistan mit 130 Millionen, Bangladesch mit 105, Indien mit 90, China mit 80, Iran und die Türkei mit 70 Millionen Muslimen. Erst dann kommt mit Ägypten ein arabisches Land, von dessen 70 Millionen Gesamtbevölkerung die Muslime etwa 60 Millionen ausmachen.

Diese absoluten Zahlen besagen aber wenig, da die Prozentsätze der Muslime bezogen auf die Gesamtbevölkerung zwar in Indonesien (88 %), Pakistan (97 %), Bangladesch (88 %), dem Iran (99 %) und der Türkei (98 %) sehr hoch, im Falle Indiens (mehr als 10 %) oder China (6 %) relativ gering sind.

Allerdings leben die Muslime auch in Indien und China meist in kompakten traditionellen Siedlungsgebieten und bestimmen das Erscheinungsbild ganzer Provinzen, Bundesländer oder Republiken, wie dies auch in den zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion der Fall war. Dort sind seit dem Zerfall der UdSSR ein halbes Dutzend neuer muslimischer Staaten entstanden. Sicher können wir von weit über einer Milliarde Muslime in der Welt ausgehen, das sind zwanzig vom Hundert der Weltbevölkerung.

Mehr als 95 Prozent der Bevölkerung stellen die Muslime in Ländern wie Afghanistan, Algerien, Irak, Jemen, Jordanien, den Arabischen Emiraten, im Iran, den Komoren, in Libyen, den Malediven, Mali, Marokko, Mauretanien, Niger, Oman, Pakistan, Saudi Arabien, Senegal, Somalia, Tunesien und der Türkei. Doch sind in den ölreichen Ländern der Arabischen Halbinsel Hunderttausende



Die Welt des Islam

von ausländischen christlichen Arbeitern beschäftigt.

Mehr als vier von fünf Einwohnern sind Muslime in Ägypten, Bangladesch, Bahrain, Dschibuti, Gambia, Guinea, Indonesien, Katar, in Kuwait und Syrien, wobei in vielen Fällen keine exakten Zahlen vorliegen. Eine muslimische Mehrheit gibt es auch in Staaten wie dem Libanon, Sudan, Tschad, Malaysia und in Europa in Albanien, Bosnien und dem Kosovo, das mit seiner Unabhängigkeit rechnet.

Ihre Stärke zeigen die islamischen Staaten durch ihren 1974 in Dschidda erfolgten Zusammenschluss in der Islamischen Weltkonferenz (ICO = Islamic Conference Organisation), mit einer eigenen islamischen Nachrichtenagentur (INA), der Islamischen Entwicklungsbank (IsDB) und der Islamischen Presseunion (IsPU). Vorläufer dieser ICO waren die Islamische Weltliga und die Islamische Allianz König Feisals von Saudi-Arabien. Versuche des Iran und

Libyens erfolgten, einen so genannten »Islamischen Rat« bzw. eine »Organisation der Islamischen Welt« zu schaffen. Sitz der ICO ist Dschidda, der der Islamischen Presseunion London. Der ICO gehören 50 Staaten und Organisationen an, das sind fast alle Staaten mit islamischer Mehrheitsbevölkerung. Ziel der ICO ist die Förderung der Einheit und Zusammenarbeit aller islamischen Staaten, der Kampf gegen den Kolonialismus und für die Rückgewinnung der heiligen Stätten in Jerusalem.

Islam in Europa erst seit türkischer Eroberung

In Europa leben Muslime erst seit den Jahrhunderten der türkischen Eroberung in Albanien, Bulgarien, Griechenland, Bosnien, Serbien, Montenegro, Mazedonien und Rumänien.

– Bereits 1354 hatten die Osmanen die Dardanellen überschritten, wo sie in Europa Fuß fassten,
– schon 1361 Adrianopel eroberten

und zur zweiten Hauptstadt machten.

- 1389 schlugen sie das serbische Heer auf dem Amselfeld,
- 1453 eroberten sie Konstantinopel, 1463 Bosnien, 1521 Belgrad und
- 1526 Ungarn.
- Ihre Zahl dürfte gegen Ende des 20. Jhs. im ehemaligen Jugoslawien über vier Millionen, zwei Millionen in Albanien, 1,5 Millionen in Bulgarien, 150.000 in Griechenland und 50.000 in Rumänien betragen haben.

Im europäischen Russland gibt heute es mehr als zwölf Millionen Muslime, dazu als Erbe der alten Sowjetunion Hunderttausende in den Nachfolgerepubliken. Völker wie die Tataren und Baschkiren, Krimtataren und die Völker des Kaukasus sind traditionell muslimisch.

Was die Nachfolgerstaaten Jugoslawiens angeht, so stellen sie in Bosnien die relative Mehrheit mit zwei Millionen, in Mazedonien gibt es über 600.000 Muslime, im Kosovo 1,7 Millionen, im übrigen Serbien über 100.000, ebenso in Montenegro sowie je 50.000 in Kroatien und in Slowenien. In Polen gibt es noch 5.000 einheimische Muslime aus der Zeit der Tataren. Die Muslime in allen anderen europäischen Staaten sind erst im Gefolge der modernen Wanderströme, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, ansässig geworden: in Deutschland etwa vier, in Frankreich drei, in Großbritannien 2,2 Millionen.

Durch Einbürgerung vieler Muslime in europäischen Ländern und durch Heirat europäischer Frauen mit Muslimen ist die genaue Zahl der Anhänger des Islams bei uns schwer zu bestimmen.

Islam sieht Europa als Missionsgebiet

Der Islam in Europa wird aber längst in die weltweite islamische Missionsplanung einbezogen. Das zeigen überregional tätige islamische Organisationen wie der »Islamic Council of Europe« in London und der »Moscheenrat für Europa« in Brüssel.

Ein Vergleich der Ausbreitung des Islams in christlichen Ländern mit der christlichen Präsenz in isla-

mischen Staaten im 20. Jhs. fällt eindeutig zuungunsten des Christentums aus. Während das Christentum zum Beispiel in rein islamischen Ländern wie Afghanistan, Saudi-Arabien, den Arabischen Emiraten oder dem Jemen nie Fuß fassen durfte, gibt es seit den letzten Jahrzehnten des 20. Jhs. bereits Millionen von Muslimen in den ehemals rein christlichen Ländern West- und Mitteleuropas.

Außerdem ist in vielen muslimischen Ländern im 20. Jh. die Zahl der Christen erschreckend zurückgegangen, zum Beispiel in der Türkei, wo von Millionen Christen vor dem Ersten Weltkrieg durch die Vertreibung und Ausrottung der Armenier und Assyrer und die Umsiedlung der Griechen nur noch hunderttausend übrig blieben, aber auch in Algerien, wo die Abwanderung von über einer Million Algerien-Franzosen die Christen zu einer unbedeutenden Minderheit machte. In einem muslimischen Land wie Somalia gibt es heute trotz jahrzehntelanger italienischer Herrschaft im Lande weniger Katholiken (250) als Muslime in Luxemburg (10.000).

Gerade solche Vergleiche zeigen den Vormarsch des Islams: Die Zahl der Muslime in Österreich und der

Schweiz ist viel größer als die Zahl der Christen im Iran, in der Türkei, Kuwait oder Libyen. Es gibt in Belgien mehr Muslime als Christen in Bangladesch, ganz zu schweigen von den Millionenzahlen der Muslime in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Solche Zahlen von Christen gibt es eigentlich nur in Indonesien oder dem Sudan. Im Sudan ist ihre Lage seit Jahrzehnten beklagenswert, in Indonesien hat sich die Lage in den letzten Jahren entscheidend verschlechtert. □

Hinweis:

Beim Kongress »Treffpunkt Weltkirche« des weltweiten katholischen Hilfswerks »Kirche in Not« 2006 in Augsburg hat sich eine hochkarätige katholische Podiumsrunde mit dem Vordringen des Islams beschäftigt. Mit dabei waren neben anderen Bischöfe und Priester aus Nigeria, Mauretanien, der Arabischen Halbinsel und der Türkei sowie Muslime, die Christen geworden sind. Die Diskussion kann als DVD unentgeltlich angefordert werden bei:

KIRCHE IN NOT, Telefon:
089/7607055, Fax: 089/7696262,
info@kirche-in-not.de,
www.kirche-in-not.de.

KURZ BERICHTET:

Therapie.

Mit 50 MURSCHIDAT, weiblichen Geistlichen, will Rabat der Gefahr eines islamischen Fundamentalismus begegnen. Wie die britische BBC berichtete, ist das nordafrikanische Marokko damit das erste muslimisch geprägte Land, das ausgebildete Theologinnen, die mit Ausnahme der Leitung von Gebeten alle Funktionen eines Imam ausüben sollen, einsetzen will. Zu den zentralen Aufgaben der Murschidat gehörten die Leitung religiöser Diskussionen sowie die Beratung in religiösen Fragen, vor allem von Frauen. Anlass für diesen Weg waren die Selbstmordattentate von Islamisten im Mai 2003, die 41 Todesopfer forderten. Der zuständige Minister Ahmed Toufiq erklärte dazu, der Terrorismus sei das ernste Symptom einer Krankheit in der Gesellschaft, und diese müsse mit allen denkbaren Maßnahmen bekämpft werden. Der BBC-Korrespondent wies indes auch darauf hin, dass mehrere der Murschidat bereits als Sympathisantinnen der islamistischen Organisation »Gerechtigkeit und Wohlfahrt« aufgefallen seien. (KNA)

Eine im EU Parlament eingereichte Deklaration zum Islamverständnis findet in Europa kaum Resonanz

Der britische Europaabgeordnete Gerard Batten hat am 13. Dezember 2006 dem Europäischen Parlament eine Deklaration zum Verständnis des Islam vorgelegt. Die von Sam Salomon verfasste Erklärung soll Muslimen aus allen Richtungen die Gelegenheit geben, sich zu den freiheitlich-demokratischen Grundwerten Europas zu bekennen und sich von extremistischen Interpretationen ihrer religiösen Texte zu distanzieren. Salomon ist ein vom Islam zum Christentum konvertierter Experte für islamisches Recht.

In der Erklärung sind 10 verpflichtende Artikel für die muslimische Gemeinschaft enthalten. Erwartet wird zum Beispiel:

- Respekt vor anderen Religionen und die Herausgabe einer Fatwa, die die Anwendung von Zwang, Gewalt oder Drohungen gegenüber deren Anhängern ablehnt;
- Respekt gegenüber allen Zivilisationen, Kulturen und Traditionen;
- die Höherstellung der nationalen Gesetzgebung gegenüber der Shari'a;
- die Anerkennung der in den westlichen Gesellschaften garantierten Freiheiten, insbesondere der Glaubens- und Meinungsfreiheit und die Ablehnung gewaltsamer Aktionen gegenüber Menschen, die diese Freiheiten in Anspruch nehmen;
- das Verbot Fatwas zu erlassen, die Gewalt oder Androhung von Gewalt gegen Personen oder Institutionen zur Folge haben;
- den Appell an muslimische Institutionen, die Interpretationen genau der Koranverse zu überprüfen, die zu einem Jihad und zur Gewalt gegenüber Nicht-Muslimen aufrufen.

Wie der Rechtsexperte Salomon bekannt gab, erhoffen sich die Initiatoren, dass viele muslimische Organisationen in Europa diese Deklaration unterzeichnen und es im »Haus des Islam« keinen Platz für Leute geben würde, die diese Verpflichtungen nicht einhielten. Damit würden sich

Muslime öffentlich zu einer Religion des Friedens bekennen und klarstellen, dass sich Extremisten nicht auf anerkannte muslimische Texte berufen könnten, sondern im Gegenteil diese für ihre eigenen Interessen instrumentalisierten.

Barren vertritt in seinem Vorwort zur Deklaration die Auffassung, ein theokratisch-fundamentalistisches Islamverständnis sei nicht mit einer freiheitlichen Demokratie in Westeuropa vereinbar. »Die überwiegende Mehrheit der Muslime«, so Barren,

sei jedoch freundlich, rücksichtsvoll, bejahe die Gesetzgebung und arbeite hart«. Die Regierungen und Gesellschaften Europas müssten gerade diese friedliebenden Mitbürger stärken und schützen.

Wie Barren gegenüber Ron Kubsch, einem Mitarbeiter des Instituts für Islamfragen, mitteilte, seien bisher »keine direkten Kommentare von muslimischen Verbänden eingegangen«. Während die Deklaration in den USA und in anderen Teilen der Welt viel Beachtung fände, würde die britische und europäische Öffentlichkeit sie weitgehend ignorieren.

(Quelle: www.islaminstitut.de)

DEUTSCHE BISCHÖFE BESUCHEN ISRAEL:

Schwierige Perspektiven

Berlins Botschafter in Israel, Harald Kindermann, hat den deutschen Bischöfen bei ihrem bis Sonntag dauernden Aufenthalt im Heiligen Land eine nüchterne Beschreibung der Lage in Nahost gegeben. »Das gegenseitige Vertrauen ist auf dem Nullpunkt.« Die eine Seite traue der anderen »nicht von jetzt bis Mittag«. Zwar gebe es in Israels Gesellschaft einen Willen zum Frieden, da die Menschen unter der Logik der Gewalt litten und vielfach traumatisiert seien, so der Diplomat. Aber es dominiere eine »Unfähigkeit, dorthin zu kommen«. In den vergangenen Jahren habe sich der Konflikt zudem »in einer unglücklichen Weise internationalisiert«. Immer mehr zentrale Akteure seien im Ausland, was eine Lösung erschwere. Und: Das große Thema für Israel sei nicht der Konflikt mit den Palästinensern, sondern der Iran. Zwar bedauerten Israelis, dass die deutsche Seite die Entwicklung im Iran nicht mit der nötigen Schärfe sehe. Deutschland werde aber in der Region – nicht zuletzt wegen der Wertschätzung für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) – als ehrlicher Makler wahrgenommen.

Mit Appellen zu einem Interessenausgleich im Nahen Osten haben die Bischöfe am 25.02. ihre Pilgerreise ins Heilige Land beendet. Vor Journalisten in Jerusalem bezeichnete Kardinal Karl Lehmann die Situation in Israel und Palästina als »gefährliche Sackgasse« und warnte vor einem irreparablen Vertrauensverlust zwischen Israelis und Palästinensern. Lehmann betonte erneut das Recht der Israelis, in Frieden zu leben, sowie das Recht der Palästinenser auf einen freien und souveränen Staat.

Zugleich warnte der Kardinal vor den Folgen des israelischen Siedlungsbaus mit Sicherheitszäunen und -mauern, getrennten Straßennetzen und Check-Points. Diese Maßnahmen böten vielleicht einen aktuellen Gewinn an Sicherheit für die Israelis, könnten aber »dem Frieden auf lange Sicht nicht dienen«. Die Situation der Palästinenser bewertete der Kardinal als erschreckend und »geradezu katastrophal«. Bethlehem wirke wie ein lebendiges Gefängnis. Es gebe eine drastische Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die zum Teil Familien auf Dauer voneinander trenne. Die Bischöfe könnten keine politischen Vermittler sein; sie müssten aber immer wieder auf das Leiden der Menschen aufmerksam machen. Dabei sähen sie auch die Ängste der Israelis, deren staatliches Existenzrecht von manchen immer noch in Frage gestellt werde. (KNA)

50 JAHRE BUNDESWEHR:



Der siebte Bundespräsident und die Bundeswehr

Professor Dr. iur. Roman Herzog – wohlwollende Distanz

VON DIETER KILIAN

Roman Herzog – am 5. April 1934 im bayerischen Landshut geboren – war bei Kriegsende 1945 elf Jahre alt. Seine Familie hat zwar militärische Wurzeln, jedoch liegen diese weit zurück: Urgroßvater Schulze mütterlicherseits aus der Uckermark hatte als Soldat in den Kriegen 1866 und 1870/71 gekämpft und war mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet worden. Der Großvater väterlicherseits war 1891 als Berufssoldat in die bayerische Armee eingetreten und hatte 16 Jahre gedient (Soldatenjargon »Sechzehnder«). Am Ende seiner Laufbahn »Spieß« (Kompaniefeldwebel) geworden, war er danach mit dem Zivilversorgungsschein in die Beamtenlaufbahn gewechselt. Sein Vater Theodor Herzog (1905-1980) war als Leitender Angestellter einer Schnupftabakfabrik¹ und wegen eines Herzfehlers bei Beginn des Zweiten Weltkriegs zunächst »unabkömmlich« (uk) gestellt. Im Jahre 1943 wurde er aber doch noch als Soldat (Flieger) zum Bodenpersonal der Luftwaffe eingezogen – kurzzeitig in Polen, später heimatnah in Schongau und Schleißheim.

»Ich habe meinem Vater nie verübelt, dass er kein Widerstandskämpfer gewesen ist.«²

Herzog gehört nicht zur Riege selbsterhellender Moralapostel, die sich pharisäerhaft zu Richtern über ihre Vorväter aufschwingen. In den weni-

gen Kriegserinnerungen des jungen Roman waren die ersten Begegnungen mit dem Militär negativ geprägt: zum einen, weil der Familie der Vater fehlte, und zum anderen, weil der kleine Junge durch häufige Besuche in Lazaretten das Leid verwundeter Soldaten hautnah erlebte. Zwar waren die schweren Bombenangriffe auf München im 70 km entfernten Landshut nur zu erahnen, doch es gab auch wenige Angriffe auf die Stadt selbst – mit Alarm und bangem Warten im Luftschutzbunker. Angst herrschte in den letzten Wochen des Krieges vor fanatischen SS-Truppen, welche mit sinnlosen Durchhalteaktionen Luftangriffe amerikanischer Truppen provozierten. Insgesamt aber blieb Landshut durch seine geographische Randlage von schwereren Kriegsfolgen verschont.

Als amerikanische Truppen in den Morgenstunden des 1. Mai 1945 Herzogs Heimatstadt besetzten, war der Krieg überstanden. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft bei den US-Truppen wechselte Vater Theodor Herzog 1946 sein Metier und wurde Museumsdirektor und Stadtarchivar in Landshut – ein Beruf, dem per se ein konservatives Element innewohnt. Den fulminanten Aufstieg seines ältesten Sohnes³ konnte er nur noch bis zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichtes erleben; Mutter Helene (1902-1978) hingegen war bereits zwei Jahre vor dem Vater verstorben.

Die Familie von Roman Herzogs erster Frau Christiane (geb. Krauß; 1936-2000) hatte engere Beziehungen zum Militär. Sie war die Tochter des evangelischen Pastors Paul Krauß. Nach einer Banklehre hatte er den Beruf gewechselt und Theologie studiert. 1935 wurde er Standortpfarrer

in München. Im Zweiten Weltkrieg war er – von 1939 bis zum Ende – Militärpfarrer in der 7. (Bayerischen) Infanteriedivision⁴ und nahm am Frankreich- und Russlandfeldzug teil. Im Zentrum seiner Aufgaben stand der geistliche Beistand für verwundete und sterbende Soldaten in Feldlazaretten. 1945 geriet Pastor Krauß mehrere Monate in US-Kriegsgefangenschaft. Nach dem Krieg wurde er zunächst Pfarrer in Berchtesgaden und später Dekan in Landshut. Als Gattin des Bundespräsidenten brachte Christiane Herzog ihre überaus positive Haltung zu den Streitkräften z.B. durch Einladungen an Ehefrauen von Soldaten zum Ausdruck.

Bei Aufstellung der Bundeswehr war Herzog bereits 21 Jahre alt und studierte. Als Angehöriger der sog. »weißen Jahrgänge« wurde er zwar nicht mehr einberufen, doch seine Haltung zu den neuen Streitkräften war positiv.

»Ich war klar für die Wiederbewaffnung, obwohl ich damit rechnen musste, eingezogen zu werden. Meine Freunde waren der gleichen Meinung.«⁵

Im Falle einer Einberufung hätte sich Herzog dieser Pflicht daher nicht entzogen. Er begründet diese Haltung mit dem Aufstand in der DDR am 17. Juni 1953:

»Daraus haben wir die Lehre gezogen. Man muß sich verteidigen.«⁶

Das Drama »Des Teufels General« von Carl Zuckmayer habe, sagt Her-

⁴ Die Division gehörte zum Wehrkreis VII. 1935-36 war Generalleutnant Franz Halder, der spätere Chef des Generalstabs des Heeres, ihr Kommandeur.

⁵ Herzog, Roman: »Der unbequeme Präsident – Roman Herzog im Gespräch mit Manfred Bissinger und Hans-Ulrich Jörges«, S. 46.

⁶ Ebenda

¹ Schnupftabak zählte zu den kriegswichtigen Marketenderwaren.

² Diekmann, Kai; Reitz, Ulrich; Stock, Wolfgang: »Roman Herzog – Der neue Bundespräsident im Gespräch«, S. 31.

³ Der jüngere Bruder, Dr. Theo Herzog, wurde 1937 geboren.

zog,⁷ bis heute eine große Bedeutung für ihn wegen des Spannungsbogens zwischen Ablehnung der Nazis einerseits und der Liebe zu Deutschland auf der anderen Seite.

Der Schwerpunkt der ersten 15 Jahre seines beruflichen Lebensweges nach Studium und Promotion im Jahre 1958 in München lag bei seiner Tätigkeit als Hochschullehrer für Staatsrecht und Politik. 1966 wechselte Herzog an die Freie Universität nach Berlin, die er aber drei Jahre später – »angewidert von den chaotischen Zuständen« an der Hochschule, schreibt Wiedemeyer, – wieder verließ. Herzog – die Studentenproteste treffend und bissig zugleich als »nachgeholtes Indianerspiel aus der Jugend«⁸ skizzierend – wechselte in vertraute und vor allem ruhigere süddeutsche Gefilde – an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften nach Speyer. 1973 – mit 39 Jahren – folgte der Sprung in die Politik: Herzog wurde Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz bei der Bundesregierung und nahm dieses Amt fünf Jahre wahr. 1978 wechselte er in das Kabinett des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger (* 1913) nach Stuttgart und leitete zwei Jahre das Ressort für Kultur und Sport. 1980 wurde er in den Stuttgarter Landtag gewählt und übernahm das Amt des Innenministers. In den Jahren von Herzogs beruflicher Laufbahn als Professor für Staatsrecht, als Landespolitiker und an der Spitze des Verfassungsgerichtes gab es keine nennenswerten dienstlichen Kontakte zur Bundeswehr. Allerdings entwickelte sich damals eine Freundschaft zwischen dem Ehepaar Herzog und dem Berufsoffizier von Berlichingen und dessen Frau Alexandra. Götz Freiherr von Berlichingen-Jagsthausen (1935-1994), einer der Nachfahren jenes legendären Reichsritters »mit der eisernen Hand« und Sohn eines Offiziers, war 1956 in die Bundeswehr eingetreten und als Oberstleutnant in seiner letzten Verwendung Kommandeur im Verteidigungskreis-kommando (VKK) 513 in Heilbronn, nicht weit entfernt vom Stammschloss seiner Familie in Jagsthausen. Nach

dem frühen Tod beider Ehepartner – Götz Freiherr von Berlichingen starb 1994 und Christiane Herzog sechs Jahre später, – heirateten Roman Herzog und Alexandra Freifrau von Berlichingen (geb. von Vultejus).

Mit der Ernennung zum Richter am Bundesverfassungsgericht und dessen Vizepräsidenten im nahen Karlsruhe endete 1983 Herzogs Zeit in der praktischen Politik. Vier Jahre später – 1987 – übernahm er das höchste deutsche Gericht als dessen Präsident und rückte damit protokollarisch an Platz fünf in Deutschland. In dieser Funktion war er am 11. Juni 1990 Ehrengast auf der 31. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Fellbach bei Stuttgart, zu der Generalinspekteur Dieter Wellerhoff (1933-2005) eingeladen hatte. Das Thema »Äußere Sicherheit und Verfassung« hätte ihn »in Verlegenheit gebracht«, gestand Herzog, weil er befürchtete, die Offiziere würden mehr von ihm dazu hören wollen, als er leisten könne. Doch er analysierte die verfassungsrechtlichen Bedingungen der Landesverteidigung klar und wich dabei heiklen Aspekten keineswegs aus. So sagte er z.B. zum Spannungsverhältnis zwischen dem Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes und der Legitimation eines operativen Gegenangriffes in seiner plakativen Ausdrucksweise:

»Ich finde im Grundgesetz keine Norm, die den Verteidiger nur vor die Alternative stellt, ob er sich im Boden festkrallen oder ob er sich zurückziehen will. Das würde ja bedeuten, dass einmal verlorenes Terrain auf Zeit und Ewigkeit verloren bleiben müsste.«

Verteidigung umfasse also auch den Gegenangriff. Weitergehende Fragen jedoch – z.B. wie weit dieser auf das Gebiet des Angreifers vorgehen dürfen – musste er wegen der seinem Amte gegenüber gebotenen Zurückhaltung und auch, um rechtliche Präjudizierung zu vermeiden unbeantwortet lassen. Bei der Problematik eines Präventivangriffes wies Herzog darauf hin, dass dieser in ähnlicher Form unter dem Begriff der Notwehr auch im Strafrecht verankert wäre. Herzog wählte – in strikter Auslegung des Wortes »zuvorkom-

men« – damals eine enge Auslegung des lateinischen »praevenire«. – d.h. wenn ein Angriff mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit innerhalb der nächsten Stunden bevorstehe. Ob dies aber auch für eine staatsrechtliche Notwehr mit militärischen Mitteln gelten könne, ließ er »im Raume stehen«. Als Bundespräsident präziserte er bei der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn am 13. März 1995 seine Vorstellungen über die Politik des Vorbeugens. Gegen globale Risiken – wie Fundamentalismus, Bevölkerungsexplosion, Migration, Drogenhandel und die Folgen der Armut – »helfen nur soziale und wirtschaftliche Antworten«.

»Wenn wir den Risiken nicht vor Ort begegnen, werden sie zu uns kommen.«

Mit dem »nur« schloss er militärische Antworten aus. Später haben manche Politiker dies fälschlicherweise auch im Sinne einer offensiveren Militärpolitik verstanden. Die Diskussion, ob Wehrdienstverweigerung Ausnahmerecht sei oder nicht, riet Herzog geistig und nicht juristisch zu führen. Dies gelte auch für die Argumentation, aus dem im Grundgesetz verankerten Verteidigungsauftrag lasse sich »eine besondere Dignität des Dienstes in der Bundeswehr« ableiten.

Die höchste Stufe von Herzogs beruflicher Laufbahn war ein Ergebnis politischen Zufalls: Zunächst sollte Steffen Heitmann (* 1944), der sächsische Justizminister, als erster Ostdeutscher an die Staatsspitze treten. Doch diese Planung war politisch nicht durchsetzbar. Und so wurde an seiner Stelle Roman Herzog am 23. Mai 1994 zum siebten Bundespräsidenten gewählt und trat sein Amt am 1. Juli an. Während die ersten drei Bundespräsidenten – Heuss, Lübke und Heinemann – zwei Weltkriege, und die folgenden drei Staatsoberhäupter – Scheel, Carstens und von Weizsäcker – einen großen Krieg erlebt hatten, war der siebte Bundespräsident der erste, der nicht mehr zur Kriegsgeneration gehörte. Erst jetzt, im höchsten Staatsamt und am Ende seiner beruflichen Laufbahn, kam Roman Herzog in direkten dienstlichen Kontakt zur Bundeswehr. Während

7 Ebenda S. 56

8 Ebenda S. 66



Bundespräsident Herzog empfängt General Hartmut Bagger, den neuen Generalinspekteur der Bundeswehr am 5. März 1996.
(Foto: BPA)

der fünfjährigen Amtszeit Herzogs wurde das Verteidigungsressort von den Ministern Volker Rühe (* 1942/CDU) und Rudolf Scharping (* 1947/SPD) geleitet. Herzog hatte zu beiden Ministern und den Generalinspektoren Klaus Naumann (* 1939) und Hartmut Bagger (* 1938) einen ausgezeichneten Kontakt. Zweimal pro Jahr ließ er sich in persönlichen Gesprächen, die bis zu zwei Stunden währten, über aktuelle sicherheitspolitische Themen und die Lage der Bundeswehr vortragen. Besonders Naumann genoss wegen dessen herausragender Sachkenntnis Herzogs besondere Wertschätzung. Der erste Besuch des neuen Staatsoberhauptes bei der Bundeswehr führte am 8. Dezember 1994 zur Heeresunteroffizierschule (HUS) nach Delitzsch in die »Feldwebel Erich Boldt-Kaserne«. Es war eine Geste, die nicht nur den Truppenteilen in den neuen Bundesländern, sondern auch dem Unteroffizierkorps der Bundeswehr galt, das – in der Öffentlichkeit leider immer noch weitgehend unbemerkt – neben der Inneren Führung eine der großen Erfolgsgeschichten der Bundeswehr in Bezug auf Erziehung und Ausbildung ist. Herzog lobte die Leistung der Integration der Nationalen Volksarmee (NVA), »für die es kein geschichtliches Vorbild gibt« und sagte zur Rolle und Aufgabe des Unteroffiziers:

»Der Unteroffizier ist zu einem selbständigen Träger von Verantwortung geworden, vor allem dort, wo er als Führer einer Teileinheit eingesetzt ist. Und was man von einer Armee halten kann, erfährt man nicht nur aus Gesprächen mit der Generalität, sondern gerade mit Unteroffizieren.«

Er drückte seine Sorge an der »besorgniserregend hohen Zahl der Kriegsdienstverweigerer« und dem nicht allzu hohen Ansehen, »das der Soldatenberuf bei Befragungen auf der Skala der beliebtesten Berufswünsche einnimmt«, aus. Dies zu ändern, könne nur einer Gemeinschaftsleistung von Politik und militärischer Führung gelingen. Der Appell verhallte. Am 22. September 1994 empfing der Bundespräsident die Mitglieder des NATO-Militärausschusses unter Führung ihres Vorsitzenden, des britischen Field Marshals Sir Richard Vincent (* 1931), im Schloss Bellevue und dankte den Verbündeten für deren Unterstützung bei der Wiedervereinigung. Drei Wochen später, am 12. Oktober, besuchte Herzog das NATO-Hauptquartier in Brüssel. Es war der erste Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes beim Bündnis nach dem Zerfall des Ostblocks. Dabei wies Herzog auf die Notwendigkeit einer Mehrdimensionalität der Verteidigung hin.

»Sicherheit ist heute weniger als früher ... eine militärische Frage. Sicherheitsvorsorge fordert mehr denn je, die Ursachen militärischer Konflikte anzugehen und präventive Konfliktverhütung sowie Krisenbewältigung zu betreiben.«

Auch dieser Hinweis des Bundespräsidenten wurde bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr bisher nur ansatzweise umgesetzt; allerdings setzen internationale Bedingungen nationalem politischen Spielraum enge Grenzen.

1995 war ein Jahr häufiger Begegnungen mit Soldaten. Am 5. April 1995 empfing Herzog alle bisherigen Verbindungs-

offiziere beim Staatsoberhaupt⁹ in der Villa Hammerschmidt. Wenige Tage später, am 25. April 1995, besuchte er die Bundessicherheitsakademie in Bonn.¹⁰ Zum 100-jährigen Jubiläum des Nord-Ostsee-Kanals während der Kieler Woche unternahm er am 20. Juni eine vierstündige Fahrt auf der »Gorch Fock«. Bei solchen Besuchen praktizierte Herzog, was er in Delitzsch gesagt hatte: das Gespräch auch mit Unteroffizieren und Mannschaften. Am 26. Juli 1995 unternahm Herzog – zusammen mit Generalinspekteur Naumann und Vizeadmiral Hans-Rudolf Boehmer (* 1938), dem Inspekteur der Marine – im Rahmen der »Sail 95« in Bremerhaven eine mehrstündige Fahrt auf dem Minensuchboot »Dillingen«. Nur wenige Tage später folgte ein weiterer Besuch bei der Marine, diesmal in Nordholz und auf der Fregatte »Lübeck«.

Im Herbst 1995 beging die Bundeswehr unter dem Motto »40 Jahre Bundeswehr – 5 Jahre Armee der Einheit« ihren 40. Geburtstag. Der Große Zapfenstreich im Bonner Hofgarten am 26. Oktober in Anwesenheit von Bundespräsident Herzog und Bundeskanzler Kohl geriet zu einem würdelosen Schauspiel parteipolitischer Profilierungs- und Grabenkämpfe. So blieb der damalige SPD-Vorsitzende und spätere Verteidigungsminister Rudolf Scharping der Zeremonie demonstrativ fern. Die Fraktionssprecherin der »Grünen/Bündnis 90«, Kerstin Müller, begrüßte Scharpings Schritt, »sich solcher schrecklichen militärischen Zeremonien« durch Nichtanwesenheit zu entziehen.¹¹ Einige Tage später, am 12. November, würdigte der Bundespräsident dieses Ereignis trotz einiger Widerstände im Bundespräsidialamt zur besten Sendezeit um 19.45 Uhr in einer Fernsehansprache. Der Tag ihrer Gründung sei »ein guter Tag für uns alle« gewesen. Die Deutschen hätten die zurückliegenden

⁹ Damals lebten noch alle Verbindungs-offiziere (VerbOffz). Zwischenzeitlich verstarben Brigadegeneral Wolfgang Sand (1937-2001), erster VerbOffz bei Richard von Weizsäcker von 1984 bis 1988 und Kapitän zur See Heinz Herche (1923-2004), der als erster VerbOffz der Bundeswehr überhaupt bei Bundespräsident Heinrich Lübke gedient hatte.

¹⁰ Seit 19. März 2004 in Berlin

¹¹ Vgl. Pressespiegel der Bundeswehr vom 26.10.1995

Jahre des Friedens auch der Existenz und der Leistung der Bundeswehr zu verdanken. Drei Tage später warf er auf der 35. Kommandeurtagung der Bundeswehr in München – unter Klaus Naumann als Generalinspekteur – bei seiner zweiten Rede vor den Kommandeuren nach 1990 in Fellbach, diesmal als Bundespräsident, die Frage nach Notwendigkeit und Legitimation der Wehrpflicht und dem Verhältnis zum Zivildienst auf. Differenzierter als viele Politiker und Militärs, die das »Hohe Lied der Wehr- und Bürgerpflicht« eher aus praktischen Erwägungen »singen«, wies der versierte Rechtsgelehrte auf die verfassungsrechtlichen Auflagen hin:

»Wehrpflicht macht alle Bürger verantwortlich für die Sicherheit ihres Gemeinwesens. Und sie macht übrigens auch die Politiker in besonderem Maße sensibel für Einsätze, ... Die vielfältigen Vorteile für Staat und Streitkräfte reichen aber ... nicht als Begründung aus, ebenso wenig wie wolkeige Rufe nach mehr Pflichtgefühl der jungen Leute. Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Sie ist also kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern sie ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage.«

Seine Begründung für »Wehrpflicht ist originäre Bürgerpflicht« klingt rational und nicht emotional:

»Zwar ist auch der Zivildienst ein bedeutsamer Faktor ... unseres Landes, und auch die Zivildienstleistenden verdienen hohen Respekt. Aber die Wehrpflicht ist für uns unabdingbar. ... Ich stehe

aber auch zur Verpflichtung des Parlaments, ... den Wehrdienst als die gegenüber dem Zivildienst vorrangige Pflicht öffentlich herauszustellen. Es wäre falsch, aus der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Gleichbehandlung der Wehrdienst- und Zivildienstleistenden eine Gleichrangigkeit beider Dienstformen abzuleiten. Gesellschaftlich wichtig und wertvoll – auch daran möchte ich keinen Zweifel lassen – sind allerdings beide Dienste.«

In der Öffentlichkeit ist diese Differenzierung untergegangen. Für Herzog waren es nicht nur Worte und Appelle: Nach Klaus Robert Freiherr von Weizsäcker, dem ältesten Sohn Richard von Weizsäckers, leisteten auch seine beiden Söhne – vor dessen Amtszeit als Staatsoberhaupt – Wehrdienst. Sie waren Gebirgsjäger, »aber« es hat keiner das Gebirge gejagt¹², bemerkte Herzog treffend in seiner trockenen Art und wies dabei zugleich auf sprachliche Unsauberkeiten militärischer Terminologie hin.¹³ Marcus Herzog (* 1960) musste 1979 dazu sogar sein Physik-Studium unterbrechen. Er wurde zur Heeresflugabwehr der 1. Gebirgsdivision einberufen und diente als Kraftfahrer und Funker. Sein jüngerer Bruder Hans-Georg (* 1965) ging 1983 »aus innerer Überzeugung«¹⁴ direkt nach

dem Abitur zur Bundeswehr und reparierte Panzerabwehr-Raketensysteme in einem Instandsetzungsbataillon der 1. Gebirgsdivision. 1985 schied er als Fähnrich der Reserve aus.

Herzogs Amtszeit war sicherheitspolitisch ereignisreich: Am 12. Juli 1994 bestätigte das Bundesverfassungsgericht, dass die Bundeswehr zu Friedensmissionen bis hin zu Kampfeinsätzen im Rahmen der UNO und der NATO durch die Bundesregierung eingesetzt werden darf, wenn das Parlament zuvor mit einfacher Mehrheit zugestimmt hat. Herzog hatte an dieser Entscheidung – obwohl sie erst nach seiner Zeit am Verfassungsgericht verkündet wurde – mitgewirkt. Damit brach das Kartenhaus angeblich verfassungsrechtlicher Einschränkungen – Herzog sprach einmal vom »Ende des Trittbrettfahrens«¹⁵ – zusammen. Nach zwei »Versuchsläufen« mit einem Feldlazarett in Kambodscha und dem passiven Somalia-Einsatz – begann mit IFOR und SFOR – die deutsche Beteiligung an den NATO-Friedenstruppen auf dem Balkan – getragen von breiter parlamentarischer Mehrheit. In seiner ersten außenpolitischen Grundsatzrede ging Herzog am 13. März 1995 auf die Frage deutscher Interessen ein und beschrieb sie als »unsere unmittelbaren nationalen Interessen wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand. ... Unsere Partner würden uns ohnehin nicht glauben, dass wir nur

12 Herzog, Roman: Der unbequeme Präsident S. 117.

13 So jagt z.B. der Panzerjäger feindliche Panzer; der Fallschirmjäger aber keineswegs feindliche Fallschirme.

14 Filmer, Werner; Schwan, Heribert: Roman Herzog – Die Biographie. S. 344.

15 Ansprache bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 13.03.1995 in Bonn.



Bundespräsident Herzog im Gespräch mit deutschen Blauhelm-Sanitätssoldaten der »UN-Observation Mission in Georgia« (UNOMIG) am 13. Juni 1996 beim Staatsbankett in Georgiens Hauptstadt Tiflis.
(Foto: Archiv BrigGen a.D. Heider)

internationalen Altruismus (= Selbstlosigkeit) im Schilde führen.»

Am 12. September 1995 besuchte Herzog die Luftwaffe in Nörvenich und zollte ihr dabei Respekt, weil sie mit ihren »Fähigkeiten zur schnellen Reaktion und ihrer Einsatzwirksamkeit auch über große Entfernungen den politisch Verantwortlichen eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten eröffnet.«¹⁶

Als das erste deutsche IFOR-Kontingent im Frühjahr 1996 aus dem Einsatz auf dem Balkan zurückkehrte, empfing Herzog am 21. Mai eine Abordnung von Soldaten in der Villa Hammerschmidt, und einen Monat später, am 27. Juni, ließ er sich an der Infanterieschule in Hammelburg die Vorbereitung deutscher Soldaten auf die Auslandseinsätze vorstellen.

Am 31. Mai 1996 fand zum ersten Mal ein öffentliches Feierliches Gelöbnis in Berlin statt. Bei strahlendem Sonnenschein waren 300 Rekruten des Jägerbataillons 581 in Kladow und des Panzerbataillons 423 in Brück vor dem Reiterdenkmal des Großen Kurfürsten im Park des Charlottenburger Schlosses angetreten, um ihr Gelöbnis abzulegen. Vor den Soldaten der Panzerbrigade 42 »Brandenburg« und zahlreichen Gästen, unter ihnen Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen, betonte das Staatsoberhaupt, »... die Bundeswehr gehört in die Mitte unserer Gesellschaft, und wir dürfen sie nicht hinter Kasernentoren verstecken.«¹⁷

Betrachtet man jedoch das Sicherheitsaufgebot, das auch heute, Jahre später, bei öffentlichen Gelöbnissen noch notwendig ist, um einen reibungslosen und ungestörten Ablauf der Zeremonie sicherzustellen, so zeigt dies, wie weit die Bundeswehr noch von versöhnlicher Normalität im Inneren entfernt ist. Gemessen daran ist die Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern in Osteuropa um Längen voraus. Am 31. August 1994 fand die würdige Abschiedsfeier der russischen Truppen (Westgruppe der Truppen – WGT) aus Berlin in Anwesenheit des russischen Präsidenten Boris Jelzin (* 1931) und des deut-

schen Bundeskanzlers statt. Wenige Tage später, am 8. September, wurden die in Berlin stationierten Truppen der drei Westalliierten mit einem Großen Zapfenstreich am Brandenburger Tor verabschiedet. Bundespräsident Herzog gab aus diesem Anlass für die Ehrengäste ein festliches Essen im Schloss Bellevue.

Herzog empfing am 12. Januar 1996 – im Beisein von General Naumann – die Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Deutschland und führte damit eine Tradition fort, die Richard von Weizsäcker begonnen hatte. Im Rahmen eines gemeinsamen Mittagessens verabschiedete er in sehr persönlichen Worten, die Herzogs Wertschätzung deutlich machten, den scheidenden Generalinspekteur aus dieser Runde. Naumann übernahm wenige Wochen später als vierter deutscher Offizier – nach den Generalen Heusinger, Steinhoff und Altenburg – den Vorsitz des NATO-Militärausschusses. General Hartmut Bagger (* 1938) folgte als neuer Generalinspekteur und begleitete die letzten drei Jahre von Herzogs Amtszeit; am 5. März 1996 empfing ihn der Bundespräsident zum Antrittsbesuch. Auch er genoss das volle Vertrauen Herzogs.

Die Biographie Herzogs von Werner Filmer widmet ihr letztes Kapitel – unter dem Titel »Crew« – den engsten Mitarbeitern des Präsidenten. Doch das Militär bleibt dabei wie so oft anonym; lapidar heißt es: »Neben ... bekam der Bundespräsident auch einen neuen Adjutanten.«¹⁸ Mit Oberst i.G. Ulrich Heider (* 1945) hatte im Juli 1994 erstmals ein Luftwaffenoffizier die Aufgabe des Verbindungsoffiziers beim Staatsoberhaupt übernommen. Als Heider im Oktober 1996 Stellvertretender Kommandeur der Führungsakademie und damit Brigadegeneral wurde, folgte ihm Kapitän zur See (später Flottillenadmiral) Hubertus von Puttkamer (* 1948), der den Bundespräsidenten bis zum Ende von dessen Amtszeit 1999 als Verbindungsoffizier begleitete. In Herzogs direktem Umfeld gab es zwei weitere Beamte mit einem direkten Draht zur Bundeswehr: Pressesprecher Roland Lohkamp (* 1944) – Sohn eines Be-

rufsoffiziers – war Leutnant der Reserve und Hansjörg Dellmann (* 1938), der Leiter seines persönlichen Büros, Major der Reserve.

Am 11. Dezember 1996 besuchte Herzog die Führungsakademie der Bundeswehr unter ihrem Kommandeur, Konteradmiral Rudolf Lange (* 1941). Mit seiner Aussage »Risikoscheues Nichthandeln ist auf Dauer risikoreicher, gefährlicher und auch unmoralischer als umsichtiges und entschlossenes, wenn auch möglicherweise unvollkommenes Handeln zum richtigen Zeitpunkt.« differenzierte Herzog jenen alten militärischen Führungsgrundsatz, dass »Unterlassung und Versäumnis ebenso verhängnisvoll sein können wie Handeln aus falschem Entschluss«. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass der Kern des Clausewitzschen Denkens mit seiner Betonung des Primats der Politik auf »Bändigung und Domestizierung von Krieg und Gewalt« ausgerichtet war.

»Für die Rolle moderner Streitkräfte in Politik und Gesellschaft muss man weniger nach dem Wesen des Krieges als nach der Natur von Politik fragen.«

Jeder Auslandseinsatz sei daran auszurichten, wie er »am wirkungsvollsten und schonendsten« zu Frieden und Stabilität führe. Wiederholt schon hatte er auf diese Bedingung hingewiesen und eine Mehrdimensionalität der Verteidigung gefordert. Herzog lobte zwar die offene und in die Gesellschaft integrierte Bundeswehr mit ihrem »vorbildlichen Bildungssystem«, der »konkurrenzfähigen Unternehmenskultur« und ihrer »modernen Führungsphilosophie«, wie er die Innere Führung richtigerweise nannte, mahnte aber auch ein »unverkramptes Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft« an. Soldaten »handelten im Vollzug des politischen Willens« und sollten sich daher auf einen breiten Konsens in Politik und Bevölkerung abstützen können. Wenige Monate später bewies die Bundeswehr nicht nur ihre Fähigkeit als wirksames Instrument der Außenpolitik, sondern auch der Krisenvorsorge: Im März 1997 evakuierten deutsche Soldaten bei der »Operation Libelle« in Albanien unter Schusswaffengebrauch in Not geratene Zivilisten.

16 BMVg – »Streitkräfte in der Demokratie – Reden von Bundespräsident Roman Herzog, S. 42.

17 Herzog, Roman: Reden, S. 61.

18 Filmer, S. 372.

Vom 24. März bis zum 10. Juni 1999, d.h. in den letzten Monaten der Amtszeit Herzogs und zum 50. Jahrestag der Gründung sowohl der Bundesrepublik Deutschland als auch der Nordatlantischen Allianz, kam es zum Lufteinsatz der NATO gegen Jugoslawien, dem »Kosovo-Krieg«. Erstmals waren auch Soldaten der Bundeswehr daran beteiligt. Da es aber für den NATO-Einsatz keinen Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gab – Russland und China hatten einer militärischen Intervention nicht zugestimmt – sind viele Völkerrechtler bis heute der Ansicht, dass die NATO dem in Artikel 2 Abs. 4 der UN-Charta formulierten Gewaltverbot zuwidergehandelt habe, und der Krieg gegen Jugoslawien damit völkerrechtswidrig war. Herzog hat seine Haltung zum Krieg oft dargelegt, so u.a. beim Festakt zum 25-jährigen Bestehen des Hamburger Instituts für Friedensforschung am 18. September 1996 im Rathaus der Hansestadt:

»Der Krieg, der in der Geschichte der Menschheit immer ein Unglück war, ist in den vergangenen Jahrzehnten, wenn ich so sagen darf, ein immer größeres Unglück geworden.«¹⁹

Gleichwohl war Herzog – wie er es bereits 1990 in Fellbach vor den Kommandeuren der Bundeswehr angedeutet hatte – der Auffassung, es gäbe unabhängig von Art. 51 der UN-Charta im Völkerrecht ein Gewohnheitsrecht der Staatengemeinschaft zur »Nothilfe« zugunsten einer von ihrem Heimatstaat drangsalierten ethnischen Minderheit. In der Plenarsitzung des Deutschen Bundestages am 5. Mai 1999 berief sich der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Peter Struck, auf eine Ansprache Herzogs an der Universität Freiburg am 28. April 1999:

»Bundespräsident Herzog hat die Entscheidung der EU-Regierungschefs als den Beleg dafür gewertet, dass der europäische Zug wieder ins Rollen gekommen ist; denn sie bedeutet nach Meinung des Präsidenten nicht mehr und nicht weniger, als dass die Europäer

Staatsbesuch in Slowenien. V.l.n.r.: Bundespräsident Herzog, Oberst i.G. Heider, Staatspräsident Milan Kucan und dessen militärischer Adjutant.
(Foto: Privatarchiv BrigGen a.D. Heider)



Seite an Seite Gefahren für Leib und Leben ihrer Soldaten auf sich nehmen, um Menschenrechte und damit Demokratie als gemeinsame Werte durchzusetzen und zu verteidigen.«²⁰

Ist dies ein Plädoyer Herzogs für den Einsatz militärischer Gewalt? Ja, aber nur in sehr engen Grenzen, und genau diese hatte er im Dezember 1996 an der Führungsakademie in Hamburg am Beispiel des NATO-Einsatzes auf dem Balkan umrissen:

»Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat jedoch gezeigt: Wenn diplomatische, politische und wirtschaftliche Mittel nicht ausreichen, ist in letzter Konsequenz der entschlossene Einsatz von Streitkräften auch heute noch ein Mittel der Politik, um Aggression einzudämmen und Wege für politische Lösungen zu öffnen.«

Doch ihr Einsatz – so ergänzte Herzog – müsse sich daran messen, wie er im Gesamtzusammenhang

»am ehesten, wirkungsvollsten und schonendsten zum Frieden, zur Beendigung von Gewalt und damit zu dauerhafter Stabilität beiträgt. ... Der Einsatz von Streitkräften spielt im Gefüge des außen- und sicherheitspolitischen Instrumentariums zwar eine Rolle, aber es ist eine spezifische und, fast möchte man sagen auf das Unvermeidliche gerichtete Rolle.«

Vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 28. Januar 1999 benutzte Herzog den Begriff »Imperativ der Verantwortung« des Philosophen Hans Jonas (1903-1993) und in sei-

ner Ansprache zum 50. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik am 24. Mai 1999 sprach er von einer schweren Entscheidung, doch »es reiche nicht Menschenrechte nur zu fordern. Sie müssen auch tatsächlich verwirklicht und im Extremfall auch durchgesetzt werden.« Zugleich aber wies er – wie schon an der Führungsakademie – daraufhin, dass »der Einsatz militärischer Gewalt ... heute und in Zukunft immer nur ultima ratio« sein dürfe.

»Er bedarf sorgfältigster Abwägung, auch hinsichtlich der angewandten Mittel, und das oberste politische Ziel, der Frieden und die Wahrung der Menschenrechte, darf nicht für einen Moment aus den Augen gelassen werden.«

Bereits am 26. April 1999 hatte Herzog anlässlich des Besuches des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, im Berliner Hotel Adlon zum Kosovo-Krieg Stellung bezogen:

»Die Teilnahme deutscher Soldaten ist aber gerade eine Lehre auch aus unserer eigenen Geschichte: Wer Völkermord und menschenverachtender Gewalt tatenlos zusieht, der macht sich selbst schuldig. Der Kosovo-Konflikt ist Test für unsere Entschlossenheit ... Wenn die NATO ohne ausdrückliches Mandat des Sicherheitsrates im Kosovo eingriff, so geschah das doch in Anlehnung an Resolutionen der Vereinten Nationen und zur Beendigung der Gewalt des Milošević-Regimes, die auch von den Vereinten Nationen verurteilt wurde«.

Herzog baut hier allerdings ein zerbrechliches rechtliches Konstrukt,

¹⁹ Herzog, Roman – Demokratie als Friedensstrategie. Reden und Beiträge des Bundespräsidenten, hrsg. von Dieter S. Lutz, Baden-Baden 1997, S. 184.

²⁰ Plenarprotokoll 14/38 vom 05.05.1999, Seite 3075.

in dem er von einer Duldung und inneren Billigung durch den Sicherheitsrat ausgeht. Dass der Luftkrieg der Allianz gegen Rest-Jugoslawien jedoch wirklich erst nach Ausschöpfung aller diplomatischen Schritte erfolgte, ist umstritten. Bundeskanzler Gerhard Schröder begründete zwar den deutschen Schritt zur Gewalt in der 31. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. März 1999 damit, dass das Bündnis dazu gezwungen worden wäre, »um weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte im Kosovo zu unterbinden und um eine humanitäre Katastrophe dort zu verhindern«. Auch Strafanträge beim Generalbundesanwalt wegen einer Beteiligung der Bundeswehr wurden abgewiesen, da die Entscheidung der Bundesregierung gerade nicht in der Absicht vorgenommen worden wäre, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, und eine Verletzung des Artikels 26 des Grundgesetzes damit nicht gegeben wäre. Gleichwohl bleibt ein schaler Nachgeschmack, denn offenbar entsprach das der Öffentlichkeit vermittelte Lagebild hinsichtlich der Vertreibungen im Kosovo und deren Einstufung als Völkermord nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Pathos und zu großes staatliches Gepränge war und ist dem bodenständigen, nüchternen und analytischen, bisweilen auch ironischen Herzog – wie vormals Heuss und Heinenmann – fremd. »Hoheitsvolles Tra-

ra als typische Kulisse für autoritäres Gehabe geht ihm gegen den Strich.«²¹ Auch militärische Formen hat er daher distanziert, gleichwohl aber mit Akzeptanz und im Wissen um ihre Notwendigkeit und Hintergründe – bisweilen auch mit fein dosiertem Humor – betrachtet. Beim Staatsbesuch in Brasilien im November 1995 spielte die Militärkapelle auf dem Flugplatz Salgado Filho in Porto Alegre bei der Ankunft des Bundespräsidenten die Hymne der ehemaligen DDR (»Becher-Hymne«). Herzog, der »zunächst gar nicht merkte, was da posaunt wurde« – so die FAZ vom 26.11.95 – reagierte gelassen, und auch Oberst Heider, sein Verbindungsoffizier, behielt die Hand zur Ehrenbezeugung an der Schirmmütze. Herzog meinte danach:

»Ich hab' in den Augenwinkeln meinen Adjutanten grüßend gesehen und dann sind wir halt stehen geblieben.«²²

Mit dieser diplomatischen Großzügigkeit übersahen beide die Panne, ersparten dem ohnehin blamierten Gastgeber einen Eklat und ordneten das Versehen der Rubrik »Episoden« zu.

»Sein Watschelgang versperrt ihm die Möglichkeit, eine Ehrenformation der Bundeswehr so schneidig abzuschreiten wie Richard von Weizsäcker es demonstrierte«, schreibt Wiede-

meyer süffisant.²³ Doch dies ist, weil nur auf die Optik bezogen, zu vordergründig. Es gibt auch Generale, die vor der Front keinen überzeugenden visuellen Eindruck machen. Wichtiger hingegen sind Integrität, Glaubwürdigkeit und eine klare Sprache. Genau damit konnte Herzog – getreu seinem Motto »Wahrheit und Klarheit« – die Soldaten überzeugen und fand so schnell Kontakt zu ihnen. Herzog hielt nicht nur der Bundeswehr, sondern der gesamten Gesellschaft, vor allem deren Eliten, den Spiegel vor, wies auf Fehlentwicklungen hin und gab Leitlinien:

»Eliten müssen sich durch Leistung, Entscheidungswillen und ihre Rolle als Vorbild rechtfertigen«,

sagte er am 26. April 1997 in Berlin in seiner sog. »Ruck-Rede«; die militärische Führung ist darin eingeschlossen.

Auch nach seiner Amtszeit ließ Herzog die Verbindung zur Bundeswehr nicht abreißen: so weilte er anlässlich der Kieler Woche im Juni 2002 – zum wiederholten Male – an Bord des Segelschulschiffes »Gorch Fock«. Einen Monat später gratulierte er als Mentor des 86. Lehrgangs für Offizieranwärter (OA) der Luftwaffe den 286 Soldaten – darunter erstmalig auch 27 weiblichen – zum bestandenen Lehrgang an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck.

21 Keller, Peter: Präsident Herzhaft, S. 122.

22 zitiert nach: Heider, Ulrich, BrigGen a.D. vom 05.02.2007.

23 Wiedemeyer, Wolfgang: Roman Herzog Der erste gesamtdeutsche Präsident, S. 18.

Literatur:

BMVg – »Streitkräfte in der Demokratie – Reden von Bundespräsident Roman Herzog«, Sonderdruck – ohne Ort & Datum.

Bulletin 2005 – CD des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung – Jahrgang 1996 bis 2005.

Diekmann, Kai; Reitz Ulrich; Stock, Wolfgang: Roman Herzog – Der neue Bundespräsident im Gespräch. Bastei-Lübbe-Taschenbuch, Band 61. Bergisch Gladbach 1994.

Filmer, Werner; Schwan, Heribert: Roman Herzog – Die Biographie. C. Bertelsmann Verlag, München 1994.

Herzog, Roman: Reden und Interviews (1. Juli 1994 – 30. Juni 1995) Band 1/1. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1995.

Herzog, Roman: Demokratie als Friedensstrategie – Reden und Beiträge des Bundespräsidenten, hrsg. von Dieter S. Lutz. Baden-Baden 1997.

Herzog, Roman: Der unbequeme Präsident. Verlag Bonn aktuell 2002.

Herzog, Roman: Der unbequeme Präsident – Roman Herzog im Gespräch mit Manfred Bissinger und Hans-Ulrich Jörges. Hoffmann und Campe, Hamburg 1994.

Keller, Peter: Präsident Herzhaft. Mut-Verlag, Asendorf 1995.

Wiedemeyer, Wolfgang: Roman Herzog. Der erste gesamtdeutsche Präsident. Verlag Bonn aktuell.

Viel Gegenwind – 50 Jahre Zentralstelle für Kriegsdienstverweigerer

VON KNA-MITARBEITERIN ANTONIA GEMEIN

Knapp drei Millionen junge Männer haben bislang in Deutschland den Kriegsdienst verweigert. Jahrzehntelang als »Ohne-Michel« oder »Drückeberger« beschimpft, mussten sie sich lange Zeit vor Prüfungsausschüssen rechtfertigen und ihre Gewissensgründe darlegen. Dass sie dem oft harten gesellschaftlichen Gegenwind trotzen konnten, hat auch mit einer Einrichtung zu tun, die am 2. März 50 Jahre alt wurde: der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen im niedersächsischen Bockhorn. »Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden«, heißt es im Grundgesetz. Um dieses nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus in die Verfassung eingefügte Recht durchzusetzen, betreibt die aus Spenden finanzierte Organisation Lobbyarbeit, berät Parlamente und Gerichte und setzt sich für Verweigerer ein.

Die in der Tradition der Friedensverbände der Weimarer Republik stehende Zentralstelle KDV wurde am 2. März 1957 in Dortmund gegründet. Wenige Monate zuvor war das Wehrpflichtgesetz in Kraft getreten; die Debatte um die Wiederbewaffnung hatte die Bundesrepublik gespalten. Am 1. April 1957 traten die ersten Rekruten ihren Dienst in der Bundeswehr an. Traumatisiert von den Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, ergriffen Pazifisten die Initiative: Der Theologe Friedrich Siegmund-Schultze wurde zum ersten Präsidenten der Zentralstelle gewählt.

Heute tragen mehr als 30 Mitgliedsverbände die Zentralstelle. Von den Quäkern über kirchliche Verbände bis zu den Jungsozialisten reicht das vielfarbige Bündnis. Die Initiativen stört vor allem, dass eine KDV aus Gewissensgründen zwar Verfassungsrang hat, aber dennoch einer Überprüfung unterliegt. Die Rate derjenigen, die bei der vermeintlichen Gewissensprüfung durchfielen, war groß. Hunderttausende hatten auch nach mehrfachen Prüfungsverfahren keine Chance und mussten zum Bund. Mancher packte deshalb lieber seine Koffer und floh ins entmilitarisierte Berlin, erinnert sich Geschäftsführer Peter Tobiassen. Deshalb sieht die Zentralstelle ihren größten Erfolg auch in der Abschaffung der Prüfungsverfahren 2003.

»Zu unseren wichtigsten Errungenschaften gehört auch die gleiche Besoldung von Wehr- und Zivildienstleistenden«, zählt Tobiassen weitere Erfolge und Misserfolge auf. Heftig attackierte 1984 der damalige Vorsitzende und evangelische Pastor Ulrich Finckh auch die »Strafmonate«, die den Zivildienst gegenüber dem Wehrdienst um ein Drittel verlängerten. Das hatte das Bundesverfassungsgericht wegen der hohen Wochendienstzeiten bei der Bundeswehr zugelassen. Mittlerweile herrscht wieder Gleichstand. Weitere Meilensteine waren die Absenkung des Einberufungsalters von 28 auf 23 Jahre und nahezu gleiche Berufsfördermaßnahmen für die Zivis, erinnert sich Tobiassen.

Trotz des inzwischen bedeutend besseren Images der Kriegsdienstverweigerer sieht die Zentralstelle



Logo zum Fest auf der Website
<www.zentralstelle-kdv.org>

bei 10.000 Anfragen im Jahr noch genügend Aufgaben vor sich. So fordert sie von der großen Koalition Änderungen bei der Einberufungspraxis von Wehr- und Zivildienstleistenden. Weil Dienstleistende ein Jahr länger Studiengebühren zahlen müssten, solle auf die Einberufung von Abiturienten mit Studienplatz zunächst verzichtet werden und diese erst nach dem Studium erfolgen. »Ebenso schwer trifft es Menschen, die aus ihrem Arbeitsverhältnis gerissen werden«, beschreibt der Geschäftsführer die Härtefälle.

Zudem liegt nach Auffassung der Zentralstelle eine generelle Benachteiligung von Zivil- gegenüber Wehrdienstleistenden vor. »Der Verteidigungsminister hat jüngst verkündet, 51.000 junge Männer einberufen zu wollen. Dann bleiben aber rund 389.000 im gleichen Alter übrig, die nicht mehr gebraucht werden und nie etwas von der Bundeswehr hören«, so Tobiassen. Demgegenüber würden rund 85.000 junge Männer zum Zivildienst einberufen. Nach dem Willen der Zentralstelle sollen nicht mehr Verweigerer zum Zivildienst herangezogen werden als Wehrpflichtige zum Grundwehrdienst. □

VOR 400 JAHREN: Paul Gerhardt geboren:

Der evangelische Kirchenlied-Dichter und Pfarrer Paul Gerhardt wurde 1607 in Gräfenhainichen bei Wittenberg geboren und starb 1676 in Lübben im Spreewald. Gerhardts Lieder gehören zum Weltkulturerbe und werden in vielen Sprachen gesungen. Lieder mit seinen Texten finden sich auch im katholischen Gebets- und Gesangbuch »Gotteslob«. Zu Gerhardts bekanntesten Werken gehören »O Haupt voll Blut und Wunden«, »Lobet den Herren« und »Ich steh an deiner Krippe hier«. (KNA)

KIRCHE UNTER SOLDATEN:



katholisch.de: Warum engagiert sich die Kirche innerhalb der Bundeswehr?

Bischof Mixa: Die Militärseelsorge ist Ausdruck der kirchlichen Sorge für die Soldaten und Soldatinnen. Die Kirche weiß sich – das Zweite Vatikanische Konzil hat dies noch einmal besonders betont – zu einer Militärseelsorge verpflichtet, die die Soldaten spirituell und diakonisch begleitet, aufgrund eben der Lebensbedingungen dieser Soldaten. Für den Beruf des Soldaten sind verschiedene, spezifische Risiken charakteristisch die – gerade in den letzten Jahren angesichts einer wachsenden Anzahl militärischer Kriseninterventionen – uns allen deutlicher als in früheren Jahren bewusst werden. Soldaten müssen das Risiko ihrer eigenen Schädigung akzeptieren, werden mit Zerstörungen und Grausamkeiten konfrontiert und handeln in Krisen und Gefährdungssituationen, in denen sie auch psychischen Belastungen ausgesetzt sind. Jeder Soldat trägt zudem ein hohes moralisches Risiko, denn er ist für Situationen ausgebildet in denen Gewaltanwendung erforderlich sein kann. Gewaltanwendung ist immer ein Übel und ethisch rechtfertigungsbedürftig. Deshalb spricht die Apostolische Konstitution – »Spirituali militum curae« (1989) – von den besonderen Lebensbedingungen der Soldaten, die auch eine besondere Form der Seelsorge notwendig machen.

katholisch.de: Wie ist aus Ihrer Sicht der Stellenwert der Militärseelsorge innerhalb der Bundeswehr?

Bischof Mixa: Die Militärseelsorge ist der vom Staat gewünschte und von den Kirchen geleistete Beitrag zur Sicherung der freien religiösen Betätigung und der seelsorgerlichen Begleitung der Soldatinnen und Soldaten der Deutschen Bundeswehr.

Militärbischof Dr. Walter Mixa im Gespräch mit katholisch.de

Diese seelsorgerliche Begleitung der Soldaten im Auslandseinsatz aber auch zu Hause findet in der Bundeswehr hohe Anerkennung. Im Einsatz tragen unsere Seelsorger erheblich dazu bei, persönliche Probleme sowie Grenzerfahrungen des menschlichen Lebens in einem christlichen Horizont aufzuarbeiten. Ich kann hier nur Beispiele der Tätigkeitsfelder unserer Militärseelsorger anführen. Wir feiern Gottesdienste mit den Soldaten, wir leisten Beistand bei Verwundung und Tod und wir tragen in letzter Zeit verstärkt Sorge für die Familien der Soldaten, die hohen Belastungen ausgesetzt sind.

katholisch.de: Wie beurteilen Sie das ethische Grundgerüst in der Bundeswehr?

Bischof Mixa: Das ethische Grundgerüst der Bundeswehr wird bestimmt durch die Konzeption der Inneren Führung. Wir deutschen Bischöfe haben im November 2005 in unserer Erklärung – »Soldaten als Diener des Friedens. Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr« – diese Konzeption der »Inneren Führung« ausdrücklich gewürdigt. In ihren Grundzügen besagt sie:

Erstens ist militärisches Handeln durch die Rechtsordnung begrenzt. Der Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht der Soldaten sind damit Grenzen gesetzt. Zweitens sind die Grund- und Menschenrechte der Soldaten geschützt. Militärisch notwendige Einschränkungen dieser Rechte werden durch Gesetze geregelt. Drittens ist jeder Soldat deshalb »Staatsbürger in Uniform«.

Damit ist ein demokratiekonformes Leitbild eines »guten Soldaten« formuliert, der verantwortlich handelt, über moralische Urteils- und Handlungskompetenz verfügt und sich einem demokratischen Ethos des Respekts vor dem Menschenrecht aller verpflichtet weiß. Diese Grundsätze sind in der Bundeswehr unstrittig. In allen militärischen Vorschriften zur Inneren Führung wird die Verpflichtung der Soldaten, die Menschenwür-

de zu achten und zu schützen, besonders betont.

katholisch.de: Was muss sich Ihrer Meinung nach ändern, damit sich Vorfälle wie die »Totenschändung« zukünftig nicht wiederholen?

Bischof Mixa: Natürlich ist ein Leitbild wie das des »Staatsbürgers in Uniform« nicht »angeboren«, sondern muss »gebildet« werden. Die Bundeswehr kann deshalb nicht nachlassen in ihren Bemühungen – die »Totenschändung« in Afghanistan und die Ereignisse in Coesfeld vor einigen Jahren zeigen dies deutlich – möglichst für alle Soldaten und Soldatinnen ethische Bildungsprozesse zu initiieren. Die Militärseelsorge unterstützt diese Bemühungen durch die Erteilung eines Lebenskundlichen Unterrichtes.

katholisch.de: Gibt es vor dem aktuellen Hintergrund steigender Auslandseinsätze Überlegungen, Militärseelsorge weiter auszubauen?

Bischof Mixa: Dass mich immer wieder Anfragen aus der Truppe erreichen, in denen um Militärseelsorger für bestimmte Einsatzorte gebeten wird, ist zweifellos ein Zeichen großer Wertschätzung dieses kirchlichen Dienstes. Bei unserer derzeitigen Personalstärke sind nicht alle Forderungen erfüllbar, auch wenn ich dies als verantwortlicher Bischof nur bedauern kann. Die seelsorgerliche Einsatzbegleitung hat zwar oberste Priorität. Gleichzeitig muss aber die Militärseelsorge auch in den Heimatstandorten gewährleistet werden, nicht zuletzt für die einsatzbetroffenen Soldatenfamilien. Ich sehe derzeit keine Möglichkeit, zusätzliche Stellen für Militärseelsorger zu schaffen. Allerdings wird im Katholischen Militärbischofsamt alles Menschenmögliche getan, um die vorhandenen Personalressourcen optimal zu nutzen.

katholisch.de: Wie beurteilen Sie den Gegensatz zwischen Glaube und Krieg? Würde die katholische Kirche im Rahmen der Militärseelsorge z. B. einen Einsatz deutscher Soldaten im Irakkrieg mittragen?

Bischof Mixa: Kriegerische Gewaltanwendung ist niemals gottgewollt. Ein Krieg kann in bestimmten Situationen aber das kleinere Übel sein, so zum Beispiel die Abwehr eines Angriffs zur Selbstverteidigung oder zur Verteidigung eines Wehrlosen. Die Auslandseinsätze unserer Bundeswehr beruhen auf Beschlüssen des Deutschen Bundestages und damit letztlich auf den Gewissensentscheidungen der Abgeordneten. Die katholische Kirche respektiert diese demokratisch getroffenen Entscheidungen und die Militärseelsorger begleiten die Soldaten bei diesen Einsätzen.

katholisch.de: Was bedeutet es für die Arbeit der Katholischen Militärseelsorge, dass immer mehr Angehörige anderer Religionen innerhalb der Bundeswehr vertreten sind?

Bischof Mixa: Exakte Zahlen, wie viele Angehörige nichtchristlicher Religionen in der Bundeswehr Dienst tun, sind nicht vorhanden. Es gibt aber keinen Grund zur Annahme, dass hier die Zahl 1.000 überschritten sei. Die freie und ungestörte Religionsausübung gilt für alle Soldatinnen und Soldaten. Die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit für alle Religionsgemeinschaften sind deshalb in der Bundeswehr gewährleistet. Die Militärseelsorge unterstützt die Anliegen nichtchristlicher Soldaten nach Seelsorge und einer Lebensgestaltung nach den Vorschriften ihrer jeweiligen Religion. Sie steht auch den militärischen Vorgesetzten beratend zur Verfügung, falls Fragen im Umgang mit nichtchristlichen Soldaten entstehen. Trotz einer leicht wachsenden Zahl muslimischer Soldaten, sind in den Streitkräften dadurch keine Probleme entstanden bzw. wurden diese schnell und pragmatisch, unter Berücksichtigung der grundlegenden Rechte nichtchristlicher Soldaten, etwa in der Frage religiöser Speisevorschriften, gelöst.

katholisch.de: Welche Rolle spielt Ökumene in der Militärseelsorge und welche Herausforderungen sind damit verbunden?

Bischof Mixa: Es ist erst wenige Tage her, dass unser Heiliger Vater Papst Benedict XVI. in einer Audienz zu deutschen Pilgern sagte, dass die gemeinsame Sorge für die Menschen ein

wichtiger Schritt ist, damit Christen sich näher kommen. In den 50 Jahren, in denen eine katholische und eine evangelische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr ihren Dienst taten, kam es zu vielfältiger Zusammenarbeit in unserer gemeinsamen Sorge für die Soldaten zu Hause, im Einsatz und bei deren Familien. Ohne diese Kooperation und partnerschaftliche Zusammenarbeit könnte vieles, was die Militärseelsorge für die Soldaten tut, nicht geschehen. In dem man sich in der gemeinsamen Arbeit näher kennenlernt, wird gerade das Trennende um so schmerzhafter erfahren. Wir sind noch auf dem Weg zur Einheit, die ein Geschenk Gottes ist. Viele Soldaten, deren konfessionelles Bewusstsein oft nicht ausgeprägt ist, formulieren Erwartungen, gerade was die sonntäglichen Gottesdienste betrifft, die diese Differenzen und Unterschiede nicht mehr berücksichtigen. Hier müssen wir unser katholisches Selbstverständnis behaupten und durchsetzen, auch wenn dies bei Soldaten und oft auch bei unseren evangelischen Partnern auf Unverständnis stößt.

katholisch.de: Welchen Stellenwert hat die Militärseelsorge innerkirchlich und in welcher Form wird sie unterstützt?

Bischof Mixa: Die Sorge für die Soldaten ist eine gesamtkirchliche Verantwortung. Regelmäßig berichte ich meinen bischöflichen Mitbrü-

dem amtierenden Bundesminister, funktioniert erfreulich reibungslos und effizient. Dies war auch bereits bei beiden Vorgängern, mit denen ich in meiner Funktion als Militärbischof zusammenarbeiten konnte, der Fall. Auch hinsichtlich der Administration ist der Kontakt gut.

katholisch.de: Was für ein Feedback bekommen Sie von den Militärpfarrern, die im Ausland waren?

Bischof Mixa: Fast jeder Militärpfarrer, der einen Auslandseinsatz seelsorgerlich begleitet hat, berichtet von der guten Erfahrung als Seelsorger wirklich beansprucht worden zu sein.

An den Einsatzorten leben die Geistlichen in enger Verbundenheit mit der Truppe. Sie teilen die nicht immer angenehmen Lebensbedingungen der Soldatinnen und Soldaten. Sie teilen auch die vielfältigen Gefahren eines militärischen Einsatzes. Aber dieses gemeinsame Aushalten lebenswidriger Umstände schafft eine Vertrautheit zwischen Seelsorger und Gemeinde, die sich viele zivile Pfarrer wünschen würden. In einem Feldlager gibt es keine »Schwellenangst« vor Kirche und Pfarrhaus. Der Militärpfarrer ist immer präsent und ansprechbar.

katholisch.de: Herr Bischof, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview: Gunda Ostermann und Jens Ofiera

Militärbischof Dr. Walter Mixa im Gespräch mit Verteidigungsminister Dr. Franz-Josef Jung am 12. Februar anlässlich eines Besuchs im BMVg (Foto: www.bundeswehr.de)

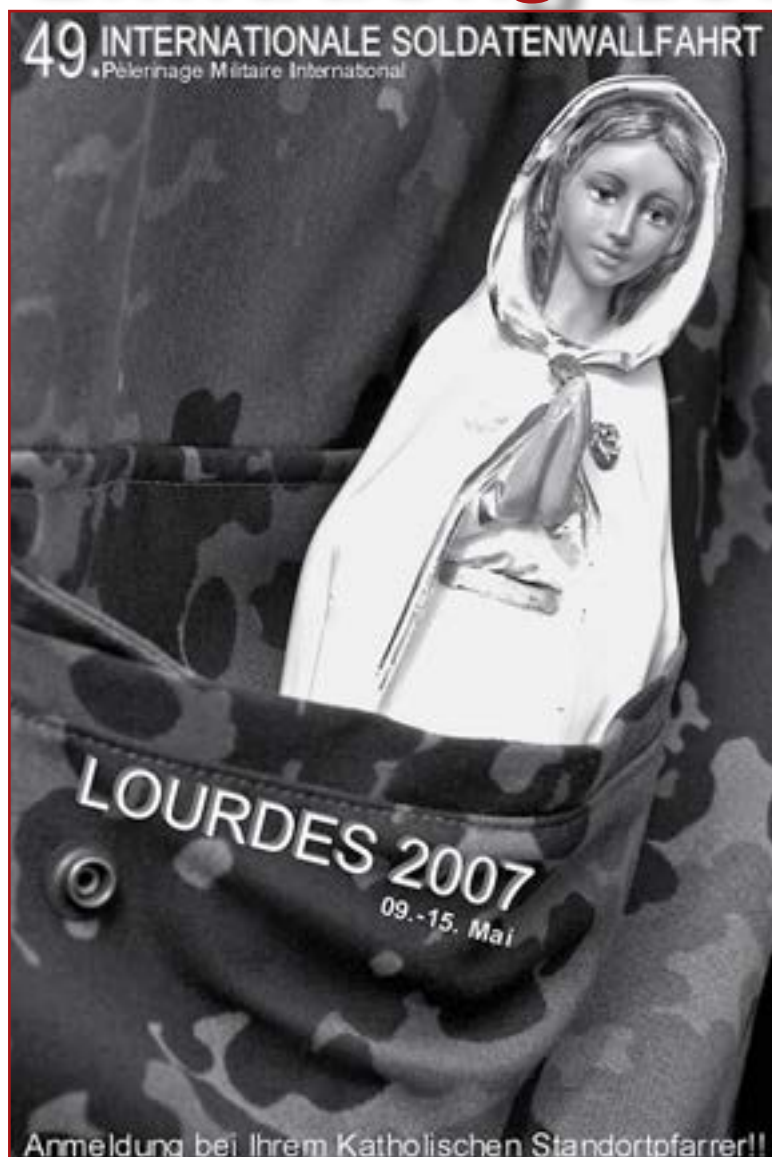
dern auf den Vollversammlungen der Deutschen Bischofskonferenz von der Arbeit der Militärseelsorge. Trotz eines spürbaren Mangels an Priestern in vielen Bistümern, stellen die katholischen Bischöfe in Deutschland immer wieder Priester und auch Pastoralreferenten für den Dienst in der Militärseelsorge frei. Dies dokumentiert die Solidarität mit und die Verantwortung für die Soldaten.

katholisch.de: Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit dem Bundesverteidigungsministerium?

Bischof Mixa: Die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung, insbesondere auch mit



Einladung zur



Seit 1958 treffen sich jedes Jahr Soldaten aus etwa 30 Nationen in Lourdes / Südfrankreich zur Internationalen Soldatenwallfahrt. Aus der Bundesrepublik Deutschland gab es bisher über 100.000 Teilnehmer. Die 49. Internationale Soldatenwallfahrt steht unter dem Leitwort:

**LASST EUCH MIT
GOTT VERSÖHNNEN! »**

Am Mittwoch, den 9. Mai 2007, fahren voraussichtlich drei Sonderzüge aus Kiel, Neubrandenburg, und München zu dem größten Wallfahrtsort der Katholischen Kirche. Die Rückkehr in die Standorte wird am Dienstag, den 15. Mai 2007, erfolgen.



Auf Grund des Erlasses BMVg – Fü S I 3 – Az 36-01-06 vom 15.12.1998 gilt: Soldaten kann gem. § 9 Soldatenurlaubsverordnung (SUV) in Verbindung mit Nr. 74 der Ausführungsbestimmungen zur SUV (ZDv 14/5 »Soldatengesetz« F 511) für die Teilnahme an der Wallfahrt Sonderurlaub im notwendigen Umfang gewährt werden, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Die Anrechnung von Erholungsurlaub bzw. Freistellung vom Dienst ist nicht zulässig. In Lourdes erwartet Sie ein volles Programm unter dem Motto:

»BEGEGNUNG – FREUDE – BESINNUNG
– GEBET – FREUNDSCHAFT – FRIEDE«.

Aus dem Programm:

Donnerstag: Besichtigung des Wallfahrtsbezirkes und der Stadt

Freitag: Deutscher Eröffnungsgottesdienst mit dem Militärbischof.
– Kreuzweg – Fußwallfahrt
– Internationale Eröffnungsfeier.

Samstag: Hl. Messe mit dem Militärbischof – Begegnung mit dem Militärbischof im Zeltlager, Internationales Gebet mit den Kranken
– Internationale Lichterprozession.

Sonntag: Internationale Hl. Messe
– Internationale Abschiedsfeier
– Konzert des deutschen Musikkorps.

Auf der Hin- und Rückfahrt ist je ein Zwischenaufenthalt von mehreren Stunden vorgesehen.

Ihre Eigenleistung für Fahrt, Unterkunft und Verpflegung: (inkl. Krankenzusatzversicherung)

- im Zeltlager:
Grundwehrdienstleistende 75,- EUR
Zeit- u. Berufssoldaten 150,- EUR
- im Hotel:
Grundwehrdienstleistende und deren Ehepartner je 225,- EUR
Zeit- / Berufssoldaten und deren Ehepartner je 325,- EUR
Zivilangehörige der Streitkräfte, ehemalige Soldaten und deren Ehepartner je 475,- EUR

ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV) DER KATHOLISCHEN SOLDATEN:

»Gewissen und Gehorsam« Schwerpunktthema für katholische Soldaten

Auch im Jahr 2007 stellt die Zentrale Versammlung (ZV) der katholischen Soldaten Fragen der Ethik und Wertevermittlung in der Bundeswehr in den Mittelpunkt

Nachdem die ZV sich 2006 mit dem ethischen Thema »SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM« auseinandergesetzt hatte, wird im Jahr 2007 das Leitwort »SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – WISSEN UM WERTE« im Vordergrund stehen. Dies beschloss der Vorstand des Laiengremiums bei seiner Sitzung am letzten Januar-Wochenende in Berlin.

»Wir werden uns intensiv mit dem Thema ‚WISSEN UM WERTE‘ beschäftigen«, bestätigte der Vorsitzende des Gremiums, Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt. »Gerade nach der durch die sogenannten Totenkopfbilder ausgelösten Debatte um die Werteordnung innerhalb unserer Streitkräfte wollen wir als katholische Soldaten eindeutig Stellung beziehen!«

Der parallel tagende Bundesvorstand der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) bestätigte dieses gemeinsame Themenfeld für das Jahr 2007. Als Leitwort ihrer Jahresarbeit wählte sie die Formulierung »AN IHREN WERKEN WERDET IHR SIE ERKENNEN!« aus (s.a.S.75).

Ein weiterer Schwerpunkt der Vorstandssitzung war die »NACHBARSCHAFTSHILFE«. Dies ist ein Projekt, welches die ZV seit Jahren gemeinsam mit RENOVABIS durchführt. Bisher wurden Projekte in Polen, Rumänien, Kroatien, der Slowakei, Bulgarien, der Ukraine, Lettland und jetzt im Kosovo gefördert. Dort wird zur Zeit das »LOYOLA-GYMNASIUM« durch Spenden aus Sammlungen und Kollekten bei

Soldatengottesdiensten unterstützt. Das Loyola-Gymnasium verfolgt eine optimistische Pädagogik. Die Erziehung ist welt- und lebensbejahend und will zur ganzheitlichen Bildung junger Menschen in der Gemeinschaft beitragen. Dazu wird den Schülern nicht nur Wissen vermittelt. Im Mittelpunkt stehen die Wertevermittlung und wichtige Aspekte der Persönlichkeitsbildung.

Ein weiterer Kernpunkt war die Arbeit an einem eigenen Internet-Auftritt der ZV. Rechtzeitig zur nächsten Woche der Begegnung im September dieses Jahres will die ZV »online« sein. Auf ihrer Website will das Laiengremium neben Information über die Struktur und die Aufgaben des organisierten Laienapostolats in der katholischen Militärseelsorge auch allgemeine Informationen über den katholischen Glauben anbieten.

Die diesjährige Zentrale Versammlung der Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs wird im Rahmen der »WOCHE DER BEGEGNUNG« vom 17. bis zum 19. September in Augsburg-Leitershofen stattfinden. Dazu werden rund achtzig Delegierte aus der gesamten Bundesrepublik, aber auch aus Bundeswehrstandorten im Ausland erwartet.

Die Zentrale Versammlung ist das höchste Laien-Gremium innerhalb der katholischen Militärseelsorge, vergleichbar mit einem Diözesan- oder Katholikenrat. Sie dient vor allem als Beratungsgremium des Katholischen Militärbischofs. (Stefan Graichen)

Die Mitglieder des Vorstandes der Zentralen Versammlung und ihre Funktionen (v.l.)
 vorn: Hptm Hans-Georg Pauthner (Verbandsvertreter im Vorstand), GenLt Karl-Heinz Lather (Vertreter der ZV im ZdK), Juliane Petersen (AG »Ehe, Familie, Partnerschaft«), Oberst a.D. Richard Schmitt (Vertreter der ZV im ZdK), OTL Stefan Graichen (AG »Information, Presse«);
 Mitte: Major Gereon Gräf (AG »Dienstalltag und Christsein«), StFw Ralf Eisenhardt (Vorsitzender ZV u. Vertreter im ZdK), StFw Peter Weber (AG »Soziales Engagement«), StFw Rüdiger Koethe (AG »Gemeindearbeit«);
 hinten: OFArzt Dr. Martin Keim (AG »Gesellschaftliches Engagement, Friede, Umwelt«), Dipl.-theol. Manfred Heinz (Geschäftsführer ZV), Siegfried Bradatsch (Sachbearb. Ref. »Seelsorge«);
 nicht im Bild: Hans-Georg Schellhaas (AG »Organisation, Planung«) (Foto: ZV).





DER KATHOLISCHE MILITÄRBISCHOF

Aufruf zur Nachbarschaftshilfe der katholischen Soldaten 2006/2007 im Rahmen der Aktion RENOVABIS

Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten hat bei ihrer diesjährigen Zusammenkunft beschlossen, ihre sozial-caritative Aktion für notleidende Menschen in ost- und südosteuropäischen Ländern „Nachbarschaftshilfe“ unter dem Leitgedanken „Perspektiven durch Bildung – ein Gymnasium für Schülerinnen und Schüler im Kosovo“ fortzuführen.

Nach den kriegerischen Auseinandersetzungen im Kosovo beruhen die Zukunftshoffnungen auf der Jugend des Landes. Diese braucht vor allem Bildungschancen mit einer umfassenden Wissens- und Wertevermittlung. Unter Leitung von Jesuiten wird deshalb in Prizren das Gymnasium „Loyola“ aufgebaut. Es steht Kindern und Jugendlichen aus allen Ethnien des Landes, insbesondere auch für Mädchen offen. Angegeschlossen ist dem Gymnasium ein Internat. Durch die Gewährung von Stipendien soll Kindern und Jugendlichen aus allen sozialen Schichten der Besuch ermöglicht werden.

Ich bin dankbar, dass die katholischen Soldaten das Projekt „Loyola-Gymnasium“ unterstützen. Im Kosovo wird es darauf ankommen, die neue Generation in einem friedvollen und toleranten Geist zu erziehen. Umfassende Bildung hilft, die Konflikte zwischen den Volksgruppen zu überwinden und die Wirtschaft des Landes aufzubauen. Es ist dies ein Beitrag zum Friedensprozess im ehemaligen Jugoslawien, wenn jungen Menschen, ohne Ansehen von Religion und Bevölkerungszugehörigkeit, Lebenshilfe geleistet wird.

Ich empfehle ausdrücklich die Nachbarschaftshilfe der katholischen Soldaten und ordne für den Zeitraum vom 01. Oktober 2006 bis 30. September 2007 eine Kollekte mit der Zweckbestimmung „Perspektiven durch Bildung – ein Gymnasium für Schülerinnen und Schüler im Kosovo“ an.

Dr. Walter Mixa
Der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr
Bischof von Augsburg



Katholische Soldaten schaffen Perspektiven durch Bildung - ein Gymnasium für Schulkinder im Kosovo

steht. Als juristische, im Kosovo handelnde, Person wurde im Dezember 2003 die Association "Loyola-Gymnasium" (ALG), als Trägerverein für das Gymnasium und die Internate gegründet und zur Registrierung als NGO, bei der UNMIK in Pristina, angemeldet.



Am 12. September 2005, nach nur kurzer Bauzeit, wurden Teile der Schule und der Internate eingeweiht. Der Unterricht begann am folgenden Tag für 184 Kinder der Klassenstufe 6 und 7.

Das Loyola-Gymnasium verfolgt eine optimistische Pädagogik. Die Erziehung ist welt- und lebensbejahend und will zur ganzheitlichen Bildung des Einzelnen in der Gemeinschaft beitragen. Den Schülern wird nicht nur Wissen vermittelt. Im Mittelpunkt steht die Wertevermittlung und wichtige Aspekte der Persönlichkeitsbildung.

Das Bildungsangebot steht Kindern aus allen Bevölkerungsteilen und Ethnien des gesamten Kosovos und aus den umliegenden Anrainerstaaten offen. Ein ganz besonderes Anliegen des Projektträgers ist die Förderung der Schulbildung von Mädchen in einem muslimischen Land.



Warum Nachbarschaftshilfe?

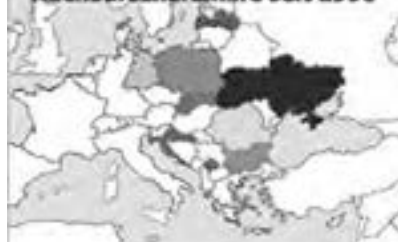
Die Nachbarschaftshilfe ist eine sozial-liturgische Aktion katholischer Soldaten der Bundeswehr für notleidende und bedürftige Menschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Sie wurde im Jahre 1990 von der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten aus Dankbarkeit für die deutsche Wiedervereinigung und die Öffnung der Grenzen zu den osteuropäischen Ländern ins Leben gerufen.

Die Zentrale Versammlung (ZV) ist der Zusammenschluss von Vertretern des Laienapostolates im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs. Sie ist das Beratungsorgan des Katholischen Militärbischofs zur verantwortlichen Mitarbeit der Laien in der Militärsorge und mit den Katholikern (Diözesanräten) in den deutschen Bistümern vergleichbar.

Bisher wurden Projekte in Polen, Rumänien, Kroatien, der Slowakei, Bulgarien, der Ukraine, Lettland und dem Kosovo gefördert.

In diesem Jahr wird in enger Abstimmung mit den Solidaritätsaktion RENOVABIS das hier beschriebene Projekt in Pristina / Kosovo unterstützt.

Projektländer der Nachbarschaftshilfe seit 1990



Perspektiven durch Bildung - mit ihrer Spende!

Bereits in diesem Jahr wurde mit der Bauphase II begonnen. Es entstehen 2 weitere Internatsflügel und weitere Klassenräume. Nach deren Fertigstellung können bereits ab dem Schuljahr 2007 bis zu 800 Schüler in den Jahrgangsstufen 6 bis 12 unterrichtet werden und diese die Hochschulreife erlangen. Die Hälfte der Plätze wird dann für Internatschüler reserviert werden. Die Hälfte der Internatsplätze wiederum ist für Mädchen vorbehalten.

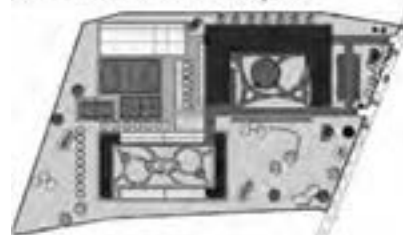


Um auch jenen Kindern, deren Eltern es sich nicht leisten können, den Zugang zum Loyola-Gymnasium zu ermöglichen, werden durch den Trägerverein Stipendien vergeben. Schon heute erhält jedes zehnte Kind zumindest ein Teilstipendium. Dieser Anteil soll weiter wachsen. Dafür braucht unser Partner verlässliche Zusagen. Für ein Stipendium werden 720,00 €/Jahr (Schule) bzw. 2.520 €/Jahr (Internat) veranschlagt.

Spendenkonto
Commerzbank Berlin
Konto-Nr.: 07 10 707
BLZ: 120 400 00
Katholische
Soldatenseelsorge
Kennwort:
Nachbarschaftshilfe

Zukunft braucht Bildung!

Eine gute Bildung und ein qualitativ gutes Schulsystem sind für die Zukunftschancen junger Menschen letztendlich für eine ganze Gesellschaft von weitreichender Bedeutung. Das Kosovo hat die jüngste Bevölkerung in Europa. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung beträgt 24 Jahre. 17,6 % der Einwohner, meist Frauen und Mädchen, sind Analphabeten. Die Situation der Schulen ist desolat. Während des Krieges wurden mehr als die Hälfte der Schulgebäude zerstört. Es herrscht eine erdrückende Raumnot. Auf diesem Hintergrund ist der Aufbau eines klassischen, staatlich anerkannten Gymnasiums ein bedeutsamer und zukunftsweisender Schritt im kosovarischen Schulsystem.



Bauphase bereits fertig gestellt (vollständig gekennzeichnet):
Schule, Mädcheninternat, Internatskammer, alles Phase I
Kapazität: 184 Schüler in je drei Klassen der Klassenstufe 6 und 7.
40 Schüler in den Internaten.
Weitere Klassenräume, Internatskammer, sowie Sportanlagen und Mehrzweckhalle für die Bauphase 2 ab 2006 geplant.

Die Erinnerung an die Tätigkeit der Jesuiten in Albanien im 19. Jahrhundert und deren Beitrag zur kulturellen Wiedergeburt Albaniens ist noch heute im Bewusstsein gebildeter Albaner. Im Herbst 2003 beauftragt RENOVABIS die Deutsche Provinz der Jesuiten mit der Gründung eines klassischen Gymnasiums (Internatsgymnasium), das allen Kosovaren und Anrainerstaaten offen

Ihre Spende kommt an...

Ihre Spende, und sei sie noch so klein, kommt. Jedem Projekt zugute. Dafür sorgen das Katholische Militärbischofsamt und RENOVABIS.

RENOVABIS ist eine Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken für Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Der lateinische Name „Renovabis“ ist dem Psalm 104 entnommen „Sendet den Geist aus ... und du erneuerst das Antlitz der Erde.“ („Emite spiritum tuum ... et innovabis faciem terrae“).

Der Katholische Militärbischof hat die Durchführung einer Kollekte für die Nachbarschaftshilfe angeordnet. Er schreibt in seinem Aufruf unter anderem: „Ich bin dankbar, dass die katholischen Soldaten das Projekt „Loyola-Gymnasium“ unterstützen. Im Kosovo wird es darauf ankommen, die neue Generation in einem friedvollen und toleranten Geist zu erziehen. Umfassende Bildung hilft, die Konflikte zwischen Volksgruppen zu überwinden und die Wirtschaft des Landes aufzubauen. Es ist dies ein Beitrag zum Friedensprozess im ehemaligen Jugoslawien, wenn jungen Menschen, ohne Ansehen von Religion und Bevölkerungszugehörigkeit, Lebenshilfe geleistet wird.“

Bildung stellt immer eine verlässliche Basis dar, auf der man aufbauen kann und muss. Wer Bildung verweigert, der diskriminiert und schafft uneheliche Minderheiten.

...also trauen Sie sich!

IMPRESSUM
Herausgeber:
Vorstandsvorsitzender:
Redaktion:
Layout:
Druck:
Zentrale Versammlung der Kath. Soldaten (ZV)
Ralf Troschütz
Postfach 64 62 26, 03048 Berlin
Nachbarschaftshilfe „Solidus Engagement“
Vorstandsvorsitzender: Peter Weber
Kassenverwalter: 13. 56727 Bundeswehr
Sachverwalter: Peter Weber
Eigendruck im Selbstverlag



Katholische Militärseelsorge

Militärseelsorge in den Standorten

Die Menschen da abholen, wo sie stehen



*Militärpfarrer Georg Pützer, Katholischer Standortpfarrer Oldenburg
(Quelle KNA)*

Der Katholische Standortpfarrer

Die Seelsorge in den Standorten und Militär-Kirchengemeinden wird von hauptamtlichen katholischen Militärgeistlichen ausgeübt. Die Militärseelsorger (Militärpfarrer, Pastoralreferenten und Pastoralreferentinnen) werden dafür einige Jahre von ihren Heimatdiözesen und Ordensgemeinschaften freigestellt. Ihren kirchlichen Auftrag erhalten sie vom Militärbischof. Die Militärgeistlichen haben zivilen Status. Ihre Rechtsverhältnisse sind weitgehend denen der Bundesbeamten angeglichen. Sie stehen in keinem militärischen Vorgesetzten- oder Untergebenenverhältnis und haben keinen militärischen Rang. An einer Reihe von Standorten üben jedoch auch Ortspfarrer für eine nahe gelegene Kaserne den Dienst als Standortpfarrer im Nebenamt aus.



Katholische Standortpfarrer mit Soldaten (Quelle DPA)

Seelsorge am Arbeitsplatz

Militärgeistliche haben offenen Zugang zu den Kasernen und Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr und sind somit am Arbeitsplatz der Soldaten präsent. Sie sind Begleiter und Gesprächspartner für Soldaten und Soldatinnen aller Dienstgrade und ihre Familienangehörigen. Sie werden dabei von Pfarrhelfern und Pfarrhelferinnen unterstützt, die in den Dienststellen oft erste Ansprechpartner sind.

Die Standortpfarrer halten regelmäßig Militärgottesdienste und Andachten, spenden Sakramente, führen Exerzitien und Werkwochen durch und halten regelmäßig Sprechstunden in den militärischen Unterkünften ab. Sie erteilen den Lebenskundlichen Unterricht und stellen sich für die Betreuung der Soldaten auch in der Freizeit und außerhalb der Kaserne zur Verfügung.



Zum Standortpfarrer (Quelle KMBA)

So finden Sie Ihren Standortpfarrer

Eine Suchabfrage, die Ihnen den für Sie zuständigen Standortpfarrer auswählt, wird derzeit aufgebaut und befindet sich im Intranet der Bundeswehr im Testbetrieb. Über die Suche nach Ort und Bundesland bzw. Stichwort erhalten Sie die Adresse, Telefonnummer und ggf. weitere Informationen und regionale Seelsorgeangebote Ihres Standortpfarrers, wenn sich dieser bereits mit einem eigenen Online-Auftritt präsentiert.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass sich das Informationsangebot noch im Aufbau befindet und sukzessive um weitere Standortauftritte erweitert wird.

Zur Adressen-Suchabfrage (DE) – Achtung: Bisher nur im Intranet verfügbar!



Aus dem Leben der GKS

Bericht des Bundesgeschäftsführers der GKS

VON KLAUS ACHMANN

1. Politikergespräch

Nach »Politikergesprächen« mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe (SPD) und mit dem Sprecher der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Bernd Siebert (MdB CDU) fand in diesem Jahr am 09.11.2006 bereits das dritte Gespräch dieser Reihe statt. Wiederum war ein sehr prominenter Gast eingeladen: Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung. Anders als bei sonstigen Politikergesprächen musste wegen des zu erwartenden und tatsächlich eingetretenen größeren Andrangs auch ein größerer Raum gewählt werden. Daher fand das Gespräch nicht wie sonst im KMBA, sondern in der Julius-Leber-Kaserne statt. Dennoch wurde auch hier der traditionelle vertrauliche Charakter der Gespräche gewahrt. Dies gibt dem Gast die Möglichkeit, sich auch zu schwierigen Themen offen zu äußern. So nahm auch der Minister zu einer ganzen Reihe wichtiger Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Stellung. Sein eindrucksvolles Statement zu wichtigen Fragen wurde im AUFTRAG, Heft 264/Dez. 2006, S. 5 ff., abgedruckt. Dem Minister ging es aber sichtlich vor allem um das Gespräch mit den anwesenden Soldaten und Militärseelsorgern. Moderator war der Vorsitzende des GKS-Sachausschusses »Sicherheit und Frieden«, Brigadegeneral Josef Blotz, Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 30, Ellwangen.

2. Sitzungen des Exekutivsausschusses der GKS (EA)

– Sitzung am 13. Nov. 2006, Bonn

Die Sitzung begann mit einem Rückblick des Bundesvorsitzenden auf die zurückliegende Bundeskonferenz in Ludwigshafen. Er hob hervor, dass das Thema »SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM« richtig gewählt war und positive Aufnahme gefunden habe. Auch 2007 solle die Befassung mit Fragen der ethischen Bildung fortgesetzt und vertieft werden. Ferner berichtete er von einem weiteren Routinetreffen mit dem Militärgeneralvikar und von seiner Teilnahme an der Hauptversammlung von pax christi, bei der er ein Grußwort gesprochen habe.

Den Sachausschüssen der GKS erteilte der EA den Auftrag, die Vorarbeit zu einer Presseerklärung zum Weißbuch der Bundesregierung aufzunehmen.

Der EA stimmte den Überlegungen zu, die Woche der Begegnung ab 2008 um einen Tag zu kürzen. Ferner beauftragte er den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden SF Feineis, die GKS bei der 49. Soldatenwallfahrt nach Lourdes in der Delegation des Katholischen Militärbischofs zu vertreten.

Der Entwurf zu einer Neufassung des GKS-Grundlagendokumentes »Ziele und Wege« soll rechtzeitig vor den Frühjahrs-Bereichskonferenzen verteilt werden. Die Ergebnisse der Beratungen bei den Bereichskonferenzen sollen dann in die nächste Sitzung des Bundesvorstandes eingebracht und dort abschließend behandelt werden. Über den daraus hervorgehenden Neuentwurf soll dann die Bundeskonferenz 2007 entscheiden.

– Sitzung am 27. Januar 2007, Berlin

Im Anschluss an den traditionellen Jahresempfang des Militärgeneralvikars für den Vorstand der Zentralen Versammlung (ZV) und den Exekutivsausschuss der GKS fand wie in jedem Jahr eine Sitzung des EA statt, dem eine gemeinsame Sitzung mit dem Vorstand ZV vorausging.

In der gemeinsamen Sitzung informierte der Militärgeneralvikar über aktuelle Fragen der Militärseelsorge. Er berichtete unter anderem, dass die Neuorganisation der Militärseelsorge bis zum Jahr 2010 abgeschlossen sein soll. Dabei wird auch das Katholische Militärbischofsamt als Kurie des Militärbischofs und staatliche Oberbehörde neu geordnet werden. Dazu soll noch in diesem Jahr die Umstellung auf nur noch drei Referate erfolgen.

Vorstand ZV und EA einigten sich darauf, den zuständigen Gremien als Jahresthema und als Motto der Woche der Begegnung vorzuschlagen: »SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – WISSEN UM WERTE.« Damit soll an das Thema des Vorjahres angeknüpft und die Diskussion über die ethische Bildung der Soldaten weitergeführt werden.

Die sich daran anschließende Diskussion im EA führten zu den Überlegungen, die GKS solle dieses Thema aus der Sicht eines Verbandes katholischer Soldaten beleuchten und sich vor allem mit der Frage auseinandersetzen, wie ethisches Handeln in schwierigen militärischen Situationen möglich ist. Auch sollte an das Thema des letzten Jahres angeknüpft werden, bei dem die Chancen und Risiken einer ethischen Bildung in der Bundeswehr im Mittelpunkt standen. Als Ergebnis konkretisiert die GKS das o.g. Leitwort der Woche der Begegnung 2007 für ihre Jahresarbeit durch die Formulierung: »AN IHREN WERKEN WERDET IHR SIE ERKENNEN!«

In der getrennten Sitzung des EA berichtete zunächst der Bundesvorsitzende von seinem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes und von seiner Ansprache im Rahmen des Internationalen Soldatengottesdienstes in Köln in Anwesenheit des Wehrbeauftragten, des Verteidigungsministers, des Generalin-

spekteurs und zahlreicher Generale der Bundeswehr. Er sprach aber auch seine Sorgen an, dass die erfreulich angestiegenen Planungen der GKS-Kreise und –Bereiche für Familienwerkwochen und Familienwochenenden die finanziellen Möglichkeiten der GKS übersteigen könnten, wenn nicht energisch genug gespart werde.

Dementsprechend beriet der EA über weitere Einsparungsmöglichkeiten. Der Bundesvorsitzende traf dazu – vorbehaltlich der Billigung durch den Bundesvorstand – die schon jetzt erforderlichen Entscheidungen. Unabhängig davon sollen die im letzten Jahr begonnenen Einsparungsmaßnahmen konsequent fortgesetzt werden.

Auch die für 2007 geplanten Politikergespräche werden auf nur noch zwei Begegnungen beschränkt. Ein Gespräch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMZ, Karin Kortmann (MdB SPD) ist bereits für den 24. Mai 2007 fest geplant. Ein weiteres Treffen mit der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Ulrike Merten (MdB SPD) ist für den Herbst dieses Jahres vorgesehen.

3. Erklärungen und Rundbriefe

- Am 06.12.2006 veröffentlichte der Bundesvorsitzende eine Presseerklärung der GKS zum »Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr« (abgedruckt im AUFTRAG, Heft 264 vom Dez. 2006, S. 8).
- Der erste Rundbrief des Jahres 2007 wurde am 15.02.2007 versandt. Darin geht der Bundesvorsitzende insbesondere auf die notwendigen Sparmaßnahmen ein. Weiterhin lädt er erneut alle Mitglieder, Freunde und Förderer der GKS ein, Mitglieder im Förderkreis der GKS (FGKS e.V.) zu werden.

4. Ausblick

Abschließend noch ein Blick auf die Schwerpunkte der kommenden Wochen und Monate:

- 16.04.2007 Sitzung des GKS-Exekutiv Ausschusses in Bonn ;
- 25.-29.04.2007 erstes von drei Seminaren »Vorbereitung auf die dritte Lebensphase«;
- 24.05.2007 nächste Politikergespräch mit StS'in im BMZ, Karin Kortmann (SPD) im KMBA Berlin;
- 31.05.-03.06.2007 Sitzung Bundesvorstand der GKS in Passau mit abschließender Vorbereitung der Bundeskonferenz bei der 47. Woche der Begegnung in Leitershofen/Diözese Augsburg.

Zum Jahresthema »AN IHREN WERKEN WERDET IHR SIE ERKENNEN« wurde Professor Dr. Eberhard Schockenhoff, Universität Freiburg, Theol. Fakultät – Arbeitsbereich Moralthologie eingeladen, am Donnerstag, 20. Sept., einen Vortrag in Anlehnung an die Frage bei Lk 1,14 zu halten: »Auch Soldaten fragten ihn: Was sollen wir denn tun«. Dabei geht es darum, wie Soldaten auf der Grundlage gesicherter Wertvorstellungen und ethischer Prinzipien begründete Gewissensentscheidungen treffen können.

5. Hinweis:

Das für die Zeit 30.11.-02.12.2007 angekündigt »Seminar für Funktionsträger der GKS« (AUFTRAG 264/Dez. 2006, S. 81) muss verschoben werden. Nach derzeitiger Planung soll es nun vom 27.-29.06.2008 wiederum im Bildungshaus »Die Wolfburg« in Mülheim/Ruhr stattfinden.

(Klaus Achmann)

Spendenaufruf

Die Arbeit der GKS – gleich ob an der Basis, auf Bereichsebene oder im Bundesvorstand – kostet viel Geld. Die Aufwendungen für die notwendigen Aktivitäten, einschließlich des AUFTRAG's, steigen mit der allg. Kostenentwicklung von Jahr zu Jahr. Mehr Mittel stehen aber nicht zur Verfügung. Auch die GKS ist auf Spenden ihrer Mitglieder, Sympathisanten und Nutznießer angewiesen. Zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit und um Spendenquittungen ausstellen zu können, musste ein GKS e.V. gegründet werden. Auf dessen Konto können Sie Spenden überweisen. Spendenquittungen werden ausgestellt. ☐

Überweisung/Zahlschein		Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.	
Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		Bankleitzahl	
Begünstigter Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)			
Gem. Kath. Soldaten e.V.		Bankleitzahl	
Konto-Nr. des Begünstigten		37060193	
Kreditinstitut des Begünstigten		Pax-Bank eG	
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)		Betrag: Euro, Cent	
Spende		EUR	
noch Verwendungszweck (gegebenfalls max. 2 Zeilen à 27 Stellen)			
Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postleitzahlen)			
Konto-Nr. des Kontoinhabers		18	
Datum, Unterschrift			

Scheibenschnitzerei: normale Scheibenschnitzerei, Bauschnitzerei in UNTERSCHÜTZUNGSDAILEN, bitte je Zeichen ein Kästchen verwenden!

Einladung zum 11. Seminar der GKS-Akademie »Oberst Helmut Korn«

EINSTIMMUNG

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) führt in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus Fulda vom 12. bis 16. November 2007 (Montag bis Freitag) das 11. Seminar ihrer AKADEMIE OBERST HELMUT KORN durch.

Das Thema lautet:

ETHISCHE FORDERUNGEN AN DEN BERUF DES SOLDATEN ALS FRIEDENSDIENST – AUCH »IM EINSATZ«

Das Seminar befasst sich mit Fragen der Ethik aus theologisch-philosophischer Sicht im Hinblick auf den Beruf des Soldaten. Gesichtspunkte der Friedensethik und deren praktische Umsetzung sollen hierbei besonders behandelt und diskutiert werden. Im Vordergrund steht die grundsätzliche Fragestellung: »Gibt es eine spezielle Ethik für den einzelnen Soldaten im Einsatz?« Dabei ist zu prüfen,

- ob die Anwendung und Befolgung einer solchen »EINSATZ-ETHIK« auf der Grundlage der in der Bundeswehr bewährten Führungslehre der »INNEREN FÜHRUNG« bei internationaler militärischer Zusammenarbeit Anwendung finden kann;
- inwieweit eine Umsetzung unserer Befehlsgebung und Auftragstaktik im unmittelbaren Verbund mit den Kameraden aus anderen Nationen praktisch und rechtlich möglich ist.

Grundlage hierfür ist die Vorbereitung aller Führer und Soldaten für den Einsatz. Neben der praktischen Ausbildung, die inzwischen perfektioniert durchgeführt wird und sich an aktuellen Gegebenheiten orientiert, muss der Schwerpunkt der mentalen Vorbereitung in der Auseinandersetzung mit politischen, ethischen, ethnischen und rechtlichen Bedingungen liegen.

Bei allen Fragen und Diskussionen dieser Woche wird es eine Fokussierung auf die grundsätzliche Fragestellung geben: »IST DER ETHISCH GEBILDETE SOLDAT – BASIEREND AUF DEM CHRISTLICH-ABENDLÄNDISCHEN WELT- UND MENSCHENBILD –, DER SEINE ENTSCHEIDUNGEN AUS GEWISSENSGRÜNDEN TRIFFT, IM EINSATZ DER LEISTUNGSFÄHIGERE UND IN GRENZERFAHRUNGEN DER DURCHHALTUNGSFÄHIGERE ODER IST ER STATT DESSEN DER (MILITÄRISCH) SCHWÄCHERE SOLDAT?«

Nach allen Vorträgen wird es ausreichend Zeit für Nachfragen und zur Aussprache geben.



Das Faltblatt mit den hier abgedruckten Informationen zur GKS-Akademie incl. Anmeldekarte ist erhältlich bei den Dienststellen der Katholischen Militärseelsorge, den örtlichen Vorsitzenden und Ansprechpartnern der GKS.

Absender		Bitte mit 43 ct ausreichend markieren	ANMELDUNG
Name	Vorname		
Geb.-Datum	Dstgld		
Erreichbarkeit:			
dienstlich: Postanschrift Truppenteil/Dienststelle, Tel/Fax/eMail		Antwortkarte	Bundesgeschäftsführer der Gemeinschaft Katholischer Soldaten Postfach 64 02 32 10048 Berlin
privat: Anschrift, Tel/Fax/eMail			

PROGRAMM

Montag, 12. November

- bis 14:00 Anreise — 14:30 Kaffee
- 15:00 Begrüßung, Einführung in das Seminar, Vorstellung des Hauses, Organisation
- 16:00 »Die Gemeinschaft Kath. Soldaten (GKS), ein kath. Verband in der Bundeswehr«, Bundesvorsitzender OTL Paul Brochhagen
- 17:00 »Spirituelle Aspekte und persönliche Hilfestellung im Dienstalltag des Soldaten«, MD Hans Meyer Geistlicher Beirat der GKS
- 18:00 Abendessen
- 19:00 »Die Grundzüge der Friedensethik und die aktuellen Einsätze der Bundeswehr — eine ethische Bewertung«, Vortrag als offene Veranstaltung des Bonifatiushauses mit Gästen, PD Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Direktor des Instituts für Theologie und Frieden (IThF), Hamburg
- anschl. gesellige Kennenlern-Runde

Dienstag, 13. November

- 07:45 Frühstück
- 08:30 Hl. Messe in der Kapelle des Bonifatiushauses
- 09:30 »Gibt es aus theologisch-philosophischer Sicht eine spezielle Ethik des Soldatenberufes?«, Vortrag mit Aussprache, Msgr. Prof. Dr. theol. Peter Schallenberg, Theologische Fakultät Fulda
- 11:15 »Die Bedeutung ethischer Leitlinien auf der Basis christlicher Werte, aufgezeigt an Hand von Grenz- und Konfliktsituationen«, Oberst i.G. Reinhard Kloss, ReflTr PSZ, Präsident Apostolat Militaire International (AMI)
- 15:00 Führung zum Bonifatiusgrab, durch Dom und Michaelskirche
- 17:00 Empfang durch den Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Gerhard Möller, im Stadtschloss; anschl. Schlossführung
- 18:30 Abendessen
- 19:30 »Ethische und professionelle Motive im militärischen Widerstand gegen das NS-Regime — ein praktisches Beispiel«, Oberst Dr. Winfried Heinemann, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam

Mittwoch, 14. November

- 07:30 Hl. Messe mit Domkapitular Prälat Martin Schmidt, Generalvikar Bistum Fulda
- 09:00 »Von der Gleichstellung zur Gleichwertigkeit, Geschlechterkulturen benachteiligungsfrei gestalten — eine ethische Dimension zwischen Mann und Frau?«, Dr. Peter Döge, Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung, Berlin
- 11:00 »Ethische Dimension und Militärische Führung im internationalen Kontext — persönliche Erfahrungen in nationalen und internationalen Verwendungen«, Generalleutnant Karl-Heinz Lather, Commander, Allied Land Component Command, Headquarters Heidelberg
- 15:00 »Die Bedeutung des Unterrichtsfaches Ethik in der Bundeswehr aus nationaler und internationaler Sicht — eine kritische Bestandsaufnahme«, Generalleutnant Wolfgang Korte, Director Joint Warfare Center, NOR
- 17:00 Imbiss
- 17:30 »Die Kardinaltugenden und die Einsatzbereitschaft des Soldaten« — eine kritische ethische Reflexion aus der Sicht des Militärbischofs«, Dr. Walter Mixa, Diözesanbischof von Augsburg u. Kath. Militärbischof
- 19:30 Empfang des Kath. Militärgeneralvikars Prälat Walter Wakenhut aus Anlass des 11. Seminars der GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn

Donnerstag, 15. November

- 07:30 Eucharistiefeier, Militärbischof Dr. Walter Mixa
- 08:45 Frühstück
- 09:30 Exkursion auf den Spuren der hl. Elisabeth von Thüringen zur Wartburg bei Eisenach.
- ca. 19:00 nach Rückkehr Abendessen im Bonifatiushaus

Freitag, 16. November

- 08:00 Frühstück
- 09:00 Hl. Messe zum Abschluss des Seminars
- 10:00 Auswertung der Woche, Impulse für das 12. Seminar 2009
- 11:00 Schlusswort u Verabschiedung, anschl. Abreise

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN



Betr.: GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

Hiermit melde ich mich verbindlich zur Teilnahme am 11. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn vom 12. November bis 16. November 2007 zu den im Einladungsprospekt genannten Bedingungen an.

Eintreffen in Fulda am _____ um _____ Uhr.

mit DB: ja nein, hierfür benötige ich von der GKS eine Anforderung für die Fahrkarte: ja nein (X für zutreffend)

mit privatem Pkw _____

Übernachtung von _____ bis _____

Bemerkungen: _____

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

ANMELDUNG

ORGANISATION

Zielgruppe: Offiziere und Offizieranwärter,
Unteroffiziere und Unteroffizieranwärter

Anmeldung:

- ab April 2007 bis spätestens 15. Oktober 2007
- über den Katholischen Standortpfarrer oder den Vorsitzenden des örtlichen GKS-Kreises/Ansprechpartner der GKS oder unmittelbar beim Bundesgeschäftsführer der GKS
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
Tel: 030-20619990, Fax: 030-20619991
Email: GKS.Berlin@t-online.de
- mit folgenden Angaben:
Name, Vorname, Geburtsdatum, Dienstgrad, Truppenteil/Dienststelle mit Anschrift, Privatanschrift, Tel/Fax/Email;
- wird entsprechend ihres Eingangs und der Zugehörigkeit zur Zielgruppe berücksichtigt. Kann eine Anmeldung z.B. aus Platzgründen nicht angenommen werden, erfolgt unverzüglich eine Benachrichtigung durch die Bundesgeschäftsstelle.

Kostenbeitrag:

Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben.

Für Unterkunft und Verpflegung wird der für Veranstaltungen der Militärseelsorge übliche gestaffelte Tagessatz für vier Tage erhoben:

– Wehrsoldempfänger	4 x 5,00	=	EUR	20,00
– bis Bes.Grp A8	4 x 7,00	=	EUR	28,00
– Bes.Grp A9-A12	4 x 11,00	=	EUR	44,00
– Bes.Grp A13-A15	4 x 13,00	=	EUR	52,00
– ab Bes.Grp A16	4 x 17,00	=	EUR	68,00

Hinweis auf Urlaubsregelung:

Das Seminar ist eine Veranstaltung der Kath. Militärseelsorge. Soldaten können Sonderurlaub gem. Ausführungsbestimmungen der Soldatenurlaubsverordnung (SUV - ZDv 14/5, F511, Nr. 78 u. 79 Abs. 1) beantragen.

Bekleidung während des Seminars:

Dienstanzug »Grundform« ggf. mit Pullover, zum Ausflug zusätzlich Mantel und Handschuhe; zum Empfang am Mittwoch Ausgehanzug mit Diensthemd (Ärmel lang) und Krawatte.

An- und Abreise:

Die Anreise soll mit dem Zug bis Fulda Hbf. erfolgen.

Die Teilnehmer erhalten hierzu – auf Antrag – von der GKS eine Bahnfahrkarte 2. Klasse gestellt. Bitte vermerken Sie Ihren Fahrkartenwunsch in der Anmeldung. Die Fahrkarten werden über ein Großkundenabonnement bereitgestellt. Bei »Selbstkauf« der Fahrkarte können daher nur 80 % des Kaufpreises erstattet werden.

Das Bonifatiushaus erreicht man ab Hauptbahnhof zu Fuß in ca. 20 Min. oder vom Busterminal (schräg ggü. dem oberem Ausgang) aus mit der Linie 3 Richtung Maberzell/Bimbach im 30-Minuten-Takt.

Bei Benutzung von Privat-Pkw kann auf Antrag eine Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,10 EUR/km bis zur Höhe der Kosten einer Bahnfahrkarte 2. Klasse im Großkundenabonnement erstattet werden. Die Benutzung des Privat-Pkw erfolgt auf eigene Gefahr.

Anfahrt über BAB A7 bis ASt Fulda-Nord oder aus Richtung Frankfurt ASt Fulda-Süd.



KURZ BERICHTET:

Gegenstrategie.

Christliche Gewaltlosigkeit und Feindesliebe bedeuten nach den Worten von Papst Benedikt XVI. keine Kapitulation vor dem Bösen und kein taktisches Kalkül. Es gehe vielmehr darum, die Kette der Ungerechtigkeit zu zerreißen. Die »christliche Revolution« der Gewaltlosigkeit basiere nicht auf Strategien der Macht, so der Papst, sondern auf dem Vertrauen, dass »die Waffen der Liebe und der Wahrheit das Böse überwinden können«. Das Gebot Christi zur Feindesliebe sei nicht illusorisch, sondern realistisch. (KNA)



Bild oben: Pastoralreferent Michael Veldboer und KLMD Msgr. Rainer Schadt beim Gottesdienst.
Bild unten: Soldaten der Grundausbildung beim Gelöbnis- und Vereidigungsgottesdienst.



BEREICH KLMD GLÜCKSBURG/KIEL:

Mit »bischöflichem« Segen –

Visitation im Seelsorgebezirk Plön

Im Rahmen der militärbischöflichen Visitation besuchte der Katholische Leitende Militärdekan (KLMD) Glücksburg/Kiel, Msgr. Rainer Schadt, den Seelsorgebezirk bei der Marineunteroffizierschule in Plön. Pastoralreferent Michael Veldboer und Pfarrhelfer Michael Amf hatten ein umfangreiches Programm erarbeitet, welches seinen Höhepunkt in der Feier des Gelöbnisgottesdienstes mit Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten der Marineschule und deren Angehörigen fand.

In seiner Predigt betonte Militärdekan Schadt die ethische Qualität und die Bindungswirkung des Gelöbnisses und des Eides. Recht, Freiheit, Treue, Dienen und auch Tapferkeit seien nicht inhaltlose Worte, sondern forderten geradezu von den Soldaten eine moralische Stellungnahme und Gewissensentscheidung als Staatsbürger in Uniform.

In Zeiten von krisenhaften Entwicklungen in der Welt und den daraus sich ergebenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr müssten deutsche Soldaten auch eine Werteüberzeugung mitbringen, unterstrich Schadt, nur das militärische Handwerk zu beherrschen reiche alleine nicht aus.

In Gesprächen mit den Kommandeuren der zahlreichen Zuordnungsdienststellen, mit dem ökumenischen Mitarbeiterkreis – einem Novum in ganz Deutschland –, mit den kirchlichen Partnern der Ortsgemeinden und den Vertretern der evangelischen Militärseelsorge vor Ort konnte sich der Dekan vom Leben der Kirche unter den Soldaten überzeugen und die Arbeit der Militärseelsorge in Plön im Detail kennen lernen.

Nicht unerwähnt bleiben darf die Tatsache, dass der Seelsorgebezirk Plön in einer der schönsten Urlaubsregionen Deutschlands liegt. Den Abschluss der Visitation bildete der Besuch eines Außenpostens der Marine auf der Insel Fehmarn. Wohl dem, der dort Dienst tun darf.

(Text u. Foto: Franz-Josef Hosse)

GKS-KREIS KÖLN-WAHN:

Islam: Geschichte, Glaubensinhalte, Lebenspraxis oder Islam und katholische Kirche

Zu einem Thema, das derzeit im Rampenlicht steht, hatte der Vorsitzende des GKS-Kreises Köln-Wahn, Oberstleutnant Albert Hecht, eingeladen. »ISLAM: GESCHICHTE, GLAUBENSINHALTE, LEBENSPRAXIS« war das Thema für das Familienwochenende vom 15. bis 17. Dezember 2006, zu dem sich mehr als 70 Personen angemeldet hatten. Ob der Ort, das stimmungsvolle, ehemalige Jagdschloss im Bergischen Land, das Entkommen aus dem vorweihnachtlichen Trubel oder das Thema entscheidend für die vielen Anmeldungen war, konnte Albert Hecht nicht erklären. »Leider konnten wir aber nur 40 Personen mitnehmen«, bedauerte Hecht.

Erneut war das Tagungszentrum des Erzbistums Köln, »Maria in der Aue«, der Ort für das Familienwochenende. Der erste Abend diente zum Hinführen an das umfangreiche Thema und zum Kennenlernen. Auch nutzte Hecht die Gelegenheit, die tatkräftige Unterstützung von Stabsfeldwebel Dirk Ponzel bei der Leitung des Kreises zu würdigen. Ponzel (r. im Bild l.) erhielt zum Dank eine Uhr der GKS überreicht.



Am Samstag referierte Diplom-Theologe Georg Girschek vom Erzbischöflichen Generalvikariat Köln (*Bild r.*) über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Christentum und Islam. Dabei sprach Girschek Fehlinterpretationen von Angehörigen der verschiedenen Religionen an. Er schloss seine Vortragsarbeit mit den Worten: »Wir müssen zwar tolerant sein, der Islam muss sich aber auch weiterentwickeln, um mit der westlichen Lebensweise zu Recht zu kommen«.

Für die Teilnehmer standen zum Nachlesen zahlreiche Publikationen zum Thema zur Verfügung, unter anderem der AUFTRAG Nr. 251, Sonderdruck vom Juli 2003 »DIE WELT DES ISLAM AUS WESTLICH DEMOKRATISCHER SICHT«. So bot das Thema viele Anregungen und Diskussionsgrundlage selbst über das Wochenende hinaus.

Am Spätnachmittag hielt Militärfarrer Michael Berning einen Gottesdienst, bei dem er die Kinder mit einbezog. Tagsüber wurden die Kinder von Rosa Ponzel betreut. Der Abend stand im Zeichen von Spiel und Spannung. Erwartungsvoll begutachteten die Kinder die aufgestellten Preise, die es beim anschließenden Bingo zu gewinnen gab. Unter den Hauptpreisen befand sich eine Rennbahn, die von einem freudig strahlenden Mädchen gewonnen wurde. So konnte am Schluss auch jedes Kind einen Preis mit nach Hause nehmen.

Für einen Rundgang durch den Adventsmarkt im Innenhof des Jagdschlösschens war am Sonntag nach dem Morgenlob noch Zeit.



Wehrbeauftragter betont Bedeutung der Militärseelsorge

Zum Neujahrsempfang des GKS-Kreises Köln-Wahn am 22. Januar konnte der Vorsitzende des Kreises, Oberstleutnant Albert Hecht, den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe und dazu rund 150 Gäste im Offizierheim der Luftwaffenkaserne begrüßen – unter ihnen den Standortältesten Köln, Brigadegeneral Hanspeter Broekelschen, den Stellvertreter des Befehlshabers des Luftwaffenführungskommandos, Generalmajor Hermann Wachter, den Bundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant Paul Brochhagen, den Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein, den Stellvertreter des Leitenden Militärdekans, Pfarrer Gregor Ottersbach, den Standortpfarrer Köln-Wahn, Pfarrer Michael Berning und den evangelischen Standortpfarrer, Militärdekan Christian Fischer.

Nach einer kurzen Ansprache und Begrüßung der Gäste durch Oberstleutnant Hecht sang der Männerchor der Bundeswehr Wahn einige Stücke unter Leitung von Hauptfeldwebel Marcus Wolters.

Bevor Hecht das Wort an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages übergab, ging er noch allgemein auf die GKS in Köln-Wahn und ihre Entstehung ein. Der vor drei Jahren »neu« gegründeten GKS-Kreis Köln-Wahn hat derzeit 52 Mitglieder. Zusätzlich ließ Hecht die Aktivitäten des Kreises im letzten Jahr Revue passieren. Bei einem Ausblick auf das Jahr 2007 ging er besonders auf das gesetzte Schwerpunktthema »Islam« ein.

Nicht nur freundliche Worte über die Situation der Bundeswehr

Der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe machte zu Beginn seiner Rede deutlich, dass er als Wehrbeauftragter des Bundestages eingeladen worden sei und als solcher »walte ich selbstverständlich auch in diesem eher festlichen Rahmen meines Amtes«, und »... dass ich dies nicht als Aufforderung verstehe, nur freundliche Worte über die Situation der Bundeswehr zu finden«. Im Verlauf seiner Rede spannte Robbe den Bogen vom Beginn der Bundeswehr vor über 50 Jahren, bis zur heutigen Verpflichtung in der Völkergemeinschaft. Besonders hob der Wehrbeauftragte die Einsätze der Bundeswehr und die damit einhergehende Transformation und die Belastung



für die Soldaten und Soldatinnen hervor. Zum Abschluss betonte Reinhold Robbe noch die Bedeutung der Militärseelsorge. Nach einer ausführlichen Diskussion dankte Hecht dem Wehrbeauftragten mit der Medaille der GKS und lud die Gäste zu einem Umtrunk in das Musikzimmer

GKS-KREIS BONN:

Neuanfang in Bonn

Am 29.11.2006 führte die GKS Bonn ihre traditionelle Adventsveranstaltung durch, die durch einen Gottesdienst, zelebriert von Militärpfarrer Michael Berning (Standortpfarrer Köln-Wahn), eingeleitet wurde.

Der bisherige Vorsitzende, OTL a.D. Bertram Bastian, der nach der Pensionierung nicht mehr länger zur Verfügung stand, legte seinen Rechenschaftsbericht ab, bevor die Versammlung über einen neuen Vorstand beschloss.

Da in Zukunft die Aufgaben von mehreren Mitgliedern geschultert werden sollen, stehen dem neuen Vorsitzenden,



SF Joachim Lensch (BMVg – Rü VI 2; im Bild 2.v.r.), als Beauftragter für Veranstaltungen OSF Hans-Dieter Schander (BMVg – M II IT 1; l.), für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit OTL Reinhold Gradl (BMVg – Fü L II 5; r.) sowie als Beisitzer für Pensionäre und Schriftführer OTL a.D. Bertram Bastian (2.v.l.) zur Seite, die bei Bedarf durch die »alten Fahrensleute« der katholischen Militärseelsorge auf der Hardthöhe Leonhard Schmidt und Gisela Gawenda unterstützt werden.

Das neue Team hat sich vorgenommen, die Reaktivierung der auch zum GKS-Kreis Bonn gehörenden Dienststellen in Euskirchen, Rheinbach, Siegburg und St. Augustin anzustoßen.

So wird das Jahr 2007 mit der Teilnahme am Soldatengottesdienst am 11. 01. im Kölner Dom und mit einem Reisebericht über Israel 08.02. im Geistlichen Forum auf der Hardthöhe beginnen. Am 26.04. nimmt die GKS an der traditionellen Fußwallfahrt der Katholischen Militärseelsorge nach Buschhoven teil. Im Mai und Juni sind eine Motorradwallfahrt und ein Ausflug für Funktionsträger des Unteroffizierkorps geplant. Vom 24.-26. 08. findet ein Familienwochenende der GKS in Möhnesee-Günne statt, bevor die Feier des Weltfriedenstag im Oktober den Höhepunkt des Jahres bildet.

In der adventlichen Besinnung in der Vorweihnachtszeit sowie einer Christmette am 24.12. findet das Jahr der GKS Bonn dann seinen Abschluss. Nähere Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen werden zeitgerecht veröffentlicht und sind auch auf der Intranetseite des Katholischen Standortpfarrers Bonn sowie der Homepage der GKS NRW (www.gks-nrw.de) im Internet abrufbar. (BB)

Heiliges Land – Impressionen einer Studienreise nach Israel

Am Donnerstag, dem 8. Februar 2007 berichtete OTL Josef Schmidhofer im Geistlichen Forum auf der Hardthöhe über seinen Aufenthalt im Heiligen Land. Ob es sich um den Besuch in einem Kibbuz oder um einen Eindruck von den Golanhöhen, ob es sich um Erlebnisse am Sabbat oder die tiefen Empfindungen in der Gedenkstätte Yad Vashem handelte – ungefähr 40 Zuhörer wurden in dem zweieinhalbstündigen Vortrag in eine Welt versetzt, die vielen doch fremd ist. OTL Schmidhofer betonte und konnte durch seinen Vortrag eindringlich schildern, dass das Heilige Land mehr als Israel und die Palästinenser Gebiete umfasst und eben nicht nur aus Krawall und Aufstand besteht. Fasziniert lauschten die Zuhörer den geschilderten Eindrücken, die man als Christ macht, wenn man an den Stätten der Bibel steht. »Es kommt nicht so sehr drauf an, ob jetzt Petrus in diesem oder im Nachbarhaus gelebt hat, beeindruckend ist, dass man an der Stelle ist, an der Petrus gelebt hat«, führte der Vortragende aus.

Für diejenigen, die noch nicht in Israel waren, wurde das Interesse geweckt, so wie bei unserem Bundesvorsitzenden OTL Paul Brochhagen, der zusammen mit seinem Stellvertreter Hptm Hans-Georg Pauthner (Ansprechpartner St. Augustin) und dem Chefredakteur AUFTRAG, Paul Schulz, dem interessanten Vortrag zuhörten. Auch die von den Zuhörern in der ausgedehnten Fragerunde geäußerten Sicherheitsbedenken konnten »Israel-Erfahrene« zumindest zum Teil ausräumen: Eine Pilger- oder auch Reisegruppe wurde bisher – Gott sei Dank – nicht von einem der schrecklichen Attentate getroffen. Gerade biblischen Pilgerreisen mit dem Heilig Land Verein in Köln oder dem Bayerischen Pilgerbüro sollte man sich anschließen, um damit seine Solidarität gerade mit den Christen in der Region zu bekunden. (Reinhold Gradl)



Schnappschuss nach dem Israel-Vortrag (v.l.): Referent OTL Josef Schmidhofer, GKS Bundesvorsitzender OTL Paul Brochhagen, Vorsitzender GKS-Kreis Bonn StFw Joachim Lensch und Ehrenbundesvorsitzender der GKS u. Chefredakteur AUFTRAG, OTL a.D. Paul Schulz

GKS-KREIS INGOLSTADT:

Ehe und Partnerschaft im Wandel der Zeit

Das letzte GKS Wochenende für das Jahr 2006 führte den Seelsorgebezirk Ingolstadt zum Tagungs- und Erholungshaus Kloster Kostenz im Bayerischen Wald.

Der GKS-Kreis Vorsitzende Harry Büttel hatte Dr. Peter Wendl aus Eichstätt als Referenten gewinnen können, einen Garanten für einen informativen Vortrag über das Thema »Fernbeziehungen«. Viele Familien waren daran interessiert.

Der Referent führte am Freitag mit einer »etwas anderen« Einführungs- und Vorstellungsrunde in das weite Thema »Ehe-Familie-Partnerschaft« ein. Da sich viele Teilnehmer seit langer Zeit kennen, hatten sich die teilnehmenden Paare gegenseitig (in der »Ich-Form«) vorzustellen und mussten sich dabei schon in die ungewohnte Situation des jeweils anderen versetzen. Es gab überraschenden Lacher – aber durchaus auch manch nachdenklich machende Situationen.

Am Samstagvormittag gab Dr. Wendl einen Überblick darüber, wie sich das Ehe- und Familienleben in den letzten fünfzig Jahren geändert hat und welche Herausforderungen und Chancen daraus entstanden sind. Veränderte Rollenmuster von Männern und Frauen oder die deutlich gestiegene Lebenserwartung der Menschen sind nur eine kleine Auswahl an Gründen, die wesentlich dafür sorgen, dass die Bedingungen heute gänzlich andere sind. Welche Bedingungen sich so verändert haben, erarbeiteten wir in Gruppen. Nicht zuletzt aus aktuellen Scheidungsgründen und Scheidungsquoten zog der Referent vorbeugende Rückschlüsse für gelingende Beziehungen und das Familienleben.

OStFw Harry Büttel, Vorsitzender des GKS-Kreises dankt dem Referenten Dr. Peter Wendl vom Institut Ehe und Familie der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Ein weiterer Hauptteil waren die psychologischen Grundlagen, auf denen eine erfüllende Partnerschaft fußt. Diese wurden gemeinsam von der Gruppe, sowohl aus der Sicht junger, als auch aus der Perspektive reiferer Paare herausgearbeitet. Nach Erfahrungsaustausch und Diskussionen folgte ein praktischer, überraschender Teil. So hatte Dr. Wendl spezielle Fragen für diese breit gemischte Gruppe vorbereitet. Dabei beantworteten zunächst die Teilnehmer für sich selbst die Fragen, ehe die Paare gemeinsam zu einem Spaziergang aufbrachen und sich ihre Antworten gegenseitig vorstellten. Nach der Rückkehr der Paare gab es dann manch Nachdenkliche, manch hoch Erfreute, aber auch manch lebhaft Diskutierende.

Abschließend stellte Wendl eine Auswahl wesentlicher Unterschiede von Männern und Frauen in der Verarbeitung von Partnerschaftskonflikten dar, was zu deutlich wahrzunehmendem Aha-Erlebnis führte.

Eine große Feed-Back-Runde, bei der die Teilnehmer ihre Eindrücke des voll gepackten Vormittags rückmeldden, stellte den lebendigen Abschluss des thematischen Teils dar. Aber auch beim Mittagessen und bis hin zum Kaffee wurde noch heftig diskutiert.

Viele nutzten nachmittags die Gelegenheit, um in der Umgebung von St. Englmar die Landschaft zu erkunden, einfach spazieren zu gehen oder das neu gestaltete Hallenbad, den Wohlfühlbereich oder die Saunalandschaft zu nutzen. Am Sonntag, nach einem gemeinsamen Gottesdienst mit dem Standortpfarrer Ingolstadt, Militärfarrer Alois Berzl, und einem wunderbaren Mittagessen fuhren die Teilnehmer dann wieder nach Hause.

(Text: Eva Forster, Fotos: Otto Poepke)

Nach der Sonntagsmesse: Gruppenfoto der Teilnehmer an der Familiefreizeit mit Standortpfarrer Alois Berzl.



GKS-KREIS DORNSTADT:

Christophorus – über Grenzen hinweg

Die katholischen Soldaten haben ein gutes und herzliches Verhältnis zur Stadt Ulm. Die Standortgottesdienste werden bevorzugt in der Kirchengemeinde St. Michael zu den Wengen durchgeführt. Da diese Gemeinde freundschaftliche Kontakte zu Vukovar (Kroatien) und dem dortigen Franziskanerkloster pflegt, war es für den GKS-Kreis Dornstadt eine Herausforderung, ein grenzüberschreitendes Projekt in Angriff zu nehmen.

Aufgrund der Tatsache, dass beide Städte an den Ufern der Donau liegen, wurde beschlossen, ein Kanu für das Kloster zu spenden und auf dem Wasserweg dorthin zu überführen. In diesem Franziskanerkloster begegnen sich Jugendliche verschiedener Nationen und Konfessionen. Gemeinsame Sporterlebnisse sollen den Jugendlichen helfen, einander kennen zu lernen, zu verstehen und so Freundschaften zu schließen. Freundschaften, die den Grundstein legen können für ein friedliches Zusammenleben in dieser Region, die durch den Bürgerkrieg in den 90er Jahren erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Militärdekan Johann Meyer, Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene, schlug für das Projekt den Namen »Christophorus« vor, und alle folgenden Absprachen mit Msgr. Josef Kaupp, Pfarrer der Gemeinde St. Michael zu den Wengen, und Bruder Zlatko Spehar, Guardian des Franziskanerklosters in Vukovar, liefen unter diesem Namen. Galt es doch nicht nur Ausrüstung für Übernachtung, Verpflegung oder andere Unterkunft zu beschaffen, sondern auch die verschiedenen Landesgesetze, Erlasse und Vorschriften zu beachten, bevor man auf Europas zweitlängstem Strom ein Kanu durch verschiedene Länder überführt.



Der Aufbruch zu dieser Reise auf der Donau erfolgte während einer kleinen Feier unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Stadtrat Hans-Walter Roth, Oberstarzt d.R., (*in Bild*) als Vertreter der Stadt Ulm, Pfarrer Andreas Henrich für die Evangelische Militärseelsorge sowie Oberst a.D.



Das Christophorus-Team, Stefan Nüßle und Andreja Pusnik in ihrem Element – irgendwo auf der Donau.

Karl-Jürgen Klein (*u.2.v.r.*) als Vertreter des Bundesvorstandes der GKS waren Zeugen, als Oberleutnant Stephan Nüßle und Frau Dr. med. Andreja Pusnik versehen mit dem Reisesegen von Msgr. Kaupp (*Bild u.l.*) sich auf den »nassen Weg« machten. Da eine Sammelaktion 300 Euro erbrachte, konnte das kleine Team dem Kloster nicht nur das Kanu, sondern auch einen Geldbetrag spenden.

Die Hoffnung der kleinen Besatzung, durch die Strömung der Donau ein Etmal¹ von ca. 50 km zurückzulegen, wurde durch gut 20 Staustufen und Niedrigwasser zunichte gemacht. Es musste kräftig gepaddelt werden, um die geplanten Strecken zu bewältigen. Nach zwei Übernachtungen im Freien wurde am dritten Tag die Schlagzahl kräftig erhöht, um rechtzeitig zum Namenstag des Ordensgründers das Kloster Weltenburg zu erreichen. Die herzliche Gastfreundschaft der Klostergemeinschaft machte die Anstrengung mehr als wett. Mit Zwischenstopps in Regensburg und Straubing erreichte man Deggendorf, wo sich die Möglichkeit bot, als Anhalter huckepack auf einem Frachter zwei Tage mitzufahren. Diese Erholungsphase und die Gastfreundlichkeit der bulgarischen Besatzung waren ein echter Segen.

Diese Erholung wurde bei der Weiterfahrt aus eigener Kraft auch benötigt, da man die Staustufe Freudenau auf dem Landweg mit einem Wagen »umfahren« musste. Nach Besichtigung der slowakischen Hauptstadt Bratislava, erreichte man die Staustufe Cunovo und konnte von dort ab in die »Alte Donau« ausweichen, ein reizvolles Landschaftsgebiet mit wunderbaren Auwäldern. In Ungarn wurden während der Fahrt die Basilika Esztergom sowie die Stadt Szentendre mit ihren historischen Sakralbauten besichtigt. Durch Budapest hindurch wurde unweit von Mohacs die Staatsgrenze nach Serbien bzw. Kroatien überschritten. In Apatin wurden die Vorräte ergänzt, bevor man zur Schlussetappe aufbrach.

¹ Etmal = Schiffstagerreise, Strecke die von einem Schiff von Mittag bis Mittag zurückgelegt wird.

Fortsetzung auf S. 87 u.

Taufe – Aufnahme in die Gemeinschaft Christi

»Darum geht zu allen Völkern und macht alle Menschen zu meinen Jüngern; tauft sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.« (Mt 28,19).

In einem feierlichen Gottesdienst in der Kapelle des Bundeswehrkrankenhauses Ulm hat Militärdekan Thomas Stolz die Sakramente der Taufe, der Firmung und der Eucharistie Leutnant Raymond Kalus gespendet. Der Bereichsvorsitzende Baden-Württemberg Oberleutnant Stefan Nüßle war Pate.

Im Anschluss an die Aufnahme in die Kirche erklärte Lt Kalus, Heeresflieger im Standort Laupheim, seine Zugehörigkeit zur GKS und seine Bereitschaft in seinem Dienstbereich die Aufgaben eines Ansprechpartners für die GKS wahrzunehmen. Mit dem Segen des Geistlichen Beirates der GKS für den Seelsorgebezirk Ulm, Militärdekan Thomas Stolz, und ausgestattet mit allen erforder-



Der Pate Olt Stefan Nüßle überreicht dem Täufling Lt Raymond Kalus die Taufkerze, begleitet vom Gebet des Taufpriesters Militärdekan Thomas Stolz

Fortsetzung auf S. 86

Nach diesem etwas längeren Landgang trat man die letzte Etappe der Reise an durch die Schönheit der weitestgehend unzerstörten Natur auf der in dieser Region bis zu

900 Meter breiten Donau. So erreichte das »Expeditionsteam« nach zwanzig Tagen wie geplant das Ziel, an welchem sie vom Guardian des dortigen Franziskanerklosters Zlatko Spehar und den Brüdern herzlich empfangen wurden. Neben der Übergabe des Kanus, der Ausrüstung und der Geldspende konnte man sich in den folgenden drei Tagen ein Bild von der Stadt, ihren Einwohnern und deren Gastfreundlichkeit machen. Ein Fest auf einer kleinen Insel inmitten der Donau, bei welchem Gäste aus Kroatien und Serbien anwesend waren, rundete dann die gewonnenen Eindrücke ab.

Bewegt von den Impressionen der zurückliegenden Wochen traten Oberleutnant Nüßle und seine Begleiterin am nächsten Tag die Heimreise an, nachdem der

lichen Utensilien für eine erfolgreiche Arbeit ist damit am Standort Laupheim das »Senfkorn« der katholischen Verbandsarbeit gesät.

Seit dem 20.12.2006 ist nun auch in diesem Teil Baden-Württembergs die Präsenz und die Mitverantwortung des Laienapostolats, für Sendung und Auftrag der Kirche – primär innerhalb der Militärseelsorge – gewährleistet. Für die zukünftige Arbeit wünschen wir alles Gute, Gottes Segen verbunden mit der Hoffnung in Laupheim einen aktiven GKS-Kreis heranwachsen zu sehen. (Stefan Nüßle)

Wehrübender Bürgermeister beim GKS-Kreis

Dass auch Personen des öffentlichen Lebens sich für die Verbandsarbeit kath. Soldaten interessieren, durften die Mitglieder und Gäste des GKS-Kreises Dornstadt bei ihren zurückliegenden Veranstaltungen häufig erfahren. Der Besuch des zuständigen Bürgermeisters jedoch war eine Premiere für den im Jahr 2004 gegründeten GKS-Kreis. So freute sich der Vorsitzende über den Besuch des Bürgermeisters der Gemeinde Dornstadt Erich Mack, der eine Wehrübung im Stab des Logistikregimentes 47 in der Rommelkaserne in Dornstadt ableistete.

Nach dem gemeinsamen Besuch des Standortgottesdienstes informierte sich Bürgermeister Mack über die GKS, deren ehemaligen Bundesvorsitzenden Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein er aus den Jahren 2001-05 als Kommandeur des LogRgt 21 (später 47) kennen lernte. In dieser Zeit kam es auch zu einem Kontakt des Bürgermeisters mit dem Militärbischof Dr. Walter Mixa, der einen Wintervortrag in der Rommelkaserne über »Religiöse Aspekte zeitgemäßer Menschenführung und Erziehung in der Bundeswehr« gehalten hatte.

BM u. Hptm
d.R. Erich
Mack vor dem
Info-Brett des
GKS-Kreises
Dornstadt



Mit dieser Vorkenntnis über die Militärseelsorge und den Verband auf Bundesebene ging dann der Exkurs über die Bereichsebene zur Kreisebene

weiter. Im Gespräch und anhand von Fotos der zurückliegenden Ereignisse wurde Hauptmann Mack über die Aktivitäten der vergangenen Monate sowie die noch geplanten Projekte (weiterer Dialog und gemeinsame Aktivitäten mit Angehörigen der Ostkirchen) unterrichtet.

(Stefan Nüßle)

Zu Besuch bei der serbisch-orthodoxen Gemeinde in Ulm

Was ist die Serbisch-Orthodoxe Kirche? Hat sie – und wenn, seit wann – Gemeinden in Deutschland? Was unterscheidet und was verbindet die (römisch)-katholische von und mit der orthodoxen Glaubenslehre? Wie praktizieren die im Ausland lebenden Serben ihren Glauben?

Wer könnte wohl all diese Fragen besser beantworten als ein serbisch-orthodoxer Priester und die Angehörigen seiner Kirchengemeinde selbst. Deshalb nutzte der GKS-Kreises Dornstadt die Einladung zum Besuch des Gotteshauses der serbisch-orthodoxen Kirchengemeinde in Ulm.

Im Rahmen einer Kirchenführung durch das serbisch-orthodoxe Gotteshaus gab ihnen der Gemeindeleiter, Priester Ljubomir Zorica, einen Einblick in die Theologie und das Kirchenrecht der Orthodoxie.

In Deutschland gibt es 37 Gemeinden mit rund 200.000 Gläubigen der Serbisch-Orthodoxen Kirche, die zum Jurisdiktionsbereich der »Serbisch-Orthodoxen Diözese für Mitteleuropa« mit Sitz in Hildesheim gehören.

Beginnend mit Aussagen des hl. Gregor von Nyssa über

das Entstehen der Kirche, über ihre Entwicklung von der ursprünglichen Einheit bis hin zum Schicksalsjahr 1054, in welchem es zur Trennung – dem »Morgenländischen Schisma« – kam, wurde den Zuhörern ein Basiswissen vermittelt, das mit einem Exkurs durch die serbische Geschichte zusätzlich ergänzt wurde. Von der Annahme des christlichen Glaubens zur Zeit des Fürsten Mutimir, über die Slawenapostel Kyrill und Method, über die Dynastie der Nemanjiden – aus welcher der erste serbische Erzbischof und die ersten serbischen Heiligen hervorgingen (s. *AUFTRAG* 261, 262) – bis hin zu Fürst Lazar Hrebeljanovic, der durch seinen furchtlosen Glauben in der Schlacht um das Amselfeld 1389 sein Leben verlor, führte Priester Zorica seine Zuhörer an die Inhalte des orthodoxen Glaubens, an seine Normen und Regeln sowie an die orthodoxe Lebenspraxis heran.

Im Anschluss daran fand ein Dialog über die Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten der beiden christlichen Konfessionen statt. Hierbei gewannen die Teilnehmer auch vom theologischen Wissen der anwesenden katholischen Geistlichen Msgr. Josef Kaupp (Pfarrer der Gemeinde St. Michael zu den Wengen) und Militärdekan Thomas Stolz (Standortpfarrer Ulm) Erkenntnisse. Auch von den Erfahrungen, die Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein (Ehrenbundesvorsitzender der GKS) bei seinem Einsatz im Mazedonien (2000) gewonnen hatte, profitierte die Gemeinschaft. (*Stefan Nüßle*)



Die Mitglieder und Gäste des GKS-Kreises Dornstadt sowie die Gastgeber in der serbisch-orthodoxen Kirche in Ulm. Olt Stefan Nüßle überreichte Priester Ljubomir Zorica zum Dank an die Gemeinde den »Königsteiner Engel«, das Traditionssymbol der GKS. Er verband damit die Hoffnung, dass solche Kontakte einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Einheit und Geschwisterlichkeit der Christen leisten.

GKS-KREIS FELDKIRCHEN:

Weihnachtsvorbereitung im Zeichen der Spannungen im Hl. Land

Froh es Wiedersehen der »GKS-Familie Feldkirchen« im Kolpingfamilienhotel in Lambach. Wer konnte, war gerne der Ausschreibung des GKS-Kreis-Vorsitzenden Hermann Schauback gefolgt, ein Familienwochenende am dritten Adventswochenende (15.-17. Dezember 2006) im Bayerischen Wald zu verbringen. Für alle bedeutete es einen kurzen Ausstieg aus der hektischen Vorweihnachtszeit, für die meisten aber auch eine intensive Ahnung vom Wunder der Menschwerdung Christi.

Am Samstagvormittag berichtete Dr. theol. Reinhold Then über das Leben der Christen in Betlehem. Als Kenner des Landes Israel übertrug er für ein paar Stunden die schwierige Situation der Menschen im Nahen Osten in die Idylle des Bayerwaldes. Die geschichtlichen Grundzüge und die politische Lage zwischen Israelis und Palästi-

nensern sind untrennbar mit dem Ausnahmezustand der Christen Betlehems verbunden – eine brisante Thematik, zu der es aktuelle und interessante Homepages gibt: z.B. <<http://www.christen-helfen-christen.de>>. Den Nachmittag nutzten die Teilnehmer zu ausgedehnten Spaziergängen oder Ausflügen zu nahe gelegenen Christkindelsmärkten.

Militärpfarrer Norbert Sauer verband die Familien durch stimmungsvolle Andachten und eine von vielen Mitwirkenden gestaltete Hl. Messe am Sonntag, deren Thema »Tor und Tür« nachdenklich stimmte: Die Herbergssuche, von Silvia Sattich mit den Kindern einstudiert und ausdrucksstark vorgetragen, Gedichte und Fürbitten dem Thema entsprechend und adventlich hoffnungsvolle Lieder gaben allen Teilnehmern die Chance, in eine gute vierte Adventswoche zu starten. (*Anna Hartl*)

GKS-FALTBLATT »SEMINARE DRITTE LEBENSPHASE«:


GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

Information
über die Seminare
„Vorbereitung auf die
dritte Lebensphase“

Ausgedient?

Sinnerfülltes Leben im Ruhestand

Ein Angebot
der GKS
für Soldaten,
die aus dem
aktiven Dienst
ausscheiden

Ausgedient?

Wer als Berufssoldat aus dem aktiven Wehrdienst ausscheidet, will sich bestimmt nicht als „Opa“ einfahren, der passiv seinem Lebensabend entgegen-dämmert.

Wer ein Berufsleben lang viele Verwendungen hindurch gefordert wurde, will nicht auf einmal alles hin. Die meisten Soldaten a.D. sind fit und wollen die jetzt gewonnene freie Zeit - zusammen mit Frau und Familie - bewusst und aktiv gestalten.

Eine neue Lebensphase beginnt ...

Für Soldaten beginnt nach dem Ausscheiden ein neuer Lebensabschnitt, der nicht weniger lebenswert ist als die Berufstätigkeit. Frei von „Fremdbestimmung“ und der Gehorsamspflicht können sie nun das aufarbeiten, was „Jünger geblieben“ ist und sich dem zuwenden, was sie schon immer - neigungsbedingt - wollten.

Im Mittelalter hieß „altern“ soviel wie „erneuern, erfrischen“. Dahinter steht die Erfahrung, dass Altern spannend sein kann, wenn es aktiv gelebt wird. Je nach Veranlagung wird das Altern in Würde als Wagnis, als Herausforderung wahrgenommen, die durchaus erfrischend wirken kann.

Vorhang auf zum dritten ...

In der dritten Lebensphase eröffnen sich neue Möglichkeiten, zusammen mit dem Ehepartner in gewachsener Gemeinsamkeit offen für Neues und zuversichtlich in die Zukunft zu gehen.

Jeweils im Frühjahr, im Sommer und im Herbst finden in Cloppenburg im **Kardinal-von-Galen-Haus** und in Nürnberg im **Cantus-Predigerhaus** Seminare statt, die auf diese Lebensphase vorbereiten sollen.

Ein geladen sind **Berufssoldaten mit ihren Ehepartnern**, die in absehbarer Zeit innerhalb der nächsten zwei Jahre aus dem Dienst ausscheiden (evtl. auch noch kurz nach der Pensionierung).

Anmeldung

Bundesgeschäftsführer GKS

Am Weidendamm 2
10117 Berlin
Tel 0 30 / 20 61 99 90
Fax 0 30 / 20 61 99 91

Durchführende

Cloppenburg (Bereich Nord):

OstFw a.D. Hans-Jürgen Mathias
Frau Brigitte Mathias

Am Wiesengrund 3
49835 Wietmarschen-Lohne
Telefon 0 59 08 / 14 11
Telefax 0 59 08 / 93 70 89
MobilTel 01 70 / 5 23 60 10

Nürnberg (Bereich Süd):

OstFw Friedrich Mirbeth
Am Sonnenhügel 14
92358 Seubersdorf
Telefon 0 94 97 / 94 15 17
Telefax 0 94 97 / 94 14 69
MobilTel 01 70 / 8 77 09 24

Die konkreten Seminar-Termine können beim Bundesgeschäftsführer der GKS und bei den Durchführenden erfragt werden. Der Tagungs-ort kann frei gewählt werden. Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Liegen mehr Anmeldungen vor als Plätze vorhanden sind, so erfolgt die Zuteilung der Plätze nach den vom Bundesvorstand der GKS festgelegten Kriterien.

Seminarinhalte exemplarisch

Ruhestand - und nun?

Der Lebens-Wert des Alters ...
Perspektiven, Chancen, Erwartungen

Literatur & Kunst

Bücher machen schlau - Bilder regen an ...
Den Sinn des Lebens vertiefen

Gesundheit - das höchste Gut?

Was der Körper verlangt: Bewegung und Ernährung
Ein Arzt informiert und berät ...

Spiritualität - Ausdruck von Lebensfreude

Gottes-Dienst am Menschen - Menschen-Dank an Gott
Gottesdienst - Wallfahrt - Meditation

Versorgung & Betreuung

Sicherheit und Geborgenheit machen frei
Juristischer Rat ist oft gefragt

Unfall und Krankheit im Alter

Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung
Mit klarem Kopf entscheiden

Natur & Kultur

Mit offenen Augen durch die Umgebung ...
Stadtführung, Exkursion, Konzertbesuch, Museum, Lesung

... und nicht zuletzt

Begegnung und Austausch



Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist ein Verband, der Katholiken in der Bundeswehr und Soldaten in der Katholischen Kirche eine geistige Heimat bietet.

Als Laienorganisation in der Katholischen Militärseelsorge lebt sie aus der Lehre des II. Vatikanischen Konzils. Sie orientiert sich an der katholischen Soziallehre im Allgemeinen und an ihrer Friedensethik im Besonderen.

Besonderes Augenmerk richtet die GKS auf friedens- und berufsethische Fragen. Seit mehr als vier Jahrzehnten bezieht die Gemeinschaft in diesen Problemfeldern deutliche Position. Aus der Perspektive des christlichen Glaubens sucht sie Antworten auf berufliche Existenzfragen und bedenkt dabei die Lebensumstände der Soldaten und ihrer Familien.

BEGEGNUNG

- ✦ den Kameraden erkennen und
- ✦ als Mitmenschen annehmen,
- ✦ Gemeinschaft bilden und so
- ✦ neue Wirklichkeiten schaffen

BESINNUNG

- ✦ nachdenken über sich selbst
- ✦ sein Tun reflektieren
- ✦ Sinnfragen erörtern
- ✦ Orientierung suchen aus dem Glauben

BILDUNG

- ✦ den geistigen Horizont erweitern
- ✦ ethische Probleme diskutieren
- ✦ Impulse aufnehmen für den Dienstalltag
- ✦ Profil gewinnen und Charakter formen

Sonderurlaub

Diese Seminare gelten als Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge. Soldaten können Sonderurlaub gem. ZDv 66/1, Nr 1, in Verbindung mit ZDv 14/3, Teil F, Ziffer 74 beantragen.

Beitrag für das gesamte Seminar (Stand 2007)

- pro Ehepaar
- Soldat als Einzelteilnehmer (in Klammern)

- bis einschl. BesGrp A 8 = 48,00 Euro (28,00 Euro)
- BesGrp A 9 bis A 12 = 72,00 Euro (44,00 Euro)
- BesGrp A 13 bis A 15 = 88,00 Euro (52,00 Euro)
- ab BesGrp A 16 aufwärts = 120,00 Euro (68,00 Euro)

Die offizielle Einladung und das aktuelle Seminarprogramm werden etwa vier Wochen vor Beginn des Seminars vom zuständigen **Katholischen Leitenden Militärdekan** zugesandt.

Da diese Seminare großen Zuspruch finden, wird um **frühzeitige** Anmeldung gebeten.

So buchstabieren wir PENSION

- P** = Persönliche Lebensplanung
- E** = Einkommensveränderung
- N** = Nachdenken über sich selbst
- S** = Sinnfragen erörtern
- I** = Individuelle Freizeitgestaltung
- O** = Offen sein für Neues
- N** = Neues zulassen

... und Sie?

INTERNATIONALE JUGENDFREIZEIT IN KÄRNTEN/ÖSTERREICH:

„Neighbours become friends“ – Ein Brief zum Ferienlager 2006

Hallo, ihr lieben Leser und Leserinnen!

Ihr werdet es kaum glauben. Unsere letzte Ferienfreizeit auf der Marwiese in Österreich war wieder eine ereignisreiche Zeit. Aber leider geht die Zeit einfach zu schnell vorbei und die Vorfreude auf das nächste Feriencamp wird täglich größer. Aber so ein gut organisiertes Camp braucht viel Vorbereitung. Deshalb möchte ich erst einmal allen Organisatoren und Mithelfern danken: Markus Stromberger, Marlene, Sandra, Walter und Emu aus Österreich; den Betreuern aus Deutschland Anja Wieting, Joachim Hille, Martina und Andreas Preuss.

Aber nach diesem Dank jetzt etwas über die Freizeit:

Wir trafen uns am Samstag, dem 29. Juli, um 7:00 Uhr am Kölner Hauptbahnhof. Am Bahnhof haben wir Buttons bekommen mit unserem Namen und einen Löwen darauf, deshalb wurden wir später auch „die Löwen“ genannt. Ich stieg mit einem mulmigen Gefühl in den Zug, weil ich Angst vor der 10-stündigen Zugfahrt hatte. Ich befürchtete, dass mir langweilig würde. Doch so war es nicht. Wir spielten viel, unterhielten uns und machten Quatsch. Unterwegs stiegen noch Teilnehmer in Bonn, Koblenz und München ein. Wir verstanden uns alle von Anfang an super, da die meisten Kinder schon letztes Jahr dabei waren. Nach zehn Stunden Zugfahrt kamen wir endlich am Bahnhof in Villach an. Von dort wurden wir von Kraftwagen des Bundesheeres abgeholt und auf den Truppenübungsplatz Marwiesen gebracht. Nach einer freundlichen Begrüßung vom First Commander gingen wir zum Essen. Anschließend

bezogen wir unsere zwei Zelte. Nach einem Abendlob und einer Disco fielen wir erschöpft von der langen Zugfahrt ins Bett.

Am Sonntag (30.07.) wurden wir von Marlenes lauter Musik, die sie ans Mikrofon hielt, geweckt. Wir machten uns alle fertig und warteten auf Marlenes Durchruf zum Essen. Nach dem Essen wurde uns immer gesagt was wir an dem Tag machen. Die Betreuer bekamen ihre roten Crew-T-Shirts und die Mädchen orange und die Jungen grüne. An dem Tag war Besuchertag für die österreichischen Kinder und bei uns stand auf dem Plan relaxen und spielen. Wir freunden uns sofort mit den verschiedenen Ländern an und merkten sehr schnell, dass man sich auch ohne Worte nur mit einem Lächeln verstehen kann.

Am späten Nachmittag war dann ein Wortgottesdienst mit Emanuel. Das war der Pastor. Doch der trug zu unserer Verwunderung nicht ein Gewand, sondern ein Hemd, eine Lederhose und Kniesocken. Am Abend fand die offizielle Eröffnungsfeier der Woche der Begegnung statt. Dieses Jahr nahmen Kinder aus Slowenien, Ungarn, Österreich und Deutschland teil. Insgesamt waren wir ca. 250 Personen. Dazu mussten wir unsere Bundesheer-T-Shirts anziehen. Auch unsere Betreuerin hielt eine Begrüßungsrede. Weil dieses Jahr das Thema »Zeitreise« auf dem Plan stand, schenkten wir Marcus, Marlene und Sandra Met (Honigwein) für ihre Zeitreise. Den Kindern brachten wir Haribo mit. An dem Abend wurden viele Reden gehalten und es wurde das neue Ferienlagerlied gesungen. Das hieß: »Da sprach Marlene, Häuptling der Betreuer, wild sind die Kinder, schwer ist der Beruf!«

Am Montag (31.07.) machten wir den ganzen Tag Stationen zum Thema »Steinzeit«. Es gab 16 Stationen zum Beispiel: Mit Salzteig eine Knochenkette machen, aus Steinen ein Bild legen und Steinboccia. Da wir dieses Jahr zu viele Kinder waren, wurden wir in zwei Gruppen aufgeteilt. Weil unsere Betreuer auch eine Station hatten, mussten die beiden ältesten Kinder der Deutschen je eine Gruppe übernehmen. Dies lief auch sehr gut. Und wir hatten alle viel Spaß. Abends fand wieder das traditionelle Abendlob statt, welches jeden Abend ein anderes Land vorbereitete. Danach konnten wir noch etwas spielen und hatten noch ein Abendprogramm.

Am Dienstag (01.08.) nahmen wir zum Frühstück unsere gepackten Rucksäcke mit, da auf dem Plan Sturmbootfahren und Baden im Pöllanteich stand. Das Sturmbootfahren war zwar schön, aber nicht bei diesem Wetter, denn es regnete wie aus Eimern. Und weil wir dann schon nass genug waren, fiel das Baden aus. Als Entschädigung fand abends noch eine Disco statt. Trotz des schlechten Wetters

Vielfältig und abwechslungsreich das Programm und die Möglichkeiten im Kärntner Ferienlager: Baden oder Bootsfahren – wenn auch sehr wetterabhängig – auf dem Pöllanteich, Reiten u.a. besonders beliebt alles, was Gemeinschaft schafft – Essen, Disco und selbstgestaltete Abschlussfeier. (Fotos: Veranstalter, Anja Wieting)



ließen wir uns die gute Stimmung nicht vermiesen.

Am Mittwoch (02.08.) stand wieder etwas Vielversprechendes auf dem Plan. An diesem Tag sollten Workshops stattfinden. Man konnte reiten, Panzer fahren, trommeln, Linedance, Afrodance, sich den Mr. Bean (Schlange) um den Hals legen lassen und Lieder singen. Als Highlight kam der Militärkommandant mit dem Hubschrauber zu Besuch. Die Workshops haben uns viel Spaß gemacht, obwohl das Wetter nicht mitspielen wollte. Auch an diesem Abend fand wieder ein Abendlob statt und nach dem freien Spielen fand noch ein Abendprogramm statt.

Am Donnerstag (03.08.) hatte eine Betreuerin Geburtstag und wir weckten sie mit einem Ständchen. Nach dem Essen wollten wir auf die Burg Landskron doch weil das Wetter so schlecht war fiel die Greifenshow aus. Deshalb entschloss man sich kurzfristig mit ca. 250 Personen ins Warmbad nach Villach zu fahren. Nachmittags mussten wir noch Gräben ziehen und Wasser schippen, denn es hatte tagsüber so stark geregnet, dass das Wasser 7 cm bei uns im Zelt stand. Deshalb trugen uns Soldaten die Betten in ein anderes Zelt. Da es in der Nacht 9° kühl werden sollte, beschloss man, dass wir in den Speisesaal umziehen sollten. Nachdem wir alles umgeräumt hatten, guckten wir noch eine DVD. An dem Tag durften wir länger aufbleiben, weil unsere Betreuer Geburtstag gefeiert haben. Ich fand das einen spannenden und schönen Tag.

Am Freitag (04.08.) beendeten wir die Turniere, die wegen dem schlechten Wetter verschoben worden waren. Außerdem übten wir für den Abschlussabend das Lied »Wir sind die Weltmeister vom Rhing« ein. Danach guckten wir noch eine DVD mit den Ungarn. Abends fand die traditionelle Abschlussfeier mit Siegerehrung der Turniere und die Aufführungen der verschiedenen Länder statt. Nach der Abschlussfeier war noch eine kleine Disco.

Am Samstag (07.08.) wurden wir noch ein letztes Mal von der Musik geweckt. Wir machten uns fertig, packten unsere Koffer und räumten den Speisesaal auf. Kurze Zeit später verabschiedeten wir uns von allen und fuhren zum Bahnhof. Dann fuhren wir wieder zehn Stunden mit dem Zug nach Hause. Eine ereignisreiche Woche lag hinter uns. Trotz der diesmal etwas widrigen Wetterbedingungen waren wir uns alle sicher, dass wir im nächsten Jahr wieder mitfahren möchten!

Aber was hat uns diese Woche noch gebracht, außer schönen Erlebnissen? Wir haben Kinder aus anderen Nationen kennen gelernt, wir haben gemeinsam in verschiedenen Sprachen gebetet, gesungen und festgestellt, dass wir zwar aus verschiedenen Nationen kommen, aber im Glauben sind wir uns sehr ähnlich. Wir glauben an den gleichen Gott und verehren ihn. Neben diesen religiösen Erfahrungen haben wir aber auch viele soziale Erfahrungen gemacht. Wir haben gelernt, in einer sehr altersgemäß unterschiedlichen Gruppe Rücksicht aufeinander zu nehmen, aber auch Verantwortung für die kleineren Kinder zu übernehmen. Wir knüpften Kontakte zu Kindern aus anderen Ländern und lernten ihren Lebensstil kennen. Schnell erkannten wir, dass man sich auch ohne Worte, nämlich nur mit unserer Körpersprache z.B. durch ein Lächeln unterhalten kann. Am Ende der Woche waren wir uns einig: „Neighbours become friends“. Aber Freunde kann man



nur werden, wenn man den Kontakt sucht und aufeinander zugeht, sich näher kommt und den anderen kennen lernt und ihn akzeptiert. Wir alle haben ein kleines Stück zum gegenseitigen Verstehen und Respektieren beigetragen und ich freue mich schon heute darauf, im Sommer neue Kinder in Kärnten kennen zu lernen und gemeinsam den einen Glauben auszuleben.

Wer jetzt Lust bekommen hat gemeinsam mit uns Brücken zu bauen, sollte sich schnell anmelden, da die Plätze wie immer begrenzt sind.

Wir sehen uns in Kärnten Annika Preuss

Interessiert am Ferienlager 2007?

† Oberst a.D. Helmut Fettweis –

Begründer und erster Chefredakteur der Verbandszeitschrift katholischer Soldaten

Requiem und die Aussegnung haben am 7. Februar in der Pfarrkirche »Frieden Christi« in Bad Godesberg-Heiderhof stattgefunden. Eine Abordnung unserer Gemeinschaft aus dem Kreis Bonn und dem Bereich NRW nahm mit GKS-Fahne an der Trauerfeier teil. Der Geistliche Beirat, Militärdekan Johann Meyer, vertrat die Katholische Militärseelsorge. Der Bundesvorsitzende OTL Paul Brochhagen würdigte am Ende des Gottesdienstes den Verstorbenen und stellte fest, dass Helmut Fettweis sich vor allem als Chefredakteur des AUFTRAG von 1966 bis 1990 um die Gemeinschaft verdient gemacht habe. Nach seiner Zurrufsetzung hatte H.F. – wie sein journalistisches Kürzel lautete – leitende Aufgaben im kirchlich-gesellschaftlichen Raum übernommen: So war er 1980-86 Geschäftsführer des Gemeindeverbandes der kath. Kirchen in Bonn und von 1986-98 Vorsitzender des Katholikenrates Bonn. Darüber hinaus war er maßgeblich an der Gründung und Entwicklung des Lokalfunks Bonn-Rhein-Sieg beteiligt, von 1989-2004 war er Vorsitzender der Veranstaltergesellschaft dieser privaten regionalen Rundfunkanstalt.

Tochter Elke Fettweis nahm auf eine sehr persönliche Art brieflich Abschied von ihrem Vater. Sie hat diese zu Papier gebrachten Gedanken und Gefühle des Dankes – auf die Bitte der Redaktion, diese im AUFTRAG veröffentlichen zu dürfen – zur Verfügung gestellt (s.S. 93).



Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)
hat Abschied genommen von ihrem Gründungsmitglied

Oberst a.D. Helmut Fettweis

Komtur des Ordens des hl. Papstes Sylvester

Träger des Eisernen Kreuzes und

des Bundesverdienstkreuzes

* 21. Juni 1920 in Düsseldorf

† 27. Januar 2006 in Bonn-Bad Godesberg

Von Jugend an, über seine Dienstzeit in der Wehrmacht (1938-1945) und als Berufsoffizier in der Bundeswehr (1956-1979), bis ins hohe Alter hinein war der Verstorbene im Laienapostolat der katholischen Kirche an verschiedenen Stellen verantwortlich engagiert:

1956 bis 1961	Mitbegründer der organisierten Laienarbeit in der Militärseelsorge
1961 bis 1967	Sprecher des Königsteiner Offizierkreises in Bonn
1962 bis 1990	Mitglied im Bundesvorstand des Königsteiner Offizierkreises und dessen Nachfolgeverbandes, der Gemeinschaft Katholischer Soldaten
1966 bis 1990 und bis 2004	verantwortlicher Redakteur der GKS-Verbandszeitschrift AUFTRAG korrespondierendes Mitglied der Redaktion

Nach den leidvollen Erfahrungen des II. Weltkrieges verkörperte Helmut Fettweis als Christ in der Bundeswehr und als Soldat in der Kirche beispielhaft die Idee des „neuen“, ethisch gebundenen, verantwortlich handelnden und dem Frieden verpflichteten Offiziers.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) dankt Helmut Fettweis, dass er seine publizistischen Fähigkeiten eingesetzt hat, um über die Verbandszeitschrift AUFTRAG Einfluss auf das Bild und das Selbstverständnis von Katholiken als „Staatsbürger in Uniform“ zu nehmen. Er hat wesentlich dazu beigetragen, das an Werte gebundene Gedankengut der GKS vom Wehrdienst als Friedensdienst und als Dienst am Gemeinwohl in die Bundeswehr, in die katholische Kirche und in die Öffentlichkeit hineinzutragen.

Die GKS verliert mit Helmut Fettweis einen geschätzten Berater und verständnisvollen, väterlichen Freund. Ihre Mitglieder werden ihm im Gebet ein ehrendes Andenken bewahren. – R.I.P.

Berlin, 5. Februar 2007

Paul Brochhagen, Oberstleutnant
Bundesvorsitzender der GKS

Zum Abschied

Du hast mich ins Leben geleitet, geführt, gehalten bis ich auf eigenen Füßen stehen konnte, meinen Weg stets liebevoll begleitet, mit Mami zusammen mir den Rücken gestärkt.

Jetzt war es an mir, Dich aus diesem gemeinsamen Leben zu geleiten, zu lernen, dass sich unsere Wege trennen, dass ich ohne Dich weiterzugehen gezwungen bin.

Ich muss Dich loslassen in eine Welt, die ich mir nicht vorstellen kann, von der ich mir kein Bild zu malen in der Lage bin, von der ich hoffe, dass sie für Dich das Paradies ist.

Jahrzehnte warst Du ein selbstverständlicher Teil meines Lebens, an ein Ende dieser Zeit wollte ich nicht denken, musste dann irgendwann verstehen lernen, dass jedes Wiedersehen ein letztes sein könnte.

Dann gab es diese scheinbar endlos lange letzte Woche an Deinem Bett, Stunden in denen ich nicht wusste, was ich wünschen sollte, ich genau fühlte, dass Erlösung für Dich das Ende für uns bedeutete.

Du hast mir diese Tage noch Zeit gegeben, mich endgültig von Dir zu verabschieden, Du hast mich erinnern lassen, wie viel glückliche Momente uns verbinden.

Meine Erinnerungen verlöschen nicht.

Du hast mir die Augen geöffnet für die Schönheiten der Schöpfung, hast mir gezeigt, dankbar zu sein auch für kleinste Dinge im Leben. Du hast mir gezeigt, Burgen aus Sand zu bauen, Weitsprung am Strand zu üben, Cola im Gebirgsbach zu kühlen, Scampi vom Grillstäbchen zu pulen.

Du hast mich aufmerksam gemacht für die stillen Dinge im Leben, für die Kraft von Wort und Schrift.

Du hast mich gelehrt, Aufs und Abs im Leben anzunehmen, stets das Beste aus allem zu machen, optimistisch das Leben zu sehen.

Du hast mir gezeigt, Demut und Dankbarkeit zu empfinden. Du hast mir aufgetragen, Glück, Güter und Talente stets zu teilen, sie als Geschenk nicht als Selbstverständlichkeit anzunehmen.

Du hast mir gesagt, dass alles zwei Seiten hat, dass viele Wege nach Rom führen.

Du hast mich angehalten, Entscheidungen selbst zu treffen, Verantwortung zu übernehmen.

Du hattest Deine Meinung, Prinzipien, Deinen Glauben und Mut, wusstest, welchen Weg Du gehen wolltest.

Du hast verstanden, wenn ich eigene Pfade finden musste, akzeptiert, wenn mein Weg anders aussah als von Dir geplant,

Du hast mir weitergeholfen, wenn ich Ziele überdenken musste.

Du warst da, wenn ich Dich brauchte.

Ich hoffe, ich konnte Dir im Leben das geben, was Du Dir von mir gewünscht hast. Ich hoffe, dass ich Dich auf dieser letzten schwersten Wegstrecke so begleitet habe, wie es Dir gut tat.

Du bleibst für Deine Enkelin immer ihr „Erzähl-Opa“.

Du hast ihr mit Deinen unendlichen, selbst erdachten Geschichten Traumwelten eröffnet. Mit ihr hast Du wie früher schon mit mir – Phantastisches erdacht und gebaut, am Adriastrand Matschkloße gebacken, das halbe Meer in kleine Sandeimer geladen.

In jedem von uns lebt etwas von Dir weiter – auch wenn Du jetzt weit weg scheinst für uns, wenn Du jetzt in einer Welt lebst, die wir nicht begreifen können.

Unsere Erinnerungen verlöschen nicht.

Wir glauben mit Dir an unser Wiedersehen.

Bis dahin, bitte, pass auf uns auf.

Elke Fettweis



† Dr. Wigbert Werner

Am 2. Januar verstarb nach schwerer Krankheit Oberstarzt a.D. Dr. Dr. med.-dent. Wigbert Werner. Dr. Werner wurde am 14. Mai 1931 in Frankfurt/Main geboren. Nach dem Studium der Zahnmedizin, Promotion und Tätigkeit als Zahnarzt, trat er

1961 in die Deutsche Bundeswehr ein. Zuletzt war er Leitender Sanitätsoffizier beim Luftflottenkommando in Fürstfeldbruck und dort als zahnärztlicher Berater tätig.

In der Katholischen Militärseelsorge hat er sich

im Bereich des organisierten Laienapostolates engagiert und in verschiedenen Gremien Mitverantwortung getragen. So als Vorsitzender des Pfarrgemeinderates beim Kath. Standortpfarrer Neuburg/Donau (1978-87) und als Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten (1982-91). Als Leiter des Sachausschusses »Mission, Entwicklung, Friede, Umwelt« hatte er maßgeblichen Anteil an der Gründung der sozial-karitativen Aktion Nachbarschaftshilfe der katholischen Soldaten. In seiner Heimatdiözese Augsburg war Mitarbeiter im Vorstand des Diözesanrates und wurde im Jahre 1990 in Diözesansynode Augsburg berufen.

Für sein kirchliches Engagement wurde er 1991 mit dem päpstlichen Orden »Ritter des hl. Papstes Silvester« ausgezeichnet. – R.I.P



Dr. Walter Mixa (65), Bischof von Augsburg und Katholischer Militärbischof für die Bundeswehr, ist vom deutschen Statthalter des Ritterordens vom Heiligen

Grab zu Jerusalem, Oberstarzt a.D. Prof. Dr. Paul Oldenkott, als Nachfolger des Abts der Benediktiner von Schweiklberg, Dr. Christian Schütz OSB (68), zum neuen Prior der Provinz Bayern ernannt worden.

Wolfgang Ehrenlechner (25), Student aus Oberbayern, ist neuer Bundesvorsitzender der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB).

Hermann Josef Spital, von Mai 1981 bis Januar 2001 Bischof von Trier, ist am 10. Januar im Alter von 81 Jahren einer langen Krankheit erlegen. Vor seinem Amt in Trier war der promovierte Liturgiewissenschaft-

ler ab 1973 Generalvikar und ab Dezember 1980 Weihbischof im Bistum Münster. In seine Trierer Amtszeit fiel der Finanzskandal um die „Caritas Trägergesellschaft Trier“ (ctt). Spital war auch Vorsitzender der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz und Präsident der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“.

Roman Johannson hat im Oktober 2006 den Dienst als Katholischer Standortpfarrer Schwerin angetreten. Erfahrungen im Umgang mit Soldaten hatte der Geistliche bereits als Militärfarrer im Nebenamt in Basepohl sammeln können. Es ist geplant die Dienststelle des Katholischen Standortpfarrers Schwerin nach Hagenow zu verlegen.

John J. Kaising, seit April 2000 Weihbischof im Kath. Militär-Erzbistum der USA, ist am 13. Januar, kurz nach der Rückkehr von einem Südkorea-Besuch, im Alter von 70 Jahren gestorben. Als Militärfarrer wirkte er in den 70er Jahren auch in Deutsch-

land.

Otto Latzel (70), Militärdekan d.D., ist am 5. Februar nach langer und schwerer Krankheit gestorben. Von 1984-92 war Priester des Bistums Limburg Militärgeistlicher in den Standorten Wetzlar und Diez. Erst zum 31. Januar war er als Priesterlicher Leiter des Seelsorgeraumes Besselich bei Limburg in den Ruhestand versetzt worden. – R.I.P.



Prälat Hermann-Josef Kusen (76), Militärdekan a.D., feierte am 1. März in der Militärgemeinde Köln Wahn sein Goldenes Priesterjubiläum. Nach Kap-

lansjahren in Wuppertal und Religionslehrertätigkeit in Düsseldorf kam der Kölner Priester 1962 zur Katholischen Militärseelsorge, war als Militärgeistlicher eingesetzt in Lingen, Hamburg, Münster und Köln-Wahn und dann seit 1993 Wehrbereichsdekan in Düsseldorf bis er 1996 pensi-

BUCHBESPRECHUNG

Glaube und Wissenschaft

Walter Brandmüller / Ingo Langner: „Der Fall Galilei und andere Irrtümer. Macht, Glaube und Wissenschaft“. Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2006, geb., 176 Seiten.

Der Sankt Ulrich Verlag in Augsburg präsentiert ein neues Werk, das auf einem Gespräch zwischen Professor Dr. Walter Brandmüller, dem Präsidenten des Päpstlichen Komitees für Geschichtswissenschaften, und dem Berliner Fernsehjournalisten, Dokumentarfilmer und Theaterkritiker Ingo Langner basiert. Titel des Buches: „Der Fall Galilei und andere Irrtümer – Macht, Glaube und Wissenschaft“. Noch immer gilt der „Fall Galilei“ vielen als historischer Sündenfall der Kirche gegenüber der modernen Naturwissenschaft und das nicht erst seit der polemischen und bewusst verfremdeten Darstellung Bert Brechts.

Das Autorenpaar hätte sich besser nicht finden können: Professor Walter Brandmüller, früherer Ordinarius für mittlere und neuere Kirchengeschichte an der Universität Augsburg, kennt sich in der komplexen und komplizierten Causa

Galilei nicht nur gut aus, sondern hat sie just an den Quellen gründlich studiert. Bereits 1968 veröffentlichte der Theologe ein Essay zum Fall Galilei. Ingo Langner, 1951 in Rendsburg geboren, kommt nicht aus der „katholischen Ecke“. Er stellt einfache, teilweise provokante Fragen, um auch dem nicht kirchenhistorisch gebildeten Laien gerecht zu werden und etwas zu vermitteln. In dem spannend zu lesenden Gespräch soll aufgeräumt werden mit dem Vorurteil der „Erbfeindschaft“ von Kirche und Naturwissenschaft.

Das Buch gibt Antworten, die helfen, den Fall Galilei historisch richtig einzuordnen. So orientieren sich die einzelnen Kapitel an der historischen Chronologie, beginnend mit der Person Galileis über die Diskussion um Kopernikus und die Zensur Galileis durch die Inquisition bis zum Prozess von 1633. Außerdem enthält das Buch einen Exkurs zu Bert Brechts „Leben des Galilei“, weitere Gedanken zum Verhältnis von Kirche und Naturwissenschaft respektive Aufklärung seit Galilei sowie eine Zeittafel und Hinweise auf weiterführende Literatur.

Die Autoren: Prof. Dr. Walter Brandmüller, Priester der Erzdiözese Bamberg,

war von 1970 bis 1997 Ordinarius für Kirchengeschichte an der Universität Augsburg. Seit 1998 ist er Präsident der Päpstlichen Kommission der historischen Wissenschaften und Präsident der Internationalen Kommission für vergleichende Kirchengeschichte. Brandmüller lebt in Rom.

Ingo Langner, geboren 1951 in Rendsburg, arbeitete nach seinem Studium der Theaterwissenschaften und der Germanistik als Dramaturg, Theaterregisseur, Fernsehjournalist, Filmemacher und Theaterkritiker. Seit 1992 arbeitet Langner als selbständiger Fernsehproduzent und Autor. Ingo Langner ist verheiratet und lebt in Berlin. □

Berichtigung:

Im AUFTRAG Nr. 264/Dez. 2006, Seite 119 hat sich in der Rubrik »Buchbesprechungen« unter »Ethik für Soldaten« ein falscher Verfassersname eingeschlichen. Die bibliographische Angabe lautet korrekt:

Christian Walther: „Im Auftrag für Freiheit und Frieden. Versuch einer Ethik für Soldaten der Bundeswehr. Miles-Verlag, Berlin 2006; 123 Seiten.

Die Redaktion bittet um Entschuldigung.

oniert wurde. In seiner Wirkungszeit als Militargeistlicher war es ihm ein besonderes Anliegen, Soldaten an den Glauben heranzuführen. Dabei unterstützte ihn seine ungezwungene rheinisch-humorvolle Art auf Menschen zuzugehen. – Ad multos annos.

Michael Berning, Katholischer Standortpfarrer Wahn, wurde am Rande der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Priesterjubiläum von MD a.D. Kusen im Pfarrsaal auf dem Fliegerhorst in Wahn »befördert«. MGV Prälat Walter Wakenhut handigte ihm die Ernennungskurkunde zum Militärdekan aus.

Dr. Ansgar Koschel, von 1982 bis 1989 Generalsekretär der dt. Sektion von Pax Christi, danach Generalsekretär des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit und von 2000-06 Direktor der Kath. Akademie des Bistums Limburg, ist am 5. März im 64. Lebensjahr gestorben.

Knuth Erbe (37), von 1999 bis 2006 Bundesvorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), ist zum Koordinator der nie-

dersächsischen Landesregierung für Jugend und politische Bildung ernannt worden.

Erzbischof Josef Clemens (59), aus dem Erzbistum Paderborn stammender Sekretär des Päpstlichen Laienrates, ist das Große Bundesverdienstkreuz verliehen worden.

Wilfried Puth, Hauptmann an der Schule für Diensthundewesen der Bundeswehr in Ulmen wurde am 14. Dezember 2006 besonders geehrt. Aus der Hand von Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung erhielt er in Anwesenheit des Generalinspektors Wolfgang Schneiderhahn neben 49 anderen Angehörigen der Bundeswehr bei einer Feierstunde im Berliner Bendlerblock eine Anerkennungsurkunde und eine gravierte Uhr als Dank für sein vielfältiges und langjähriges ehrenamtliches Engagement.

»Diese Auszeichnung ist ein Zeichen der öffentlichen Anerkennung«, betonte der Minister in seiner Ansprache. Das Engagement der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Bundeswehr zeuge von einem hohen Maß an Verantwortungsbewusstsein. »Sie stehen stellvertretend für die

unzähligen Kameraden und Kollegen in der Bundeswehr, die sich mit großem, persönlichem Einsatz für andere engagieren«. Dieser aktive Beitrag zum Wohle und Miteinander in der Gesellschaft entspreche dem Leitbild der Bundeswehr vom »Bürger in Uniform«.

Puth ist und war seit Jahren auf kommunaler Ebene in Ulmer Vereinen und politisch tätig. Sein besonderes Engagement gehört aber dem Laienapostolat sowohl in den zivilen Pfarregemeinden als auch in der Kirche unter Soldaten an seinen verschiedenen Stationierungsorten. Als Stellvertretender Vorsitzender der GKS im Bereich Rheinland-Pfalz/Hessen/Saarland gehört Puth zum Bundesvorstand



AUTOREN – FOTOS / GRAFIKEN

Achmann, Dr. Klaus

Oberst a.D., Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der deutschen Kommission Justitia et Pax.

Bös, Werner

Oberst a.D., Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

Gemein, Antonia

Korrespondentin der KNA.

Görlich, Joachim G.

Magister, freier Journalist mit Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften.

Grulich, Prof. Dr. Rudolf

Professor für Mittlere und Neue Kirchengeschichte an der Universität Gießen, Berater von KIRCHE IN NOT Deutschland für Türkeifragen.

Heinz, Manfred

Dipl.-theol., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat IV „Seelsorge“ im

KMBA Berlin. Erstveröffentlichung des Beitrags in der Zeitschrift „Militärseelsorge“, 43. Jg. 2005, S. 8-20.

Jermer, Helmut

Oberstleutnant a.D., Mitglied der GKS-Sachausschüsse „Innere Führung“ und „Sicherheit und Frieden“.

Kilian, Dieter

Oberst a.D., ehem. Militärattaché in Islamabad/Pakistan und in Riyad/Saudi-Arabien.

Lather, Karl-Heinz

Generalleutnant, Commander, Allied Land Component Command, Headquarters Heidelberg; Delegierter der Zentralen Versammlung Katholischer Soldaten (ZV) im ZdK. Beitrag aus: SALZkörner, 18.12.2006, S. 8-9.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Berater für humanitäre Hilfe im Ausland; Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

Neuroth, Günter

Hauptmann a.D., Jahrgang 1953, verheiratet, drei Kinder, Einsätze für die Bundeswehr bei IFOR/SFOR in Kroatien und Bosnien, OSCE KVM im Kosovo, UNOMIG in Abkazien/Georgien, EU AMM in Aceh/Indonesien

Ruck, Dr. Christian

MdB, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. und stellvertretender Vorsitzender der CSU Landesgruppe im Dt. Bundestag.

Foto-/Grafiknachweis:

Archiv (4), A. Bienert IMZBw (1), BPA (2), EEA3 (1), W. Fröhler (3), GKS-Bonn (2), Privatarchiv BrigGen a.D. Heider (2), F.-J. Hosse (2), Internet (8), D. Kilian (10), J. König KMBA (5), K. Liebetanz (1), P. Müller (1), G. Neuroth (3), S. Nüßle (5), O. Poepke (2), PS (8), Website KMBA (5), A. Wieting (2), ZV (1).



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Betram Bastian, Oberstleutnant a.D., Redakteur, † Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur e.h.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 27 06
21317 Lüneburg, Tel/Fax: 04131-220768,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 107495018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.